



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Syrien im Fokus –
Kriegsberichterstattung in britischen und
österreichischen Tageszeitungen zum Syrien-Konflikt
während der russischen Intervention“

verfasst von / submitted by

Stefanie Sturn

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Grimm

**Für meine Eltern
Margareta und Herbert Sturn**

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	1
2. Nachrichtenjournalismus	5
2.1. Objektivität als Richtschnur in der Berichterstattung	6
2.2. Nachrichtenwert	7
2.2.1. Der Nachrichtenwert der Krise	10
2.2.2. Die Neuorientierung: Vom Nachrichtenwert zum Framing-Ansatz.....	11
2.3. Frames	12
2.3.1. Kulturelles Framing	14
2.3.2. Frames in Medien	15
2.3.3. Der emotionale Zugang der Öffentlichkeit	17
3. Kriegs- und Krisenkommunikation	19
3.1. Krise und Krieg	19
3.2. Kriegs- und Krisenkommunikation – die Rolle der Medien	22
3.2.1. Wandel der Zeit	23
3.2.2. Verlauf in der Kriegsberichterstattung	24
3.2.3. Die Wirklichkeit in Krisenzeiten	24
3.3. AkteurInnen der Krisenkommunikation	26
3.3.1. Politik und Militär	27
3.3.2. Ökonomie	29
3.3.3. Medien	30
3.3.4. Öffentlichkeit und Private	32
3.4. Globalisierung	33
3.5. Kulturelle Kontextualisierung	34
3.6. Schwarz-Weiß – Die Schaffung eines Feindbildes	37
4. Öffentlichkeit	39
4.1. Öffentlichkeit und Demokratie	39
4.1.1. Demokratie	40
4.1.2. Öffentliche Meinung	41
4.2. Medien und Öffentlichkeit	45
4.3. Funktionen der Öffentlichkeit	48
4.4. Herausforderungen der Öffentlichkeit	49
4.5. Deliberative Öffentlichkeit	51
4.6. Konflikttransformation	56
4.7. Diskursive Anschließbarkeit	61

5. Syrien im Fokus	65
5.1. Regionale AkteurInnen	65
5.2. Internationale Einmischung	68
5.3. Der Kampf gegen ein Wertesystem	73
5.4. Der Stellvertreterkrieg	76
6. Forschungsstand	79
7. Methode und Operationalisierung	81
7.1. Methode	81
7.2. Hypothesen	82
7.3. Untersuchungsgegenstand	83
7.3.1. Untersuchungsgegenstand Länder	84
7.3.2. Untersuchungsgegenstand Zeitungen	88
7.4. Operationalisierung	91
7.5. Kategoriensystem	92
8. Ergebnisse	97
8.1. Konfliktverlauf	97
8.2. Ergebnisse auf Artikelebene	99
8.2.1. Allgemeine Kriterien	99
8.2.2. Themen in der Berichterstattung	102
8.2.3. AkteurInnen	110
8.2.4. Nachrichtenfaktoren	116
8.2.5. Tendenz	121
8.2.6. Journalistischer Präsentationsstil	129
8.2.7. Emotionaler Gehalt	130
8.2.8. Qualität der Konfliktperspektive	132
8.3. Ergebnisse der Diskursqualität in Meinungspositionen	138
8.3.1. Allgemeine Ergebnisse	138
8.3.2. Journalistische Diskursqualität	150
8.3.3. Einbettung in politische Diskurse	156
8.3.4. Meta-Frames	166
8.4. Zusammenfassung und Hypothesenüberprüfung	168
9. Fazit	177
10. Quellenverzeichnis	181
11. Abbildungsverzeichnis	191
12. Anhang	I

1. EINLEITUNG

„Journalism can never be silent: that is its greatest virtue and its greatest fault. It must speak, and speak immediately, while the echoes of wonder, the claims of triumph and the signs of horror are still in the air.“

- Henry Anatole Grunwald

Täglich erreichen uns Nachrichten aus der ganzen Welt. Zwischen den Ereignissen und der Verbreitung der Nachricht bleibt selten viel Zeit zur Reflexion und Aufbereitung der Informationen. Diese breiten sich in unserer Gesellschaft aus und bilden oft die Basis unseres Wissens über das Weltgeschehen. Nach Merten (1977: 151) ist ein Medium durch seine Aktualität ein Aufmerksamkeitsfänger. Nachrichten werden selektiert, diese werden von den EmpfängerInnen in ihren Wissensspeicher aufgenommen und können sich auf diese beziehen. Sie schaffen einen Orientierungspunkt, woraus sich Meinungen bilden. JournalistInnen sind selbst Teil dieses Systems und beziehen sich auf dieses auf Wissen und Meinung bestehendes Konstrukt.

Einseitige Informationsquellen können somit zu einseitiger Wissensbildung führen und die politische Richtung eines Landes beeinflussen.

Eines der im Jahr 2015 vorherrschenden Themen stellt der Syrien-Konflikt dar mit dem wir ständig in den Medien konfrontiert werden. Sei es durch die Kriegsberichterstattung vor Ort, Berichte über involvierte oder betroffene Länder, die Flüchtlingskrise oder den Terrorismus, der auch Europa mittlerweile erreicht hat. Diese Meldungen füllen die Schlagzeilen und lösen Diskussionen über die drohende Zukunft nicht nur in den Fernsehdiskussionen, sondern auch am Familientisch während dem Abendbrot aus.

Gemeinsam werden im Westen und in der Europäischen Union nach Lösungen gesucht. Doch diese zu finden stellt sich als nicht so einfach heraus. Unter den Mitgliedsstaaten gibt es viele unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Beziehungen zu dem Nahen und Mittleren Osten oder Meinungen über den vorherrschenden ‚Stellvertreterkrieg‘. Der Syrien-Konflikt macht es einem nicht so einfach einen ‚Feind‘ zu erkennen und diesen anzuprangern, da viele unterschiedliche Parteien eine Rolle in diesem Krieg spielen. Kommen die ganzen AkteurInnen außerhalb von Syrien, wie zum Beispiel Russland und die USA dazu, wird es noch schwieriger den ‚Feind‘ zu identifizieren.

Als Mitglieder der europäischen Union sollten wir davon ausgehen, dass wir ähnliche Ziele und Interessen verfolgen und somit auch ähnlich denken. Da allerdings die EU

vergleichsweise noch jung ist, die einzelnen Mitgliedsstaaten einen unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrund haben und jedes Land ein eigenes Selbstverständnis besitzt, ist eine gemeinsame Lösungsfindung leider doch schwerer als angenommen.

„Kommunikation hält Gesellschaften zusammen und ist das Wesen aller Organisationen, Kommunikation fördert die Behandlung von Konflikten und das Finden von Entscheidungen, Kommunikation stiftet Konsens und leistet soziale Kontrolle, Kommunikation ist Vehikel aller Kultur und Medium des Austauschs – kurzum: Kommunikation erscheint unverzichtbar.“ (Merten 1977: 9)

Die Politik muss also im ständigen Austausch mit der Bevölkerung sein um Lösungen zu finden die für alle tragbar sind. Dazu braucht man die Medien, in denen sich Meinungen der Politik und der Gesellschaft durch einen öffentlichen Diskurs vereinen und ein gemeinsames Bild zu einem bestimmten Themen geschaffen wird. Kriege sind in demokratischen Kulturen Teil eines öffentlichen Diskurses, der *mit Hilfe* der Medien und *in* den Medien stattfindet und den die Politik auch gerne lenken möchte. Die Reichweite der Medien ist beachtlich und Informationen sind durch sie für alle zugänglich. Deshalb stellen sie eine zentrale Anlaufstelle für die Bevölkerung dar, um sich eine Meinung zu bilden, wodurch der öffentliche Diskurs auch darüber ausgetragen wird. „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben wissen, wissen wir durch die Massenmedien. [...] Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, daß wir diesen Quellen nicht trauen können.“ (Luhmann 1996: 9) Aus diesem Grund wird es immer wieder nötig sein den öffentlichen Diskurs zu beobachten, zu sehen in welcher Weise er stattfindet und wie er verbessert werden kann.

Karl Bücher (1926: 298) findet mit Betrachtung auf den Ersten Weltkrieg, dass den Medien eine große Aufgabe und Verantwortung zuteil wird, indem sie über den bekriegenden Parteien sowie dem leidenden Volk stehen und sich vollkommen an die Wahrheit halten müssen. Dazu zählt auch, dass sie nicht allzu sehr auf das eigene leidende Volk eingehen dürfen und über den Gegner neutral berichten müssen.

Wir gehen also davon aus, dass JournalistInnen ihrer Sorgfaltspflicht nachgehen, einen Anspruch auf Objektivität besitzen und alle Perspektiven so wiedergeben, dass der/die RezipientIn ein eigenes Urteil über den Sachverhalt fällen kann. Also erwartet man, dass unterschiedliche Sichtweisen und Perspektiven in der Berichterstattung innerhalb eines Landes stattfinden. Gleichzeitig geht man davon aus, dass eine ähnliche Betrachtungsweise herrscht, da Informationen oftmals von ähnlichen Quellen stammen und ein Gesamtbild des Landes bzw. eine durch Kultur geschaffene Einstellung widerspiegelt. Aber wie sieht es innerhalb der Europäischen Union aus? Wie stark unterscheiden sich zwei Länder in

ihrer Berichterstattung, wenn sie wie Österreich und Großbritannien zwar einen ähnlichen kulturellen Kontext, aber ein unterschiedliches hegemoniales Selbstverständnis besitzen und durch ihren geschichtlichen Hintergrund einen anderen Bezug zum Syrien-Konflikt und dessen Auswirkungen haben?

Aus diesem Grund habe ich mich für einen komparativen Ansatz entschlossen, indem ich die Berichterstattung in Österreich und Großbritannien einander gegenüberstelle und der kulturelle Kontext in die Untersuchung einfließen lasse. Natürlich gibt es auch innerhalb eines Landes unterschiedliche politische Strömungen und Meinungen, weshalb auch innerhalb des Landes jeweils zwei Zeitungen mit unterschiedlichen politischen Tendenzen verglichen werden. Für den Untersuchungszeitraum wurde die russische Intervention ausgewählt, weshalb auch der Einfluss eines solchen Ereignisses auf die Berichterstattung betrachtet werden soll.

Die Kommunikation alleine betrachtet stellt sich schon als interdisziplinär dar (Merten 1977: 160). Für Krisen- und Kriegskommunikationsforschung gibt es keine eigenen Theorien. Sie bedienen sich anderer Disziplinen, wie der Kommunikationswissenschaft, die ohne weiteres für dieses Gebiet verwendet werden kann (vgl. Löffelholz 2004: 50). Das Forschungsthema geht aber über das kommunikationswissenschaftliche Interesse hinaus und streift mit seinem Thema Bereiche der Soziologie und Politikwissenschaft.

Um eine umfassende Analyse über die Berichterstattung des Syrien-Konflikts zu erhalten, muss zuerst theoretisch die Rolle der Medien im öffentlichen Diskurs betrachtet werden, bevor man empirisch die Berichterstattung beleuchtet. Denn eine mögliche unterschiedliche Berichterstattung setzt sich aus einer Summe von verschiedenen Faktoren zusammen, die für eine Konklusion gesamt betrachtet werden müssen. Nur durch eine umfassende Beachtung dieser, kann man zu einem vollständigen Ergebnis kommen. Die empirische Analyse der Berichterstattung baut sich somit auf der kommunikationswissenschaftlichen Theorie auf. Im Folgenden wird im ersten Kapitel auf den Nachrichtenwert und den Framing-Ansatz eingegangen. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Kriegs- und Krisenkommunikation in den Medien. Im Dritten setze ich mich mit der Diskursqualität, der diskursiven Anschließbarkeit und der Konflikttransformation auseinander, bevor ich dann auf den Syrien-Konflikt selbst und die Ergebnisse der Berichterstattung eingehe.

2. NACHRICHTENJOURNALISMUS

Im Qualitätsdiskurs ist es nicht sinnvoll den Journalismus nur als System zu begreifen, da in der Systemtheorie die einzelnen JournalistInnen keine Möglichkeit haben in ihr Handeln einzugreifen, d.h. es können auch keine Qualitätsanforderungen an sie gestellt werden. So macht es Sinn sie im Journalismus als Konglomerat von AkteurInnen zu sehen (vgl. Bilke 2008: 53). Der systemtheoretische Ansatz spricht JournalistInnen den Raum zum Handeln ab und stellt die Information als journalistische Funktion in den Mittelpunkt. Damit lässt sie die Funktion der Orientierung an der Verständigung außen vor und erfüllt die für die Demokratie so wichtige Qualitätsmerkmal der diskursiven Anschlussfähigkeit kaum (vgl. ebd.: 58). Die Handlungstheorie hat sich dieser Sache angenommen, stellt aber selbst noch kein geschlossenes Fach dar. Der Trend geht zu einem integrativen Ansatz dieser beiden Theorien (vgl. Brosda 2008: 74), denn um im Journalismus den gesamten Sachverhalt und die Zusammenhänge verstehen zu können und nicht nur oberflächliche Befunde zu erhalten, muss sich die empirische Journalismusforschung auch mit Strukturen beschäftigen (vgl. Raabe 2004: 115).

Die journalistische Arbeit wird durch Regelstrukturen untermauert, indem sie auf Bedeutungs- und Wissensregeln zurückgreifen. Diese Strukturen bekommen nur durch soziale Anpassung eine Bedeutung, indem sie in den Handlungen der Gesellschaft Einklang finden. Hinsichtlich journalistischer Strukturen müssen diese sich Regeln, Programmen und Normen unterwerfen (vgl. Raabe 2004: 117). Strukturen sind also Handlungsvoraussetzungen, welche gleichzeitig die Handlungsspielräume eingrenzen. Dadurch schaffen JournalistInnen eine Distanz zu ihren individuellen Handlungsweisen und unterwerfen sich dem sozialen Gefüge (vgl. ebd.: 119f.).

„Journalistisches Handeln wird vorstrukturiert von Organisation und Gesellschaft, gleichzeitig tragen Akteurinnen (un-)bewusst zur Strukturbildung bei. In einer integrativen Theorie bewahrt der holistische Blick der Systemtheorie die handlungstheoretische Perspektive vor einer isolierten Betrachtung des Individuums ohne seinen sozialen Kontext. Damit ist eine solche Theorie geeignet für Analysen auf Mikro- (Akteur), Meso- (Organisation) und Makroebene (Gesellschaft).“ (Bilke 2008: 83)

Dass sich KommunikationswissenschaftlerInnen früher hinsichtlich der Handlungs- und Systemtheorie nicht einig werden konnten, hat also die Journalismus-Theorien der damaligen Zeit geformt und wenig Platz für weiterführende Gedanken gelassen. Erst später kam die Erkenntnis, dass das journalistische Handeln mit systemischen Strukturbedingungen in Beziehung steht und sich diese gegenseitig beeinflussen. AkteurInnen werden nicht mehr isoliert betrachtet, sondern in den strukturellen und

kulturellen Kontext gesetzt, ohne den Fokus auf die sie zu verlieren (vgl. Bilke 2008: 17). In der vorliegenden Arbeit wird journalistisches Handeln untersucht, das aber nicht losgelöst vom kulturellen und gesellschaftlichen System betrachtet werden kann, denn diese prägen deren Handeln und beschränken diese gleichzeitig.

2.1. Objektivität als Richtschnur in der Berichterstattung

Der Diskurs zwischen WissenschaftlerInnen über die Beziehung von Medienrealität und Wirklichkeit hält schon lange an. Während die eine Seite sich dem Realismus zuwendet und Medien als einen *Spiegel der Wirklichkeit* sieht, hält die andere Seite mit dem *radikalen Konstruktivismus* dagegen. Dieser behauptet, dass keine Wirklichkeit per se existiert, da Realität durch Kultur und Gesellschaft geformt wird (vgl. Meier 2013: 185). Die größte Zustimmung in der Kommunikationswissenschaft findet die Meinung,

„[...] dass der Journalismus eine Medienrealität konstruiert, die Basis für soziales Handeln ist [...]. Aufgabe der Journalistik ist es, die Konstruktionsprozesse des Journalismus zu analysieren und damit eine kritische Reflexion zu ermöglichen. Ein erster Schritt dabei ist die Unterscheidung von Objektivität (,Was ist richtig?') und Relevanz (,Was ist wichtig?').“ (Meier 2013: 185)

Die Frage nach der journalistischen Objektivität als Maßstab für Qualität wird sich durch alle Kapitel ziehen. Sie ist in allen Bereichen des Journalismus essentiell, jedoch hat sie in der Kriegs- und Krisenkommunikation einen besonderen Stellenwert, da sie über das Zusammenleben der Bevölkerung, wenn man weiter geht, sogar bei Krieg und Frieden mitentscheiden kann. Objektivität ist eine zentrale Erwartungshaltung der Öffentlichkeit an den Journalismus, aber auch der JournalistInnen an sich selbst.

JournalistInnen sind BeobachterInnen des Weltgeschehens. Beobachtungen gelten als Wahrnehmungen aus einer eigenen Sichtweise heraus. Diese geschehen, selbst wenn unterschiedliche Meinungen durch die JournalistInnen eingeholt wurden (vgl. Weischenberg 1995: 152f.). Subjektivität beeinflusst also die Berichterstattung. Es muss aber zwischen zwei Arten von Subjektivität unterschieden werden. Das eine ist die unvermeidbare und nicht gewollte Inkorrektheit der während dem journalistischen Prozess passiert, während die andere den absichtlichen Versuch von Manipulation der Berichterstattung beschreibt, um bestimmte Ziele verfolgen zu können (vgl. Erbring 1989: 304). Medien haben somit auch die Möglichkeit durch Reziprozitätseffekte eine andere Realität abzubilden, die durch unseriöse Wiedergabe von Ereignissen oder falscher Interpretation ein anderes Bild des Geschehenen darstellt. Dieses Einwirken findet schon

am Schnittpunkt zur Realität statt. Boulevardmedien bedienen sich eher diesem Mittel, es kommt allerdings auch in Qualitätsmedien vor (vgl. Schulz 2011: 106). Das möglicherweise falsch dargestellte Bild ist in sich schlüssig und zumeist greifbarer und spannender als das tatsächliche Ereignis. Die Beteiligten vor Ort können ein anderes Bild über den Sachverhalt besitzen als die RezipientInnen der Medien zuhause (vgl. ebd.: 77).

Die Realität in Massenmedien kann somit zum einen durch die vorgefertigte Einstellung des Medienschaffenden bewusst oder unbewusst verändert werden (*Bias*) oder aber durch eine ‚*Medienrealität*‘ ersetzt werden, welche durch eine unumgängliche Selektion, Bearbeitung und Interpretation des/der Medienschaffenden entsteht (vgl. Schulz 2011: 67f.). Da Objektivität, wie man sie in der Berichterstattung erwartet, somit in seiner ‚reinen Form‘ nicht existiert, muss man sich mit dem Begriff erneut auseinandersetzen und einen Zugang zu ihr finden, welcher auch in der Praxis anwendbar ist. Nach Weischenberg soll im Journalismus die „Realität [...] der Bezugspunkt, Objektivität das Mittel und Wahrheit das Ziel der Berichterstattung [sein, n. Verf.]. Wieder etwas anderes soll ‚Ausgewogenheit‘ bedeuten: das Verhältnis journalistischer Aussagen *zueinander*“. (Weischenberg 1995: 154, Herv. i. O.) Weischenberg (1995: 167) sieht Objektivität als eine einfache Richtlinie, an die man sich bei der Nachrichtenherstellung halten sollte. Auch Erbring (1989: 303) sieht in journalistischen Standards die einzige Möglichkeit Objektivität zu wahren, da Nachrichten immer erst durch journalistische Eingriffe zu Nachrichten werden.

Objektivität sollte eine bewusste, tagtägliche Entscheidung sein, die der/die JournalistIn treffen muss. Sie geht oft im Arbeitsalltag in Routine über, dabei sollte sich der/die Medienschaffende immer bewusst an die Richtlinie halten und darauf achten, dass die Qualität auch durch Zeitdruck nicht darunter leidet.

2.2. Nachrichtenwert

Neben der Objektivität durch die Medienschaffenden ist auch die Frage nach der *Relevanz* der Nachricht erheblich von Bedeutung, da sie nicht nur bestimmt, wie die Ereignisse in der Berichterstattung wieder gegeben werden, sondern auch ob Informationen es wert sind verbreitet zu werden. „Die Berichterstattung der Medien deckt nur einen winzigen Ausschnitt des Weltgeschehens ab. Kein Medium kann ‚vollständig‘ die komplexe Wirklichkeit abbilden. *Nachrichten sind damit notwendigerweise Selektionsprodukte*“. (Eilders 1997: 13, Herv. i. O.)

Lippman (1990: 18) hat in seinem Werk *Die öffentliche Meinung* die Notwendigkeit der Selektion erklärt. Die Komplexität des Weltgeschehens muss vereinfacht werden, um die Masse an Informationen verarbeiten zu können. Damit die Welt also begriffen werden kann, braucht das Individuum eine Karte mit Informationen, die nicht manipuliert wurden. Das Publikum versteht, dass eine Auswahl an Nachrichten erfolgen muss, um eine Überforderung in der Gesellschaft zu vermeiden. Sie gehen allerdings davon aus, dass die für sie ausgewählten Nachrichten von Bedeutung sind. Dadurch entsteht die Aufgabe der Medien, Ereignisse in der Welt zu beobachten, diese zu bewerten und anschließend im Hinblick auf ihre Relevanz zu selektieren. Gleichzeitig sollen sie ein nahezu vollständiges Bild des Weltgeschehens liefern. Die Relevanz der Nachrichten betreffend erfordert eine Interpretation der Ereignisse durch JournalistInnen (vgl. Eilders 1997: 13).

Der/die JournalistIn muss also tagtäglich blitzschnelle und komplexe Entscheidungen fällen, welche Nachrichten es Wert sind darüber berichtet zu werden. Regelwerke und Stereotypen unterstützen eine Bewertung der Nachrichtenrelevanz. Ohne diese wäre eine Selektion relativ schwierig (vgl. Lippmann 1990: 240). Objektive Kriterien werden für die Qualität der Berichterstattung benötigt (vgl. ebd.: 247).

Die Nachrichtenwert-Theorie stellt ein solches Regelwerk dar. Der Nachrichtenwert der Information wird davon beeinflusst wie viele Nachrichtenfaktoren zutreffen und wie ausgeprägt diese sind. JournalistInnen lassen sich eher unbewusst als bewusst davon leiten (vgl. Weischenberg 2001: 26).

„Hinter diesen ‚Nachrichtenfaktoren‘ verbergen sich sozial und kulturell bedingte *Konventionen* von Interesse und Wichtigkeit, die freilich nicht beliebig von Journalisten erfunden werden können, sondern die letztlich vom Publikum ausgehen: Neues ‚interessiert‘ nun einmal mehr als Altes, Veränderung mehr als Bestand, Normverletzung mehr als Normalität, Gefahr mehr als Sicherheit, Nahes mehr als Fernes, Regierungshandeln mehr als Oppositionskritik, Prominente mehr als Unbekannte, usw. Gegenstand von Nachrichten sind dementsprechend Zustandsänderungen (Ereignisse) und nicht Zustände, Normverletzungen (Gewalt, Unfall) und nicht Normalität [...].“ (Erbring 1989: 304, Herv. i. O.)

Je stärker der Nachrichtenfaktor ist und je mehr Faktoren auf einen Sachverhalt zutreffen, desto wahrscheinlicher findet sich eine Nachricht in der Berichterstattung wieder. Allerdings können diese ebenso verzerrt dargestellt werden, da der/die JournalistIn einen hohen Nachrichtenwert für seinen Bericht erlangen möchte und diese noch interessanter darstellen könnte (vgl. Schulz 2011: 92).

Die Nachrichtenwert-Theorie ist nicht die Grundlage der Selektionsentscheidung, aber sie bestimmt welchen Stellenwert die Nachricht selbst hat und somit was für einen Umfang, welche Platzierung und welche Aufmachung sie einnimmt (vgl. Staab 2002: 616). Sie stellt somit „[...] ein Modell zur Beschreibung und Analyse von Strukturen in der Medienrealität“ (Staab 2002: 616) dar.

Der Stellenwert einzelner Nachrichtenfaktoren steht noch zur Debatte. Deshalb findet man voneinander abweichende Nachrichtenfaktorenkataloge in den unterschiedlichen Forschungsarbeiten. Thema und Forschungszeitraum beeinträchtigen den Einfluss der Nachrichtenfaktoren (vgl. Eilders 1997: 57f.). Es gibt allerdings Faktoren, die in allen Untersuchungskatalogen ihre Berechtigung fanden, aber in den Forschungen unterschiedlich benannt werden:

„Die Faktoren Reichweite, Negativismus, persönlicher Einfluß und Kontinuität haben sich in der Mehrzahl der Analysen als wirksame Selektionskriterien für die journalistische Beitragsauswahl erwiesen. Bei der Untersuchung der internationalen Berichterstattung wurden auch die Faktoren Elite-Nation und Nähe als Einflußfaktoren bestätigt“. (Eilders 1997: 58)

Östgaard (1965: 46ff.) bereitete die Basis für die Nachrichtenwert-Theorie vor. Er nannte drei Faktoren, auf denen Nachrichten basieren, die losgelöst von verschiedenen Einflüssen sind: Durch den Faktor *Vereinfachung* werden komplexe Inhalte vereinfacht dargestellt, damit sie für die RezipientInnen verständlich werden. Mit dem Faktor *Identifizierung* beschreibt er die Tatsache, dass über Informationen berichtet wird, die für das Publikum von Interesse und somit zielgruppengeleitet sind. Bei Identifizierung geht es aber allem voran um Nähe im geographischen, zeitlichen und kulturellen Sinn. Letzteres betrifft die Nähe zu Ansichten und Haltungen der betroffenen Kultur. Diese ist sogar bedeutender, als der soziale Status von Betroffenen in einer Nachricht. Als einen weiteren Faktor nennt Östgaard *Sensationalismus* der Nachrichten.

Galtung und Ruge (1965: 66ff.) entwickelte im selben Jahr wie Östgaard grundlegende Nachrichtenfaktoren. Sie teilten sie in kulturunabhängige und kulturabhängige Faktoren ein. Hinsichtlich der kulturunabhängigen Faktoren bestimmen Aussagekräftigkeit, Umfang, Frequenz, Eindeutigkeit, Konsonanz, Überraschung, Ausgewogenheit und Kontinuität. Kulturabhängige Faktoren bestehen aus Elite-Nationen, Elite-Personen, Personalisierung und Negativität. Östgaard (1965: 39) sieht den Faktor Negativität als den fruchtbarsten an. Die Nachrichtenfaktoren von Östgaard, Galtung und Ruge galten bahnbrechend und stellten die Basis für weitere adaptierte Nachrichtenfaktorenkataloge dar.

2.2.1. Der Nachrichtenwert der Krise

Weil sich JournalistInnen nach Nachrichtenfaktoren orientieren, finden sich nach Schulz (2011: 92f.) besonders Krisen und Kriege stark in der Berichterstattung wieder. Forscher haben dazu über die Jahre einige Nachrichtenfaktoren erfasst.

Aktualität und Relevanz sind wichtige Faktoren in der Krisenkommunikation, da sie unvorhersehbar und für die Öffentlichkeit bedeutend sind (vgl. Merten 2008: 89). Zillich et al. (2011: 254) hat vier Nachrichtenfaktoren ausgemacht, welche die Berichterstattung über internationale Konflikte beeinflussen: **Aggression, Reichweite, Schaden** sowie der **Status des Krisengebietes**. Nach Kramp und Weichert (2014: 28) beeinflussen die Nachrichtenfaktoren wie **Emotionalität und Sensationismus** die Nachrichten. In welchem Land die Krise stattfindet ist nicht alleine ausschlaggebend. Erst wenn etwas passiert wird über die Krise berichtet. Aus diesem Grund finden längerfristige Folgen oder auch Nachwirkungen von beendeten Krisen kaum Beachtung.

Obwohl im Krieg Nachrichtenfaktoren wie **Negativität** oder **Intensität** erfüllt sind, wird in unserer westlichen Berichterstattung und auch in den politischen Diskursen oftmals nur eine kleine Auswahl an auf der Welt existierenden Kriege und Konflikte abgebildet. Interessant werden sie nur dann, wenn westliche Staaten in den Konflikt involviert sind. Hier treffen also die Nachrichtenfaktoren **Nähe und Elite** zu (vgl. Bilke 2008: 143). Derselben Meinung ist auch Schulz (2011: 73f.), der bei der Selektion von Nachrichten den Faktor Distanz (=Nähe) herausheben möchte. Länder die einen Bezug zu unserer Nation haben, wie Nachbarländer, EU-Länder oder Nachbarstaaten der EU, kommen häufiger in unserer Berichterstattung vor. Sie können uns allerdings auch in politischer und kultureller Weise nahe stehen, wie zum Beispiel die USA. Wir berichten ebenfalls häufiger über Staaten in denen sich unsere KorrespondentInnen oder internationalen Presseagenturen befinden. Diese siedeln sich aber auch oft in Ländern an, in denen sich gerade Krisen abspielen, welche eine Auswirkung auf unsere Gesellschaft haben. Dabei spielt die wirtschaftliche Relevanz eine wichtige Rolle.

Solche Länder finden sich stärker in dem Bewusstsein unserer Gesellschaft wieder. Ein Interesse ist erst da, wenn ein persönlicher oder über Medien hergestellter Bezug besteht. Deshalb setzt sich die westliche Bevölkerung eher selten mit bestehenden Krisen im afrikanischen Raum auseinander.

Konflikte, in welche unsere Elite-Länder nicht involviert sind müssen durch **Negativität** auffallen um in unserer Berichterstattung vorzukommen (vgl. Jaeger 2002: 195).

Die Nachrichtenwert-Theorie kann eine umfangreiche empirische Forschung auf sich verzeichnen, wodurch sie über die Jahre weiterentwickelt wurde (vgl. Eilders 2016: 434). Sie wirft allerdings nicht ihren Blick auf die Einflüsse oder die individuelle Einstellung der JournalistInnen, sondern setzt direkt an der Berichterstattung an, an dem das Ergebnis der Selektionsentscheidungen untersucht wird (vgl. Eilders 1997: 15f.). Um in der Wissenschaft ein umfassendes Bild über die Nachrichtenselektion zeichnen zu können, darf man sich nicht nur auf eine einzige Theorie wie die des Nachrichtenwerts versteifen, sondern muss den Einfluss der Redaktion, Ökonomie und Politik sowie anderer selektierenden AkteurInnen, die eine politische Einstellung besitzen, ebenfalls miteinschließen. Diese Faktoren werden in der Nachrichtentheorie nicht betrachtet (vgl. Eilders 2016: 439). So erklärt es Bilke treffend: „Bei der Auswahl der Themen zeigen sich also bereits die Interdependenzen zwischen politischer Entscheidungsfindung, Berichterstattung und Meinungsbildung. Krisen- und Kriegsberichterstattung lässt sich nur im gesellschaftlichen Kontext analysieren.“ (Bilke 2008: 143f.)

2.2.2. Die Neuorientierung – Vom Nachrichtenwert zum Framing-Ansatz

Aufgrund der Mängel der Nachrichtenwert-Theorie löst der Framing-Ansatz ihn langsam als bevorzugte Theorie zur Nachrichtenselektion ab. Ein Grund dafür ist, dass durch Frames zusätzlich die Interpretation des Ereignisses beachtet wird. Während die Nachrichtenwert-Theorie durch eine abgesteckte, zeitlose, feststehende Menge von Nachrichtenfaktoren deduktiv erfassbar war, hat es die Kommunikationswissenschaft nun mit einer dynamisch-induktiven Theorie zu tun, die gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen miteinbezieht. Diese Makrotheorien ermöglichen es, den sozialen Wandel in seiner Gesetzmäßigkeit zu erfassen und Informationen über die Einflüsse auf die Berichterstattung zu erhalten (vgl. Eisenegger 2008: 149f.).

Ein Beispiel, dass die Selektion und somit auch der Nachrichtenwert nicht in jedem Land gleich einzuschätzen ist, legt Weischenberg (1995: 155) dar. So hängen diese von der Kultur und der Gesellschaft des jeweiligen Landes ab. Während im Westen ökonomische Gründe für die Nachrichtenproduktion im Vordergrund stehen, konzentriert sich die Dritte Welt mehr darauf, dass durch ihre Nachrichten die Ziele des nationalen Fortschritts erreicht und Maßnahmen zur Erziehung der eigenen Gesellschaft angekurbelt werden. Sozialistische Staaten legen ihren Schwerpunkt auf marxistisch-leninistische Ideologien. Frames ermöglichen einen Diskurs und internen Widerspruch im Land, wodurch unterschiedliche AkteurInnen um die Aufmerksamkeit von Lösungen in der Öffentlichkeit

ersuchen können. Dadurch geschieht auch beim Framing durch AkteurInnen unterschiedlicher Bereiche eine Beeinflussung (vgl. Eisenegger 2008: 150f.).

„Damit wendet sich das Frame-Konzept gegen einen naiven Medien-Determinismus und öffnet sich stattdessen für arenatheoretische Modelle von Öffentlichkeit, welche Themenkarrieren als das Produkt von Frame-Unternehmern aus prinzipiell beliebigen Handlungssphären der Gesellschaft konzipieren, die in bestimmten Epochen einer gesellschaftlichen Entwicklung öffentliche Geltung und Definitionsmacht erlangen.“ (Eisenegger 2008: 150)

Frames werden somit benutzt, um den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und dadurch möglicherweise auch Handlungen in der Politik und Gesellschaft zu forcieren. Damit diese aber auch Eingang in die Grundlage des Diskurses finden, müssen Nachrichten interessant für die Öffentlichkeit sein und einen Nachrichtenwert besitzen.

2.3. Frames

Wenn man sich wie Goffman (1993: 17) die Frage stellt „*Was hier eigentlich vor sich geht?*“ würden Menschen dies unterschiedlich beantworten, je nachdem in welcher Rolle sie sich befinden. Der Frage muss komplexitätsreduziert entgegnet werden. Goffman hat versucht die Vereinfachung der Komplexität durch Rahmen zu erklären.

Diese Rahmen bzw. Frames existieren zu jedem Zeitpunkt und in jeder Lebenslage. „Jedes Mal, wenn wir denken – irgendetwas denken –, wird in unserem Gehirn ein Frame aktiviert. Frames sind Deutungsrahmen, die unser Wissen strukturieren und den Informationen einen Sinn zuordnen.“ (Lakoff/Wehling 2009: 73) Sie helfen uns die komplexe Welt somit einfacher zu gestalten. Meier definiert Frames ähnlich.

„Frames sind Produkte des Framing-Prozesses. Sie sind Interpretationsrahmen, die als kognitive Strukturen im Bewusstsein verankert sind – bei Journalisten wie beim Publikum. Erfahrungen werden gespeichert und als Rahmen benutzt, um spätere Erfahrungen sinnvoll und schnell interpretieren, einsortieren oder wieder vergessen zu können. Diese Bezugsrahmen strukturieren ein Thema und steuern damit die Informationsverarbeitung. Wesentliches Kennzeichen von Frames ist, dass sie Bewertungen enthalten. Sie können insofern auch als ‚Deutungsmuster‘ bezeichnet werden.“ (Meier 2013: 203)

Frames stellen also eine bewusste Vereinfachung von Entscheidungen dar, damit das Individuum oder eine Gemeinschaft das Erlebte in einen Rahmen eingliedern kann. Frames sind für die öffentliche Meinung und eine Bewegung wichtig (vgl. Snow et. al. 1986: 464).

Goffman (1993: 31f.) unterscheidet zwei grundlegende Rahmen im Alltag. Zum einen nennt er den natürlichen Rahmen, dessen Vorgänge auf natürliche physikalische Gegebenheiten zurückzuführen sind, ohne Absicht von Handelnden und jene die nicht beeinflusst oder beherrscht werden. Als Beispiel führt er eine Witterung an, vorhergesagt

durch einen Wetterbericht. Zweitens nennt er soziale Rahmen, deren Hauptaugenmerk ein

„[...] Verständnishintergrund für Ereignisse [ist, d. Verf.], an denen Wille, Ziel und steuerndes Eingreifen einer Intelligenz, eines Lebewesens, in erster Linie des Menschen, beteiligt sind. [...] Sein Tun kann man als ‚orientiert‘ bezeichnen: der Handelnde ist ‚Maßstäben‘ unterworfen, sozialer Beurteilung seiner Handlungen auf Grund ihrer Aufrichtigkeit; [...] Die Folgen lösen ständig Korrekturen aus, am deutlichsten, wenn die Handlung unerwartet blockiert oder in eine andere Richtung gelenkt wird, so daß besondere Korrekturbemühungen nötig werden. Es kommen Motive und Absichten ins Spiel, deren Unterstellung die Auswahl eines der möglichen sozialen Rahmen erleichtert. Ein Beispiel für eine orientierte Handlung wäre das Verlesen des Wetterberichts im Rundfunk. Es liegen hier also Handlungen vor, keine bloßen Ereignisse.“ (Goffman 1993: 31f.)

Meistens erkennen wir nur den primären Rahmen und übersehen die Existenz des zweiten, sozialen Rahmens. So nehmen wir den natürlichen Vorgang der aufsteigenden Sonne wahr, sind uns aber unserer zielgerichteten Handlung nicht bewusst, dass wir uns durch das Benützen von Jalousien vor dem Blenden schützen (vgl. ebd.: 35). Die Reaktion auf den primären Rahmen läuft automatisch ab. Goffman stellte die Hypothese auf, „[...] daß die Handlungen des täglichen Lebens verstehbar sind wegen eines (oder mehrerer) primärer Rahmen, die ihnen einen Sinn verleihen, und daß die Aufdeckung dieses Schemas weder eine triviale noch, so wollen wir hoffen, eine nicht zu bewältigende Aufgabe ist.“ (Goffman 1993: 36) Rahmen funktionieren durch die Kontinuität von Bedeutungszuschreibungen. Materielle Gegenstände haben ihren Wert nicht aufgrund des materiellen Zustandes, sondern sie werden durch ihre geistige Funktion zu einem Wertgegenstand (vgl. ebd.: 330). Ein Beispiel stellt auch das Kreuz dar, das die Auferstehung und Erlösung für die Gläubigen durch ihre kontinuierliche Zuschreibung symbolisiert.

Nach Scheufele (2003: 47ff.) enthält die Frame-Theorie eine Matrix mit neun Einordnungen. Auf der horizontalen Ebene befinden sich AkteurInnen, aufgeteilt in *PolitikerInnen*, *JournalistInnen* und *RezipientInnen*. Die vertikale Einordnung enthält einerseits eine *kognitive Ebene*, in der Erlerntes zu einer gemeinsamen Bedeutungszuschreibung zusammengefasst wird und eine Erwartungshaltung bei den gerade genannten AkteurInnen auslöst. Zum anderen gibt es eine *diskursive Ebene*. Durch den Diskurs können sich bereits bestehende Bedeutungen in andere Zuschreibungen verändern. Die letzte Ebene ist die *Ebene des Diskursprodukts*. Hier verfestigen sich schlussendlich Frames in Produkte, die aus dem Diskurs entstanden sind, wie zum Beispiel Parteiprogramme und Leserbriefe. Zum Schluss befinden sich noch vier verschiedene Ansätze in der Matrix. Hierzu gehört die *KommunikatorInnenperspektive*, die sich auf einen *journalistenzentrierten* und einen *inhaltszentrierten* Ansatz aufteilt. Während ersteres sich auf die Nachrichtenselektion konzentriert, untersucht der inhaltszentrierte

Ansatz die Medien-Frames, in denen es um die Berichtsstrukturen geht. Ein weiterer Bestandteil der Matrix ist der *wirkungszentrierte Ansatz*, der sich um die Wirkung der Frames auf das Publikum beschäftigt. Als letzter Ansatz nennt Scheufele den *Öffentlichkeits- und bewegungstheoretischen Ansatz*. Dabei geht es um eine gesellschaftliche Perspektive, in der man wissen will, welche AkteurInnen ihre Frames in der medialen Öffentlichkeit durchsetzen können.

2.3.1. Kulturelles Framing

Die entstandenen Rahmen einer sozialen Gemeinschaft sind die Grundlage ihrer Kultur. Sie beschreiben die Schemata einer Gesellschaft, wie diese zueinander in Beziehung gesetzt werden und welche Bedeutungen für die Gemeinschaft entstehen. Aber auch innerhalb eines Landes müssen erlernte Schemata nicht gleich sein, da sich BürgerInnen durch die Religion oder vergleichbare Einstellungen unterscheiden (vgl. Goffman 1993: 37). „Zu jedem Rahmen gehören normative Erwartungen bezüglich der Tiefe und Vollständigkeit, mit der die Menschen in die durch den Rahmen organisierten Vorgänge eingebunden sein sollten.“ (ebd.: 376) Frames kann man also nicht nur als eine oberflächliche Betrachtung sehen, sondern sie sind tief verwurzelt und umfassend.

In Rahmen kann man Nachahmungstendenzen erkennen, indem sich jemand den Inhalten eines/einer Anderen bedient und diese übernimmt. Frames können auch von anderen Kulturen übernommen werden (vgl. ebd.: 575f.). Der Rahmen der westlichen Kultur wurde durch die Kolonialisierung zwangsweise in andere Länder gebracht, ist aber für manche Länder heute erstrebenswert, während er von anderen Kulturen abgelehnt wird.

Ein Frame kann verschiedene Stationen durchlaufen. Die Information wird durch die Frames des Kommunikators/der Kommunikatorin, des Empfängers/der Empfängerin und durch die Kultur beeinflusst. Der/die KommunikatorIn gestaltet bestimmte Aussagen aufgrund von dessen/deren eigenen Einstellungen. Diese können bewusst oder unbewusst ablaufen (vgl. Entman 1993: 52). „The *text* contains frames, which are manifested by the presence or absence of certain keywords, stock phrases, stereotyped images, sources of information, and sentences that provide thematically reinforcing clusters of facts or judgments.“ (ebd.: 52, Herv. i. O.) Der/die EmpfängerIn kann die bereits durch Aussage oder Text entstanden Frames wahrnehmen oder diese übergehen. Eine Kultur beherbergt vorgefertigten Einstellungen, welche die Meinungen von Individuen oder sozialen Gruppen beeinflussen. Die bei den einzelnen Menschen ankommenden Informationen wurden durch Frames vorselektiert und wichtige Informationen hervorgehoben. Sie werden genützt um Argumente in einem Diskurs zu untermauern (vgl. ebd.: 52f.).

„Framing essentially involves *selection* and *salience*. To frame is to *select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation* for the item described.“ (Entman 1993: 52, Herv. i. O.)

Der Frame gibt vor, wie ein Problem durch andere verstanden, erinnert und bewertet wird. Er bestimmt wie der/die AkteurIn darauf reagiert und hat eine kollektive Wirkung. Man muss aber auch fairerweise sagen, dass nicht immer alle von dieser Wirkung betroffen sind (vgl. ebd.: 54). Unterschiede entstehen durch die kulturelle Vermischung in einer Gesellschaft, durch die Bildung etc. „Verständigung setzt [...] eine Verständigung über Bedeutung voraus, und das bedeutet nichts anderes, als daß ein gemeinsamer Bestand an Bedeutungen vorhanden sein muß, an dem alle Kommunikationspartner ‚teilhaben‘ können.“ (Merten 1977: 58) Snow et. al. (1986: 473) schreiben Frames auch die Möglichkeit einer Ausweitung zu. Meistens betreffen sie allgemein Menschen, die sich für die Angelegenheit bereits interessieren und bereit sind sich in die Thematik zu involvieren. Es gibt allerdings eine Menge an Personen, für die das Ereignis oder das Problem gleichgültig ist. So gibt es die Möglichkeit Frames um weitere Werte und Interessen zu erweitern, um bisher uninteressierte Menschen zu erreichen und sie zu involvieren.

Frames können eine große Chance darstellen. Durch sie können Brücken zwischen Individuen mit ähnlichen Interpretationsrahmen gebaut werden. Also zwischen jenen, die vor demselben Problem stehen, aber noch nicht strukturell verbunden sind. Dadurch können soziale Bewegungen entstehen (vgl. Snow et. al. 1986: 467). Merten hat folgende These erstellt: „Kommunikation stiftet Gemeinsamkeit (Teilhabe), ist Gemeinsamkeit (Teilhabe) und ist die Folge von Gemeinsamkeit (Teilhabe).“ (Merten 1977: 58) Frames ermöglichen somit auch gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen.

2.3.2. Frames in Medien

Frames zeigen, wie stark Kommunikation sein kann, indem man durch die Art wie man Informationen weitergibt die menschliche Wahrnehmung beeinflussen kann (vgl. Entman 1993: 51f.). Ein Frame ist dann dominant, wenn der im Text vorkommende Rahmen gleichzeitig durch Schemata des Publikums unterstützt wird. Dominante Inhalte werden viel schneller aufgenommen und akzeptiert als andere (vgl. ebd.: 56). „Der Wissensvorrat strukturiert das journalistische Handeln, weil die im Wissensvorrat sedimentierten Erfahrungen die Grundlage bilden für nachfolgendes Handeln.“ (Altmeyden 2004a: 424) Das Framing erklärt die Selektion, aber auch die Platzierung der Themen als soziales Konstrukt, das unterschiedlich betrachtet und bearbeitet wird. So finden sich Themen

durch die politischen und geschichtlichen Hintergründe der Länder in ihrer Interpretation und Relevanz unterschiedlich wieder (vgl. Schulz 2011: 143f.). „Frames lenken [aufgrund ihrer Selektionsfunktion, d. V.] die Wahrnehmung auf bestimmte Ereigniskategorien und heben diese im Horizont des brennenden Problems hervor“. (Eisenegger 2008: 151) Als allererstes muss das Hauptanliegen überlegt werden. Informationen, die zu diesem Anliegen in Konkurrenz stehen, werden ignoriert (vgl. Goffman 1993: 224f.). Nachdem nach 9/11 der islamitische Terror als Frame in der Berichterstattung einen bestimmten Stellenwert erreicht hat, enthalten alle Flugzeugunglücke einen Nachrichtenwert, da diese mit einem erneuten Terroranschlag in Verbindung stehen könnten. Da dieses Thema in der öffentlichen Wahrnehmung angelangt ist, wird auch von Seiten der JournalistInnen versucht, Meldungen zu kreieren, indem sie sich mit dem Thema befassen, recherchieren und gefundene relevante Informationen berichten (vgl. Eisenegger 2008: 151ff.). Nachrichten, die bereits bestimmte Nachrichtenfaktoren enthalten, werden aber auch in das bereits Bekannte eingefügt, d.h. in ein bestimmtes Frame gedrückt (vgl. Jaeger 2002: 195). Diese werden dann einfach angepasst. Während der Flüchtlingskrise, können sozialpolitische Veränderungen jederzeit mit diesem Thema in Verbindung gebracht werden. Ein Beispiel dafür ist die Arbeitsmarktpolitik, in der man bei einer Präsentation der Statistik speziell auf die Herausforderung mit Flüchtlingen eingehen kann.

„In der Interpretationsfunktion verändern Frames die Interpretationslogik in bestehenden Kommunikationsereignissen, indem sie den Fokus auf bestimmte Akteure und deren Deutungen lenken.“ (Eisenegger 2008: 152) Eisenegger (2008: 153) empfiehlt Kommunikationsereignisse als direkten Bezugsrahmen zu definieren um den Framing-Ansatz hinsichtlich seiner Selektions- und Interpretationsfunktion zu erden, da die Frage nach den Bezugsrahmen bisher nur wage beantwortet wurde. Diese Kommunikationsereignisse sind räumlich und zeitlich abgegrenzt und enthalten einen Situations- und Aktualitätsbezug, wie zum Beispiel der ‚Golf-Krieg‘ oder ‚die Olympiade 2016‘. Frames selber führen „[...] als abstrakte Problemperspektiven ein vom konkreten Einzelereignis emanzipiertes Eigenleben“. (ebd.: 153) Das Einzelereignis fügt sich nur in das jeweilige Frame ein und stärkt dieses.

„Nur im empirisch seltenen aber nichtsdestotrotz besonders bedeutsamen Fall wird der Frame selbst zum Kommunikationsereignis, wird also eine abstrakte – häufig von Experten genährte – Beitragssequenz über ein klärungsbedürftiges Problem auf der öffentlichen Agenda fortgeschrieben, bei der Ereignisse nicht mehr im Zentrum stehen, sondern nur noch illustrativen, exemplarischen und somit austauschbaren Charakter haben.“ (Eisenegger 2008: 154)

Es ist ganz essentiell für die öffentliche Meinung in was für einem Rahmen Informationen vermittelt werden, da diese Qualität das Handeln der sozialen Gesellschaft sowie der Politik beeinflusst und die Strukturen formt. Medien sind für die Nachrichtenselektion verantwortlich und entscheiden dabei sehr, wie solche Frames in den Medien dargelegt und wie diese in das Bild der Gesellschaft eingefügt werden (vgl. Joseph 2014: 225f.). Durch das dauernde Wiederholen dieser Deutungsrahmen setzten sich neue Frames in den Köpfen der Bevölkerung fest. Diese kann man für Konflikttransformation, aber auch für Manipulation nutzen. Wenn immer die gleichen Frames, zum Beispiel über eine bestimmte Konfliktlösung, gespielt werden, dann nehmen die RezipientInnen wahrscheinlich diese Sichtweise irgendwann auf (vgl. Bilke 2008: 116). Mit der Darstellung von Informationen durch ihre Platzierung, die Häufigkeit der Wiederholung und der Art wie sie die Information präsentieren, sowie Umfragen, die sich ebenfalls in den Rahmen fügen, haben Medien einen erheblichen Einfluss auf die Politik, da PolitikerInnen die öffentliche Meinung beobachten (vgl. Joseph 2014: 226). Die Politik kann ihre Macht ausspielen, wenn sie ihre Kommunikation durch einen Frame untermauern (vgl. Entman 1993: 55). Der Journalist hat die Aufgabe die Frames der unterschiedlichen AkteurInnen wiederzugeben. Dabei kommt es oft vor, dass dieser alle zu einem eigenen Frame zusammenstellt. So kann er einzelnen Punkten in der Einstellung der anderen zustimmen und weitere Informationen und Meinungen hinzufügen (vgl. Kühne 2014: 108).

„Veränderungen im Framing eines Themas können themenintern oder themenextern induziert sein. So erscheint es plausibel, dass sich innerhalb der Berichterstattung Gesetzmäßigkeiten zeigen, dass also die Abfolge der Frames einer gewissen Logik folgt, die etwa die üblichen politischen Routinereaktionen auf kriegerische Ereignisse abbildet. Auch Schlüsselereignisse können Thematisierungsverläufe und die Dynamik von Interpretationsrahmen beeinflussen.“
(Fröhlich/Scherer/Scheufele: 2007: 14)

Wenn der Rahmen nicht mehr passt, können sich diese im Laufe der Zeit durch neue Erkenntnisse verändern (vgl. Snow et. al. 1986: 473). Allerdings hat sich das alte Frame bereits in den Köpfen der Bevölkerung festgesetzt, wodurch eine Veränderung lange dauern kann, bis sie auch in der Öffentlichkeit Fuß fasst.

2.3.3. Der emotionale Zugang der Öffentlichkeit

Der Framing-Ansatz findet sich in der kommunikatorInzentrierten, wie auch in der wirkungszentrierten Theorie wieder. Er hat anderen Ansätzen voraus, dass nicht nur die Nachrichtenselektion beachtet wird, sondern sie auch die Medienwirkung beinhaltet (vgl. Scheufele 2003: 218). Sie erklärt somit auch das Handeln der RezipientInnen. Die BürgerInnen beschäftigen sich mit dem Wahrgenommenen und richten ihr Handeln danach

aus. Goffman bezeichnet diesen Organisationsvorgang ‚Rahmen des Handelns‘ (vgl. Goffman 1993: 274). Emotionen, die durch Medienframes beim Publikum ausgelöst wurden, können auf die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen und in Folge dessen auf die Bildung von Urteilen einwirken. Dadurch wird auch die Meinungsbildung beeinflusst, da Emotionen auf die Kognition einwirken, wodurch wiederum die Einstellung verändert bzw. verfestigt wird (vgl. Kühne 2014: 305).

„[...] emotionale Framing-Effekte auf Rezipienten [können, n. Verf.] als dreistufige Prozesse verstanden werden: Erstens legen Medien-Frames bestimmte Interpretationen eines Themas nahe und beeinflussen somit die kognitiven Einschätzungen der Rezipienten. Zweitens resultieren spezifische Emotionen, wenn emotionsspezifische Einschätzungsmuster aktiviert werden. Drittens beeinflussen die induzierten Emotionen die Informationsverarbeitung und Urteilsbildung. Medien-Frames beeinflussen die Meinungsbildung demnach sowohl über kognitive als auch über emotionale Prozesse.“ (Kühne 2014: 305)

Kühne (2014: 306) ist der Meinung, dass AkteurInnen hauptsächlich vollständige und konsistente Rahmen verwenden. Er empfindet in Anlehnung an Entman „Frames als vollständig [...], wenn alle vier Komponenten vorhanden sind (d. h., Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, explizite Bewertung und Lösungszuschreibung). Als konsistent wird ein Frame aufgefasst, wenn alle vorhandenen Komponenten auf dieselbe (politische) Lösung hindeuten.“ (vgl. Entmann 1993; zit. n. Kühne 2014: 306)

Frames sind meistens in der Berichterstattung weder konsistent noch vollständig. Dies ergibt sich durch den ständigen Diskurs und Austausch von Meinungen zwischen den einzelnen AkteurInnen und JournalistInnen zu einem Thema, wobei sich die Frames sogar widersprechen können. Dabei lösen oft vollständige Frames häufiger Emotionen aus als unvollständige. Auch konsistente Rahmen können heftige Reaktionen bei den RezipientInnen bewirken. Bestimmte Muster lösen immer ähnliche Einschätzungen aus, auf die emotional reagiert wird. In einer Berichterstattung findet man meistens mehrere inkonsistente Frames, die in ihrer Ausprägung ungleich stark sind und bei den einzelnen RezipientInnen unterschiedliche und gemischte Emotionen auslösen. Den Einfluss von Frames auf die Einstellung hängt davon ab, wie oft und intensiv Emotionen verursacht wurden. Konsistente und vollständige Frames lösen dabei eher welche aus, als solche die dies nicht erfüllen. Trotzdem ist das kein Indiz dafür, dass Emotionen dadurch immer ausgelöst werden (vgl. Kühne 2014: 309-312).

3. KRIEGS- UND KRISENKOMMUNIKATION

Konflikte sind seit jeher Teil unserer Gesellschaft und prägen unseren Alltag. Sie tauchen entweder in Form zwischenmenschlicher oder beruflicher Konflikte in unserem Leben auf oder füllen die Schlagzeilen in Gestalt von politischen Krisen und Kriegen. Durch die Medien erfahren wir nicht nur von Konflikten die uns unmittelbar betreffen, sondern erleben die Welt als Schauplatz voller Ereignisse und Konflikte. Durch die ständige und aktuelle Kommunikation, die Hintergrundgeschichten und die differenzierten Meinungen in der Öffentlichkeit ist die Berichterstattung über Krisen nicht mehr wegzudenken.

3.1. Krise und Krieg

Ein Krieg darf nicht isoliert betrachten werden. Kriege entstehen durch Krisen oder lösen weitere Brennpunkte aus. So sind die Flüchtlingskrise, Konflikte im Nahen Osten oder Spannungen zwischen den USA und Russland genauso wichtig wie der Verlauf des Konfliktes selbst.

Die Krise

Eine Krise entsteht aus einer unabsehbaren Veränderung eines üblichen Prozesses mit negativen Auswirkungen. Unsicherheit entwickelt sich unter den Betroffenen, da oftmals nicht nachzuvollziehen ist, was genau der Auslöser war und wie sich die Situation weiterhin entwickelt. Ebenfalls ist nicht absehbar, wann die Krise beendet ist und welche Folgen sie nach sich zieht, d.h. ob sie positive, negative oder keine Auswirkungen auf die Zukunft mit sich bringt (vgl. Merten 2008: 83f.). Somit kann man eine Krise verstehen als eine „unerwartete Störung (Veränderung eines Gleichgewichts resp. einer Gewohnheit), die anhält bis zu einer weiteren Störung, die – mit ungewissem Ausgang – auf ein neues, stabileres Gleichgewicht zielt.“ (ebd.: 84) Krisen lassen höchste Unsicherheit entstehen, in denen man sich nicht mehr auf ein Ordnungsprinzip verlassen kann (vgl. ebd.: 91). Merten erkennt hier vier Ungewissheiten: „1) wann treten sie auf, 2) was ist die Ursache, 3) wann enden sie und 4) auf welchem Niveau enden sie?“ (Merten 2008: 86)

Medien greifen Krisen auf und lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf. Sie neigen dazu den in Ausnahme befindenden Zustand gekonnt in Szene zu setzen und dadurch RezipientInnen zu unterhalten (vgl. Hofmann/Braun 2008: 135). Gleichzeitig besitzen Menschen aufgrund der entstandenen Unsicherheit durch die eigene Betroffenheit ein gehobenes Interesse an Informationen durch die Medien und die Politik.

Eine Krise hat einen *sachlichen* und einen *sozialen Faktor*. Der sachliche Faktor erkennt die Krise als eine Störung der Prozessstruktur. Die soziale Komponente befasst sich mit dem/der Schuldigen, der/die eine Krise durch Fehlverhalten ausgelöst hat (vgl. Merten 2008: 87). Für Löffelholz können

„Krisen [...] als (vermutete) Bedrohung zentraler Werte eines Systems definiert werden. dabei wird Sicherheit – bis hin zur Gefährdung der Existenz – reduziert, Zeitressourcen werden verknappt und hoher situativer Entscheidungsdruck induziert. Krisen sind zudem durch die gewollte Gefährdung dominanter Ziele (z.B. eines Unternehmens oder Staates), einen ambivalenten und nicht vorhersehbaren Ausgang und die teilweise Beeinflussbarkeit des Ablaufs gekennzeichnet. Damit unterscheiden sich Krisen von Konflikten (die nicht zwangsläufig die Existenz gefährden), Störungen (die keine dominanten Ziele berühren) und Katastrophen (die stets negativ enden). Kriege wiederum können als fortbestehende Krisen gesehen werden, die gewaltsam zugespitzt werden.“ (Löffelholz 2004: 48)

Kramp und Weichert (2014: 21) unterscheiden drei unterschiedliche Arten von Krisen. Zum einen gibt es für sie die *sozialpolitische Krise*, worunter Terror-Attacken, Amokläufe und Schießereien fallen. Weiters gibt es *industrielle Unfälle und Umweltkatastrophen*. Als dritte Krise nennen sie *Militärkonflikte und Kriege*.

Kriege werden als Teil einer Krise bzw. als eine gewaltsame Fortsetzung des Konflikts gesehen. Eine einzelne Krise kann oft nicht abgetrennt von anderen gesehen werden, sondern sie greifen ineinander über. Neue Krisenherde entstehen durch die entstandene Not von alten, oder knüpfen an nicht ordentlich beendete Krisen an. Dieses Phänomen kann man gut an den Konflikten im arabischen Raum erkennen, wodurch immer mehr Länder von den Folgen einstiger Kriege hineingerissen werden. Nicht zuletzt schwappt der Konflikt auch auf die Türkei über und die EU sieht sich mit den Flüchtlingen konfrontiert.

Der Krieg

Konflikte entstehen, wenn zwei oder mehrere AkteurInnen konträre Interessen und Perspektiven unterschiedlicher Herkunft verfolgen. Menschen sind der Ursprung von Konflikten. Von ihnen werden sie definiert, mobilisiert und getragen. Sie werden größer und umfangreicher, indem sich andere einmischen und somit auch als Stellvertreter auftreten können, die sich dann zu einem Kollektiv bündeln. Diese organisieren und positionieren sich gegen den Gegner. KonfliktteilnehmerInnen geben dem Konflikt oft durch weitschweifige und kulturelle Begründungen einen Sinn. Sie können über Generationen leise aber auch laut vor sich hinschmoren. Konflikte begleiten uns in unserem Leben, zum einen auf persönlicher Ebene, aber auch auf politischer Ebene, wodurch Kriege entstehen können (vgl. Cottle 2006: 4f.). Ein Krieg ist nicht plötzlich da, sondern entwickelt sich aus bestehenden Konflikten. Für Schrader beginnt der

„Krieg [...] im Frieden. Kriegerische Konflikte sind fortbestehende Krisen mit hoher Gewaltintensität. Die Kräfte der Destruktion – sozialer Unfrieden, Bedrohung von Wertesystemen ökonomische Unsicherheit und die aus diesen Faktoren resultierenden Ängste – bündeln sich in Krisenzeiten zur Kriegsbereitschaft, die alsbald ihre Rechtfertigung in einer vermuteten Gefährdung der Existenz oder bestimmter Werte und Normen findet.“ (Schrader 2002: 53)

Kriege können sich allerdings auch hinsichtlich ihrer Beschaffenheit unterscheiden.

Galtung definiert Konflikte

„[...] als eine Eigenschaft eines Systems, in dem es miteinander unvereinbare Zielvorstellungen gibt, so daß das Erreichen des einen Zieles das Erreichen des anderen ausschließen würde. [...] Wenn wir von einem symmetrischen, einem gleichgewichtigen Konflikt sprechen, meinen wir einen Konflikt zwischen zwei Kontrahenten, die auf der gleichen Stufe stehen, d. h., daß sie beide von derselben Art sind, z. B. Nationen, und daß sie die gleichen Hilfsquellen zur Verfügung haben. Ein asymmetrischer, ein ungleichgewichtiger Konflikt entsteht zwischen ungleichen Parteien – die also auf verschiedenen Stufen stehen, nicht die gleichen Hilfsquellen haben, ja sogar von unterschiedlicher Art sein können.“ (Galtung 1984: 60)

Die Kriegsberichterstattung beschäftigt sich wie in dieser Definition dargestellt folglich nicht nur mit Auseinandersetzungen zwischen Staaten, sondern auch mit binnen- oder außerstaatlichen Konflikten. Letztere kommen seit dem 2. Weltkrieg weitaus häufiger vor. Allerdings hängt die genaue Einordnung eines Konfliktes in ‚Krieg‘ oder ‚kriegsbezogen Ereignisse‘ unter anderem auch vom/von der BetrachterIn ab (vgl. Löffelholz 2005: 182). Die asymmetrischen Konflikte finden aufgrund von kulturellen sowie ökonomischen gegensätzlichen Unterschieden statt. Das bedeutet auch, dass die Grenzen einer Nation in einem Krieg obsolet sein können, da es um länderübergreifende Ideologien geht. Der Faktor Ökonomie spielt in Kriegen oft eine bedeutende Rolle, da Kriege ohne ökonomische Unterstützung kaum durchzuführen sind (vgl. Wiegerling 2004: 43f.). Häufig sind Entwicklungsländer vom Krieg betroffen. Dies passiert unter anderem durch einen ‚kapitalistischen Modernisierungsprozess‘. Kapitalismus trifft in unterschiedlicher Weise auf Tradition (vgl. Gantzel 1998: 374). Religionskriege entstehen auch in diesem Rahmen, indem Fundamentalisten sich gegen die ‚Verwestlichung‘ wehren und sich alte traditionelle Verhältnisse herbeisehnen.

Hartwig war bereits 1999 der Meinung, dass Kriege in Zukunft eine andere Handschrift tragen werden, als wir sie gewohnt sind. Dabei passen die vier Merkmale zukünftiger Kriege in allen Details mehr oder weniger zum Syrien-Konflikt, auf den wir später noch genauer eingehen werden:

„Terrorismus im Zusammenhang mit Proliferation, die Ungewinnbarkeit von Konflikten, die durch Kleinkrieg- und Guerillakriegsarten gekennzeichnet sind, Kommunikation jeder Form als Kampfmittel und dem Faktoren Ethnizität, Kultur und Religion als Allianz- und Konfliktgrund.“ (Hartwig 1999: 183)

Wer sich schlussendlich im Krieg befindet entscheidet keine Definition sondern „[...] in der Praxis politische Interessen, rechtliche Interpretationen und/oder ideologische Standpunkte und in der Wiss. Erkenntnisinteressen, fachliche Betrachtungsweisen und Untersuchungsmethoden.“ (Gantzel 1998: 372)

3.2. Kriegs- und Krisenkommunikation – die Rolle der Medien

Die Krisen- und Kriegsberichterstattung zählt wie jede andere Rubrik zum Journalismus und muss somit dem gleichen Druck hinsichtlich Aktualität, Selektion und Konkurrenz standhalten. Man kann sie trotzdem nicht mit den anderen gleichsetzen. JournalistInnen vor Ort befinden sich in einer Ausnahmesituation, Politik und Wirtschaft haben ein reges Interesse an der Kommunikation von Inhalten, LeserInnen erwarten objektive Informationen und orientieren sich an ihnen. Deshalb ist es umso wichtiger Qualität im Journalismus sicherzustellen, indem diese ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit sichergestellt und ein öffentlicher Diskurs gefördert wird (vgl. Bilke 2008: 13).

Löffelholz (2005: 181) schreibt der Kriegsberichterstattung eine Sozial- und eine Sachdimension zu. Im Hinblick auf die *Sozialdimension* betrachtet man die Beziehung zwischen allen in den Krieg involvierten Personen und Organisationen, die einen journalistischen Beitrag über den Krieg erweisen. Unter diesen Terminus fällt auch die Aufgabenaufteilung zwischen den KorrespondentInnen vor Ort und den JournalistInnen im heimischen Büro. Alle beobachtbaren kriegsrelevanten Ereignisse fallen hingegen unter die *Sachdimension* der Kriegsberichterstattung.

Der Begriff der Kriegsberichterstattung in der Sachdimension ist sehr weitreichend. Themen wie Gewalt, Tod, Leid, Zerstörung, also Kriegshandlungen und ihre unmittelbaren Auswirkungen, gehören zur Berichterstattung und kommen uns auch als erstes in den Sinn wenn wir an Krieg denken. Trotzdem reicht dies nicht aus Kriegsberichterstattung in seinem ganzen zu erfassen und macht nur einen Teil davon aus. Sie fasst alles was um den Krieg herum passiert ebenfalls mit ein, dazu zählen Vorbereitungen für den Kampf, Aussagen von KriegsteilnehmerInnen, geführte Diskurse über die Ereignisse und die Thematik selbst, Reaktionen der Bevölkerung usw. Dabei streift das Thema Krieg an alle möglichen Themen. Sogar Sport, Kultur und Reisen können in den Fokus der Kriegsberichterstattung geraten, allerdings ist sie zentral in der Außen- und Innenpolitik angesiedelt und wird als weiterführende Politikberichterstattung gesehen. Dabei muss bedacht werden, dass der Übergang von der Politik- zur Kriegsberichterstattung nicht mit den ersten Kampfhandlungen beginnt, sondern schon erste Berichte über den

aufflammenden Konflikt, der höchstwahrscheinlich in einen Krieg endet, zur Berichterstattung gehören. Gleichzeitig ist die Kriegsberichterstattung auch nicht mit dem Krieg beendet, sondern fasst nachfolgende Berichte mit ein (vgl. Staiger 2004: 152).

3.2.1. Wandel der Zeit

Bis in die 70er Jahre hat sich die Politikwissenschaft nicht mit der politischen Rolle in den Medien und deren Funktion in der Gesellschaft während einer Krise beschäftigt. Erst durch den Vietnam-Krieg wurde das Interesse für die Macht der Medien und die politische Funktion entdeckt (vgl. Schuster 2004: 101). Der Vietnam-Krieg wird als ‚der erste Wohnzimmer-Krieg‘ gesehen, da der Fernseher das erste Mal ein wichtiges Mittel zur Berichterstattung darstellte und Menschen über die Bildschirme den Krieg von zuhause, also vom Wohnzimmer aus, mitverfolgen konnten. Somit hatten sie das Gefühl den Krieg direkt miterleben. Bis zum Irak-Krieg hat sich die Entwicklung rasant beschleunigt. Dort gab es schon massenhaft Informationen, die u.a. durch das Internet oder Nachrichtenagenturen in kürzester Zeit verbreitet wurde. Dies brachte dem Irak-Krieg den Titel ‚erster Krieg im Informationszeitalter‘ ein (vgl. Schrader 2002: 49; Horten 2011: 47).

Die USA war über die Berichterstattung des Vietnamkriegs nicht zufrieden, da Medien ohne besondere Auflagen vor Ort über den Krieg berichten konnten. Dieser Krieg stellte den ersten Krieg ohne offizielle Zensur dar. Man versuchte während den darauffolgenden Kriegen keine journalistischen BeobachterInnen mehr im Kriegsgebiet zuzulassen. Dies wiederum wurde stark kritisiert und so versuchte man während dem Irak-Krieg im Jahre 2003 einen neuen Versuch und band die KriegsjournalistInnen ein, indem man sie in den Fronteinsatz mitnahm. Das hatte zur Folge, dass die Medien zwar viele Bilder zur Verwendung hatten, sie allerdings vergleichsweise wenige Informationen über den Krieg enthielten. Da sie mittlerweile Live berichten konnten, war für kritische Stimmen und für eine Überprüfung kaum Zeit (vgl. Dominikowski 2004: 59 u. 71f.). Das Militär hat erkannt, dass man Medien einbinden muss, da durch einen Informationsmangel ein Vakuum entsteht, welches durch unterschiedliche Quellen gefüllt werden kann. Sie haben somit versucht die Berichterstattung unter Kontrolle zu halten, ohne dass es den JournalistInnen, und noch weniger der Bevölkerung, bewusst war (vgl. ebd.: 76). Wie die JournalistInnen behandelt werden, ist auch von Krieg zu Krieg unterschiedlich. Während sie im ersten Weltkrieg spezielle Bereiche für JournalistInnen an der Front zur Verfügung stellten, wurden sie im zweiten Weltkrieg unter Zensur gestellt. Im Ersten Golf Krieg erhielten ReporterInnen wieder einen geschützten Bereich, während im Zweiten Golf

Krieg die JournalistInnen die SoldatInnen an die Front begleiten durften, wo sie dort in die Truppen ‚eingebettet‘ wurden (vgl. Smith/Higgins 133ff.). Durch den ‚embedded‘ Journalismus besitzen JournalistInnen eine emotionale Nähe, die sich auf die Berichterstattung auswirken kann (vgl. Löffelholz 2004: 22).

3.2.2. Verlauf in der Kriegsberichterstattung

Zillich et al. (2011: 261ff.) haben die Berichterstattung von internationalen Konflikten untersucht und sind zum Ergebnis gekommen, dass Konflikte, welche für die Bevölkerung von Interesse sind in allen Phasen des Konflikts von JournalistInnen beachtet werden. Dabei steht in der Eskalationsphase Schaden und Aggression im Fokus, während in der Phase der Versöhnung und Auflösung der bereits entstandene Schaden eine große Rolle spielt. In allen Phasen des Konflikts wird über Tote berichtet, gleichzeitig werden währenddessen kaum Vorteile des Konflikts genannt. Verletzte und Flüchtlinge finden besonders in der Eskalationsphase und in der Auflösungsphase Beachtung. Meistens wird dann erst über einen Konflikt berichtet, wenn dieser eskaliert. In dieser Eskalationsphase erhalten Konflikte in den Medien die größte Aufmerksamkeit. Seltener kommen die Präventions- sowie die Auflösungsphase in der Berichterstattung vor, während die Versöhnungsphase kaum Beachtung findet. Laut Bilke wird

„[...] in besonders kritischen Phasen eher weniger berichtet [...]: nämlich weder wenn über den Krieg entschieden wird, noch wenn seine Folgen für die Zivilbevölkerung deutlich werden. Ihren Höhepunkt erreicht die Berichterstattung dagegen, wenn die Informationslage am unsichersten ist – während der Kampfhandlungen.“ (Bilke 2010: 442)

Bilke (2008: 175) führt die unterschiedlich starke Berichterstattung während den Phasen auf den Nachrichtenfaktor Varianz zurück, fügt aber auch hinzu, dass es an dem sinkenden Interesse des Publikums liegen kann.

3.2.3. Die Wirklichkeit in Krisenzeiten

In der Mediengesellschaft entsteht aus einer ‚realen‘ von den BürgerInnen erlebten Wirklichkeit und der fiktionalen, auf die Öffentlichkeit gerichteten Wirklichkeit eine ‚aktuelle‘ Wirklichkeit, in der Krisen einen wichtigen Anteil nehmen (vgl. Merten 2008: 90). Wie wir erfahren haben stimmt die Realität die in Medien dargestellt wird nicht ganz mit der Realität in der Wirklichkeit überein. Aus diesem Grund setzte sich der Begriff der ‚Medienrealität‘ durch. Dieser Begriff impliziert, dass Zwischenschritte zwischen Ereignis und der Rezeption des Mediums stattgefunden haben und somit auch die Informationen bis zu einem gewissen Grade verfälscht wurden (vgl. Schulz 2011: 80). Wie Krisen erlebt und

verstanden werden, hängt stark von dieser aktuellen Wirklichkeit ab, die von den Medien beeinflusst wird. „*Was nicht in den Medien ist, kann nicht relevant sein.*“ (Merten 2008: 90) Eine von Medien beeinflusste Wirklichkeit kann die reale Wirklichkeit verdrängen. Was als wahr angesehen wird, steht somit offen, was wiederum Unsicherheit bei den RezipientInnen entstehen lässt (vgl. Merten 2008: 90). JournalistInnen versuchen die Situation möglichst wahr wiederzugeben, nutzen diese Wahrheit allerdings auch um die Nachrichten interessant gestalten zu lassen und gleichzeitig den Schuldigen an den Pranger zu stellen. In der Krisenkommunikation wollen die Beteiligten zwar ihre Wahrheit darstellen, können allerdings nicht immer alle Informationen unvorbehaltet preisgeben, da ihr Ziel es ja ist, die Krise durch Kommunikation abzuwenden oder sie in eine bestimmte Richtung zu lenken. Der/die JournalistIn und die PR haben unterschiedliche Interessen und Ziele, was kommuniziert werden soll. Dies ist beiden Seiten bewusst, so muss durch PR auf Krisen so schnell wie möglich reagiert werden, um diese entstandene Unsicherheit durch Spekulationen seitens der Medien zu verhindern (vgl. ebd.: 92).

KrisenjournalistInnen müssen somit mit einigen Einflüssen und Störungen rechnen, die ihre Arbeit beeinflussen. Zum einen wird, wie bereits schon erläutert, die *Nachrichtenauswahl* sowie dessen *Gewichtung* Opfer der Zeit und des Wunsches nach Exklusivität. Aber auch die *journalistische Routine*, *journalistische Gesetze*, *Regeln* und der *journalistische Codex* bestimmt das Handeln der JournalistInnen. Ebenso sind sie von *technischen Erneuerungen* abhängig, die den Ablauf beschleunigen, wie auch *ökonomische Bedingungen*, die JournalistInnen beeinflussen. Alle diese Faktoren sind interne Gegebenheiten, welche in die Berichterstattung einwirken. Zu den äußeren Faktoren zählen politische Gegebenheiten, die Erwartungen der Öffentlichkeit und der Ökonomie, aber auch die äußeren Bedingungen unter denen die JournalistInnen vor Ort im Krisengebiet arbeiten müssen (vgl. Kramp/Weichert 2014: 22).

Durch die Unsicherheit haben Menschen in betroffenen Ländern das Bedürfnis nach wichtigen Informationen. Diesem Wunsch versuchen Medien nachzugehen. Sie stellen Informationen bereit, die zum Teil der Bevölkerung Antworten und Sicherheit geben. Der Grad der Unsicherheit bestimmt auch die Relevanz in den Medien. Dieser wird von dem Ausmaß der Krise, den mittelbar und unmittelbar beteiligten Personen und dem vermuteten Schaden bestimmt. Meistens wurde durch das Auslösen der Krise bereits Schaden erzeugt, der sich im Laufe der Krise verschlimmert. Nicht selten sind sogar Medien und die durch sie geschaffene Aufmerksamkeit sowie die Dramatisierung der Krise wesentlich daran

Schuld, dass sie zunehmend ernstere Ausmaße annimmt und sich selbst dadurch ernährt (vgl. Merten 2008: 88). Auch nach Rohde (2009: 164) versuchen Medien oft die ‚ursprüngliche Krise moralisch aufzuladen‘, um durch die Rolle des Moralapostels die eigene Aufgabe im gesellschaftlichen Gefüge zu festigen.

Um dem entgegenzuwirken müssen sich JournalistInnen bemühen, Krisen nicht zu Sensationen aufzublasen oder einfach fallen zu lassen, sondern sie in einer angemessenen Wichtigkeit und Stärke wiederzugeben (vgl. Nothelle 2008: 231). Es ist wichtig über Kriege zu berichten, da man sich in einem Ausnahmezustand befindet, indem Töten und Gewalt legitimiert. In Zeiten des Krieges verschwimmen Moral und Recht bis sie nicht mehr genau zu identifizieren sind. Die Gründe eines Krieges sind immer unterschiedlich, sie werden vom Wunsch der Politik, der Bevölkerung, der Öffentlichkeit oder ethnischen und kulturellen Gruppen ausgeführt, wobei genau diese Gruppen oft wiederum den Krieg kritisieren. Die dadurch aufgetretenen Kontroversen werden zur Aufgabe des Journalismus, indem er über sie berichtet, den Konflikt kritisch beobachtet, alle Ansichten darlegt und Öffentlichkeit schafft (vgl. Smith/Higgins 2012: 132).

3.3. Akteure der Krisenkommunikation

Medien spielen eine zentrale Bedeutung und unterstützen durch ihre Leistungen die Ordnung unserer Gesellschaft, indem nicht nur JournalistInnen Nachrichten selektieren, sondern auch politische und wirtschaftliche AkteurInnen sich den Medien bedienen um die Bevölkerung zu erreichen und diese zu organisieren (vgl. Burkart 2002: 65). Da die Möglichkeit besteht, dass sich die Politik und Wirtschaft an den Medien bedienen kann, können sie auch beeinflussen, wie Themen dargestellt werden.

„Krisenkommunikation kann Ängste und Kriegsbereitschaft je nach Interessenslage der Kommunikatoren, also im wesentlichen der Politiker, stimulieren oder abbauen und kann die Ursache der Krise entweder auf andere Faktoren projizieren oder sie offenlegen und realistische Lösungsmöglichkeiten anbieten.“ (Schrader 2002: 53)

Die Art der Kommunikation über die Krise hat bei vielen AkteurInnen oberste Priorität, deshalb versuchen einige ihr Thema zu setzen. Nach dem Terroranschlag am 11. September waren weltweit Menschen unter Schock und suchten Schuldige. Die Reaktionen fielen allerdings in den verschiedenen Ländern unterschiedlich aus. Während die westliche Welt schnell den Islam als Übeltäter sah und für diesen Anschlag verantwortlich machte, sahen PakistanerInnen Juden als Schuldige an, was sie mit unterschiedlichen Theorien und mit nicht verifizierten Beweisen zu untermauern versuchten. Die Krisenkommunikation soll versuchen Menschen zu beruhigen, zu informieren und eine Vermittlungsfunktion

einzunehmen. Allerdings kann sie auch immer für Propaganda und Manipulationsversuche anfällig sein (vgl. Nothelle 2008: 227). Gleichzeitig stehen die AkteurInnen in einer Krise in direktem Zusammenhang miteinander und sind voneinander abhängig.

„Journalisten brauchen Zugang zu Informationen, Politikerinnen brauchen Öffentlichkeit. Die Politik muss sich der Selektions- und Darstellungslogik der Medien anpassen, die Medien müssen sich nach den politischen Rahmenbedingungen ausrichten, die z.B. den Markt prägen, von dem ihre Existenz abhängt. Dieser Markt hat auch die Abhängigkeit von Werbetreibenden und vom Erfolg beim Publikum zur Folge.“ (Bilke 2008: 73)

Im Folgenden möchte ich auf die einzelnen AkteurInnen der Krisenkommunikation näher eingehen, die Beziehung zueinander sowie die einzelnen Interessen skizzieren.

3.3.1. Politik und Militär

„[Der, d. Verf.] Staat ist nicht als Nationalstaat zu begreifen, sondern als *Synonym* für den oder die Träger der Verantwortung, die in heutiger Zeit den als Staaten bezeichneten legalen Herrschafts- und Ordnungsbereichen zugeschrieben wird: Organisation und Sicherstellung der Rahmenbedingungen, welche die Entwicklung einer Gesellschaft ermöglichen.“ (Kaschner 2008: 231)

Dadurch tragen sie die Verantwortung, die Bevölkerung vor internen und externen Gefahren zu schützen und Sicherheit herzustellen (vgl. Kaschner 2008: 232). Um mit der Bevölkerung zu kommunizieren brauchen sie dazu die Medien. Der Staat und die Medien stehen in einer wechselseitigen Abhängigkeit zueinander. Der Staat erzeugt Rahmenbedingungen für die Medieninstitutionen, welche die Pressefreiheit schützt, aber auch durch Zensur gefährden kann. Er bestimmt in welcher Funktion das Medium gegenüber der Gesellschaft auftritt. Gleichzeitig hängt er von der Berichterstattung der Medien ab, die Kontrolle ausüben und die Bevölkerung über das Handeln des Staates unterrichten können. Der Staat kommuniziert nicht direkt mit dem Medium selbst, sondern nutzt es als Vermittler zur Gesellschaft (vgl. ebd.: 239). Nach Jarren und Donges (2011: 21) ist politische Kommunikation „der zentrale Mechanismus bei der Formulierung und Artikulation politischer Interessen, ihrer Aggregation zu entscheidbaren Programmen, sowie der Durchsetzung und Legitimierung politischer Entscheidungen.“

Der Einfluss von Politik und Ökonomie geschieht selten offensichtlich und wird meistens nicht wahrgenommen. Auch die Wirkung des Einflusses lässt sich oft nicht direkt erfassen. Wie stark die Wirkung bei den JournalistInnen ankommt, hängt vom jeweiligen nationalen Mediensystem des Landes ab (vgl. Hanitzsch 2009: 168f.). BerichterstatteInnen sehen durch die enge Zusammenarbeit mit PolitikerInnen diese als verlässliche Quelle für Informationen an. Diese Zusammenarbeit hat sich zum Habitus entwickelt, wodurch JournalistInnen auf die Richtigkeit der Information und auf die Quelle vertrauen und den

Inhalt oftmals unkritischer entgegennehmen (vgl. Iyengar/Kinder 1987: 131). Sie laufen dabei in Gefahr ihre ‚Staatsperspektive‘ mit Objektivität zu verwechseln (vgl. Schuster 2004: 79). Je länger die Krise andauert, desto wichtiger ist der Perspektivenwechsel auf die Krise um eine möglichst breite Sichtweise den RezipientInnen zu ermöglichen (vgl. Nothelle 2008: 230). Denn „*Krisenkommunikation braucht einen langen Atem, wenn die Krise nicht Krise bleiben soll.*“ (Nothelle 2008: 230, Herv. i. O.)

Der Einfluss der Politik auf die Medien nimmt allerdings empirisch nachgewiesen immer weiter ab und werden vom politischen System immer unabhängiger. Während sie den Einfluss auf dieser Seite verlieren, steigt die Abhängigkeit vom wirtschaftlichen System im Gegenzug jedoch an (vgl. Jarren/Donges 2011: 24).

In den Krieg involvierte AkteurInnen versuchen öffentlichkeitswirksam zu handeln, indem sie kriegsrische Handlungen inszenieren oder Pressekonferenzen abhalten. Sie sind darauf angewiesen, dass die Öffentlichkeit ihre Unterstützung zusichert. Die Medien sind auf die Informationen der Politik und des Militärs angewiesen und bedienen sich daran, gleichzeitig reagieren die politischen und militärischen AkteurInnen darauf wiederum strategisch. Medienrealität sowie soziale Realität sind nicht mehr voneinander trennbar (vgl. Bilke 2010: 444). Das schafft auch den Wunsch der Politik die Berichterstattung im Griff zu haben. „Kriegsrechtfertigungen unterliegen per definitionem einem dualistischen Prinzip und setzen eine entsprechend verengte mediale Bedeutungsproduktion voraus.“ (Klaus/Goldbeck/Kassel 2002: 288)

Die Politik hat mehrere Möglichkeiten die Berichterstattung zu beeinflussen. Durch Zensur kann sie die Informationen steuern und die Meinung der Bevölkerung beeinflussen, um diese auf ihrer Seite zu haben. Aus diesem Grund besteht schon seit jeher eine Kontroverse über den Krieg, ihrer Berichterstattung und Zensur. Diese Spannung hat sich aber vor allem durch die technischen Erneuerungen zugespitzt, durch die Kommunikation als Waffe gefährlicher wurde (vgl. Schrader 2002: 45). Die Politik kann mithilfe der direkten Zensur durch Kontrolle und Selektion von Informationen die Berichterstattung beeinflussen. Eine weniger offensichtliche Art schafft jedoch die indirekte Zensur. Hier einige Beispiele dazu: Das Militär gibt solche Informationen her, welche die Öffentlichkeit beeinflussen sollen. Der Faktor Aktualität hat zur Folge, dass man vernachlässigt das bereitgestellte Material auf dessen Richtigkeit zu überprüfen. Weiters begünstigt die Entstehung von einem Freund-Feind Schemata die indirekte Zensur, indem sich Medien an Stereotypen bedienen, welche die soziale Komplexität vereinfachen soll. Die Abhängigkeit der JournalistInnen

vom Militär vor Ort durch Visa, Schutz etc. kann die Berichterstattung ebenfalls beeinflussen (vgl. Hartwig 1999: 17ff). Zensur durch die Politik kann somit auf unterschiedliche Weise passieren.

Berichterstattung ist gerade dann am leichtesten zu beeinflussen, wenn der physische Zugang zum Geschehenen für die Bevölkerung nicht gegeben ist, oder diese nicht selbst an die Informationen kommen (vgl. Schulte-Holtey 2002: 174). Eine Beeinflussung der Presse durch indirekte Zensur des eigenen oder eines anderen Landes wird aufgrund von systemimmanenten Faktoren erleichtert. Dies kann zum Beispiel dadurch geschehen, dass Medien sich auf Medien vor Ort beziehen, die ihre Informationen wiederum vor Ort vom Militär erfahren. Die Beobachtung anderer Nachrichten ermöglicht zwar eine Kontrolle dieser Medienschaffenden, es werden allerdings gleichzeitig beeinflusste Informationen weitergetragen. Medien sind von den Informationen anderer Medien abhängig und kommen nicht daran vorbei diese vertrauensvoll zu übernehmen (vgl. Hartwig 1999: 12f.). Aber auch vor Ort sind JournalistInnen von Informationen des Militärs, den Kommunikationssystemen, deren Schutz und dem Transportwesen abhängig (vgl. Cottle 2006: 84). Oft wird vergessen, dass die bloße Anwesenheit von KorrespondentInnen die Realität beeinflussen kann, wenn zum Beispiel das Militär ein anderes Bild vermitteln möchte. Was wirklich ‚hinter den Kulissen‘ passiert, kann der/die JournalistIn dann kaum erkennen (vgl. Hartwig. 1999: 16). Eine Manipulation der Berichterstattung könnte nach Hartwig (1999: 20) zu einem gewissen Maße sogar gerechtfertigt werden. Nämlich dann, wenn Informationen zurückgehalten werden, um keinen Nachteil gegenüber dem Feind zu schaffen und infolgedessen seine eigenen Truppen nicht in Gefahr zu bringen.

3.3.2. Ökonomie

Die Wirtschaft ist in Krisen maßgeblich verfangen. Ihre Reaktionen auf Ereignisse können verheerend ausfallen, z.B. durch einen Kursfall bei den Börsen (vgl. Kaschner 2008: 240). Ein Krieg kann auch ohne ökonomische Mittel nicht durchgeführt werden.

Nicht nur die Krise steht unter ökonomischen Einflüssen, auch die Medien selbst unterliegen ihnen. So beeinflussen wirtschaftliche, formale und prozedurale Faktoren die Nachrichten (vgl. Schulz 2011: 105). Jeder einzelne Schritt in der Nachrichtenproduktion bestimmt die Berichterstattung. So greifen nicht nur JournalistInnen darin ein, sondern sie werden durch den Anzeigenverkauf, die Rahmenbedingungen in der Redaktion, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Agenturen etc. beeinflusst.

„Wenn, so kann man zusammenfassen, der Journalismus an die Kontexte der Medien gebunden ist, dann bestimmen die Entscheidungen über Strukturen beim ‚Einkauf‘ der journalistischen Inhalte auch über die Art des Journalismus. In diesen Aushandlungsprozessen zwischen Journalismus, Medien und Markt spielen ökonomische Faktoren eine bedeutende, zuweilen auch dominierende Rolle.“ (Altmeppen 2004b: 513)

Denn Zeitungen sind auf den Erfolg des Produkts angewiesen, deshalb müssen sie sich zum einen an ihrer Zielgruppe orientieren, die Zeitung derselben Gruppe verkaufen und Anzeigekunden gewinnen, welche die gleiche oder eine ähnliche Zielgruppe besitzen (vgl. Meier 2013: 104). Für den Journalisten/die Journalistin selbst spielt der wirtschaftliche Erfolg eines Mediums ebenfalls eine wichtige Rolle und beeinflusst die redaktionelle Arbeit, da eine Abhängigkeit vom Einkommen besteht. Erzielt das Medium nicht den erforderlichen Gewinn, muss es die Redaktion kleiner gestalten, d.h. es die Qualität würde wahrscheinlich auch darunter leiden (vgl. Altmeppen 2004b: 512f.). Der wirtschaftliche Nutzen des Medienunternehmens bestimmt, ob ein/eine ReporterIn in das Krisengebiet geschickt wird und wie sehr er/sie sich vorbereiten kann (vgl. Kramp/Weichert 2014: 28).

3.3.3. Medien

Medien sind die zentralen Akteure in der Kriegskommunikation. Wie das Mediensystem und deren Kommunikation aussehen, unterscheidet sich allerdings von Land zu Land.

„Wir unterscheiden zwischen offenen Mediensystemen, die weitgehend Kommunikationsfreiheiten rechtlicher, politischer und ökonomischer Hinsicht gewährleisten, und geschlossenen Mediensystemen, welche Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit autoritär beschränken oder totalitär kontrollieren. Mediensysteme pluralistischer Demokratien schwanken zwischen wirtschaftsliberal und sozialverantwortlich.“ (Meier 2013: 95)

Das gesellschaftliche und politische System bestimmen wie sich der Journalismus im Land entfalten kann. So gibt es erhebliche Unterschiede in der journalistischen Arbeit zwischen einer Demokratie oder einer Diktatur. Verändert sich das System, entwickelt sich der Journalismus mit (vgl. Meier 2013: 83). Wie Medien agieren ist somit in erster Linie vom politischen System abhängig. Besitzen sie die Freiheit unabhängig zu arbeiten, spielt das Selbstverständnis des Mediums und der JournalistInnen eine wichtige Rolle.

„Die Medien haben eine *fünffache soziale Funktion*, wodurch sie gleichermaßen Scharnier und Katalysator [...] sind: *Information, Filter, Verstärkung, Kontrolle* und das *Bereitstellen einer Plattform* zur (Selbst-)Inszenierung. Die tatsächliche Funktion wechselt mit der Perspektive des Systems, aus der die Zuweisung der Funktion erfolgt.“ (Kaschner 2008: 235, Herv. i. O.)

Auf die Medien kommen also etliche Aufgaben zu, denen sie gerecht werden müssen. Sie müssen die Diskrepanz zwischen Sprachrohr der Politik und die Aufgabe als vierte Gewalt im Staat meistern und zusätzlich weitere potentielle Einflüsse immer im Auge behalten.

Die Abhängigkeit der Medien in der Kriegsberichterstattung wird von Becker (2002: 15f.) kritisiert. Er sieht das Problem in verschiedenen Punkten: Zum einen übernehmen Medien ungeprüft Informationen, sei es von der Regierung, dem Militär oder anderen Medien und übereinstimmen oft zu häufig mit den politischen Entscheidungen des Parlaments, anstatt ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen. Somit stärken sie politische Entscheidungen, aber auch breiten Konsens in der Bevölkerung, tragen also zu ihrer Starrheit bei, anstatt selbst auch Anstöße zur Veränderung zu liefern. Aber auch Lügen finden sich in Medien wieder. Sie trennen oft nicht eindeutig Meinung von Nachricht, sowie Politik von Unterhaltung und spielen im globalen Kontext die Rolle der Nation in den Vordergrund und verhindern so die Darstellung eines größeren Bildes. Becker (2016: 30) kritisiert in Zeiten des Krieges das komplette Versagen der Medien als vierte Gewalt.

Einflüsse auf die Berichterstattung bestimmen unter anderem die Wertvorstellung der JournalistInnen, die Einbettung in die Gesellschaft und das eigene Verständnis über die berufliche Aufgabe als JournalistIn (vgl. Bilke 2008: 158). Die Arbeitsbedingungen von JournalistInnen beeinflussen ebenfalls die Berichterstattung. Es müssen Deadlines eingehalten werden, man muss sich gegen die Konkurrenz durchsetzen und ist von aussagekräftigen Quellen abhängig. Manche sind sogar dem Risiko in einem Risikogebiet ausgesetzt (vgl. Cottle 2009: 112). In der ausländischen Berichterstattung muss bedacht werden, dass an den Artikeln über den Krieg oft zwei Arten von JournalistInnen arbeiten. Zum einen gibt es jene, die sich im jeweiligen Kriegsgebiet vor Ort befinden, um dort zu recherchieren. Zum anderen arbeitet der Großteil der RedakteurInnen in den Redaktionen zuhause und überarbeiten die ihnen zugespielten Informationen. Eine erfolgreiche Kriegsberichterstattung ist nur durch einen guten Kontakt beider möglich (vgl. Bilke 2008: 158). JournalistInnen in der Redaktion sind nicht direkt von der Krise betroffen, d.h. es ist weder ihr Leben bedroht, noch sind sie legitimiert Entscheidungen über den Krieg zu treffen. Dies trifft allerdings nicht auf die KriegsberichterstatteurInnen im Krisengebiet zu, deren Handlungen sehr wohl unter dem Krieg beeinflusst werden (vgl. Löffelholz 2004: 49). Diese müssen von einem Schauplatz zum nächsten eilen und können oft selbst nicht alle Fakten, Hintergründe und Meinungen zu komplexen Themen wiedergeben, da der Platz im Medium limitiert ist (vgl. Hartwig 1999: 14).

Weitere Selektionsfilter sind Nachrichtenagenturen. Sie stellen allerdings dadurch eine Stütze für die Medienunternehmen dar. Es werden Nachrichten schon vorselektiert. Je kleiner die Redaktion, desto wahrscheinlicher ist es, dass auf Agenturmeldungen

zurückgegriffen wird (vgl. Jarren/Donges 2011: 91). So ist es den einzelnen KrisenjournalistInnen vor Ort kaum möglich selbst Agenda Setting zu betreiben. Der Frame wird durch führende internationale Medien oder Agenturen festgelegt, die durch ihre Nachrichten bestimmen, was interessant und wichtig erscheint. Dabei werden ReporterInnen im Krisengebiet mit einer gegenteiligen Meinungen oftmals ignoriert, sollten sie eine andere Geschichte interessant finden (vgl. Kramp/Weichert 2014: 28).

3.3.4. Öffentlichkeit und Private

Journalismus und die Öffentlichkeit stehen ebenfalls in einer wechselseitigen Beziehung zueinander. JournalistInnen werden durch die Meinungen und den Erwartungen der RezipientInnen beeinflusst (vgl. Scholl/Malik/Gehrau 2014: 18). Die Indexing-Hypothese behauptet, dass die Berichterstattung erst dann kritisch wird, wenn die Öffentlichkeit zwiespältige Meinungen besitzt. Bilke sieht einen Zusammenhang mit der Hypothese und die durch Studien belegten Tatsache, dass sich die Kriegsberichterstattung meistens auf politische und militärische Quellen stützt und weniger differenziert berichtet. Diese berufen sich auf das Freund-Feind-Schemata, um den Krieg und dessen Handlungen zu legitimieren, indem die Moral der RezipientInnen dahingehend bedient wurde, damit diese die gute Intention des Landes unterstützen (vgl. Bilke 2008: 176f.). Der/die BürgerIn ist dann gefährdet sich beeinflussen zu lassen, wenn sie keinen Bezug zu den Ereignissen in der Berichterstattung haben, d.h. keine Informationen darüber besitzen, wie die Einschätzung von Personen vor Ort ist und sich mit den dort herrschenden Umständen nicht auskennen. In diesem Fall haben sie fast keine andere Wahl, als an das von der Politik und den Medien vermittelte Bild zu glauben (vgl. Schulz 2011: 78). Man kann aber nicht immer davon ausgehen, dass Medien auf Seiten des Staates agieren. Es kommt durchaus vor, dass sie eine oppositionelle Meinung einnehmen, vor allem dann, wenn ein großer Teil der Öffentlichkeit diese vertritt. Es kann aber auch umgekehrt vorkommen. Nämlich wenn das Publikum die Medieninhalte unterstützt, selbst wenn diese einen politischen, ökonomischen oder kulturellen Hintergrund haben (vgl. Löffelholz 2004: 27). Das Publikum bzw. die Öffentlichkeit kann jedoch nicht als eine homogene Masse betrachtet werden, da sie aus heterogenen Individuen besteht. Unterschiedlichen Interessen und Betrachtungsweisen darzustellen, wie sie auch im Publikum stattfinden, ist ein grundlegender Bestandteil des Journalismus (vgl. Meusel 2014: 56).

In Diskursen nimmt das Publikum oft eine kritischere Haltung den JournalistInnen gegenüber ein, als sonst. Wenn versucht wird ausgewogen zu berichten, empfinden

einzelne RezipientInnen den Diskurs als unfair, nehmen ihn verzerrt wahr und kritisieren die Berichterstattung. Diese verzerrte Wahrnehmung wird als Hostile-Media-Effekt bezeichnet. Das bedeutet je involvierter der/die RezipientIn ins Thema ist, desto wahrscheinlicher tritt dieser Effekt ein. Der/die JournalistIn kann durch eine sorgsame Berichterstattung zwar entgegenwirken, allerdings kann er/sie diese subjektive Empfindung nicht gänzlich verhindern. Dies hat auf die Beziehung zwischen JournalistInnen und RezipientInnen Einfluss (vgl. Henn et al. 2014: 214ff.).

3.4. Globalisierung

Durch die Globalisierung wird auch immer mehr die Nationalstaatlichkeit sichtbar. Der Wunsch ohne Grenzen zu leben geht einher mit der Angst vor der Freiheit. Diese Polarisierung kann man in unterschiedlichen Bereichen sehen. Ein Beispiel dafür ist die Flüchtlingsdebatte, in der man auf der einen Seite eine große Hilfsbereitschaft erkennen kann und auf der anderen Seite der Wunsch nach Abschottung auftaucht.

Die Globalisierung formt aber unsere Gesellschaft neu, Menschen verlieren ihr Gefühl der Zugehörigkeit an Institutionen immer mehr. Das nationale Wertgefühl verändert sich hin zu international verstandenen Werten (vgl. Imhof/Jarren/Blum 2002: 10).

„Die Stabilität der Gesellschaftsordnung wird in dieser Perspektive entweder durch symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien (Macht, Geld, etc.), strukturbildende Kommunikationscodes und mediales Themensetting gesichert, oder den Massenmedien fällt die Last zu, den Bedeutungsverlust der klassischen Sozialisationsagenturen orientierungstiftend zu substituieren.“ (Imhof/Jarren/Blum 2002: 10f.)

Medien kommt hier also eine bedeutende Rolle zu, indem sie die Gesellschaft zusammenhalten und ein gemeinsames Wertekonstrukt schaffen. Die Globalisierung hat zur Folge, dass Informationen vernetzt sind und es oft einheitliche Bezugspunkte für den Meinungsaustausch gibt. Diese bilden die Grundlage für politische Handlungen. Die westliche Welt zum Beispiel sieht den internationalen Bezugspunkt für ein gemeinsames Wertekonstrukt in der Demokratie und den Menschenrechten. Medien haben hier eine wichtige Funktion, indem sie Berichte mit Deutungen versehen und diese den eigenen BürgerInnen weiterleiten. Aber auch das Ursprungsland erfährt wiederum von dieser Deutung, welche für andere Länder und Kulturen als Orientierung gilt. Einzelne nationale Öffentlichkeiten sind miteinander vernetzt und ermöglichen dadurch einen Bedeutungsaustausch, was gemeinsames Handeln wiederum ermöglicht. Es entsteht langsam eine internationale Öffentlichkeit die durch Zusammenlegung von politischen Ressourcen an Macht gewinnt (vgl. Bilke 2008: 265).

Wie bereits definiert, hat Krieg heutzutage seinen Ursprung nicht nur alleine im nationalen Denken, sondern wird häufig durch ökonomische und kulturelle Differenzen ausgelöst. Seine Ausläufer finden sich im Terrorismus und der Flüchtlingskrise wieder und haben mittlerweile bereits Österreich erreicht und somit die Auswirkungen des Krieges bis nach Europa gebracht. Obwohl die Nationen dazu neigen gerade in Krisen nationalstaatlich zu denken und sich mit Grenzen vor diesen Auswirkungen schützen möchten, müssen solche Krisen global gelöst werden. Um an eine Krise gemeinsam anzugehen, müssen sich der Staat und die Öffentlichkeit von dem eingeprägten nationalen Denken lösen.

„Der Nationalstaatsglaube fußt im Wesentlichen auf vier *Prämissen*: 1) Gesellschaft und Nationalstaatsgesellschaft sind identisch. 2) Staaten und Regierungen bilden den Rahmen der politikwissenschaftlichen Analyse. 3) Die Menschheit zerfällt in Nationen, die sich in Nationalstaaten organisieren und voneinander abgrenzen. 4) Abgrenzung und Konkurrenz zwischen den Nationalstaaten sind das politische Organisationsprinzip.“ (Kascher 2008: 127f.)

Eine solche Abgrenzung macht globale Probleme kaum lösbar. Synergien gehen verloren, Lösungen werden parallel gesucht und sind mit dem Nachbarland nicht kompatibel.

Globale Krisen machen nicht halt vor geografischen oder politischen Grenzen. Aus diesem Grund muss nationenübergreifend zusammengearbeitet werden, um den Schaden zu reduzieren und weiteren zu verhindern (vgl. Cottle 2009: 2).

Globale Krisen gehen somit über den nationalen Kontext hinaus bzw. bestehen auch aus mehr als einer singulären Abfolge von Ereignissen. Neben der internationalen Reaktion von Institutionen, trägt die durch die Medien geschaffene Aufmerksamkeit einen wesentlichen Teil dazu bei, diese als global und prominent wahrzunehmen. Sie definieren den Sachverhalt, schaffen ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit, mobilisieren und legitimieren dadurch Handlungen. Die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Zerstörung schaffen es nicht Probleme zu globalen Krisen zu erheben. Dies wird nur durch die Anzahl von Menschen erreicht, welche auf die Krise aufmerksam gemacht werden (vgl. Cottle 2009: 17). „Medien schließlich verstehen es, jenseits aller nationalstaatlichen Beschränkungen Ereignisse mit Besonderheitswert zu thematisieren“. (Kascher 2008: 231)

3.5. Kulturelle Kontextualisierung

Medien sind Teil unseres täglichen Lebens und beeinflussen, wie wir unser Leben definieren, z.B. was wir als männlich und weiblich ansehen, wie Erfolg aussieht und wie wir Misserfolg verstehen. Sie stützen und formen unsere Einstellung hinsichtlich Nationalität, Ethnizität oder einfach nur das Bild zwischen Freund und Feind, ‚Wir‘ und ‚Sie‘, Gut und Böse (vgl. Kellner 1995: 1). Medien spielen eine wesentliche Rolle in

Bezug auf unsere Identität und wie wir uns von anderen abgrenzen. So können Bilder und Berichte unser in uns verankertes Wertesystem, unser Gemeinschaftssystem sowie unsere moralische Verpflichtung ansprechen. Dadurch ist es den Medien und der Politik möglich, Unterstützung für ihr Verfahren einzufordern (vgl. Cottle 2006: 26).

Der Anspruch an JournalistInnen ist es, dass sie objektiv und über Sachverhalte berichten sollen. JournalistInnen müssen ihre subjektive Einstellung für sich behalten und der Öffentlichkeit mehrere Perspektiven bieten. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Sichtweise auf einen Sachverhalt mit dem eigenen kulturellen Kontext in Beziehung gesetzt wird. RezipientInnen wollen Ihre Einstellung in der Berichterstattung wiedererkennen. Der/die JournalistIn versucht somit beiden Seiten gerecht zu werden und nimmt im Rahmen einer Kontextualisierung eine situationsbedingte Perspektive ein. Er/Sie unterstützt das in der Bevölkerung herrschende „Wir“-Gefühl und ermöglicht in Krisenzeiten eine schöne Linie zwischen uns und dem gegenüber zu zeichnen (vgl. El-Nawawy/Iskandar 2002: o.S.).

„Contextualization demonstrates a situational perspective, a means of creating collectivism among participants within the same context, allowing for sensitivity to cultural, religious, political, and economic climates. It is this contextualization that complicates the pursuit of even-handed coverage that covers all possible sides of a story and is capable of speaking to the 'enemy' at times of war.“ (El-Nawawy/Iskandar 2002: o.S.).

Die Berichterstattung in den jeweiligen Ländern wird auf die Kultur abgestimmt und aus dieser Perspektive wiedergegeben. Die JournalistInnen reagieren sensibel auf die RezipientInnen und deren kulturellen und politischen Einstellungen.

JournalistInnen muss man aber auch selbst in ihren kulturellen Rahmen betrachten. Sie wurden als Teil dieser Gesellschaft sozialisiert und teilen deren Werte und Normen nicht nur auf gesetzlicher Basis (vgl. Jaeger 2002: 194).

„Jedes Individuum *bewegt* sich ständig innerhalb dieses kulturellen Rahmens, wobei die subjektivierende Erfahrung von Ereignissen und Wissen zugleich immer mit Subjektbildung einhergeht: Individuen sind in einem ständigen Prozess gezwungen sich punktuell positiv oder negativ zu identifizieren: *Körper* ist positiv, *Krebs* ist negativ, *Fliegen* ist schön, aber unübersichtliches *Gewimmel* bedrohlich. Keines dieser bildlichen Elemente – aufgrund ihrer kollektiven Trägerschaft lassen sie sich auch als ‚Kollektivsymbole‘ bezeichnen – kann isoliert analysiert werden. Vielmehr erhalten die einzelnen Kollektivsymbole ihre Bedeutung immer nur durch ihre Äquivalenz- und Differenzrelationen zu anderen im selben Zeitraum ebenso stereotyp wiederholten symbolischen Komplexen. So bildet jede historische Kultur ein zwar relativ bewegliches und für neues Wissen offenes, aber in seiner Grundstruktur stabiles synchrones System ihrer Kollektivsymbolik. Durch das Spiel der Bewertungen entstehen diskursive Positionen, die von sozialen Trägern der Kultur eingenommen werden können, je nachdem ob sich Individuen identifizieren oder gegenidentifizieren: Subjekte bilden sich somit zunächst immer als ‚WIR‘ als ‚unsereins‘ bevor sie zum ‚ICH‘ werden können.“ (Schulte-Holtey 2002: 176f., Herv. i. O.)

Basierend auf diesem kollektiven Symbolsystem verschlüsseln Medien ihre Informationen. Die Identifikation mit den Grenzen, mit dem ‚Wir‘ und ‚Sie‘, lässt die räumliche oder

zeitliche Distanz unwichtig erscheinen. Es entsteht das Gefühl handeln zu müssen, damit das Böse nicht die Oberhand gewinnt. Der narrative Rahmen entscheidet, welcher Erfahrungsbereich und welches Wissen die Grundlage für den Diskurs bietet und wie dieser wiedergegeben wird (vgl. Schulte-Holtey 2002: 177f.).

„Rational nennen wir eine Person, die ihre Bedürfnisnatur im Lichte kulturell eingespielter Wertstandards deutet; aber erst recht dann, wenn sie eine reflexive Einstellung zu den bedürfnisinterpretierenden Wertstandards selbst einnehmen kann. Kulturelle Werte treten nicht wie Handlungsnormen mit Allgemeinheitsanspruch auf. Werte kandidieren allenfalls für Interpretationen, unter denen ein Kreis von Betroffenen gegebenenfalls ein gemeinsames Interesse beschreiben und normieren kann. Der Hof intersubjektiver Anerkennung, der sich um kulturelle Werte bildet, bedeutet noch keineswegs einen Anspruch auf kulturell allgemeine oder gar universale Zustimmungsfähigkeit. Daher erfüllen Argumentationen, die der Rechtfertigung von Wertstandards dienen, nicht die Bedingungen von Diskursen. Im prototypischen Fall haben sie die Form der ästhetischen Kritik.“ (Habermas 1985: 41)

Nach Habermas bergen also gemeinsame Wertevorstellungen eine Gefahr für den Diskurs.

Medien lassen sich von der Perspektive des eigenen Landes leiten, so bieten westliche Medien eine westliche Sichtweise in den Nachrichten. Aus diesem Grund sollten JournalistInnen ihre eigene Verhaltensweise stets kritisch betrachten und ihre Handlungen nach objektiven Kriterien im Bewusstsein der kulturellen Einflüsse ausführen. Gerade für führende Agenturen auf internationaler Ebene ist es wichtig, stets objektiv zu sein, da oftmals deren Berichterstattung unkritisch von nationalen Medien übernommen wird und Themen, die nicht von ihnen aufgenommen wurden, als unwichtig erscheinen. Somit dürfen sich JournalistInnen nicht gänzlich auf Service-Angebote, sei es von Agenturen oder vom Staat, verlassen. Sie müssen durch unterschiedliche Perspektiven ein gesamtheitliches Bild erstellen (vgl. Nothelle 2008: 229).

Trotz der Globalisierung wird also ausländische Berichterstattung überraschenderweise vor allem im TV sehr ethnozentrisch und zum Teil unvollständig wiedergegeben und auf die eigene nationale Außenpolitik angepasst (vgl. Schuster 2004: 51). Diese Nachrichten kann man sogar „als verlässlichen Indikator der außenpolitischen Beziehungen des jeweiligen Staates betrachten [...]. Die Perspektive pendelt zwischen einer ethnozentrischen Domestizierung des Fremden und einem Eurozentrismus nach klassischem neokolonialistischem Muster.“ (Schuster 2004: 51) Während den vergangenen Kriegen konnte man eine Einseitigkeit in der Kriegsberichterstattung feststellen, die sich auf die eigene Nation bezog. JournalistInnen tun sich dabei schwer, die kulturelle Sichtweise, welche ein bestimmtes Wertekonstrukt beinhaltet, auszuschalten. Gefährlich wird sie dann, wenn Medien sich der politischen Propaganda unterwerfen (vgl. Bilke 2008: 175).

„Jeder Staat ist schließlich bemüht, die Zahl derjenigen Bürger, die seine ideologische Grundlage nicht akzeptieren, zu reduzieren, um die staatliche Souveränität zu bewahren. Daraus kann geschlossen werden, dass die Dominanz im nationalen Kommunikationsbereich das Bewusstsein einer Gesellschaft in einem bestimmten Wertesystem prägt und somit das wichtigste Mittel zur Bewahrung der politischen Souveränität darstellt. Dieses lokale Vermögen des Staates zur Prägung der politischen Werte und folglich zur Bestimmung der Unterscheidung von Freund und Feind erspart für ihn die Notwendigkeit, gegen die Bürger repressiv vorzugehen und sichert damit seine Existenz.“ (Ahmadov 2009: 147)

Die Nationalität gibt einem Sicherheit. Dies kann die Globalität nicht bieten.

So sehr die Öffentlichkeit oder insbesondere die JournalistInnen sich bemühen, ihre kulturelle Sozialisation auf die Seite zu schieben, diese objektive Vogelperspektive ist illusorisch. Das Individuum, aber auch die Öffentlichkeit ist hinsichtlich ihrer eigenen kulturellen Handlungen und Wahrnehmungen blind. Diesen Zustand nennt man Kulturgebundenheit. Kulturelle Komponenten findet man dadurch das eine Mal unkritisch in der Berichterstattung wieder, ein anderes Mal werden sie kritisch betrachtet, was wiederum auf der eigenen kulturellen Sozialisation fußt (vgl. Jammal 2004: 28f).

„Fakten, Wahrheit und Realität gelten als gesetzte Referenzpunkte für journalistisches Handeln. In einer kulturorientierten Analyse lösen sich eben diese Axiome auf: Diskurse, Konstruktionen und Subjektivität werden zu den Orientierungsachsen, entlang derer Prozesse des Herstellens von Wirklichkeitsentwürfen im journalistischen Handeln ebenso wie in seiner wissenschaftlichen Analyse sichtbar gemacht werden.“ (Lünenborg 2016: 326)

Die journalistische Arbeit muss also immer im politischen, ökonomischen oder kulturellen, aber auch dem geschichtlichen Kontext betrachtet werden, da diese Einflussfaktoren von Land zu Land verschieden sind (vgl. Joseph 2014: 227).

3.6. Schwarz-Weiß – Die Schaffung eines Feindbildes

Kriege wollen gewonnen werden und dafür braucht es auch die Unterstützung der Bevölkerung. Die Politik versucht einen Krieg und dessen Handlungen durch die Öffentlichkeit zu legitimieren, indem sie Feindbilder schafft. Dies errichtet sie „[...] durch Personalisierung, Verallgemeinerungen, negative Attribute und die Abwertung ihrer Ziele [...] die Übernahme von militärischen Euphemismen und Fachausdrücken, die zu einer Verharmlosung des Krieges beitragen.“ (Bilke 2008: 177) Es wird versucht das eigene Wertesystem zu stärken und soziale Kontrolle zu erreichen. Medien helfen bei der Verbreitung und Verfestigung eines Images (vgl. Joseph 2014: 231).

„Hier wird die zweifache Abhängigkeit der Souveränität und der Assoziation von der Kommunikation offenbar: Durch Legitimierung politischer Assoziation, aber auch durch das bloße Mitteilen hängt die Souveränität mit der Kommunikation zusammen. Die Kommunikation bietet somit die Möglichkeit der Stärkung, aber auch der Schwächung der Staatssouveränität. Die Behauptung einer Souveränität setzt dabei voraus, dass die jeweilige Gemeinschaft den Kommunikationsbereich dominiert – über ihre bloße Präsenz im politischen Kommunikationsbereich hinaus.“ (Ahmadov 2009: 144)

Ahmadov (2009: 144f.) erklärt dadurch, dass Menschen durch die Kommunikation ein ‚Wir‘-Gefühl schaffen. Eine Vereinigung von Individuen zu einer Gemeinschaft hat etwas von Exklusivität und verdrängt dadurch andere, die nicht dieser Nation angehören. Dieses Verständnis der Abspaltung muss allerdings nicht automatisch in einen Konflikt führen, allerdings kann es sehr wohl Kriege nach sich ziehen. Die Einordnung anderer Staaten in Freunde und Feinde ist das Grundverständnis unserer Politik.

Medien lassen also Stereotype von Bevölkerungsgruppen entstehen bzw. stärken diese durch ihre Verwendung. So verändern sie ein Image und lassen dieses entweder in einem positiven oder negativen Licht erscheinen (vgl. Meier 2013: 121). Dabei muss nicht immer der Text der Ausschlaggeber eines negativen Images sein. Auch die Entscheidung wie die Schlagzeile aussieht, oder was für ein Bild ausgewählt wurde beeinflusst das Image des Feindes. Sie werden als Gefahr dargestellt (vgl. Joseph 2014: 231).

Der Krieg hat sich über die Jahre verändert. Mittlerweile kämpfen nicht mehr nur Staaten gegeneinander, sondern die Feinde sind oftmals militarisierte Gruppen in Form von terroristischen Organisationen. Dadurch haben die Medien eine besondere Macht, indem sie durch ihre Zuschreibungen diese Gruppen definieren und ihnen eine Rolle zusprechen. Dies beeinflusst die Art wie die Politik mit diesem Konflikt umgeht (vgl. Yarchi et al. 2013: 275f.). Die Medien entscheiden z.B. in welchem Licht der IS in den Medien erscheint und beeinflussen, wie sehr die Bevölkerung diese Gruppierung fürchtet.

Die westliche Perspektive neigt dazu, die Grenzen zwischen Terrorismus mit Islamismus verschwimmen zu lassen. Wird über Terrorismus berichtet, geht es auch um den Islam auf politischer sowie gesellschaftlicher Ebene. Diesem Problem müssen sich JournalistInnen bewusst sein und auch mit der Darstellung und den Formulierungen sorgsam umgehen. Krisen werden schwarz und weiß gesehen. Es wird ein Sündenbock gesucht, in diesem Fall der Islam (vgl. Nothelle 2008: 230). So etwas führt

„[...] zu einem gesellschaftlich und zwischenstaatlich schädlichen Abgrenzungsverhalten [...], das leicht in unfriedliches Verhalten umschlagen kann. Damit wird die Annahme einer Kernkultur nicht als solche gänzlich infrage gestellt, sondern vielmehr die Überbetonung kultureller Unterschiede, das Abstempeln des als fremd Wahrgenommenen bzw. die einseitig positive Sicht auf die eigene Kultur und die negative Zuschreibung des Anderen [...]“ (Jammal 2004: 29)

Dadurch entsteht Misstrauen anderer Kulturen gegenüber, was derzeit besonders schädlich hinsichtlich der Flüchtlingskrise ist, da die AsylbewerberInnen als Gefahr und als Feind betrachtet und dadurch ausgegrenzt werden.

4. ÖFFENTLICHKEIT

4.1. Öffentlichkeit und Demokratie

Der Begriff Öffentlichkeit fand erstmals durch Jürgen Habermas' *Strukturwandel der Öffentlichkeit* Einklang in der Sozialwissenschaft. Nach Habermas stellt sich die

„[...] Öffentlichkeit selbst [...] als eine Sphäre dar – dem privaten steht der öffentliche Bereich gegenüber. Manchmal erscheint er einfach als die Sphäre der öffentlichen Meinung, die der öffentlichen Gewalt gerade entgegengesetzt ist. Je nachdem rechnet man zu den ‚Organen der Öffentlichkeit‘ die Staatsorgane oder aber die Medien, die, wie die Presse, der Kommunikation im Publikum dienen.“ (Habermas 1990: 55)

An die Öffentlichkeit wird der Anspruch gestellt, dass die Politik ihre Tätigkeit stets in aller Öffentlichkeit mit Einbeziehung der BürgerInnen diskutiert sowie argumentiert werden muss. Man versteht unter ihr zuerst die *Qualität von Handlungen*. Sie ist frei zugänglich und findet außerhalb des privaten Raumes statt. Auch beinhaltet die Öffentlichkeit eine *Qualität von Wissen*, welche für jede Person zur Verfügung steht. Bilke bezieht sich allerdings noch auf eine dritte Form, bei der sie sich an Peters lehnt: Die *Sphäre kommunikativen Handelns*. Dabei geht es darum, dass sich die TeilnehmerInnen durch die Gesellschaft über politische Sachverhalte Meinungen bilden (vgl. Peters 1994: 45, zit. n. Bilke 2008: 23). Das Bilden von Meinungen setzt Kommunikation voraus. Für Neidhardt definiert sich Öffentlichkeit genau darüber.

„Es geht dabei um Kommunikation. Informationen können von allen Seiten eingegeben, geprüft, verworfen oder bestätigt werden. Themen werden aufgebracht, befördert oder aber beiseite geschoben, Meinungen zu diesen Themen ausgetauscht, kommentiert und verändert. Öffentlichkeit ist ein wissenserzeugendes System. Geht es um politikrelevante Kommunikationen [...] handelt es sich um Wissen besonderer Art: Problemdefinitionen werden verhandelt, Ansprüche auf Problemlösung stehen zur Diskussion, um Verantwortlichkeit und Zuständigkeit wird gestritten.“ (Neidhardt 2010: 26)

Der Begriff Öffentlichkeit schließt also eine private und vertrauliche Kommunikation aus. Informationen dürfen nicht limitiert sein, sondern müssen unbegrenzt zugänglich gemacht werden. Es geht nicht darum wie viel TeilnehmerInnen daran teilhaben, sondern dass es jedem möglich ist an die Informationen zu gelangen und am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, ohne dass dieser Zugang kontrolliert wird. Dies impliziert allerdings auch, dass der/die KommunikatorIn davon ausgeht, dass auch jede Person von den Informationen und Themen unterrichtet ist (vgl. Schulz 2011: 113). „Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.“ (Habermas 1990: 156)

Offenheit ist ein notwendiger Indikator dafür, indem alle Themen und Meinungen, die für das Kollektiv wichtig erscheinen, zum Thema werden. Die Wichtigkeit der Themen wird wiederum von der Öffentlichkeit bestimmt (vgl. Peters 1994: 47). Die fehlende Kontrolle zum Zugang zur Öffentlichkeit hat aber auch zur Folge, dass der/die KommunikatorIn sich weder bewusst ist, ob auch alle die Informationen erhalten haben, noch auf welchem Wissensstand sich die TeilnehmerInnen der Öffentlichkeit befinden, bzw. wie diese Informationen aufgenommen werden (vgl. Schulz 2011: 114). „In genau dieser Unkalkulierbarkeit der Reichweite, Rezeption und Wirkung liegt das demokratische Potential von öffentlicher Kommunikation und auch das politische Risiko für Herrschaftspositionen.“ (Schulz 2011: 114). Hier ist es wichtig, diese nicht teilnehmenden AkteurInnen in die Überlegungen und Entscheidungen miteinzubeziehen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 16).

4.1.1. Demokratie

Demokratie bedeutet, dass „die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht (of), daß sie durch das Volk (by) und in seinem Interesse (for) ausgeübt wird.“ (Guggenberger 1998: 81) PolitikerInnen sind also legitimiert im Interesse des Volkes zu handeln, da BürgerInnen ihre Stimmen an die gewählten VertreterInnen übertragen haben. Medien sind wie schon öfter gehört ein wichtiger Teil dieser Demokratie. Auch sie müssen den Spagat zwischen objektiver, breit gefächelter Berichterstattung und Sprachrohr der Politik schaffen.

Den PolitikerInnen wird durch die Demokratie Verantwortung zugestanden. Ohne diese Verantwortung wäre es wahrscheinlich keine Demokratie (vgl. ebd.: 83). Öffentlichkeit ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie sowie des politischen Systems. Es soll ein ‚intermediäres System‘ errichten, indem die Bevölkerung die Möglichkeit hat sich einzubringen und ihre Meinungen sowie ihre Ansprüche der Politik gegenüber auszusprechen. Gleichzeitig hat die Politik die Möglichkeit ihre Beschlüsse der Bevölkerung zu kommunizieren. Die Öffentlichkeit schafft einen Raum für alle Meinungen und Interessen. Diese werden von allen AkteurInnen begutachtet und können schlussendlich als politische Maßnahme enden. Die Theorie der Öffentlichkeit sollte im besten Fall die Handlungen der Politik demokratisch legitimieren, also von den BürgerInnen getragen werden. Dabei sollten alle Interessen berücksichtigt und möglichst alle BürgerInnen miteinbezogen werden (vgl. Schulz 2011: 115). Das sieht auch Gerhards:

„Die Vorstellungen, dass jeder einzelne Bürger als freier Bürger sich eine Meinung über die staatlichen Angelegenheiten bilden kann und soll, und dass politische Herrschaft von den Willensbekundungen der Bürger abhängig und durch sie legitimierbar ist, bilden die Voraussetzungen für die Entfaltung des Begriffs Öffentlichkeit.“ (Gerhards 2002: 128)

Gerhards (2002: 134ff.) fasst den Begriff Öffentlichkeit in drei grundlegende Kriterien zusammen: (1) Die Öffentlichkeit muss für jeden/jede offen *zugänglich* sein. Dieses Kriterium wird zusätzlich noch durch die Meinungs- und Pressefreiheit abgesichert. (2) Zweitens nennt er die *Diskursivität*, welche in der deliberativen Sichtweise im Zentrum steht. Zum Schluss führt er die (3) *Wirksamkeit* an. Diese bestimmt wie die Öffentlichkeit auf politische Entscheidungen wirkt. Es kann aber auch das Entscheidungsverhalten der BürgerInnen bei Wahlen bedeuten, d.h. wie sehr die Politik hier eine Wirkung erzielt hat.

4.1.2. Öffentliche Meinung

„Öffentliche Meinung ist – anspruchsvoll formuliert – das Resultat von offener und diskursiver Kommunikation unter gleichberechtigten Bürgern. Nicht selten werden Öffentlichkeit und öffentliche Meinung synonym verwendet, und ihnen werden ähnliche politische Funktionen zugeschrieben, z.B. die Kontrolle von politischer Herrschaft.“ (Schulz 2011: 120)

Meinungen die von mehreren AkteurInnen oder Medien übereinstimmen, beeinflussen die allgemein herrschende Meinung über ein Thema. Somit ist die Konstanz, vor allem wenn mehrere Zeitungen über dieselbe Meinung berichten, ein wichtiger Faktor für öffentliche Meinung und Medien gewinnen mehr Einfluss darauf (vgl. Schulz 2011: 121).

„Das Produkt der öffentlichen Kommunikation der Akteure kann man als öffentliche Meinung, besser: als öffentliche Meinungen bezeichnen. *Öffentliche Meinungen* sind die im Öffentlichkeitssystem *kommunizierten* Themen und Meinungen, die zu unterscheiden sind von den aggregierten Individualmeinungen der Bürger.“ (Gerhards 2002: 130, Herv. i. O.)

Die öffentliche Meinung wird durch sozialen und politischen Einfluss als ‚soziale Realität‘ verstanden. Dadurch wird sie zur Bedingung für das individuelle Handeln, indem man die Meinung Einzelner generalisiert und als die Einstellung vieler angesehen wird. Dies kann durch sozialen und politischen Einfluss passieren, indem diesen Meinungen aufgrund von Annahmen mehr Gewicht zugesprochen wird und sich anderer nicht so sehr durchsetzen können (vgl. Schulz 2011: 120). Die öffentliche Meinung wird somit durch mehrere Faktoren beeinflusst. „Wer also die öffentliche Meinung analysieren will, muß daher mit der Erkenntnis der Dreiecksbeziehung zwischen der Handlungsbühne, dem Bild des Menschen hiervon und der Reaktion des Menschen auf dieses Bild, die sich auf der Handlungsbühne entfaltet beginnen.“ (Lippmann 1990: 19)

Öffentlichkeit „[...] verbindet sich mit der Meinung, einer (nach Kant) objektiven bzw. subjektiven (richtigen oder falschen) Führwahrhaltung, der die Sicherheit des Wissens fehlt.“ (Kleinstauber 1998: 467). Eine öffentliche Meinung ist nicht zwangsweise die richtige Meinung.

Sie entsteht durch die Ablehnung von Meinungen, also dem Auseinandersetzen mit den Themen und deren Beurteilung. Dies kann allerdings erst passieren, wenn Themen bereits vorhanden sind. Um in den öffentlichen Diskurs zu gelangen, müssen diese auch bekannt sein. Meinungen selbst, können sich zu einem Thema entwickeln (vgl. Merten 1977: 147).

„Dieser Rückbezug des Themas hat jedoch zur Folge, daß schon die Publikation eines Themas nicht nur Bericht über ein Ereignis, Vermittlung von Wissen darstellt, sondern zugleich auch den Charakter einer impliziten Verweisung auf vorhandene mögliche Meinungen zu diesem Thema.“ (Merten 1977: 147f.) Der Samen eines öffentlichen Diskurses wird durch die Einbringung von ExpertInnen und JournalistInnen gepflanzt.

„Offenheit als eine zentrale Forderung an Öffentlichkeit meint operational: gleiche Chancen des Zugangs für alle Bürger, Gruppen und Organisationen wie auch für alle Themen und Meinungen.“ (Schulz 2011: 135) Jedes Individuum muss an der Öffentlichkeit teilnehmen können und darf nicht davon ausgeschlossen sein. Somit besteht sie nicht nur aus ExpertInnen, sondern die größte Gruppe in der Öffentlichkeit setzt sich aus Laien zusammen (vgl. Gerhards 2002: 133). Das Prinzip der Öffentlichkeit orientiert sich an der Kommunikation mit allen und insbesondere mit Laien. Dadurch ergibt sich für die JournalistInnen die Aufgabe, Inhalte der Kommunikation möglichst verständlich aufzubereiten, um nach dem Publikum auszureichen (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990: 17).

Jarren und Donges (2011: 103) unterscheiden die öffentliche Meinung nach deren Trägern, von denen sie drei ausmachen. Zum einen nennen sie *Medien*, welche nicht nur die Vielzahl an Meinungen der BürgerInnen veröffentlichen, sondern die öffentliche Meinung selbst darstellen. Ein anderes Konzept sieht die *Eliten* als Träger öffentlicher Meinung, die schlussendlich bestimmen, welche als wichtig angesehen werden. Zuletzt nennt er *Demoskopie*, durch welche die Meinung der BürgerInnen durch Umfragen ermittelt wird.

Eine ideale Öffentlichkeit kann aber erst durch das Beisein und die Handlungen von AkteurInnen entstehen (vgl. Neidhardt 2010: 26). Leider kommen in der öffentlichen Kommunikation einfache BürgerInnen im Diskurs nicht immer zu Wort.

Der Status der Person bestimmt, wie hoch die Möglichkeit ist seine/ihre Meinung direkt in den Medien artikulieren zu können. Somit bestimmt dieser die Zugangschancen zum Diskurs und wie viel Macht ihm/ihr dort zugeschrieben wird. PolitikerInnen haben eine gute Möglichkeit gehört zu werden. Ein Grund dafür ist allerdings auch, dass Medien als Chronisten funktionieren und dadurch das Handeln der PolitikerInnen Einzug in die tägliche Berichterstattung hält (vgl. Schulz 2011: 137).

Kleinsteuber (1998: 468) bemerkt, dass man die öffentliche Meinung nicht als Kumulation von einzelnen Meinungen der Gesellschaft verstehen darf. Sie trifft mehr auf publik gemachte Meinungen von in der Öffentlichkeit stehenden Personen mit Bedeutung zu, die den Willen der Bevölkerung deuten und auf die Medien Einfluss haben. Dabei ist irrelevant ob diese mit dem Willen auch wirklich übereinstimmen.

Öffentlichkeit impliziert also ‚öffentliche‘ MeinungsführerInnen. Meistens finden sich darunter PolitikerInnen, große Organisationen und Unternehmen, aber auch bestimmte akademische Berufsgruppen, wie WissenschaftlerInnen, PsychologInnen, JuristInnen, usw. Diese haben durch ihren Beruf eine gute Basis zu den Medien, die wiederum einen öffentlichen Diskurs erleichtern. Voraussetzung für diesen Vorteil ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit, Expertise in ihrem Bereich um eine Wirkung der Meinung in der öffentliche Sphäre geltend zu machen. Je größer die Prominenz, je stärker ihre Autorität und je höher ihre Produktivität, desto mehr Einfluss können sie auf den öffentlichen Diskurs ausüben. Diese Meinungsbildenden haben allerdings nicht überall gleich viel Einfluss. Medien werden unterschiedlich rezipiert, es bestehen unterschiedliche Kreise bzw. Blasen in denen sich Menschen befinden. Je nachdem in welchem Medium der Meinungsmacher Einfluss hat, spricht er unterschiedliche Kreise an oder erreicht unter Umständen andere Kreise gar nicht (vgl. Peters 2002: 25ff.). Ein gutes Beispiel dieser Kreise stellt das Sinus-Milieu dar, welches sich auf die Soziale Lage und Grundorientierung der BürgerInnen beruft.

Individuen werden somit selten einzeln wahrgenommen, sondern in soziale Kategorien zusammengefasst, die sich oft in einer Opferrolle wiederfinden (vgl. Schulz 2011: 68). Dies muss jedoch nicht immer zutreffen. BürgerInnen bekommen durch Straßenstatements oder durch einen Zusammenschluss, z.B. Demonstrationen, ebenfalls in der Medienöffentlichkeit hin und wieder Platz. Größtenteils allerdings nimmt man sie nur als unpersönliche, soziale Kategorie wahr (vgl. ebd.: 133). Die Meinung einzelner Individuen können ebenso durch eine repräsentative Stichprobe in Umfragen ermittelt werden (vgl. Schulz 2011: 119). BürgerInnen können sich aber auch an der Öffentlichkeit im Rahmen eines ‚kommunalen Aktes‘ einbringen. Es wäre sogar ihre Pflicht dies zu tun, denn um eine demokratische Öffentlichkeit am Leben zu erhalten, muss man auch daran teilnehmen (vgl. Schuster 2004: 180). Eine Regierung ist nur dann wirklich demokratisch legitimiert, wenn bei einer Wahl genügend BürgerInnen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Denn wenn die BürgerInnen nicht an der Öffentlichkeit partizipieren und ihre Meinung kundtun aus Angst vor Isolation oder Desinteresse, tritt die Schweigespirale in Kraft. Noelle-Neumann (1996) entwickelte die *Theorie der Schweigespirale*, in der sie Medien

eine große Macht in der Bildung von einer öffentlichen Meinung zusprach. Laut ihrer Theorie behalten Individuen weniger populäre Meinungen aus Angst vor einer Isolation für sich. Dadurch stärken sie die weitläufigere Meinung und schwächen ihre eigene Position, wodurch noch weniger Menschen sich trauen eine andere Einstellung zu vertreten. So dreht sich die Spirale weiter, bis unpopuläre Meinungen ganz aus der Öffentlichkeit verschwinden, während die beliebten Meinungen mehr denn je im Mittelpunkt stehen. „Die siegessichere Fraktion ist redebereit, die Verlierer tendieren zum Schweigen“. (Noelle-Neumann 1996: 40) In ihrem vollen Element ist die Schweigespirale allerdings erst durch das Hinzukommen von Öffentlichkeit durch die Massenmedien, wodurch die überwiegende öffentliche Meinung als unantastbar gilt und das Individuum ihr gegenüber machtlos erscheint. BürgerInnen holen sich ihre Informationen zum einen direkt aus der unmittelbaren Umwelt und zum anderen aus den Massenmedien (vgl. ebd.: 222f.). Eine ähnliche Theorie besagt der *Bandwagon-Effekt*. Hier geht man davon aus, dass nicht die Angst vor Isolation der Auslöser für das Schweigen ist, sondern die erwartete Belohnung durch die Unterstützung der ‚Gewinner‘-Seite, indem sie ‚dem Wagen der Musikkapelle‘ nachlaufen. Diesen Effekt kann man auch als ‚Mitläufereffekt‘ bezeichnen (vgl. Meier 2013: 118). Allerdings findet man starke Medienwirkungen am ehesten in Extremfällen vor, da die restliche Auswirkung der Berichterstattung komplexer ist (vgl. ebd.: 121f.).

Schlussendlich gibt es aber kein „[...] geschlossenes Konzept der ö. M. [...], vielmehr ein breites Panorama von Deutungen, bei denen in je unterschiedlicher Dichte sich ideengeschichtliche, theoretische, empirische und normative Elemente verweben.“ (Kleinstüber 1998: 468) Peters schlägt vor „[...] das personenbezogene Gleichheits- und Partizipationsideal zu ersetzen durch ein Prinzip der Offenheit oder Chancengleichheit für Themen, Perspektiven, Interpretationen, Ideen und Argumente.“ (Peters 2002: 28) Da trotzdem einflussreiche Personen mehr die Möglichkeit haben auf die öffentliche Meinung einzuwirken, braucht es die Medien, welche die Lautstärke einzelner Menschen regulieren und eine breite öffentliche Meinung herstellen, um somit BürgerInnen einzubeziehen.

„In diesem Sinne kann Öffentlichkeit als ein einerseits zwar strukturierter und durch weitgehend regelhafte Handlungen konstituierter gesellschaftlicher Raum betrachtet werden, der aber andererseits – und anders als in Systemen nach gängiger Vorstellung – der innovativen Gestaltung durch die in ihm handelnden Akteure nach wie vor offen steht.“ (Brosda 2008: 106)

Wenn Medien dieser Aufgabe nachkommen, kann die öffentliche Meinung trotz der Macht von MeinungsführerInnen weiterhin aus dem Volk kommen. So kann jede Person an dieser Öffentlichkeit teilnehmen und die öffentliche Meinung beeinflussen.

4.2. Medien und Öffentlichkeit

Eine funktionierende Demokratie ist abhängig von einer kritischen Öffentlichkeit. Ohne diese, wäre eine Demokratie nicht möglich. Genau aus diesem Grund sind Medien und deren Berichterstattung so bedeutend für eine Gesellschaft. Medien haben einen wichtigen Anteil an den zentralen Kommunikationskanälen der Bevölkerung, durch die eine Gesellschaft die Regierung kontrollieren kann (vgl. Schuster 2004: 175). Durch die Medienöffentlichkeit wird somit eine Arena oder ein Forum geschaffen durch welche die Möglichkeit zur Partizipation der Bevölkerung geboten wird (vgl. Schulz 2011: 123).

„Öffentlichkeit bildet ein intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (Input) und Verarbeitung (Throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden Öffentlichen Meinungen (Output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht.“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 6)

Die Bevölkerung kann über Medien ihre Meinung mitteilen, welches die Politik aufnimmt und gegebenenfalls umsetzen kann. Dabei können AkteurInnen, Themen, Handlungen etc. im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses stehen. Gleichzeitig kann die Politik auch ihre Entscheidungen kundtun und das Feedback der Bevölkerung wiederum über den öffentlichen Diskurs einholen. So entsteht ein Gleichgewicht zwischen Politik und Bevölkerung. Zusätzlich bewerten Medien die Handlungen, Aussagen und Wünsche der PolitikerInnen und der BürgerInnen (vgl. Schulz 2011: 47).

Medien stehen ständig in einem Spannungsverhältnis zwischen Sprachrohr der Politik und der Bevölkerung. Sie passen ihre Rolle je nach Kontext an und interpretieren sie unterschiedlich. So kommunizieren sie das eine Mal die Forderungen der BürgerInnen und vertreten diese, das andere Mal geben sie den Standpunkt einer politischen Partei wieder, oder befinden sich ein anderes Mal auf gar keiner Seite. Unterschiedliche Meinungen und Rollen finden sich allerdings schon innerhalb einzelner Zeitungen wieder, dadurch wäre es zu oberflächlich Medien in eine einzelne Rolle zu drängen (vgl. ebd. 2011: 53).

„Die Öffentlichkeit muß sensibel genug sein, um die wichtigen Probleme zu identifizieren, und sie muß die Kapazität haben, die relevanten Themen dann auch verständlich zu behandeln. [...] Die Feststellung, daß Kompetenz und Aufmerksamkeit knapp sind, kann als erstes Axiom vieler moderner Theorien über Öffentlichkeit, Massenkommunikation und Demokratie gelten.“ (Peters 1994: 61)

Der Journalismus wird besonders kritisch betrachtet, da dieser eine Schlüsselfunktion in einer liberalen Demokratie einnimmt. Er schafft in seiner normativen Funktion Öffentlichkeit und ermöglicht Transparenz im gesellschaftlichen und politischen System (vgl. Meier 2013: 16). Medien beeinflussen die mediale Öffentlichkeit in unterschiedlicher Weise. Sie stellen das Forum, in der öffentlicher Diskurs stattfinden kann, zur Verfügung, bestimmen welche AkteurInnen präsent am Diskurs teilnehmen können und haben Einfluss

auf die Themensetzung (vgl. Schulz 2011: 143). „Durch ihre ordnende Funktion trägt die Presse zum Verständnis komplexer Sachverhalte bei und ermöglicht gesamtgesellschaftliche Kommunikation. Sie fördert gesellschaftlichen Diskurs und Meinungsbildungsprozesse der Öffentlichkeit.“ (Rechmann 2007: 44)

Die normative Demokratietheorie fordert vom Journalismus Kritik und Kontrolle, welche durch Transparenz im gesellschaftlichen und politischen System erreicht wird. Es wird ein Meinungsbildungsprozess ermöglicht, der nur dann qualitativ sichergestellt werden kann, wenn die JournalistInnen unabhängig arbeiten (Meier 2013: 17). Sie sollen die Stimmung der Gesellschaft einfangen und deren Meinungen Ausdruck verleihen. Auch der Journalismus selbst hat die Möglichkeit Kritik zu üben. Das Medium stellt eine Plattform dar, die für den Diskurs zur Verfügung gestellt wird (vgl. Bilke 2008: 81).

Wenn man sich die **Interaktionsstruktur** ansieht, unterscheidet sich diese zwischen *dargestellter Interaktion* und *Interaktion mittels Darstellung*. AkteurInnen beschäftigen sich mit dem Thema bzw. dem Problem und berichten darüber oder bewerten es. Bei der ‚dargestellten Interaktion‘ kommunizieren sie direkt miteinander. Beispiele dafür sind das Plenum oder Talkshows. Bei der ‚Interaktion mittels Darstellung‘ beziehen sich die AkteurInnen in den Medien aufeinander, kommunizieren aber nicht direkt, sondern lassen es sich einander über die Medien ‚ausrichten‘, stehen allerdings trotzdem in Beziehung miteinander. Die Bevölkerung als Beobachter des Diskurses nimmt ebenfalls daran teil, indem sie durch ihre Rezeption Zustimmung erteilen. Medienschaffende sind an der Meinung von RezipientInnen interessiert und möchten sich ihnen im Diskurs annähern. Auch die politischen AkteurInnen orientieren sich am Publikum (vgl. Schulz 2011: 125f.).

„Die politischen Akteure müssen ihr Verhalten und ihre Argumente an der Medienlogik ausrichten; sie müssen sich den Selektions- und Darstellungserfordernissen der Massenmedien anpassen oder auch die Selektionskriterien strategisch instrumentalisieren, z.B. durch Ereignis- und Themenmanagement, durch politische Public Relations.“ (Schulz 2011: 127)

Die **Reichweite** wird in *präsent* und *dispers* unterteilt. Ersteres findet man in der Präsenzöffentlichkeit wider, in der Menschen miteinander direkt in Kontakt treten und zeitnahes Feedback erhalten. In der medialen Öffentlichkeit treten deren TeilnehmerInnen in para-soziale Beziehungen, die zeit- und orteungebunden sind. Präsenz- und Medienöffentlichkeit schließen einander nicht aus, sondern finden oft zur gleichen Zeit statt. Ein Beispiel dafür ist die Nationalratssitzung, bei der sich PolitikerInnen untereinander in einer Präsenzöffentlichkeit befinden, während sie mit dem Rest der

Bevölkerung durch die Medien in einer Medienöffentlichkeit stehen. Dieser Umstand macht die Interaktion in der Medienöffentlichkeit komplex (vgl. ebd.: 127).

Durch die Beziehung von RezipientInnen, AkteurInnen, ExpertInnen, JournalistInnen und den Medien ist die Interaktionsstruktur sehr komplex, ungebunden und mehrschichtig, im Gegensatz zu der Präsenzöffentlichkeit, die als einschichtig wahrgenommen wird, da diese an Ort, Zeit und Personen gebunden ist. Gleichzeitig kann durch die Medienöffentlichkeit eine große Reichweite und unterschiedliche Teilsysteme in einer Gesellschaft erschlossen werden. Codierung sowie Formatierung der Medien haben auch eine Differenzierung und Segmentierung dieser medialen Öffentlichkeit zur Folge (vgl. Schulz 2011: 124f.). Altmeyden und Löffelholz (1998: 98) schreiben dem Journalismus die Funktion als Vermittler und Bestandteil der Ursache von sozioökonomischen Veränderungen zu, indem sie den Wandlungsprozess der Gesellschaft wahrnimmt, begleitet und kritisiert, aber auch zugleich selber daran teilnimmt, da der Journalismus ebenfalls davon betroffen ist. Dieses Wandeln zwingt den Journalismus neue Funktionsfelder zu entdecken und sich den Gegebenheiten anzupassen, indem sie z.B. ökonomischer denken. Auch die Öffentlichkeit unterliegt dem Wandel und wird diffuser und breiter wahrgenommen. Mit diesen Teilöffentlichkeiten muss wiederum spezifischer kommuniziert werden.

Die Medienlandschaft stellt heutzutage sicher, dass nahezu alle Gesellschaftsgruppen durch Medien an der Öffentlichkeit teilnehmen können. Sie können aus einer Menge an Medien auswählen und mit diesen in Interaktion treten. Diese Vielzahl hat auch zur Folge, dass sich alle um RezipientInnen bemühen und somit auch Zielgruppen direkt ansprechen. Daraus entwickelten sich viele Produkte für Sparten und spezielle Nachfragen. Durch Beeinflussung der Öffentlichkeit wird zum einen schon vorher versucht Einfluss auf den Prozess der Entscheidung zu üben und gleichzeitig ihr Handeln zu legitimieren. Hier kann gezielt mit einzelnen Gruppen kommuniziert werden (Nolting/Thießen 2008: 12). In demokratischen Ländern haben Medien oft eine politische Ausrichtung, welche sich in der Blattlinie und der Berichterstattung wiederfindet. RezipientInnen bedienen sich Medien manchmal auch mit dem Hintergrund ihrer politischen Einstellung und holen sich damit die Bestätigung der eigenen Anschauungsweise (vgl. Bilke 2008: 176).

In Medien vereinen sich regionale bis zu transnationale Öffentlichkeiten. Diese können durch einzelne Themen wie Sport, Wirtschaft etc. weiter differenziert werden. JournalistInnen können sich so besser an ihre Zielgruppe ausrichten. Das hat zur Folge,

dass mediale Teilöffentlichkeiten entstehen, da die Bevölkerung unterschiedliche Medien und Themen rezeptiert, wodurch diese Teilöffentlichkeiten wiederum durch ihre Mediennutzung in sich immer homogener werden (vgl. Schulz 2011: 129). BürgerInnen befinden sich somit immer häufiger in einer medialen und gesellschaftlichen Blase.

Es können sich allerdings auch diese Teilgesellschaften überschneiden, indem sie untereinander unterschiedliche Meinungen besitzen (vgl. ebd.: 131).

„Diese Teilöffentlichkeiten sind Felder verdichteter Kommunikation mit porösen Grenzen; ein Teil der Beiträge, die intern im jeweiligen Feld zirkulieren, findet jeweils den Weg in größere Öffentlichkeiten. Eine solche Struktur ermöglicht ein höheres Maß an aktiver Partizipation, verglichen mit einer undifferenzierten großen Öffentlichkeit, aber sie birgt natürlich die Gefahr der Fragmentierung in spezialisierte Interessengruppen. [...] Diese Differenzen sind unter anderem abhängig von Faktoren wie formale Bildung, Einkommen und berufliche Stellung (also von Merkmalen der allgemeinen sozialen Stratifikationsstruktur). Eine spezielle Form dieser Differenzierung des Publikums ist die Herausbildung spezialisierter Kommunikationsrollen mit besonderer Sichtbarkeit und besonderem Einfluß. Die wichtigsten Typen sind *Repräsentanten*, *Experten*, *Advokaten* und öffentliche *Intellektuelle*.“ (Peters 1994: 56f., Herv. i. O.)

Wie wir bereits erläutert haben ist es den Medien nicht möglich Zugang zu allen Themen und Meinungen zu gewähren, da dies überfordern und deren Funktion auch nicht gerecht werden würde, Informationen verständlich und übersichtlich zugänglich zu machen.

Einmal getätigte Aussagen können in einer Medienöffentlichkeit unkontrollierbare Ausmaße erreichen, obwohl sie möglicherweise zeitlich weit auseinanderliegen. Getätigte Aussagen im letzten Jahrzehnt können nun in Beziehung mit einem aktuellen Thema gesetzt werden. Auch der geographische und demographische Raum macht kaum einen Unterschied mehr aus. Somit ist die Medienöffentlichkeit weder an zeitliche und räumliche Faktoren gebunden und wird auch nicht durch sprachliche Barrieren gestört. Dadurch formiert sich eine transnationale Öffentlichkeit, die vor allem bei Kriegen und Krisen aber auch anderen Situationen, wie Sportveranstaltungen, stattfindet (vgl. Schulz 2011: 128f.).

4.3. Funktionen der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit hat drei normative Ansprüche um ihre Qualität sicherzustellen. Sie hat eine *Transparenzfunktion*, indem sie ihre Offenheit bewahrt und für die Öffentlichkeit wichtige Themen und Meinungen einbezieht. Mit der *Validierungsfunktion* bezeichnet sie den nötigen Diskurs, damit Themen und Meinungen ausführlich dargestellt und kritisch betrachtet werden. Weiters hat sie eine *Orientierungsfunktion*, durch welche die Gesellschaft eine öffentliche Meinung bilden kann, indem sich die Einstellung durch den Diskurs formt (vgl. Neidhardt 1994: 9).

In der Transparenzfunktion geht es darum, dass Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten wahrgenommen werden, indem man Transparenz schafft. Die Qualität dieser Funktion hängt von einer Vielfalt an Meinungen ab. Eine große Anzahl an Ansichten kann nur entstehen, wenn die Bevölkerung VertreterInnen finden, die ihre Einstellung öffentlich machen. Diese dürfen allerdings nicht aus der politischen Elite selbst kommen, ansonsten würden es sich die Mitglieder der Regierung untereinander ausmachen und eine Partizipation wäre nicht gegeben. Medien lassen diese MeinungsführerInnen zu Wort kommen und geben ihnen durch eine sachliche Validierung die Möglichkeit den Diskurs qualitativ beizusteuern. Die Öffentlichkeit besteht allerdings nicht nur aus ExpertInnen und PolitikerInnen, deshalb benötigt es auch noch eine soziale Validierung durch die Teilnahme des Publikums am Diskurs, welche unter anderem in den Medien gerne durch Demoskopien dargestellt werden. Die Kommunikationsfunktion der Öffentlichkeit darf allerdings nicht mit einer Entscheidungsfunktion verwechselt werden. Unterschiedliche Meinungen dürfen stehen bleiben, ohne gleich nach einem Konsens zu streben. Gegensätzliche Meinungen tun dem Diskurs hinsichtlich der Orientierungsfunktion gut, da die Bevölkerung, aber auch die Politik ihren Blickwinkel dadurch erweitern kann und weitere Lösungsansätze entstehen (vgl. Neidhardt 2010: 28-32).

4.4. Herausforderungen der Öffentlichkeit

Habermas (1990: 27f.) kritisiert die ‚*Vermachtung*‘ der Medienwelt, welche die Öffentlichkeit dominiert. Medienunternehmen sind zunehmend kommerziell ausgerichtet und umfassen mit ihrer Wirtschaftlichkeit das ganze Kommunikationsnetz, wodurch ein Druck zur Selektion entsteht, die der Gefahr von strategischer Steuerung und Manipulation unterliegt. Er unterscheidet deshalb

„[...] zwischen den kritischen Funktionen selbstgesteuerter, von schwachen Institutionen getragener, auch horizontal vernetzter, inklusiver und mehr oder weniger diskursförmiger Kommunikationsprozesse einerseits und andererseits jenen Funktionen der Einflußnahme auf Entscheidungen von Konsumenten; Wählern und Klienten von seiten der Organisationen, die in eine massenmediale Öffentlichkeit intervenieren, um Kaufkraft, Loyalität oder Wohlverhalten zu mobilisieren.“ (Habermas 1990: 28)

Auch die politische Öffentlichkeit erhält Kritik. Man kann zwar verstehen, dass sie ihre Entscheidungen und ihre Macht durch Kommunikation legitimieren wollen, jedoch nicht, dass sie die Medien nutzen, um sich eigene Vorteile durch Manipulation zu schaffen und die Bevölkerung beeinflussen, um deren Loyalität zu erhalten (vgl. Habermas 1990: 45).

„Eine politisch fungierende Öffentlichkeit braucht nicht nur die Garantien rechtsstaatlicher Institutionen, sie ist auch auf das Entgegenkommen von kulturellen Überlieferungen und Sozialisationsmustern, auf die politische Kultur einer an Freiheit *gewöhnten* Bevölkerung angewiesen.“ (Habermas 1990: 45)

Neidhardt (2010: 32) kritisiert, dass Öffentlichkeit nicht direkt verständigungsfähig ist, da es mehr darum geht seine Meinungen in der Öffentlichkeit durchzusetzen, als miteinander zu kommunizieren, da die Aufmerksamkeit ein knappes Gut darstellt.

Medien schaffen Propaganda, wenn sie eine gekünstelte und unkritische Vorstellung über einen beliebten und verbreiteten Konsens in der Gesellschaft über die nationale Politik widerspiegeln, die keineswegs den unzufriedenen Zustand der Bevölkerung wiedergibt (vgl. Schuster 2004: 30). Medien müssen stets Acht geben, ein distanziertes Verhältnis zum Staat zu schaffen. Deshalb muss man sich der konditionierten Macht stetig bewusst sein, um eine gesunde Beziehung von Medien und Politik zu schaffen.

„Konditionierende Macht versachlicht die herrschende Praxis der Staatspolitik zur fixen Größe menschlicher Existenz, die vielleicht noch taktische Kurskorrekturen im tagespolitischen Geschäft zulässt [...], politischer Alternativen jedoch den strategischen Manövrierraum nimmt. Konditionierte Macht führt also zu partieller politischer Blindheit durch Eliminierung konzeptioneller Alternativen sie führt zur Unterwerfung, ohne daß diese als solche wahrgenommen wird.“ (Schuster 2004: 33)

Durch die Öffentlichkeit werden Probleme in der Gesellschaft identifiziert und durch den Diskurs politische Lösungen erarbeitet. Die Politik erhält die Legitimation Entscheidungen zu treffen und wird auch gleichzeitig kontrolliert. Durch die ökonomische Abhängigkeit der Medien geraten diese allerdings immer wieder in den Verruf die Kontrollfunktion zwar auszuführen, aber die Informationsfunktion zu vernachlässigen, da diese nicht so ein großes Aufsehen und somit weniger Auflagen erreichen (vgl. Kamber/Schranz 2002: 347). Die deliberale Öffentlichkeit lebt von unterschiedlichen Meinungen die einander im Diskurs beleben. Allerdings können zu viele konträre Meinungen auch heikel sein, da die öffentliche Meinung nur durch die Unterstützung von Vielen überhaupt Lösungen durchsetzen kann. Viele Meinungen, die von wenigen unterstützt werden, oder aber auch schnell wechselnde Themen, verlieren ihre Wirkkraft (vgl. Gerhards 2002: 135). Auch erhält der/die BürgerIn das trügerische Gefühl durch Nachrichten Demokratie zu erleben und daran teilzunehmen. Aufklärung findet durch die Medien natürlich statt, jedoch fällt es dem/der BürgerIn schwer darauf zu reagieren und partizipieren (vgl. Schuster 2004: 48). Das Internet stellt hier immer mehr Möglichkeiten dar, dieses Defizit aufzuholen.

Die Öffentlichkeit kämpft mit ungleichen Kommunikationsverhältnissen in Sichtbarkeit, der Wissensvoraussetzung und des Einflusses. Die *ungleiche Sichtbarkeit* bedeutet, dass nicht alle TeilnehmerInnen der Öffentlichkeit gleich viel Zeit und Möglichkeiten zur Verfügung haben ihre Meinung kund zu tun. Die *ungleiche Wissensvoraussetzung* kann auf zwei Arten geschehen. Entweder besitzen einige AkteurInnen ein *Wissensmonopol*, wodurch ein Wissensvorsprung entsteht. Dadurch haben manche AkteurInnen nicht dieselben

exklusiven Informationen und können sie nicht nachprüfen, oder sie besitzen *spezialisiertes Wissen*, welches Laien nicht verstehen können. Der *Einfluss* setzt sich aus der Glaubwürdigkeit, der sachlichen Überzeugungskraft oder dem Status des Sprechers/der Sprecherin oder allen drei Faktoren zusammen. Oft werden beeinflusste Inhalte ungeprüft übernommen (vgl. Peters 1994: 52ff.). Wirtschaft und Politik versuchen durch diese Defizite Einfluss auf die Öffentlichkeit zu gewinnen (vgl. ebd.: 55).

4.5. Deliberative Öffentlichkeit

Schuster (2004: 105f.) sieht die Medien in der Funktion als ‚quasi-offizieller vierter Zweig der Regierung‘ nur als ein überholtes, traditionelles Bild, indem sich die Medienschaffenden gerne als ein von der Politik unabhängiges Organ sehen. Er kritisiert den Mangel an Tiefe in der Berichterstattung, also die fehlende Analyse struktureller Zusammenhänge von in der Gesellschaft herrschender Probleme, wodurch eine Verzerrung der dargestellten Nachrichten einhergeht. Die Kritik wird davon übertönt, dass Medien den Beweis für eine gelungene Demokratie darstellen. Dennoch schließt er seine Kritik, dass aus liberal-konservativer und sozial-liberaler Sicht, Medien die Aufgabe haben

„[...] ein Forum für die politischen Debatten der Gesellschaft zu bereiten (ein Forum, zu dem theoretisch ein jeder Zugang hat) und als unermüdlicher Wachhund zu fungieren, der die Politik aufmerksam und kritisch verfolgt, dem Mißbrauch der Staatsmacht vorbeugt und, im Falle seines Eintretens, diesem bedingungslos ins Auge sieht. Die einzige Garantie dieser Wachfunktion und der politischen Unabhängigkeit der Medien wird in deren marktwirtschaftlicher Organisation gesehen. Denn die Massenmedien könnten ihrem Mandat der Verkörperung der Volkssouveränität nur gerecht werden, wenn sie, von staatlichen Regulierungsmaßnahmen unbehindert, dem freien Spiel der Marktkräfte ausgesetzt seien. Gemeinsam ist den beiden Spielarten des politischen Liberalismus auch, daß sie sich sauber mit dem Selbstverständnis der Medien als wachsamem Hütern der Demokratie verzahnen.“ (Schuster 2004: 126)

An dieser liberalen Theorie steht die Kritik gegenüber, dass Medien vom privaten Sektor, gerade wenn sie davon abhängig sind, ebenfalls beeinflusst werden können. Gerade dann finden Menschen mit einer gegenteiligen Meinung wenig Gehör in der Öffentlichkeit. Man darf auch nicht vergessen, dass Wirtschaft und Politik oft in einem engen Verhältnis zueinander stehen (vgl. ebd.: 128).

Habermas findet das liberale und sozialistische Modell für das Verstehen von Öffentlichkeit unpassend und befürchtet dann sogar deren Zerfall (vgl. Habermas 1990: 223), indem diese „immer weitere *Sphären* der Gesellschaft [durchdringt, d. Verf.] und [...] gleichzeitig ihre politische *Funktion* [verliert, d. Verf.], nämlich die veröffentlichten Tatbestände der Kontrolle eines kritischen Publikums zu unterwerfen.“ (Habermas 1990: 223, Herv. i. O.) „Der Versuch einer Restauration liberaler Öffentlichkeit durch Reduktion

ihrer plebiszitär ausgeweiteten Gestalt wird die Öffentlichkeit allenfalls in den ihr genuin verbliebenen Restfunktionen noch mehr schwächen.“ (Habermas 1990: 309)

Da das Spiegelmodell somit kaum umzusetzen ist, konzentriere ich mich in der folgenden Arbeit auf das deliberale Modell von Öffentlichkeit.

„Die Annahmen der Diskurstheorie lassen sich in aller Kürze so zusammenfassen: Wenn die Voraussetzungen des freien Zugangs und der gleichen Rechte erfüllt sind, wenn das Prozedere vom Ringen um Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit geprägt ist, dann kann als Ergebnis eine Verständigung erzielt werden. Die Merkmale lassen sich auf die kollektive Ebene einer demokratischen Öffentlichkeit übertragen.“ (Bilke 2008:46)

Die Schwierigkeit besteht schon darin, Publikumsmeinungen widerzuspiegeln. Die Interessen sind nicht statisch und verändern sich im Laufe des Diskurses. Eine Öffentlichkeit dient dazu Lösungen zu finden und Meinungen zu bilden. Das liberale Modell konzentriert sich indes mehr auf die Darstellung von Meinungen, als einen Diskurs darüber zu ermöglichen (vgl. Peters 2002: 28). Beide, das liberale und das deliberale Modell, gehen von einem intermediären System aus, welches „als ein Interaktionsfeld [...] zwischen Peripherie und Zentrum vermittelt, in dem die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen artikuliert, wechselseitig beobachtet, Probleme gelöst und in politische Entscheidungen transformiert werden.“ (Schulz 2011: 116)

Eine Demokratie besteht aus intermediären Strukturen, durch die politische EntscheidungsträgerInnen an die öffentliche Meinung des Volkes gebunden sind. Dadurch stehen PolitikerInnen und BürgerInnen in einer gegenseitigen Abhängigkeit zueinander (vgl. Neidhardt 2010: 27). „Diesem Zweck dienen die klassischen Elemente des intermediären Sektors, nämlich Parteien und Verbände als Organisationsformen der Interessenvermittlung sowie allgemeine Wahlen als Entscheidungsprozesse für befristete Herrschaftsbestellung.“ (Neidhardt 2010: 27) Damit dieses Parteiensystem funktioniert braucht es die Kontrolle der Öffentlichkeit, um diese an die Entscheidungen des Volkes zu binden und deren Arbeit durch den Austausch mit der Bevölkerung anzuregen (vgl. ebd.).

Auch wenn in dieser Forschungsarbeit angenommen wird, dass die Zeitungen in ihrer Berichterstattung auf den kulturellen Kontext der Nation eingehen, kann laut Rechmann (2007: 42) nicht davon ausgegangen werden, dass eine Nation mit sich selbst spricht, wie es im Zitat des Schriftstellers Arthur Miller „A good newspaper, I suppose, is a nation talking to itself.“ angedeutet wird. Es würde die Presse einschränken und deren Aufgabe in einer Demokratie obsolet erscheinen lassen. „In einem Selbstgespräch [...] ist ein Diskurs

mit einer Vielzahl kontroverser Positionen kaum denkbar, insbesondere dann, wenn die Dimensionen des Diskussionsthemas weit über die Grenzen der Nation hinausreichen.“ (Rechmann 2007: 42) JournalistInnen werden jedoch nicht ohne Grund als die vierte Säule der Demokratie gesehen, denn sie versuchen die Realität so gut wie möglich abzubilden.

Im Deliberationsmodell geht es um die Kommunikation argumentativer Auseinandersetzung zu bestimmten Problemen und Themen in der durch Gegenpositionen ein Dialog ermöglicht wird. Argumente werden aufgrund der unterschiedlichen Kanäle sehr oft wiederholt (vgl. Peters 2002: 29f.).

„Öffentliche Diskurse reproduzieren und transformieren eine öffentliche Kultur, ein bestimmtes Repertoire an Wissensbeständen, Normen und Werten, kollektiven Selbstdeutungen, das teils weithin geteilt wird, teils gruppenspezifisch differiert, teils öffentlich problematisiert und kontrovers debattiert wird.“ (Peters 2002: 34)

Neben dem Diskurs von unterschiedlichen Ideen in der Öffentlichkeit, geraten auch gegensätzliche Perspektiven und Einstellungen aufeinander, die aus dem gleichen sozialen Umfeld stammen (vgl. Peters 1994: 59). „Die Idee öffentlicher Deliberation ist ja gerade, Konsens im Durchgang durch Dissens anzustreben. Kritik und Problematisierung gehören ebenso zum Diskurs wie der Versuch einer rationalen Auflösung von Dissens.“ (Peters 2002: 31) Eine funktionierende diskursive Öffentlichkeit wird zuallererst eher einen verfestigten Dissens erlangen, da zu Beginn eines Diskurses mehr Meinungen entstehen, welche sich zu Lagern mit verfestigten Meinungen bilden können. Gleichzeitig ermöglicht der Diskurs eine Aufklärung, in der unterschiedliche Ansichten Ideen beflügeln, Lösungen dadurch entstehen können und falsche Argumente aufgedeckt werden. So kann ein Kompromiss entstehen, indem die unterschiedlichen Meinungen anerkannt werden und eine Lösung gesucht wird. Der Diskurs wird lebhaft, indem immer neue Lösungsansätze, aber auch Schwierigkeiten auftauchen, die eine ‚Verschiebungen im Meinungsspektrum‘ bewirken. Ein Beispiel dafür ist die Frauenrolle in der Gesellschaft (vgl. ebd.: 33).

„Einen empirischen Bezug gewinnt der Begriff einer deliberativen Politik erst dann, wenn wir der Vielfalt der Kommunikationsformen Rechnung tragen, in denen sich ein gemeinsamer Wille nicht nur auf dem Wege der *ethischen Selbstverständigung* bildet, sondern auch durch Interessensausgleich und *Kompromiß*, durch *zweckrationale* Mittelwahl, *moralische Begründung* und rechtliche Kohärenzprüfung. [...] Dialogische und instrumentelle Politik können sich, wenn die entsprechenden Kommunikationsformen hinreichend institutionalisiert sind, im Medium von Deliberationen *verschränken*.“ (Habermas 1997: 284f.)

Es kommt oft vor, dass die AkteurInnen der Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik zum Beispiel, mit ihren Interessen sich sehr konträr gegenüberstehen, sodass es nahezu unmöglich wäre einen Konsens durch den Diskurs zu finden. Hier müssen

Kompromisslösungen greifen, die miteinander ausgehandelt werden. Eine solche Lösungsfindung funktioniert allerdings nicht, ohne deren Willen zur Kooperation und dem Einhalten von Regeln der Verhandlung. Diese Kompromissverhandlungen stehen oft im Ausschluss der Öffentlichkeit. Trotzdem orientieren sich die AkteurInnen an der Meinung der Öffentlichkeit und den vorausgesetzten Gesetzen und Normen (vgl. Habermas 1997: 284). Ohne Unterstützung der Öffentlichkeit und ohne den Rahmen bereits vorhandener Deutungsstrukturen würde gegen den Willen der Bevölkerung gehandelt werden.

„Die sozialintegrative Gewalt der Solidarität, die nicht mehr allein aus Quellen des kommunikativen Handelns geschöpft werden kann, soll sich über weit ausgefächerte autonome Öffentlichkeiten und rechtsstaatlich institutionalisierte Verfahren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung entfalten und gegen die beiden anderen Gewalten, Geld und administrative Macht, behaupten können.“ (Habermas 1997: 289)

Jede Konfliktpartei möchte ihre Kommunikation und ihr Handeln damit legitimieren, dass sie Frieden herstellen wollen. Allerdings fehlt hier die diskursive Perspektive, indem unterschiedliche Lösungsansätze sich im Diskurs wiederfinden. Es ist wichtig, dass im Journalismus keine Parteilichkeit entsteht, sondern die unterschiedlichen Lösungsansätze für die Öffentlichkeit dargestellt werden (vgl. Bilke 2008: 214).

„Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern in gewisser Weise auch programmiert. Unbeschadet dessen kann nur das politische System ‚handeln‘. Es ist ein auf kollektiv bindende Entscheidung spezialisiertes Teilsystem, während die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit ein weitgespanntes Netz von Sensoren bilden, die auf den Druck gesamtgesellschaftlicher Problemlagen reagieren und einflussreiche Meinungen stimulieren. Die nach demokratischen Verfahren zu kommunikativer Macht verarbeitete öffentliche Meinung kann nicht selber ‚herrschen‘, sondern nur den Gebrauch der administrativen Macht in bestimmte Kanäle lenken.“ (Habermas 1997: 289f.)

Handeln kann also nur die Politik selbst, aber die Intention kann aus dem Volk heraus geschehen, die auch dieses Handeln mithilfe der Medien kontrolliert.

JournalistInnen besitzen unbeabsichtigt eine Vermittlungsfunktion, indem sie durch die Wiedergabe der Pluralität an Meinungen eine Verbindung zu nicht miteinander kommunizierende AkteurInnen herstellt. Diese erleben den Diskurs über die Medien, ohne miteinander in Kontakt zu treten (vgl. Bilke 2008: 213).

Das deliberative Öffentlichkeitsmodell fordert in ihrem normativen Anspruch eine Gleichheit in den Mitwirkungsmöglichkeiten. „Normative Konzeptionen öffentlicher Deliberation postulieren eine weitgehende Gleichheit von Teilnahmechancen und eine interne Durchlässigkeit und Kohärenz der Sphäre öffentlicher Diskurse. Empirisch lässt sich demgegenüber auf ein erhebliches [...] Maß der internen Differenzierung, Segmentierung und Stratifikation von Öffentlichkeit verweisen.“ (Peters 2002: 25)

Es gibt hier aber auch Kritik am deliberativen Modell, welche wir bereits erläutert haben. Sie liegt in der mangelnden Möglichkeit den Anspruch an Gleichheit in der Partizipation zu erfüllen (vgl. Peters 2002: 28). Durch das Aufkommen des Internets ist dieser Missstand allerdings wieder zum Teil aufgehoben. Meinungen von einzelnen Personen schaffen es durch soziale Netzwerke gehört zu werden und den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen, dieser spiegelt sich wiederum in den Medien wider. „Diskurse herrschen nicht. Sie erzeugen eine kommunikative Macht, die die administrative nicht ersetzen, sondern nur beeinflussen kann. Dieser Einfluß beschränkt sich auf die Beschaffung und den Entzug von Legitimation.“ (Habermas 1990: 44) Bilke sieht es wie Habermas, indem die Öffentlichkeit Politik auf gleicher Ebene beeinflusst. „Im Modell des diskursiven Journalismus im Rahmen einer deliberativen Öffentlichkeit werden Rezipierende schließlich zu einem Gegenüber, das Geltungsansprüchen nicht nur ausgesetzt ist, sondern diese selbst erhebt und auch zu einer Quelle von Journalismus wird.“ (Bilke 2008: 112)

Es gibt in einer deliberativen Öffentlichkeit jedoch gravierende Unterschiede bezüglich ihrer journalistischen Qualität. Wird eine hohe Qualität nicht gewährleistet, leidet der Diskurs in ihrer Lösungsfindungskompetenz und hinsichtlich der Reflexion von politischen Handlungen. Die durch die deliberative Öffentlichkeit untersuchte Qualität von öffentlicher Kommunikation wird u.a. durch folgende Faktoren gemindert:

„Diskreditierung, Objektivierung (,Verblendung'), moralische Verurteilung oder Stigmatisierung der gegnerischen Position bzw. ihrer Vertreter. Verzerrende Informationen oder Interpretation, die Präsentation selektiver Evidenzen, einseitige Konzentration auf Aspekte des Themas, die sich für die Verfechtung der eigenen Positionen eignen (,instrumentelle Aktualisierung'). Simplifizierungen, Trivialisierungen, Stereotypisierungen. Favorisierung von Dissens über Konsonanz. Dramatisierung von Normabweichungen oder Neuheiten.“ (Peters 2002: 30)

Solche qualitätsmindernde Faktoren findet man besonders in Boulevardmedien, während Qualitätsmedien einen anderen Anspruch an sich selbst haben. Der/die JournalistIn versucht dort eine solche Minderung an Qualität zu vermeiden, indem er/sie sich an Qualitätsstandards hält. „Die Diskurstheorie macht die Verwirklichung einer deliberativen Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren.“ (Habermas 1997: 287) Um einen optimalen Diskurs zu führen braucht es Normen und Standards in Kommunikation, Kultur, Journalismus und soziale Infrastrukturen wie Politik, Medien, Bildungseinrichtungen, Interessensverbände, etc. Weicht man von diesen ab, müssen diese, unter anderem durch DiskussionspartnerInnen oder durch Reaktionen in der Öffentlichkeit, auf die fehlende Diskursqualität hingewiesen werden (vgl. Peters 2002: 31).

Nach Bilke (2008: 46f.) baut die deliberative Öffentlichkeit auf der Diskurstheorie auf, die gleichzeitig mit den Menschenrechten direkt in Zusammenhang steht. Die Funktion des Journalismus, basierend auf dem Ansatz der Öffentlichkeit, findet sich in internationalen Vereinbarungen wieder. Solche Vereinbarungen, die sich mit Journalismus und Medien beschäftigen, orientieren sich an einer anstrebenswerten Vorstellung einer demokratischen Öffentlichkeit. Sie regulieren allerdings nicht die alltägliche Praxis eines/einer JournalistIn, d.h. sie bestimmen nicht darüber, welche Nachrichten selektiert werden und wie diese vorzugehen haben. Sie beschäftigen sich mehr mit der Verantwortung des Journalismus der Öffentlichkeit gegenüber (vgl. Bilke 2008: 46f.).

4.6. Konflikttransformation

Der Konflikt findet sich in der Berichterstattung wieder. Lösungen sind nicht von Anfang an parat, sondern werden im Laufe der Zeit durch einen Diskurs geschaffen. Die Art und Weise wie dieser Prozess angegangen wird und welche Sichtweise darauf herrscht unterscheidet sich von Medium zu Medium.

„Von außen auferlegte Problemsituationen, also Katastrophen, Krisen und daraus resultierende Konflikte führen regelmäßig zu *Kommunikationsverdichtungen als kontingenzerweiterte Auslegungsphasen mit mehr oder weniger klarem Bezugsproblem und noch offenem Problemlösungshorizont.*“ (Tobler 2002: 266, Herv. i. O.)

Die in den Krisensituationen beteiligten AkteurInnen stehen unter Druck eine Lösung für das Problem zu finden. Verschärft wird dieser Druck durch die Austragung des Konflikts in der Öffentlichkeit, wodurch Gegenpositionen von KritikerInnen aber auch SkandalisiererInnen hervorgebracht werden. Ein Diskurs wird zwar ermöglicht, es baut sich gleichzeitig der Druck (durch Zeit, Konkurrenz, Skandalisierung, fehlende Informationen sowie unabsehbare Erfolgsaussichten, usw.) zur Lösung des Problems auf die AkteurInnen weiter auf. Es entsteht ein öffentlicher Diskurs, der ein Kampf um eine subjektive Wahrheit und Macht darstellt. So wird versucht die Bevölkerung für eine Seite zu gewinnen. Auch Medien selbst können sich in dieser Situation wiederfinden (vgl. ebd.). Nach Tobler schrumpft der Konflikt durch ein „definitionsmächtiges und vertrauensstiftendes Deutungsmuster“ (Tobler 2002: 266).

Deshalb wird versucht, durch einen konfliktsensitiven Journalismus die Nähe zu einer Seite des Konfliktes zu meiden, eine Vielzahl von Meinungen und Lösungen wiederzugeben und eine mögliche Asymmetrie zwischen den Parteien zu verhindern (vgl. Bilke 2008: 196). Folgende Definition von Journalismus kann als Ausgangslage über einen Diskurs durch konfliktsensitiven Journalismus dienen:

„Sie entwickeln sich entlang der Polarisierungen von Informations- und Meinungsjournalismus. Journalistisches Handeln lässt sich aber nicht auf einen dieser beiden Pole festlegen. Es bewegt sich in einem Kontinuum zwischen Widerspiegelung und Mitgestaltung, wobei die aktiven Anteile durch Selektion, Einordnung und Kommentierung in der journalistischen Praxis überwiegen. Seine gesellschaftliche Entsprechung findet dieses pluralistische Rollenbild in der normativen Beschreibung von Journalismus als Medium und Faktor der Meinungsbildung.“ (Bilke 2008: 84)

Nachrichten geben nicht nur der Öffentlichkeit Orientierung, sondern diese wird gefordert, während Erwartungen an den Journalismus gestellt werden. Das ist besonders in Krisenzeiten der Fall. Der Journalismus versucht den Erwartungen gerecht zu werden, besonders wenn er konfliktsensitiv reagiert, möchte er bei der Meinungsbildung unterstützen. Durch den Qualitätsanspruch versucht er von Manipulationen und Öffentlichkeitsarbeit unabhängig zu arbeiten (vgl. ebd.: 211).

Um eine wirkliche und positive Veränderung des Konfliktverlaufs zu erzielen ist es oft zu wenig, nur konfliktsensitiv zu agieren und Lösungen anzustreben. Medien müssen die Möglichkeit schaffen Konflikte zu transformieren.

„Not satisfied with a quick solution that may seem to solve the immediate problem, transformation seeks to create a framework to address the *content*, the *context*, and the *structure* of the relationship. Transformation as an approach aspires to create constructive change processes through conflict. Those processes provide opportunity to learn about patterns and to address relationship structures while providing concrete solutions to resenting issues.“ (Lederach 2014: 2, Herv. i. O.)

Die Konflikttransformation geht viel tiefer in den Konflikt hinein, anstatt nur davon zu berichten und ermöglicht auch von Krisen zu lernen und diese zu verwandeln.

Sie versucht auf Krisen zu reagieren und konzentriert sich darauf, das Epizentrum des Krisenherdes zu finden (vgl. ebd.: 5). Es wird eine gewisse Weitsichtigkeit ermöglicht, indem man sich nicht nur auf den Verlauf konzentriert. „In short, resolution is content-centered. Transformation, on the other hand, includes the concern for content, but centers its attention on the *context* of relationship patterns. It sees conflict as embedded in the web and system of relational patterns.“ (Lederach 2014: 5, Herv. i. O.) Die Wichtigkeit bei der Konflikttransformation ist, dass man weiter geht, als nur Probleme aufzulösen, denn Konflikte bieten immer auch die Chance sozialen Wandel zu begünstigen. Deshalb ist es unerlässlich zu wissen, wohin der Weg führen soll (vgl. ebd.: 1). Auch Galtung möchte

„[...] für eine positive Auffassung von Konflikt sprechen: Konflikt als Herausforderung; Inkompatibilität von Zielsetzungen als gewaltige intellektuelle und emotionale Herausforderung an die Konfliktparteien. Mit einer solchen Auffassung können Konflikte grundsätzlich als eine der stärksten Antriebskräfte unserer Existenz begriffen werden, als Ursache, Begleiterscheinungen und Folge von Wandel, als ein Element, dass für das gesellschaftliche Leben ebenso notwendig ist wie für das menschliche Leben die Luft.“ (Galtung 1984: 115)

Konflikte stellen dadurch nicht mehr nur etwas Negatives dar, sondern zeigen sich als Chance sich als Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Lederach (2014: 2) beschreibt einen Unterschied zwischen schauen und sehen. *Schauen* impliziert, dass Aufmerksamkeit erzeugt wird. *Sehen* beschreibt allerdings das Verstehen des Sachverhalts, dass über die Oberflächlichkeit eines Konflikts hinausgeht. Es ist jedoch beides wichtig. Der Konflikt benötigt Aufmerksamkeit, damit hinter die Fassade geblickt wird und der soziale Konflikt in seiner Ganzheit, also seinem gesellschaftlichen Kontext erkannt werden kann. Erst dann kann ein Wandel entstehen. Wir müssen somit das Wahrgenommene mit den Beziehungsmustern verbinden.

Konflikttransformation kann auf drei Dimensionen entstehen. Die *Beziehungsdimension* beschreibt den Wandel zwischen Individuen und die Veränderung deren Beziehung. Die *Strukturdimension* betrifft ökonomische, kulturelle und politische Konflikte. Hier wird besonders auf die Entstehung, den Verlauf und die Veränderungen mit dem Hintergrund deren sozialen Bedingungen und Mustern in den Fokus gerückt. Es ist wichtig unter die Oberfläche zu sehen und die Gründe für den Konflikt zu erfahren. Um einen solchen Konflikt zu lösen, bedarf es materielle Gerechtigkeit sowie Verfahrensgerechtigkeit, d.h. dass einen Ausgleich der menschlichen Bedürfnisse geschaffen wird und möglichst viele Menschen in die Lösung des Konflikts einbezogen werden. Die *kulturelle Dimension* begreift Konflikte durch Veränderungen in Gruppen, in denen ihre Identität und ihre kulturellen Muster eine zentrale Rolle spielen. Es ist wichtig zu erfahren, wie ein Konflikt diese Muster verändert und wie die Mitglieder der Gruppen im Rahmen dieser Muster auf den Konflikt reagieren. Eine Konflikttransformation ermöglicht, dass man deren kulturelle Sozialisation begreifen und ihr Handeln dadurch verstehen kann (vgl. Lederach 2014: 4).

Lederach (1995: 41) ist der Meinung, dass ein Konflikt sozial konstruiert ist.

„By this I mean that conflict does not just happen, it is created. Key in this creation process are social knowledge, the meaning that people attach to events and issues, and what, correspondingly, is appropriate response and action to take.“ (Lederach 1995: 41)

Menschen handeln aufgrund der Bedeutungszuschreibung, was ein Ereignis oder eine Sache für sie hat. Diese Bedeutung besteht aus einem gemeinsam gesammelten Wissen einer (Teil-)Öffentlichkeit. Wie Konflikte ausgetragen und verstanden werden, hängt demnach auch mit der Kultur zusammen, in der man sozialisiert ist. Aus diesem Grund muss man den Konflikt immer aus der kulturellen Perspektive des Landes sehen (vgl. ebd.:

10). „From this starting point, conflict is connected to meaning, meaning to knowledge, and knowledge is rooted in culture.“ (Lederach 1995: 8)

Lederach (1995: 22f.) hat Basiselemente für die Konflikttheorie zusammengestellt. Um Frieden herstellen zu können, muss man ein breites Verständnis erreichen. Entscheidende AkteurInnen sollen ermutigt und legitimiert werden, diese für den Frieden notwendigen Schritte zu setzen. Dazu braucht es einen funktionierenden Gerechtigkeitssinn. Beziehungen müssen repariert und Gewalt verhindert werden. Eine Konflikttransformation ist nur dann möglich, wenn eine persönliche und systemische Transformation angestrebt wird. Sie muss also umfassend passieren, das heißt aber auch, dass Gerechtigkeit, Vergebung und Versöhnung gleichermaßen wichtig sind. Es muss weiters ein soziales Empowerment durchgeführt werden, durch welches Individuum und auch die Gesellschaft versorgt wird. Auch sollte akzeptiert werden, wo man in diesem Moment steht, indem man es als Teil des Lebens betrachtet und gleichzeitig nach der Wahrheit sucht.

„Related to conflict transformation more specifically, this integrated framework suggests that identifying, understanding, and handling problems in a setting is best accomplished through participation and empowerment of people within that setting. In the long run, building on local and available resources fosters self-sufficiency and helps sustain development and change over time.“ (Lederach 1995: 32)

Lederach (1995: 20) sieht den Prozess der Konflikttransformation voller Dilemmas. Um einen langwierigen und gewalttätigen Konflikt in Frieden zu wandeln können, braucht es einen systemischen, aber auch persönlichen Wandel. Man muss mit den negativen Gefühlen wie Angst und Wut umgehen können und das Trauma, das ein Krieg nach sich zieht, betrachten und thematisieren. Damit Frieden entstehen kann, braucht es Gerechtigkeit und Gleichheit, welches im Verständnis der Bevölkerung wieder stärker Einklang finden muss. Dadurch soll eine globale Gemeinschaft aufgebaut werden, durch die mit friedlichen Mitteln gegen ein unterdrückendes System gearbeitet wird.

Gerechtigkeit ist eine Grundlage um Frieden zu erreichen. Das heißt aber auch, dass man für die eigenen Fehler eingestehen und anerkennen muss, wenn andere durch diesen gelitten haben. Im Prinzip müssen sie wieder gut gemacht werden. Es ist wichtig barmherzig zu sein, Fehler zu verzeihen und einen Neuanfang zu wagen. In einem Konflikt stehen sich zwei Faktoren für Frieden gegenüber: Verzeihung und Gerechtigkeit. Es braucht beides um den Konflikt transformieren zu können. Es braucht nach dem Dilemma von Gandhi auf der einen Seite die Fähigkeit das Geschehene zu akzeptieren und im Leben weiterzugehen, ohne sich von Erlebnissen und Verletzungen aufzuhalten, indem das Leben

in seinen vollen Zügen angenommen wird. Gleichzeitig ist es nötig Gerechtigkeit zu erhalten, indem man nach der Wahrheit sucht (vgl. Lederach 1995: 20ff.).

Ein Konflikt ist dynamisch, da er sich während seines Verlaufes immer weiter verändert. Um den Konflikt begreifen zu können, müssen wir seine Formation verstehen. Das bedeutet, dass wir seine AkteurInnen, deren Ziele und die mögliche mangelnde Verträglichkeit der Ziele, sowie die daraus entstandenen Widersprüche kennen müssen. Aber auch diese Faktoren können sich währenddessen wandeln (vgl. Galtung 2007: 165). Während des Transformationsprozesses muss nicht immer ein schneller Wandel beabsichtigt werden. Manchmal ist es wichtig, ein oder zwei Schritte wieder zurückzugehen, um das gesamte Bild nicht aus den Augen zu verlieren. Es ist ein Kreislauf, der uns innehalten lässt, damit wir schauen und sehen und möglicherweise den Prozess adaptieren können. Es ist essentiell die kulturellen und systemischen Muster, welche den Konflikt schüren, direkt anzusprechen (vgl. Lederach 2014: 7).

„A conflict transformation platform must be short-term responsive and long-term strategic. It must have the capacity to generate and regenerate change processes responsive to both episodes and the context or epicenter. [...] Conflict transformation is a circular journey with a purpose. Undertaking this journey requires preparation.“ (Lederach 2014: 7)

Eine Konflikttransformation hat im eigentlichen Sinn kein Ende, denn Verletzungen, Missverständnisse und Widersprüche können immer bestehen bleiben und im Untergrund schlummern, die durch negative, aber auch positive Zuschreibungen gefüttert werden. Deshalb ist viel mehr von Bedeutung die Transformation nachhaltig und für alle akzeptabel zu gestalten (vgl. Galtung 2007: 166). Die Gegenwart muss mit der Vergangenheit in Verbindung gesetzt werden. Es ist notwendig den historischen Kontext zu erfahren, damit die gegenwärtigen Gegebenheiten in ihrem vollen Umfang verstanden werden können. Wir müssen begreifen, was in der Vergangenheit passiert ist und welche Bedeutungen dies für die Gegenwart und die Zukunft hat. Somit erfahren wir den Auslöser und wissen um die Folgen Bescheid. Die Zukunft kann erahnt werden, wir können sie aber noch nicht greifen oder gar kontrollieren. Es braucht eine Vision zu der wir hinarbeiten wollen. Der Blick in die Zukunft schenkt uns Orientierung. (vgl. Lederach 2014: 6).

„Again, we can visualize these in the form of a sphere with embedded components. This overall sphere requires that we think about response to conflict as the development of processes of change that attend to the web of interconnected needs, relationships, and patterns on all four levels: personal, relational, cultural, and structural.“ (Lederach 2014: 6)

Transformation können wir erst erreichen, wenn wir uns nicht nur auf eine Sache konzentrieren, sondern viele Prozesse für einen Wandel starten. Diese betreffen den Ausgangspunkt des Konflikts, gesellschaftliche Kontexte uvm. (vgl. ebd.: 6).

Die Friedensforschung wird nicht ganz unproblematisch gesehen. Es gibt Kritik, dass diese mit den Objektivitätskriterien nicht vereinbar seien (vgl. Bilke 2010: 447). Nothelle sieht dies anders. *„In diesen Krisen haben Journalisten keine vermittelnde Rolle, sondern eine agierende, eine aufklärende. Im Idealfall jedoch auch mit dem Ziel, die Krise zu wandeln in eine bessere Situation für alle Beteiligten.“* (Nothelle 2008: 232, Herv. i. O.)

Durch eine Krise entsteht eine neue Dynamik, die alles verändert. Sogar das Verständnis von Journalismus. „Denn ihre konflikttheoretische Herangehensweise ermöglicht es, eine Ethik von Journalismus im Konflikt auszudefinieren, die sich einer normativen Verantwortung stellt, ohne Parteilichkeit zu propagieren.“ (Bilke 2010: 447) Medien spielen also eine große Rolle in der Entscheidung über Krieg und Frieden und über das Fortbestehen des Konfliktes. Sie können den politischen Wandel beeinflussen, allerdings nicht selbst Politik betreiben. Die kritische Funktion der Medien in Krisenzeiten sollte betont werden, da sich diese auf die politischen Entscheidungen auswirken könnte (vgl. Joseph 2014: 226). „Es gibt nicht nur eine passiv zu duldende Friedenspflicht der Massenmedien, sondern eine politisch aktivierende Pflicht.“ (Becker 2002: 14) Der Journalist hat die Aufgabe nicht nur die Realität wiederzugeben, sondern soll auch warnen und Frieden stiften (vgl. ebd.: 14). „Unsere Verantwortung transzendiert die hier und jetzt bestehenden Formationen. Wir sind an allen Konflikten beteiligt. Wie sie an uns.“ (Galtung 2007: 167) Konfliktsensitiver Journalismus betrifft aufgrund der bereits besprochenen Vielzahl an Einflussfaktoren nicht nur JournalistInnen. Nichtsdestotrotz stellen das Rollenbild der JournalistInnen und deren Qualitätskriterien einen wichtigen Einfluss auf die Berichterstattung (vgl. Bilke 2008: 75).

4.7. Diskursive Anschließbarkeit

Um Menschen involvieren zu können stellt die Mediation ein wichtiges Tool zur Konflikttransformation dar. Dadurch erhalten sie die Möglichkeit selbst Lösungen zu erarbeiten und Frieden zu stiften (vgl. Lederach 1995: 32). Der öffentliche Diskurs stellt zum Beispiel so eine Mediation dar.

Für eine Konflikttransformation ist es notwendig Interaktionen anzuregen. Lederach ist also der Meinung, dass der Diskurs die wichtigste Möglichkeit ist eine Transformation durchzuführen. Durch ihn kann man Gerechtigkeit und Frieden auf struktureller und auch auf persönlicher Ebene fördern. Konflikttransformation hat die Aufgabe aus negativen Kräften etwas Positives zu bauen und somit einen positiven Wandel zu begünstigen. Dazu muss der Fokus auf dem Prozess selbst liegen (vgl. Lederach 2014: 3). „As we shall see, a transformational lens sees the generation of creative ‚platforms‘ as the mechanism to

address specific issues, while also working to change social structures and patterns.“ (Lederach 2014: 3) Da Konflikte durch Menschen entstehen, sind die Beziehungen zueinander auch der Schlüssel diesen wieder aufzulösen und zu verändern (vgl. ebd.: 3).

Wie bereits erläutert, können Medien nicht die Funktion der Politik übernehmen. Es muss sich die Politik auf einen Dialog mit den BürgerInnen einlassen. „Der Staat ist die ‚öffentliche Gewalt‘. Er verdankt das Attribut der Öffentlichkeit seiner Aufgabe, für das öffentliche, das gemeinsame Wohl aller Rechtsgenossen zu sorgen.“ (Habermas 1990: 55) Die verständigungsorientierte Öffentlichkeit hat die Aufgabe einen Diskurs zu ermöglichen (vgl. Burkart 1993: 223f.).

In der Bevölkerung gibt es unterschiedliche Meinungen und Forderungen zu verschiedenen Themen, die für den einen wichtig, für den anderen unwichtig erscheinen. Handlungen und Vorhaben der Politik rücken dann oft in den Fokus des Interesses und lösen heftige Diskussionen aus (vgl. Schulz 2011: 143).

„In einem diskursiven Modell des politischen Prozesses geht es dagegen um eine Reflexion vorgegebener Interessendefinitionen, um eine mögliche Transformation und Weiterentwicklung auch individueller Werte und Interessen, um die Definition kollektiver oder allgemeiner Interessen und Aspirationen, um normative Prinzipien und Regeln, welche den egozentrischen individuellen Interessenhorizont transzendieren.“ (Peters 1994: 48)

Öffentlichkeit wird somit normativ verstanden, indem die Entscheidungsfindungen für das Land durch die Politik transparent dargestellt wird und durch einen Diskurs überhaupt erst zustande kommt (vgl. Gerhards 2002: 128).

„Das Kollektiv, von dem als Öffentlichkeit die Rede ist, ist natürlich die moderne rechtlich-politische, staatliche Gemeinschaft. Die in diesem Rahmen getroffenen Entscheidungen sind nun nicht bloß in dem Sinn öffentlich, daß sie für alle verbindlich sind. Die öffentlichen Angelegenheiten sollen auch im gemeinsamen oder allgemeinen Interesse des Kollektivs entschieden werden (public interest) sowie unter Kontrolle oder Beteiligung der Mitglieder.“ (Peters 1994: 43)

Seit den 80er Jahren brach immer mehr der Wunsch in der Bevölkerung auf aktiv mitgestalten zu wollen, um gegen das Ohnmachtsgefühl bei politischen Entscheidungen anzukämpfen. Durch ihre Anliegen entwickelten sich immer mehr BürgerInnenbewegungen. Dies hat zur Folge, dass die PR mit einer Vielzahl von Bewegungen bzw. VertreterInnen der Bewegungen in Kontakt treten und mit ihnen gemeinsam an einer Lösung arbeiten (vgl. Burkart 1993: 119f.). „Öffentlichkeitsarbeit ist nunmehr gefordert, das endlich zu tun, was sie immer schon vorgibt, ohnehin zu sein – nämlich ein Medium zur Optimierung gesellschaftlicher Verständigungsverhältnisse.“ (Burkart 1993: 119f.)

Burkart (1993: 218f.) beschreibt die ‚verständigungsorientierte Öffentlichkeit‘, als eine Kommunikation, durch welche die Öffentlichkeitsarbeit zielgerichtet Teilöffentlichkeiten mit Inhalten erreichen möchte und Zustimmung zu den eigenen verfolgten Zielen durch diese Zielgruppe erhalten und dadurch auch Handlungen zu legitimieren. Je größer der Dissens zwischen den Meinungen besteht, desto wichtiger ist es für die Public Relations, durch Kommunikation einen Zugang zu der Teilöffentlichkeit zu erhalten, um sich durch einen Diskurs einander anzunähern. Denn „Obschon als ‚Gewalt‘ konstruiert, soll Gesetzgebung der Ausfluß nicht eines politischen Willens, sondern rationaler Übereinkunft sein.“ (Habermas 1990: 152)

Das Ziel von Public Relations ist eine gegenseitige Verständigung über die Probleme und Lösungen zu erlangen, indem Wissen und Erfahrungen geteilt werden und man über einen gewissen Sachverhalt zu einer Einigkeit kommt (vgl. Burkart 1993: 221).

„Wechselseitiges Einverständnis – als Ergebnis erfolgreich abgelaufener Kommunikations- bzw. Verständigungsprozesse – liegt demnach immer dann vor, wenn Sprecher und Hörer insbesondere im Hinblick auf die Wahrheit von Aussagen (=obj.Welt), die Wahrhaftigkeit der Äußerungen (=subj.Welt) und die Richtigkeit/Angemessenheit der zum Ausdruck gebrachten Interessen (=soziale Welt) übereinstimmen.“ (Burkart 1993: 221)

Der Diskurs hat allerdings nicht nur die Aufgabe rein das Interesse der Public Relations zu stützen. Die Öffentlichkeitsarbeit muss sich möglicherweise auf einen Kompromiss einstellen, sollten ihre Anliegen nicht durchsetzbar sein (vgl. Burkart 1993: 224).

Wie von Burkart angedeutet, kann Öffentlichkeit auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden, d.h. es müssen die Ebenen betrachtet werden, auf denen Kommunikation passiert, indem die Informationen darauf abgestimmt werden und eine Basis mit den Beteiligten geschaffen wird. Die verständigungsorientierte Public Relations handelt somit zum einen auf der Ebene der *objektiven Welt*. Diese Ebene kommuniziert die Interessen, auf welche die Öffentlichkeitsarbeit abzielt. Dabei kann es sein, dass diese Interessen auf Widerstand bei den Betroffenen stoßen. Die nächste Ebene beschäftigt sich mit der *subjektiven Welt*. Diese InteressensvertreterInnen befinden sich auf der gegenteiligen Seite, d.h. sie sind mit den Interessen der Öffentlichkeitsarbeit nicht einverstanden und lehnen diese ab. Die letzte Ebene nennt sich *soziale Welt*. Hier geht es um die Legitimität des verfolgten Zieles der Öffentlichkeitsarbeit, indem zum Beispiel nicht nur sachliche Argumente gebracht, sondern auch moralische Grundsätze verwendet werden (vgl. Burkart 1993: 221f.).

„Nebenbei: ein Diskurs kann ohnehin lediglich auf der Ebene der objektiven Welt (im Hinblick auf die Wahrheit der Aussagen) und auf der Ebene der sozialen Welt (im Hinblick auf die

Richtigkeit/Legitimität der Interessen) geführt werden, denn die Wahrhaftigkeit des PR-Betreibers (seine Vertrauenswürdigkeit) läßt sich nicht argumentativ unter Beweis stellen, sondern kann sich nur im realen Handeln zeigen. Der Diskurs dient also ausschließlich dazu, die Zweifel an der Wahrheit der Aussagen und der Legitimität der Interessen (wieder)herzustellen.“ (Burkart 1993: 224)

Diese Verständigung auf allen drei Ebenen ermöglicht ein gemeinsames Handeln, das allerdings in der Praxis zu selten vorkommt, wodurch kein Konsens oder Kompromiss erzielt werden kann (vgl. ebd.: 223). Die Übereinstimmung hat nach Habermas

„[...] mit öffentlicher Meinung, mit der endlichen Einstimmigkeit eines langwierigen Prozesses wechselseitiger Aufklärung im Ernst nicht viel gemeinsam; denn das ‚allgemeine Interesse‘, auf dessen Basis allein eine rationale Übereinstimmung öffentlich konkurrierender Meinungen zwanglos sich einspielen konnte, ist genau in dem Maße geschwunden, in dem die publizistischen Selbstdarstellungen privilegierter Privatinteressen es für sich adoptieren.“ (Habermas 1990: 291)

Burkart (1993: 224ff.) beschreibt, dass die verständigungsorientierte Öffentlichkeit in mehreren Etappen erfolgt. In der 1. Phase geht es darum, dass die Information hinsichtlich des angestrebten Zieles kommuniziert wird, damit eine gemeinsame Wissensbasis für die Meinungsbildung geschaffen werden kann. Die 2. Phase behandelt schon die Diskussion, in der man sich mit der (Teil-)Öffentlichkeit in Verbindung setzt, um über das vorliegende Thema zu diskutieren. Daraus entsteht die 3. Phase, in welcher der Diskurs beginnt. Hier werden die Probleme erläutert und mit Begründungen versehen, damit man sich einander annähern kann. In der letzten Phase bestimmt man den Status der Verständigung, d.h. ob man sich einigen und eine gemeinsame Entscheidung fällen konnte, oder weitere Maßnahmen treffen muss, indem der Diskurs aufrechterhalten bleibt.

TeilnehmerInnen der Öffentlichkeit, können sich im Diskurs mit den Aussagen auseinandersetzen. Zusammengefasst muss es für Burkart „[...] für die Betroffenen die Chance geben, die Wahrheit der Aussagen, die Wahrhaftigkeit der Äußerungen und die Richtigkeit der verfolgten Interessen anzuzweifeln.“ (Burkart 1993: 224)

5. SYRIEN IM FOKUS

Die Zeit nennt den Syrien-Konflikt den ‚vertracktesten Konflikt der Moderne‘. Grund dafür ist die zahlreiche Beteiligung einer Vielzahl von Akteuren auf allen politischen Ebenen, angefangen von regionalen Kräften bis hin zu internationalen Einmischungen (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Zu dieser Verworrenheit kommt hinzu, dass grundlegende Menschenrechtsregeln verworfen werden und so der Konflikt noch brenzliger ist, als es ein Krieg alleine schon wäre. Regionale AkteurInnen wie Assad und die Rebellengruppen, aber auch Kurden, werden des Kriegsverbrechens bezichtigt (vgl. Schulte von Drach 2016: 3). Das syrische Militär versuchte besonders gegen die RevolutionsträgerInnen vorzugehen und griff vor allem sunnitische Hochburgen in Syrien an. Der IS wiederum geht gegen Schiiten sowie anders Gläubige vor. Der Bürgerkrieg hat eine große Zerstörung in Syrien hinterlassen (vgl. Becker 2015: 484). Ein Ende ist zurzeit nicht in Sicht.

Um die Ergebnisse der Studie verstehen zu können, ist es somit unerlässlich ein bisschen Klarheit in den Konflikt zu bringen und die einzelnen AkteurInnen kurz vorzustellen. Den Konflikt in aller Detailliertheit darzulegen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Deshalb versuche ich diesen verworrenen Konflikt in aller Kürze zu skizzieren.

5.1. Regionale Akteure

Assad-Regime

Religiöse Minderheiten hatten es in Syrien über lange Zeit nicht leicht, sich gegenüber den Sunniten zu behaupten. Durch die Bildungsreform und die französischen Militärakademien rund um die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts geschah die Kehrtwende für die Minderheiten in Syrien. Mit ihnen auch der Erfolg der Baath-Partei, die einen Aufschwung erlebte und sich mittlerweile seit über fünf Jahrzehnten an der Macht halten kann. Aus der Partei heraus entstand ein starkes Militär und aus dem Militär heraus wiederum entstammt die politische Führung. Zwar hat sich die Baath-Partei gegen die Bevorzugung religiöser und kultureller Gruppen gestellt, schlussendlich waren ihre Handlungen genau dadurch getrieben, sodass sich Offiziere mit alawitischem und drusischem Hintergrund 1966 gegen den Präsidenten stellten. Ein Involvierter an diesem Aufstand war Baschar al-Assads Vater Hafiz al-Assad. Über die Jahre hat sich das Misstrauen gegenüber den Sunniten nicht gebessert. Das Regime stellt bis heute vordergründig ihre Eliteeinheiten aus Minderheiten, die das Assad-Regime unterstützen, zusammen. Sunnitische Offiziere haben meist nichts zu sagen. Trotzdem gibt es auch Sunniten, die Assad stützen, wie etwa die von Sunniten verwaltete Handelskammer (vgl. Metzger 2012: 1).

Nachdem in Tunesien und Ägypten bereits Ende 2010 der Arabische Frühling ausgebrach, folgte Syrien zu Beginn des darauffolgenden Jahres. Die Opposition des Baath-Regimes wehrte sich mit Protesten gegen die Festnahmen, die das Regime mit gewalttätigen Eingriffen im Keim ersticken wollte. Die Gewalt löste Unmut in der Bevölkerung aus und es kam zu größeren Aufständen, die wieder militärisch zerschlagen wurden. Dies war der Auslöser des ersten Flüchtlingsstroms (vgl. Schulte von Drach 2016: 1). Die syrische Regierung versuchte die Reformbewegung des Arabischen Frühlings zu schwächen. Doch deren Gewaltanwendung stachelte nur noch mehr Menschen gegen Baschar al-Assad auf und brachte sie im Protest auf die Straße. Anfangs wurden religiöse Zusammenhänge mit dem Aufstand dementiert, nach und nach verfestigte sich der Konflikt auch in religiösen Zuschreibungen, da al-Assad Alewit war (vgl. Becker 2015: 487f.).

Grund für den Arabischen Frühling war vordergründig die Vetternwirtschaft von Assad, während die Reformen am Volk vorübergingen. Solche, die davon profitierten, standen dem Präsidenten loyal zur Seite, indem sie Informationen an die in Syrien wichtigen Geheimdienste weitergaben. Neben der Vetternwirtschaft, der sozialen Ungerechtigkeit und die Armut durch die Baath-Partei, gab es allerdings noch weitere Auslöser für den Arabischen Frühling in Syrien. Das Land hat sich zu einem Überwachungsstaat entwickelt, indem grausames Foltern als legitimes Mittel verwendet wurde. Der gewalttätige Versuch die Aufstände zu beenden, ließ die Sache erst recht eskalieren. Auch die religiöse Anspannung zwischen Minderheiten, insbesondere den Alawiten und der sunnitischen Bevölkerung ließ den Konflikt aufflammen, da sich diese von der alawitischen Herrschaft unterdrückt fühlten. Assad nützte diese Spannungen zu seinen Gunsten und erstickte Diskurse über eine Ungerechtigkeit im Keim (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 1). Durch jahrelange Bevorzugung der Alawiten, richtet sich nun auch der Zorn der Opposition, vor allem der Freien Syrischen Armee, auf sie. Deshalb hätten sie möglicherweise bei einem Machtwechsel sehr darunter zu leiden (vgl. Metzger 2012: 2).

Das syrische Regime kann als einzige Kraft innerhalb des Landes auf eine Luftwaffe zurückgreifen. Assad vermied es bisher gegen den IS zu kämpfen, da beide gegen die syrischen Rebellen vorgehen (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5f.).

Assads Regime begeht wie nahezu alle Beteiligten in diesem Konflikt Kriegsverbrechen, doch wirft ihm die UNO besonders viel vor. Neben dem Angriff auf die zivile Bevölkerung mit Chemiewaffen, werden AnhängerInnen der Rebellen inklusive Frauen und Kinder hingerichtet. Folter und Vergewaltigungen stehen in den Gefängnissen und anderen Orten an der Tagesordnung. Von Rebellen gehaltene Dörfer werden ausgehungert und medizinische Einrichtungen vernichtet (vgl. ebd.: 4).

Assad-Opposition/-Gegner

Es gibt eine Vielzahl an gegnerischen Gruppen. Manche davon sind moderat, andere wiederum radikal, wie zum Beispiel der IS. Der Islamische Staat wird von allen Seiten angefeindet. Radikale und moderate Rebellen verbinden sich oft im Kampf gegen Assad untereinander. Ein beliebter Verbündeter der Rebellenbrigaden ist zum Beispiel die Fatah-al-Scham-Front (früher: Al-Nusra-Front), ihrer Beziehungen Al-Kaida zum Trotz (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Allerdings ist nicht nur Assad ihr Gegner, sondern auch Christen fallen diesen Rebellen zum Opfer. Diese müssen sich aber auch, laut der syrischen-christlichen Kirche, gegen die Freie Syrische Armee schützen (vgl. Schulte von Drach 2016: 2).

Herkunft oder Religion bilden bei vielen Rebellengruppen den Grundstein ihrer Formation. Daraus entstehen radikale Rebellengruppen, deren primäres Ziel nicht mehr die ursprünglich geforderte Demokratie darstellt, sondern der Wunsch nach einem Islamischen Staat (vgl. Schulte von Drach 2016: 1). Es formiert sich eine starke Allianz von verbündeten islamistischen Aufständischen, die sich fortan Islamische Front nennt und zum größten Rebellenzusammenschluss wird. Sie fallen auch in die Gunst von Saudi-Arabien, der sie finanziell unterstützt (vgl. ebd.: 3).

Haben zuerst die Al-Nusra-Front und der IS im Irak zusammengearbeitet, stehen sie sich seit 2013 als Feinde gegenüber, da die Al-Nusra-Front der al-Qaida treu bleiben, während der IS sich eigenständig entwickeln wollte. Der IS kämpft gegen die FSA, die Kurden, Al Nusra sowie Assad und geht hart gegen christliche und alawitische Minderheiten vor. Er stellt auch ein großer Magnet für internationale Dschihadisten dar (vgl. Schulte von Drach 2016: 3). Ziel des IS ist es, ein Kalifat zu errichten, welches sich über die Ländergrenzen erstreckt. Entstanden ist er durch ehemalige al-Qaida-Mitglieder nach der Intervention der USA im Irak (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5). 2014 wurden die Gebiete des IS von dessen Anführer Abu Bakr al-Baghdadi zum Kalifat ausgerufen. Sie werden von allen Seiten, inkl. anderer Rebellen, aufgrund ihres gewalttätigen Vorgehens gefürchtet. Der IS beginnt auch bewusst kulturelle Stätten zu zerstören (vgl. Schulte von Drach 2016: 4f.).

Die Freie Syrische Armee, kurz FSA, besteht aus Deserteuren der syrischen Armee, welche sich im Jahr der ersten Aufstände bildete. Die Opposition versuchte sich in Istanbul zusammenzufinden und bildete dort auch einen wenig einflussreichen syrischen Nationalrat, der fordert, dass Assad gehen muss. Dieser Nationalrat wurde von dem Dachverband *Nationalkoalition für Oppositions- und Revolutionskräfte* abgelöst, erhält

allerdings nicht von allen Seiten der Opposition Rückhalt. Die FSA geht im Laufe des Bürgerkrieges auch gegen den IS vor, verliert aber zunehmend an Einfluss (vgl. Schulte von Drach 2016: 1-4). Die Freie Syrische Armee konnte im Gegensatz zu anderen radikalen Rebellen nicht auf Unterstützung zählen und ist aus diesem Grund 2015 kaum mehr vorhanden (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5).

Kurden

Die unabhängige und kriegserfahrene YPG entstammt aus der türkisch-kurdischen PKK. Ihr Einflussgebiet findet sich an der Grenze zur Türkei. Die YPG ist bereit punktuell mit Gegnern und Anhängern von Assad zusammenzuarbeiten, um den IS zurückzudrängen (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5). Die Kurden polarisieren am meisten in diesem Konflikt. Sie führen den wirksamsten Kampf gegen den IS, was gerade den Westen sehr erfreut. Während die USA diese mit Waffen in ihrem Kampf gegen den IS unterstützt, finden die Türkei und das syrische Regime die Erfolge nicht sehr erfreulich. Sie haben Sorge, dass die Kurden ihren Anspruch auf einen kurdischen Staat verwirklichen könnten, was den Konflikt auch über die syrisch-türkische Grenze tragen könnte und den langjährigen Konflikt zwischen der Türkei und der PKK weiter anfachen würde (vgl. Gehlen 2016: o.S.). 2011 gründeten die Kurden einen eigenen Nationalrat, forderten einen Regierungswechsel und mehr Unabhängigkeit (vgl. Metzger 2012: 2).

5.2. Internationale Einmischung

USA

Der Westen wollte anfangs nicht allzu sehr in Syrien intervenieren, vor allem was militärische Handlungen betrifft. Dies änderte sich allerdings nach der Gründung des Islamischen Staates 2014, wobei die Intervention des Westens nahezu erfolglos blieb (vgl. Becker 2015: 484). Zu Beginn des Konflikts weigerte sich die USA strikt mit Assad zusammenzuarbeiten. Assad sollte im Zuge des Arabischen Frühlings weichen. Aufgrund der Komplexität des Konfliktes gestand die USA ihm zu, in einer Übergangsphase weiterhin an der Macht zu bleiben. Amerika konzentrierte sich fortan auf den Kampf gegen den Terror und startete einen Versuch, gemeinsam mit moderaten Rebellen gegen den IS und die Al Nusra-Front vorzugehen. Ihr Ziel, diese für den Kampf zu trainieren, wurde jedoch ein großer Misserfolg. Die Einzigen, die gegen die Dschihadisten Erfolge verzeichnen konnten, waren die von der Türkei verhassten Kurden. Die Vereinigten Staaten arbeiteten daran eine internationale Allianz zu schmieden, welche sich auf Luftangriffe konzentrierte und zeitgleich den am Boden kämpfenden Kurden Hilfe

gewährte (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Die USA unterstützte vor allem moderate Rebellen, die aber im Laufe der Zeit kaum mehr vorhanden waren (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5). Den größten Fokus legt der Westen auf den Kampf gegen den Terror, also gegen den IS. Assad spielt dabei eine nachgeordnete Rolle (vgl. ebd.: 10). Es besteht auch die Angst, dass durch einen Abgang von Assad radikale Gruppen wie der IS das Vakuum füllen könnten, da es keine gute Alternative für eine syrische Opposition gibt.

„Assad wird die Stabilität in seinem Land, geschweige denn in seinem ganzen Territorium, nie wieder herstellen beziehungsweise garantieren können. Damit wird er entbehrlich für weite Teile der syrischen Minderheiten, die Rache und Verfolgung fürchten, sowie für die arabische und internationale Gemeinschaft, die in dieser sensiblen Region ein Machtvakuum und Chaos fürchten. Als *self-fulfilling prophecy* ist dabei, das einzutreten, wovor Assad und sein Regime gewarnt und was sie zugleich ausgelöst haben.“ (Wieland 2013: o.S., Herv. i. O.)

Russland

Durch die Zögerlichkeit des Westens entstand ein Vakuum, welches Russland sich zu eigen machte. Auch Russland ist dahinter eine Allianz gegen den Terror zu gründen, allerdings hat Putin andere Vorstellungen als der Westen vom Ausgang des Konflikts.

Sein Wunsch ist es Assad an der Macht zu halten und dadurch seinen Einfluss für die Zeit danach zu stärken. Um das syrische Regime zu retten, braucht er die Unterstützung von Amerika im Kampf gegen den Terror und als Fürsprecher von Assad (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Dazu bemüht sich Russland um eine Anti-Terror-Einheit, zu der neben Russland auch der Iran und Irak, sowie das syrische Regime zählt (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 2). Der Kampf gegen Terrorismus wird in Russland allerdings breit verstanden, indem zu Terroristen auch alle Gegner Assads zählen, inklusive der Rebellen, die vom Westen gestützt werden, jedoch mit der Ausnahme der Freien Syrischen Armee, welche aufgrund deren Einfluss keine Bedrohung für Assad darstellen.

2015 entschließt sich Russland in Syrien zu intervenieren und Assad somit zu unterstützen. Der Intervention sind schon Waffenlieferungen an Assad vorangegangen. Ziel der militärischen Einmischung soll nach Russland der IS gewesen sein, allerdings wurden vor allem Oppositionelle zum Ziel der Angriffe (vgl. Schulte von Drach 2016:5).

Die russische Intervention ist deshalb so spannend, weil der Westen seit 2014 erfolglos versucht hat zu intervenieren und die russische Handlung den Eindruck ermittelt, dass etwas in Bewegung kommt. Zu der Zeit der Untersuchung war noch nicht abzusehen, ob es negative oder positive Auswirkungen hat. Russland war also ein Game Changer und veränderte die Lage vor Ort drastisch.

Russland möchte sich auf dem internationalen Feld behaupten und der USA auf gleicher Ebene gegenüberreten. Durch seine Intervention bringt er den Westen in Bedrängnis, kann aber dadurch nicht mehr in künftigen Entscheidungen übergangen werden. Mit Syrien fällt ihm neben dem Ukraine-Konflikt also ein weiteres Mittel zu, durch das er Einfluss üben kann. Durch Assad hätte er auch im arabischen Raum Geltung, weshalb er ihn weiterhin an der Macht sehen möchte. Zusätzlich hat Putin Sorge, dass islamistische Kämpfer zurück nach Russland kommen könnten (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 8).

Durch den russisch-ukrainischen Konflikt verschärfte sich die Beziehung von Russland und der EU zwischen 2006 und 2007. Die Energieversorgung, aber auch die Ermordung einer Kreml-kritischen Journalistin verschlechterte die Stimmung deutlich. Die Zuspitzung erfolgte auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007, als Russland sich über die Nichtbeachtung von russischen Interessen beschwerte und sich durch eine geplante Raketenabwehr der USA in Mitteleuropa bedroht fühlte. Immer mehr Vorfälleheizten den Konflikt auf (vgl. Rahr 2008: 49). Die Wahl des neuen Präsidenten Medwedjew entschärfte die Lage mit dem Westen etwas (vgl. ebd.: 53).

„Russland hat sich unter Wladimir Putin zu einem rechtsnationalistischen autoritären Staat gewandelt, der sich als kulturell-ideologisches Gegenstück zur westlich-europäischen demokratischen Herrschaftsordnung definiert. Das Regime versucht, der Bevölkerung eine ständige Bedrohung durch den Westen vor Augen zu führen, um seine Macht wie auch Maßnahmen zur Machtabsicherung – und damit Beschränkungen individueller und kollektiver Freiheiten – zu legitimieren. Hierfür wird jeder Auffassungs- und Interessenunterschied – besonders zu den Vereinigten Staaten – als Thema herangezogen.“ (Gressler 2010: 131)

Eine gute Beziehung zu Russland ist nicht nur aus ökonomischer Sicht wichtig, sondern auch im Hinblick auf die europäische Sicherheitspolitik bedeutsam. Die unsichere Lage mit Russland hat Europa während dem Kalten Krieg miterlebt (vgl. Gressler 2010: 135).

Europa

Europa sieht sich längst mit den Auswirkungen des Krieges konfrontiert, sei es durch den Flüchtlingsstrom, der nicht abreißen möchte, oder die zunehmende Gefahr durch Terroranschläge des IS in europäischen Städten. Dies zwingt die EU sich mit dem Syrien-Konflikt zu beschäftigen und eine nachhaltige Lösung zu finden. Dabei ist sie für eine vorübergehende Assad-Regierung, die aber baldmöglichst von einer Nachregierung ersetzt werden soll (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Die EU nimmt sich dem Konflikt durch humanitäre Hilfe, unterschiedliche Sanktionen und diplomatische Unterstützung an. Die Beteiligung der einzelnen Mitgliedsstaaten hinsichtlich Diplomatie und militärischer Unterstützung fällt dabei unterschiedlich stark aus (vgl. Ehrhart 2014: 708 u. 710).

Türkei

Die Türkei ist gegen eine Lösung mit Assad, was die türkische Regierung auch veranlasste Rebellen zu unterstützen, die sich gegen das Regime richten. Erst als sich der IS gegen die Türkei wendete und Anschläge verübte, rang sich auch das türkische Nachbarland für eine Entscheidung mit Assad in der Übergangsregierung durch und ist bereit nicht mehr gegen ihn vorzugehen. Ihr vordergründiges Ziel ist allerdings freie Handhabe beim Kampf gegen die Kurden zu haben, die der Türkei gefährlich nahe kommen und Unruhen im eigenen Land verursachen (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Es wird vermutet, dass die Türkei anfangs sogar den Islamischen Staat tolerierte, da dieser gegen Assad kämpfte (vgl. Cieschinger/Niesen/Salloum 2016: 5). Syrien benutzt den Konflikt zwischen der Türkei und PKK, indem er der YPG Freiheiten einräumte und sie verschonte, nachdem die Türkei sich gegen Assad stellte (vgl. ebd.: 11).

2015 spitzte sich die Lage in der Türkei dramatisch zu, als ein Selbstmordattentäter des IS sich bei einer Versammlung in die Luft sprengte. Die geladene Spannung zwischen der Türkei und der PKK verschärfte sich und wurde auch militärisch ausgetragen, da von kurdischer Seite der Vorwurf kann, dass die Türkei mitverantwortlich sei. Im selben Jahr kam es auch zu einem Zwischenfall mit Russland, indem diese mit Kampffjets in den türkischen Luftraum eindringen (vgl. Schulte von Drach 2016: 5). Es entsteht eine politische Spannung zwischen den Ländern, in die sich sogar die Nato einschaltet.

Auch die Türkei hat mit der Flüchtlingskrise zu kämpfen, da sich die Flüchtlinge vorwiegend auf die Nachbarstaaten von Syrien verteilen. Nur ein Bruchteil macht sich weiter auf den Weg nach Europa. Deshalb ist sie auch eine Schlüsselfigur hinsichtlich der Handhabe mit der Flüchtlingskrise.

Mit der EU werden Gespräche über Visa-Erleichterungen und einem möglichen EU-Beitritt ernst, nachdem diese aufgrund der Flüchtlingskrise von der Türkei abhängig sind. Die Türkei soll die Grenzen zur EU besser sichern, wofür auch finanzielle Hilfe versprochen wurde (vgl. Schulte von Drach 2016: 5).

Iran und Hisbollah und der Kampf zwischen Schiiten und Sunniten

Der Iran gilt neben Russland als bedeutende Stütze für Assad und unterstützt ihn durch Hisbollah und andere schiitische Milizen, die zu tausenden auf syrischem Boden für Assad kämpfen (vgl. Gehlen 2016: o.S.). Grund für die politische Verbundenheit zeigt sich in der religiösen Nähe der Schiiten und Alawiten, also dem religiösen Hintergrund des Iran und des Baath-Regimes. Schiiten und Alawiten sehen eine Gefahr von den Sunniten ausgehen,

vor der sie sich gemeinsam schützen möchten. Alleine durch die Unterstützung des Iran vermischen sich politische und religiöse Konflikte (vgl. Schulte von Drach 2016: 1).

Becker (2015: 484) sieht im Syrien-Konflikt vordergründig einen Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Die syrische Bevölkerung hatte im Arabischen Frühling die Hoffnung auf eine Demokratie. Diese Hoffnung wurde bald zerschlagen, da sich die Zustände verschlimmerten. Der Kampf für eine Demokratie wurde bald verdrängt von den Konflikten zwischen sunnitischen und schiitischen Gläubigen.

Obwohl gerade Syrien ein positives Beispiel war, dass Religionen gut nebeneinander leben können, hat sich der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten in den letzten Jahren immer mehr verhärtet. Auf der einen Seite steht die syrische Opposition, die dem Regime vorwirft, Minderheiten zu bevorzugen und die sunnitische Bevölkerung zu vernachlässigen bzw. sogar Krieg gegen die Sunniten zu führen. Durch diesen Vorwurf versucht gerade der Islamische Staat AnhängerInnen zu gewinnen. Die Regierung auf der anderen Seite versucht Minderheiten zu überzeugen das Regime zu unterstützen, indem sie sich dem gleichen Klischee bedienen und ihnen Schutz vor den Sunniten bieten. Auch die Medien tragen zur Kluft der verschiedenen Glaubensrichtungen bei. Sunniten fühlen sich benachteiligt, da Medien aus der ganzen Welt die syrische Sichtweise unterstützen, dass ein Sturz des Regimes alle in Syrien lebenden Minderheiten gefährde. Das Leiden der Sunniten wird dabei wenig beachtet. Dadurch wurde auch der syrischen Opposition militärische Unterstützung verweigert, währenddessen das syrische Militär auch ZivilistInnen als Opfer bei Luftangriffen in Kauf nimmt. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass Sunniten, aber auch anderen Minderheiten keine andere Wahl blieb, als ins Ausland zu flüchten, mit deren Folgen jetzt der Westen zu kämpfen hat (vgl. Becker 2015: 489f.).

Durch die Angst der Sunniten zu einer hilflosen Minderheit zu werden, entsteht eine Opfermentalität, deren Sichtweise sich nur noch auf ein schwarz-weiß-Denken beschränkt und somit kein Mittelmaß zwischen Freund und Feind erkannt wird, wodurch sie sich dem IS anschließen könnten (vgl. ebd.: 491).

Saudi Arabien und Golfstaaten

Saudi-Arabien hat eine besonders strenge Ausführung des Islams die sich nach den Ausführungen des Religionsgelehrten Muhammad Ibn Al-Wahab richtet und dessen Gesetzgebung der Koran und die Sunna bildet, welche wortwörtlich ausgelegt wird. Diese Glaubensrichtung schwappte zum Teil auch nach Syrien über und Syrien wurde durch diesen, aber auch anderen Gründen, immer konservativer. Auch in Syrien richtet sich das

Gesetz nach der Scharia, wenn auch nicht so stark wie in Saudi-Arabien. Syrischer Präsident kann zum Beispiel nur ein Moslem werden. Syrien selbst war aber recht bunt. Es lebten vor dem Bürgerkrieg Menschen unterschiedlichen Glaubens friedlich nebeneinander und auch innerhalb des islamischen Glaubens gab es einige Liberale, die ihr Leben nicht wirklich nach dem Koran ausrichteten. Auch die KurdInnen zählten zu jenen, die sich dem Glauben pragmatisch zuwendeten (vgl. Becker 2015: 485f.).

Saudi Arabien und die Golfstaaten haben ihr ganz eigenes religiöses Interesse am Syrienkrieg. Sie sehen ihn als eine Chance ihren Kampf um eine Islamische Republik auszufechten, indem sie radikale islamistische Rebellen finanziell unterstützen und ihnen Kampfmaterial zukommen lassen. Durch ihr Involvement in Jemen, haben sie allerdings zu wenig Ressourcen, wie z.B. Kämpfer, um sie umgreifend zu unterstützen (vgl. Gehlen 2016: o.S.). 2014 entschließen sich neben der USA und anderen Staaten, Bahrain, Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate militärisch einzugreifen (vgl. Schulte von Drach 2016: 4). Aufgrund ihrer Konflikte mit dem Iran und deren engen Beziehung zu Assad, fordern sie den Sturz des Präsidenten (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 9).

Weitere Akteure

Jordanien beteiligt sich seit 2014 ebenfalls militärisch am Konflikt (vgl. Schulte von Drach 2016: 1). Die irakische Regierung kann man auf Seiten Assads sehen (vgl. Cieschinger/ Niesen/Salloum 2016: 5), während allerdings einzelne sunnitische Parteien im Irak die gegen Assad kämpfenden Rebellen unterstützen (vgl. Zacharakis 2013: o.S.). Frankreich entschließt sich 2015 zu Luftanschlägen, während die Briten eine Intervention zu dieser Zeit ebenfalls in Erwägung zogen (vgl. Schulte von Drach 2016: 5).

5.3. Der Kampf gegen ein Wertesystem

Jeder/Jede AkteurIn in diesem Konflikt hat eine eigene Agenda, die er wenn möglich ohne Kompromisse durchsetzen möchte. Dabei spielt auch die Beziehung untereinander und das eigene Selbstverständnis eine bedeutende Rolle. Wer ist welchem Land nahe und zwischen welchen kämpfenden Nationen oder Gruppierungen schwingt ein früherer Konflikt mit.

„Die Logik der jeweiligen Unterscheidung von Freund und Feind ist vielfach auf die geopolitische Lage des Staates zurückzuführen und auf seine Gründungsdoktrin, also auf seine ideelle Assoziationsgrundlage. Der essentielle Kern des politischen Handelns und seine Logik äußern sich somit in der politischen Assoziation, der existenziellen Eigenschaft einer Gemeinschaft. Darum gehört die Dominanz der staatspolitischen Ideologie, durch welche die Staatsautorität innerhalb des Staatsterritoriums begründet wird, zu den existentiellen Anliegen des Staates.“ (Ahmadov 2009: 145)

Eine andere Ideologie im eigenen Staat wird als Feind gesehen, da diese in Konkurrenz zu der Eigenen eine alternative Autorität zur Unterwerfung bereithält. Dadurch würden sich BürgerInnen die sich für diese andere Ideologie entscheiden, sich von der Staatsautorität abwenden, wodurch die Lage instabil werden würde. Der Staat muss sich davor schützen, denn diese Situation gefährdet seine Existenz. Somit setzt er alles daran die Ausbreitung dieses für ihn gefährlichen Gedankengutes zu unterbinden (vgl. ebd.).

Libérale Demokratien sind größtenteils vor einer gefährlichen Ausbreitung anderer Ideologien geschützt, da es in der Bevölkerung einen größtenteils weitreichenden Konsens über die existierenden Werte gibt und dadurch eine Revolution oder ein Bürgerkrieg kaum vorstellbar ist. Die Ideologie des Westens wird oft als Standard angesehen und kann die Beliebtheit dieser Staatsform unter anderem auch den Medien zuschreiben, die diese weltweit verbreiten. Sie versteht sich selber als global herrschende (Wirtschafts-)Macht. Durch dieses Beispiel kann man auch sehen, dass oft die Unterdrückung innerhalb einer Gemeinschaft den Verlust der Macht symbolisiert (vgl. Ahmadov 2009: 146).

„So führen verschiedene Wertevorstellungen zu einer unterschiedlichen Definition von Freund und Feind in verschiedenen politischen Gemeinschaften. Träger von unterschiedlichen Wertevorstellungen streben demnach eine unterschiedliche Politik an. Und wenn sich die Werte grundsätzlich unterscheiden, ist keine gleichartige Unterscheidung von Freund und Feind, folglich kein dauerhafter politischer Konsens zwischen den Gemeinschaften möglich.“ (Ahmadov 2009: 146)

Der Syrien-Konflikt ist so komplex, weil AkteurInnen mit unterschiedlichen Wertevorstellungen sich gegenüber stehen und einander bekämpfen. Da aufgrund ihrer Werteeinstellung sich die Lösungsansätze stark voneinander unterscheiden, wird die Situation noch schwieriger. Jeder hat eine eigene Vorstellung davon, was für Syrien und für die Welt am besten wäre.

Während sich politische AkteurInnen durch ihre Politik und durch ihre guten Beziehungen zu Medien präsentieren können, haben es terroristische Gruppierungen schwerer ihre Botschaft in die Welt zu tragen.

Extremistische Feinde einer Hegemonialmacht müssen sich durch Terror-Akte Gehör verschaffen, da es meistens der einzige Weg ist in die Medien zu kommen und dadurch Aufmerksamkeit zu erhalten (vgl. Ahmadov 2009: 147). Durch seine Taten schafft es der IS vom Westen wahrgenommen zu werden. Je grausamer er sich verhält und je mehr Angst er verbreitet, desto eher wird er vom Westen gehört und als Gefahr ernst genommen.

„Die hegemoniale politische Macht hat durch die weltweite Dominanz ihres Wertesystems auch die innerstaatliche Sicherheit am besten gesichert und wurde zum einzigen wahren Souverän in der globalisierten Welt, dessen Souveränität von keiner anderen Gemeinschaft eingeschränkt werden kann.“ (Ahmadov 2009: 150)

Diese hegemoniale Macht wird gerade von islamistischen Extremisten eingefordert, deren Feind die westliche Kultur ist und die nicht mit der eigenen Ideologie vereinbar ist. Den Kampf möchten sie auch dadurch gewinnen, indem sie die Kommunikation beherrschen. Darauf muss aber auch die herrschende Hegemonialmacht reagieren, um die Souveränität im eigenen Gebiet zu behalten (vgl. Ahmadov 2009: 150).

Man versteht unter politischer Identität ein Wertekonstrukt einer Gemeinschaft, das sich von anderen Gemeinschaften bzw. Ländern differenziert. Dieses Wertekonstrukt kann sich im Laufe der Geschichte verändern und kann ebenfalls aus Religion, der Nationalitätszugehörigkeit sowie der Ideologie bestehen, wie Islamismus und Liberalismus. Die Gesellschaft nimmt diese politische Identität auf, durch die sie sich von anderen abgrenzt. Je gegensätzlicher politische Identitäten sind, desto wahrscheinlicher entstehen Konflikte zwischen den betroffenen Ländern, die sich zu einem Krieg entwickeln können. Alleine die unterschiedlichen Religionen und Einstellungen in Syrien bildeten eine Grundlage, dass der Konflikt Fuß fassen konnte. Durch politische Identität entsteht entweder Feindschaft oder Freundschaft. Während Feindschaft im Krieg enden kann, ermöglicht Freundschaft, auch im Falle eines gemeinsamen Problems, Allianzen zu bilden. So kann ein gemeinsamer Feind, der das ähnliche Wertesystem bedroht, durchaus ein Grund sein. Allianzen bestehen allerdings meistens nur solange, bis die gemeinsame Herausforderung gelöst wurde. Davor oder danach kann Freundschaft bestehen bleiben oder aber auch Feindschaft werden, sie sind somit nicht zeitlos (vgl. Ahmadov 2009: 151). Der gemeinsame Kampf gegen den Terror brachte auch Russland und die USA dazu, sich in ihren Kampfhandlungen abzusprechen.

Westliche Staaten wie Europa, USA usw. unterscheiden sich in ihren Wertvorstellungen nur marginal voneinander und haben dadurch untereinander eine schwache politische Identität, da man sie zu einer politischen Einheit zusammenfassen kann. Sie würden deshalb sehr unwahrscheinlich gegeneinander vorgehen, unterscheiden sich aber in ihrer Freund und Feind-Zuschreibung anderen nicht-westlichen Ländern gegenüber, d.h. sie treten hier nicht immer geschlossen auf (vgl. ebd.: 153). „Ihr pauschales Ziel ist jedoch für alle gleich – die Bewahrung der Welthegeemonie des Liberalismus angesichts der Bedrohungen wie dem politischen Islam.“ (Ahmadov 2009: 153)

Der Blick, den die europäischen Medien auf islamische Länder haben, ist voll von ‚Ansammlungen von komplexen nationalen Medienkulturen‘. Eine stereotype Blickweise auf den Westen findet man aber auch in islamischen Ländern. Der Islam wird gewalttätig und fanatisch dargestellt. Man setzt ihn mit Fundamentalismus und Terrorismus gleich, während die friedliche Seite des Islams oft keinen Platz in den Medien findet. Islamische Länder kommen in der Berichterstattung oftmals nur dann vor, wenn sich Kriege und Konflikte in deren Ländern abspielen. Andere soziale und politische Themen aus diesen Gebieten werden sehr selektiert wiedergegeben. Noch seltener findet man positive Themen. Das Problem stellt nicht nur die stereotypisierte Berichterstattung dar, sondern die vielen Themen, die nicht vorkommen (vgl. Hafez 2000: 4ff.).

Im syrischen Bürgerkrieg geht es zwar nicht vordergründig um den Kampf um die globale Hegemonie, doch spielt diese ebenfalls eine wesentliche Rolle. Der Westen fühlt sich durch den IS bedroht und dieser kämpft wiederum darum, seine Ideologie in der Welt durchsetzen zu können. Russland und auch andere Mächte möchten sich in der Weltpolitik als wichtige, globale Player inszenieren.

Der Kampf um den Terror ist ein perfektes Beispiel, dass es sich hier um einen Konflikt über die Hegemonialmacht zwischen Gruppierungen aus muslimischen Ländern und dem Westen sowie Russland dreht. Diese Bewegungen stellen eine Bedrohung für die innere Sicherheit in westlichen, aber auch in säkularen muslimischen Ländern dar. Gleichzeitig fühlen sich diese muslimischen Gruppierungen vom Liberalismus der westlichen Gesellschaft gefährdet (vgl. Ahmadov 2009: 155). Aber auch die religiösen Konflikte untereinander, der hegemoniale Machtkampf zwischen großen Nationen wie der USA und Russland, sowie die geopolitischen Konflikte rund um Syrien fallen in die Beschreibung von Ahmadov und erklären, trotz der vielen unterschiedlichen Fronten, den Antrieb und die Ursache des Konflikts. Denn die „[...] politischen Akteure können sich nicht mehr erlauben, ihr Streben nach Dominanz im Kommunikationsbereich auf das jeweilige Nationalgebiet zu beschränken – sie müssen nun global dominieren, um sich selbst zu erhalten.“ (Ahmadov 2009: 149)

5.4. Der Stellvertreterkrieg

Wie man bereits an den einzelnen AkteurInnen erkennen konnte, ist der Krieg viel komplexer, als es auf den ersten Anblick erscheint. Oftmals schwingen ehemalige oder laufende Konflikte in die Entscheidungen mit ein, wen man wann unterstützt.

Während zum Beispiel Russland die syrische Armee militärisch unter die Arme greift,

gelangen durch arabische Staaten US-amerikanische Waffen in die Hände von Rebellen, mit denen sie Assad-Truppen bekämpfen und dadurch Vorstöße des Assad-Regimes verhindern. Ein Stellvertreter-Krieg, wie von China gewarnt, stellt eine reale Bedrohung dar (vgl. Schulte von Drach 2016: 5). Die Anspannung zwischen den USA und Russland dürfte an den Kalten Krieg erinnern. Saudi-Arabien und Iran sind ebenfalls nicht bereit gemeinsam an einer Lösung in Syrien zu arbeiten. Die Kurden spielen in den Entscheidungen der Türkei eine wichtige Rolle. Dies alles verkompliziert den Krieg um einiges und dämpft die Hoffnung auf eine baldige Lösung. Denn eine Lösung würde nicht nur Syrien betreffen, sondern auch alle Beteiligten beeinflussen.

„Will man eine Strategie für eine Lösung des Konfliktes und für die Bekämpfung des Islamischen Staates entwickeln, ist zweierlei von zentraler Bedeutung: *Erstens*, dass man sich vergegenwärtigt, worum es bei diesem Konflikt eigentlich geht, nämlich um einen Kampf um Ressourcen und Partizipation sowie um den Widerstand gegen eine brutale Diktatur. *Zweitens*, dass man begreift, wie und warum Identitäten sich im und durch den Konflikt verschieben und welche Auswirkungen westliches Handeln auf solche Prozesse hat.“ (Becker 2015: 484, Herv. i. O.)

Der Konflikt in Syrien ist verstrickt. Keiner der syrischen AkteurInnen in diesem Krieg kann diesen Konflikt in absehbarer Zeit gewinnen (vgl. Ehrhart 2014: 712). Die Involvierten versuchen meistens den komplexen Krieg zu vereinfachen. „Dem Westen sollte klar sein, dass die Verkürzung der Geschehnisse auf einen sunnitisch-schiitischen Konflikt der Zivilgesellschaft und allen politischen Kräften, die für den Erhalt Syriens kämpfen, das Wasser abgräbt.“ (Becker 2015: 493) Löffelholz ist hier auch der Meinung, dass man für die Lösung eines Konflikts in die Tiefe gehen muss.

„Auf Krisenprävention oder Konfliktlösung zielende Kommunikationsstrategien von außen intervenierender Staaten oder transnationaler Akteure müssen scheitern, solange sie der ethnischen, religiösen, ökonomischen und politischen Komplexität jener Regionen nicht hinreichend Rechnung tragen.“ (Löffelholz 2004: 18)

Will man den Syrien-Konflikt wirklich lösen, muss man sich auch mit der gesamten Bandbreite des Konflikts und allen involvierten AkteurInnen und deren Motivation zur Einmischung beschäftigen.

6. FORSCHUNGSSTAND

Kriegs- und Krisenkommunikation ist ein beliebtes Forschungsfeld und durch die ständigen Konflikte, die durch technische Erneuerungen in der Berichterstattung immer stärker unsere Aufmerksamkeit erlangen, wird dieser Forschungsbereich zunehmend interessanter. Mit jedem Krieg verändert sich die Kommunikation, es werden neue Strategien ausgenutzt und sie werden immer komplexer, indem sie in viele unterschiedliche Bereiche wie Wirtschaft, etc. eingreifen, wodurch globale Auswirkungen entstehen. Medien werden oft als vierte Gewalt in einer Demokratie gesehen. Wie wir im Rahmen der Theorie schon erörtert haben, ist die Berichterstattung von äußeren und inneren Einflüssen nicht geschützt. Dadurch ist es nötig sie zu reflektieren. Diesen Blick von außen kann die Forschung bieten, indem sie regelmäßig die Berichterstattung über neue Krisen beobachtet und ein Fazit daraus zieht. Meistens fangen die Forschungen erst zum Ende des Krieges an. Da aber jeder Krieg und jede Krise ein bisschen anders ist, kann man die Ergebnisse eines vorangegangenen Konflikts nicht zu hundert Prozent auf die Berichterstattung einer aktuellen Krise überstülpen. Deshalb ist es wichtig, dass man auch während des Verlaufs eines Krieges die Berichterstattung über einen gewissen Zeitraum beobachtet, um rechtzeitig auf ein mögliches Fehlverhalten hinzuweisen und im Notfall gegenzusteuern zu können.

In der Vergangenheit stellte sich immer mehr die Frage nach der Qualität in der Kriegs- und Krisenberichterstattung. In den bisherigen Forschungen hat man herausgefunden, dass es große Defizite hinsichtlich der Qualität gibt, indem voreingenommen berichtet und das negative Bild des ‚Gegners‘ gestärkt wird (vgl. Bilke 2010: 443). Dieses Muster lässt sich in nahezu allen Kriegen erkennen.

Eine interessante Forschungsarbeit stellt die Studie von Rechmann (2007: 121ff.) dar. Sie hat 2007 in die Unterschiede in der Berichterstattung von deutschen und amerikanischen Qualitätszeitungen zum Irak-Krieg beleuchtet. Es wurden vier Zeitpunkte ausgewählt, die ihres Erachtens wichtige Schlüsselpunkte im Konfliktverlauf darstellten. Rechmann ging davon aus, dass sich die amerikanischen Zeitungen deutlich weniger kritisch mit dem Krieg und der dazugehörigen Politik auseinandersetzten, als es in Deutschland der Fall war und sollte mit ihrer Forschungsarbeit Recht behalten. Grund dafür nennt sie die politische Kommunikationskultur der USA und den starken Zuspruch der amerikanischen Bevölkerung zu ihrem Präsidenten. Deutsche und amerikanische Zeitungen bezogen beide bevorzugt Informationen aus Quellen ihres eigenen Landes und vernachlässigen beide

dadurch unterschiedliche Positionen durch unterschiedliche Meinungen einzubeziehen. Stattdessen wird die geltende Meinung in der Gesellschaft bzw. der Politik übernommen. Die Polarisierung der politischen Positionen zwischen Amerika als Kriegsbefürworter und Deutschland als Kriegsgegner fanden sich auch in der Berichterstattung wieder, indem das jeweils andere Land auf einem falschen Weg befunden wurde.

Es gibt allerdings innerhalb der Kriegs- und Krisenkommunikation vergleichsweise noch wenige Studien die sich mit der Diskursqualität beschäftigen. Aufgrund der noch andauernden Kämpfe gibt es ebenso noch wenig Forschungsarbeiten über die Berichterstattung zum Syrien-Konflikt. Hier möchte ich ansetzen.

7. METHODE UND OPERATIONALISIERUNG

7.1. Methode

Krisen und Kriege betreffen im seltensten Fall nur das eigene Land. Entweder mischen sich, wie in diesem Fall, andere Nationen in den Konflikt ein, oder sie spüren die direkten Auswirkungen, wie zum Beispiel durch die europäische Flüchtlingskrise oder die Terroranschläge. Dadurch wächst die Unsicherheit im eigenen Land. Eine Krise wird in jeder Nation anders erfahren, was zum einen durch die geografische Nähe bestimmt wird, zum anderen auch durch den geschichtlichen und kulturellen Hintergrund, sowie durch das Selbstverständnis welches ein Land von sich besitzt. Ich habe mich deshalb in der vorliegenden Arbeit für eine komparative Forschungsmethode entschieden.

„Komparative Kommunikationsforschung liegt immer dann vor, wenn zwischen mindestens zwei Systemen oder Kulturen (oder deren Teilelementen) Vergleiche auf mindestens einen kommunikationswissenschaftlich relevanten Untersuchungsgegenstand gezogen werden. Vergleichende Kommunikationsforschung unterscheidet sich von nicht-vergleichender Kommunikationsforschung in drei Punkten: Es handelt sich um eine besondere Strategie zum Erkenntnisgewinn, die (a) grundsätzlich grenzüberschreitend vorgeht, sich (b) um eine system- und kulturübergreifende Reichweite ihrer Schlussfolgerungen bemüht, und die (c) Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen Untersuchungsobjekten mit den Kontextbedingungen der sie umgebenden Systeme bzw. Kulturen erklärt.“ (Esser 2016: 112)

In der vorliegenden Arbeit möchte ich Großbritannien und Österreich als die zu untersuchenden Kulturen heranziehen. Diese beiden Nationen eignen sich für die folgende Analyse überdurchschnittlich gut, da sie zwar beide eine westliche kulturelle Identität besitzen und zur Europäischen Union gehören, allerdings sich durch ihre geschichtlichen Hintergründe und ihrem Selbstverständnis sehr unterscheiden. Die Berichterstattung darf somit nicht losgelöst von deren Hintergrund betrachtet werden. Der komparative Ansatz ermöglicht mir die Ergebnisse mit dem kulturellen und geschichtlichen Kontext in Beziehung zu setzen und somit ein umfassenderes Bild zu zeichnen.

„Vergleichende Journalismusforschung strebt an, das Chaos internationaler Beobachtungen mittels Typologien zu ordnen, die Reichweite und Generalisierbarkeit von Erkenntnissen zu prüfen, Auswirkungen von Kontexteinflüssen auf Untersuchungseinheiten zu erklären, die Kontextabhängigkeit von Befunden herauszustreichen sowie zu einem besseren Verständnis unserer kommunikationswissenschaftlichen Konzepte und Gegenstände zu kommen.“ (Esser 2016: 112f.)

Erst durch eine komparative Forschung, kann man die Eigenheiten und Besonderheiten des Landes erkennen, da durch sie ein Vergleichswert besteht.

Die Zeitungen der Länder werden mithilfe einer Inhaltsanalyse ermittelt. Früh (2011: 74) plädiert seit über drei Jahrzehnten, für eine Inhaltanalyse, die stets quantitative und

qualitative Elemente integriert und somit die deduktive und induktive Forschung verbindet. Für ihn stellt die optimale Forschungsmethode eine quantitativ-qualitative Inhaltsanalyse dar, welche auf die methodischen Elemente beider Seiten zurückgreifen kann.

„In der empirischen Sozialforschung geht es immer um inhaltliche Fragestellungen, um ‚Probleme‘ im ganz allgemeinen Sinne, die in der erwähnten Terminologie als ‚qualitative‘ Sachverhalte gelten müssen. Methodisch stellt sich deshalb auch stets nur die Frage, auf welchem Weg man am angemessensten zu diesen ‚qualitativen‘ Erkenntnissen gelangt. Dabei können qualifizierende und quantifizierende Aspekte in verschiedenen Phasen des Forschungsprozesses mit unterschiedlichem Stellenwert einfließen, fast immer wird es aber eine Kombination beider Vorgehensweisen sein.“
(Früh 2011: 67)

So auch in dieser Arbeit. Um die Ergebnisse interpretieren zu können, müssen sie mit der Theorie und den kulturellen Hintergründen der Länder in Kontext gesetzt werden. Die Erfassung der Daten selbst erfolgt in quantitativer Form, welche dann in eine qualitative Interpretation der Ergebnisse verwandelt wird.

7.2. Hypothesen

Die vorliegende Forschungsarbeit wird sich in drei Teile gliedern. Ich möchte eine Erkenntnis gewinnen, wie sich die Qualitätszeitungen voneinander im jeweiligen Land unterscheiden. Dies ist auch für die zweite und für mich wichtigste Erkenntnisgewinnung wichtig, in der ich die unterschiedliche Berichterstattung der Länder erfahre. Wenn Zeitungen ähnlich berichten, kann man das Ergebnis auf die kulturelle Eigenheit des Landes zurückführen. Mein drittes Forschungsinteresse liegt darin, ob sich die Berichterstattung durch ein einschneidendes Ergebnis, wie die russische Intervention, verändert. Aus diesem Interesse ergeben sich folgende Hypothesen:

H1: Die britische und österreichische Berichterstattung über den Syrien-Konflikt unterscheidet sich innerhalb eines Landes hinsichtlich ihrer Themen, Tendenz und Qualität kaum voneinander.

Eine Kultur und Geschichte eines Landes erschafft die Gesellschaft und dessen Verständnis von der Weltordnung. Zwar gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Meinungen über ein Thema, aber es besteht ein übergeordnetes Verständnis darüber, welche Themen das Land und ihre Bevölkerung beschäftigen. Die Politik braucht die Öffentlichkeit für die Legitimation ihrer Handlungen und benötigt hierzu auch den Diskurs darüber. Aufgrund dessen brauchen wichtige Themen auch über alle Zeitungen hinweg eine gleichwertige Berichterstattung. Da es sich um Qualitätszeitungen handelt, wird auch eine ausgewogene Berichterstattung über relevante Themen im Zusammenhang mit dem

Syrien-Konflikt stattfinden. So wird versucht viele unterschiedliche Meinungen ausgewogen wiederzugeben, damit ein qualitätvoller Diskurs stattfinden kann.

H2: Die britische und österreichische Berichterstattung über den Syrien-Konflikt unterscheidet sich im Bezug auf Themen, Tendenz und Qualität stark voneinander.

Obwohl die untersuchten Länder beide der Europäischen Union angehören und sich ihre Kulturen nicht stark voneinander unterscheiden, prägt unter anderem die unterschiedliche geschichtliche Vergangenheit ihr Selbstverständnis. Während Großbritannien durch die Kolonialisierung einst eine hegemoniale Macht besaß, ist Österreich durch die zwei Weltkriege stark gebeutelt. Die daraus entstandenen politischen Grundlagen, wie zum Beispiel die österreichische Neutralität, beeinflussen das Auftreten der Staaten bei internationalen Ereignissen wie dem Syrien-Krieg und der Flüchtlingskrise stark. Diese geschichtlichen und kulturellen Eigenschaften verändern die kollektive Sichtweise auf bestimmte Themen, was die Berichterstattung und den Diskurs beeinflusst.

H3: Durch die russische Intervention verändert sich die Berichterstattung in beiden Ländern hinsichtlich ihrer Themen, Tendenz und Qualität stark.

Die russische Intervention verändert die Spielregeln im Konflikt und mischt die Karten neu. Dies zeigt sich auch in der Berichterstattung, indem sich die Themen verschieben, die Tendenz zu Russland und den anderen AkteurInnen ändert und die Qualität sowie der Diskurs eine Wendung nimmt. Wie in der Theorie bereits erläutert, wird besonders in Phasen eines Konflikts berichtet, in denen etwas Neues passiert. Somit steigt das Interesse am Krieg wieder an.

7.3. Untersuchungsgegenstand

In der vorliegenden Forschungsarbeit wurden die Länder *Großbritannien* und *Österreich* ausgewählt und innerhalb dieser die österreichischen Zeitungen *Die Presse* und *Der Standard*, sowie die britischen Zeitungen *The Daily Telegraph* und *The Independent*.

Obwohl beide Länder in der Europäischen Union sind und eine westliche Einstellung besitzen, lassen sich markante Unterschiede erkennen. Um nun die Ergebnisse der Studie interpretieren zu können, ist es wichtig, die für die Untersuchung herangezogenen Länder kurz zu beleuchten.

7.3.1. Untersuchungsgegenstand: Länder

Österreich

Am 26. Oktober 1955 entschloss sich Österreich nach dem zweiten Weltkrieg für die Neutralität des Landes, die selbst nach dem EU-Beitritt bestehen blieb und sich in der österreichischen Außenpolitik bis heute auswirkt. Aufgrund seiner Neutralität bietet sich Österreich immer wieder als Vermittler in der Außenpolitik an, oder stellt seinen neutralen Boden für Friedensgespräche zur Verfügung.

Wien wurde 2015 gleich zweimal Schauplatz von diplomatischen Gesprächen zum Syrien-Konflikt. Teilnehmer der ersten Runde waren Russland und die USA, die EU, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Türkei, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie der Iran (vgl. Schulte von Drach 2016: 5).

Der Syrien-Konflikt trifft Österreich durch die Flüchtlingskrise. 2015 setzt die deutsche Regierung das Dublin-Abkommen außer Kraft. Syrische Flüchtlinge hofften daraufhin Asyl in Deutschland zu bekommen und machten sich zu Tausenden auf den Weg, während sie Ungarn und Österreich dabei passierten. Aus Not, die Flüchtlingsströme nicht mehr bewältigen zu können, entscheiden Deutschland und Österreich ihre Grenzen für eine gewisse Zeit zu schließen. Neben finanzieller Unterstützung beschließt die EU eine Verteilung von Flüchtlingen auf die europäischen Länder. Diese Quote wird vor allem von den osteuropäischen Staaten abgelehnt (vgl. ebd.: 4).

Russland hat mit Österreich bessere Beziehungen als zu anderen EU-Mitgliedsstaaten. Das Land ist allerdings für Putin wenig bedeutend, da es kaum Einfluss hat. Somit erhält Österreich erst dann die russische Aufmerksamkeit, wenn Russland Probleme mit der EU hat. Der österreichische Staat hat allerdings aus russischer Sicht einen guten Eindruck in der Vergangenheit gemacht, so war das Land beim Krieg zwischen Georgien und Russland sowie beim Konflikt mit Polen über den Fleisch-Import weniger kritisch als die anderen EU-Staaten. Deshalb wirkt Österreich als ein Land auf das man sich bei Streitigkeiten mit der EU verlassen kann (vgl. Müller-Schinwald 2012: 779f.). Die Regierungspartei *SPÖ* schreibt, dass vor allem die Ukraine-Krise Russlands Beziehungen zur EU belastet haben. Hier versuchte Österreich stets die gute Beziehung aufrechtzuerhalten und sah sich ‚in der Rolle des Brückenbauers‘. Dabei bemühten sich die Regierungsparteien beim Besuch von Putin in Wien um die Vermittlerrolle. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland spielen auch eine wichtige Rolle (vgl. *SPÖ* aktuell 2014: o.S.).

„Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Russland haben sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt, aus Österreich werden dabei vor allem Konsum-, Investitions- und andere höherwertige Güter nach Russland exportiert, Russland ist auf der anderen Seite der größte Lieferant von Erdgas und wichtiges Herkunftsland vieler anderer Rohstoffe. Der Gasexport wird von Russland nach wie vor als politisches Instrument eingesetzt, die sehr unterschiedlichen Gaspreise für weniger oder stärker befreundete Staaten in der GUS zeigen das sehr deutlich.“ (Müller-Schinwald 2012: 781)

Jewgini M. Primakow, ein von der österreichischen Politik geschätzter ehemaliger Ministerpräsident der Russischen Föderation, bezeichnete die russische Beziehung zu Österreich in einem Vortrag als ‚hervorragend und stabil‘. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind unter anderem deshalb so bedeutend, weil sich Österreich auf der Liste der wichtigsten Investoren in Russland auf dem zwölften Rang befindet. Auch der ehemalige Bundeskanzler Schüssel sieht für Europa in Russland einen bedeutenden Partner für zukünftige Entwicklungen (vgl. Parlamentskorrespondenz 2011: o.S.).

Auch dass Österreich als Land neutral ist und dadurch kein NATO-Mitglied werden kann, wird aus russischer Sicht gern gesehen (vgl. Müller-Schinwald 2012: 780).

Auf der österreichischen Außenministeriumsseite wird die Beziehung zu Syrien als traditionell freundschaftlich gesehen. Diplomaten befanden sich schon 1840 in Syrien und politische Besuche fanden regelmäßig statt (vgl. Außenministerium o.J.: o.S.). Die Beziehungen waren also relativ gut. Es gibt allerdings keine neuen Informationen über die österreichisch-syrische Beziehung nach Kriegsbeginn auf der Außenministeriums-Website.

Großbritannien

Großbritannien, die ehemals größte Großmacht der Welt, sieht im Syrienkrieg die Chance sich als Großmacht zu präsentieren. Einst waren sie das größte Kolonialreich der Welt und ihr Einfluss damit erheblich. Nachdem eine Abstimmung über die britische Intervention 2013 abgelehnt wurde, versuchten sie es 2015 erneut mit Nachdruck. Gerade die Konservativen wünschten sich eine britische Einmischung, da sie es als ihre Pflicht sahen. Sie wollten wie Russland ihre Macht demonstrieren. Labour hingegen waren dagegen.

Deutschland hat Großbritannien schon längst den Rang einer Großmacht in Europa abgelassen. Margaret Thatcher hat sogar nach der Wiedervereinigung bemerkt, dass Deutschland sich wünschen würde, dass Europa sich in ihr verankert. Mittlerweile kann man sagen, dass Deutschland zu einer Hegemonialmacht innerhalb Europa gewachsen ist, welche anderen Staaten Orientierung bietet, seine Macht allerdings nicht mit militärischer Stärke präsentiert (vgl. Soboczynski/Ulrich 2014: o.S.) Deutschland hat seinen Sinn zur

Führung in der Flüchtlingskrise bewiesen, indem Merkel die Dublin-Regel ausgesetzt und ganz Europa damit in Bedrängnis gebracht hat, sowie in den Gesprächen mit der Türkei über mögliche Visa-Erleichterungen. Wie Thatcher es damals schon spitz bemerkt hatte, hat Großbritannien auch jetzt noch damit zu kämpfen, dass ihr Einfluss in Europa seit dem British Empire immer kleiner geworden ist. Da Deutschland sich militärisch eher zurückhält, kann sich England durch seine militärische Allianz mit den USA beweisen.

„Die kulturelle und politische Unterlegenheit im globalen Kommunikationssystem lässt nun jeden anderen Akteur danach streben, seine gefährdete Souveränität zu stärken, um letztendlich die Stelle der Hegemonialmacht einzunehmen. Denn seine innere Souveränität kann er erst dann wirkungsvoll behaupten.“ (Ahmadov 2009: 142)

Die gemeinsamen Interventionen im Irak und Libyen wurden über Jahre von ExpertInnen kritisiert. Die Chilcot-Kommission hat die beiden Interventionen untersucht (vgl. Wiedemann 2016: o.S.). Sein Urteil: „Die westliche Interventionspolitik hat das blutige Chaos in zwei Regionen nicht nur begünstigt, sondern entscheidend mit herbeigeführt.“ (Wiedemann 2016: o.S.). Großbritannien drängt auf eine britische Intervention. Damit kann Cameron beweisen, dass die militärische Stärke unter den Kürzungen im Verteidigungsbereich nicht darunter gelitten hat. Der Irakkrieg unter Tony Blair und der Libyen-Konflikt sitzen allerdings noch tief im Gedächtnis und lassen eine Debatte über die Intervention entstehen (vgl. dpa/Focus 2013: o.S.).

Die USA und England verbindet eine ‚Special Relationship‘ wie es Churchill nannte. Durch die Nato-Mitgliedschaft wurden auch die militärischen Beziehungen eng verknüpft. Der allmähliche Verlust von England des Großmachtstatus machte eine gute Beziehung zu den USA nötig. Nach dem Terroranschlag 9/11 in Amerika bot Blair US-Präsident Bush Hilfe im Kampf gegen den Terror an (vgl. Smouth 2017: o.S.).

Historische Beziehungen und Konflikte fließen auch heutzutage noch in die Sicherheitspolitik der europäischen Staaten ein. Dadurch betrachten die unterschiedlichen Länder die Lage aus unterschiedlichen Blickwinkeln (vgl. Gressler 2010: 133). Im 19. Jahrhundert lieferten sich Russland und Großbritannien einen Kampf um Zentralasien. Das britische Reich hatte gerade die dreizehn Staaten in den USA verloren und suchte sich einen wirtschaftlichen Ausgleich und Russland benötigte Zugang zum Meer. Dieser Konflikt zwischen ihnen ging als das *Great Game* in die Geschichte ein, welcher mehr als ein Jahrhundert andauern und schlussendlich von den Briten gewonnen werden sollte (Kremp 2000: o.S.). Jetzt, 100 Jahre danach, treffen sich die einstigen Rivalen wieder im Kampf im Nahen Osten.

Der ehemals vom Osmanischen Reich besetzte arabische Raum wurde 1920 in der Konferenz von San Remo unter Frankreich und Großbritannien aufgeteilt, wobei Syrien an Frankreich fiel. Die Mandatsverwaltung wurde erst wieder durch politischen Druck von Großbritannien mit Unterstützung der USA und UN aufgelöst und Syrien konnte zu einer unabhängigen Republik werden (Lange 2013: o.S.). Diese Aufteilung geschah, indem das britische Reich und Frankreich eine Linie durch den Nahen und Mittleren Osten zogen. Die Kolonialmächte haben durch das Sykes-Picot-Abkommen, also dieser Aufteilung, die vorherrschende Ordnung zerstört und in ein, unter dem osmanischen Reich friedliches Gebiet, Unruhen gebracht, dessen Folgen man bis heute noch spürt. Es lebten nun durch diese willkürliche Grenzziehung und Zusammenlegung von Provinzen verschiedene ethnische und religiöse Bevölkerungsgruppen in einem Land. Das Ziel Englands war es durch diese Länderaufteilung Indien durch einen französischen Puffer vor Russland zu schützen. Jahre danach waren Diktaturen die einzige Möglichkeit eine Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese bröckelten, sobald das System zusammenbrach (vgl. Hermann 2016: o.S.). Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland sind schwierig und alleine schon durch ihre Geschichte belastet. Weitere Gründe dafür sind die abweichenden Ansichten zur Syrienkrise, die Sanktionen Russland gegenüber, die Kämpfe in der Ukraine und die Annexion der Krim. Ein besonderes Ereignis stellte auch die Vergiftung des Spions Alexander Litvinenko dar. Russische Agenten sollen von Putin den Auftrag dazu bekommen haben (vgl. BBC 2016: o.S.). Russland demonstrierte in der Vergangenheit immer wieder dem Westen, dass er militärisch jederzeit bereit wäre zu handeln. Durch die Ukraine-Krise signalisierte er auch, dass er eine geopolitische Näherung der EU und Nato nicht dulden würde. In einem Briefing des Parlaments spricht man davon, dass Großbritannien von allen EU-Staaten die schwierigste Beziehung zu Russland unterhält. Gerade was die Sanktionen für Russland hinsichtlich der Ukraine-Krise betrifft, war Großbritannien besonders hart. Eine weitere krisenhafte Zuspitzung der Beziehung würde Großbritanniens Verteidigungspolitik beeinflussen (vgl. Parliament.uk 2015: o.S.).

Im Gegensatz zu Österreich hat England auf der Regierungsseite mit einem Statement zu Syrien reagiert. Darin erklären sie, dass sie an einer politischen Lösung arbeiten, um eine Demokratie in Syrien zu implementieren und Stabilität zu erreichen. Sie erwähnen sogar explizit, dass sie die Gewalt von Assad ablehnen und für eine demokratische Lösung das Verhandlungskomitee der moderaten Opposition unterstützen. Zu einer Lösung gehört für sie auch, dass sie Untersuchungen hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen fordern und die momentane Flüchtlingskrise finanziell unterstützen (vgl. Gov.uk o.J.: o.S.).

7.3.2. Untersuchungsgegenstand Zeitungen

Angelehnt an das Zitat von Arthur Schopenhauer „Die Zeitungen sind die Sekundenzeiger der Geschichte.“ geht Rechmann (2007: 2) davon aus, dass Zeitungen im Gegensatz zum Nachrichtensektor in audiovisuellen Medien sich genauer mit Sachverhalten befassen, da diese mehr Zeit und Arbeit in die Hintergrundberichterstattung und in Kommentare stecken können, ohne auf andere Sendeformate zurückgreifen zu müssen. Gerade Qualitätszeitungen stellen ein interessantes Forschungsfeld dar. Vervollständigt man Schopenhauers Zitat: „Derselben ist meistens nicht nur von anderem Metalle als die beiden anderen, sondern geht auch selten richtig.“ kann man auch auf das Problem der Kontextobjektivität des Journalismus hinweisen, welches die Geschichte in eine eigene Wirklichkeit der lokalen Gesellschaft rückt. Auch Wilke (1998: 150f.) ist der Meinung, dass Printmedien ein geeignetes Medium für einen qualitätvollen Diskurs in einer Demokratie darstellen. Die Inhalte werden räumlich nebeneinander und zeitunabhängig präsentiert und stehen durch ihre Materialität als Speichermedien zur Verfügung. Der/die LeserIn entscheidet eigenverantwortlich, was sie wann und wie schnell rezipiert.

Qualitätszeitungen gehören nicht deshalb zu den Leitmedien, weil sie die höchste Auflagenzahl haben – dann würden Boulevardmedien eher diesen Platz einnehmen – nein, sie werden deshalb so bezeichnet, weil politische und gesellschaftlichen MeinungsführerInnen diese konsumieren. Sie stechen zusätzlich auch als Leitmedien anderer Medien hervor, geben den Ton in den gesellschaftlichen Debatten an und werden von anderen zitiert. Somit können sie die öffentliche Meinung leiten (vgl. Wilke 1998: 161f.). Durch ihre Funktion als Leitmedien bzw. Referenzmedien werden sie als glaubwürdig und kompetent eingeschätzt und sind deshalb ideale Akteure in der Öffentlichkeit (vgl. Jarren/Donges 2011: 91).

Um die Validität und Reliabilität gewährleisten zu können, wurden die Zeitungen so ausgewählt, dass in Österreich und Großbritannien jeweils vergleichbare Zeitungen untersucht wurden. Wichtig bei der Auswahl der Zeitungen war mir, dass sie die politische Einstellung sowohl rechts, wie auch links der Mitte abdecken können. So verfolgen *Die Presse* und *The Daily Telegraph* eine eher konservative rechtsliberale Linie, während *Der Standard* und *The Independent* eher linksliberal berichten. Ein weiterer Grund, der mich zur Auswahl dieser Zeitungen geführt hat, war, dass sie alle über die gleiche Datenbank zugänglich waren, um sicherzugehen, dass dieselben Informationen angezeigt werden und eine unterschiedliche Darstellung der Berichte vermieden wird.

Die Presse

Der erste Grundstein zur *Presse* wurde 1848 gelegt. *Die Presse* stellt den Anspruch an sich, vor allem eine bürgerlich-liberale Meinung auf einem gehobenen Niveau darzustellen. Im Verweis auf die grundlegende Richtung erklärt *Die Presse* auch, dass die Tageszeitung es als ihre Pflicht ansieht, objektive Berichterstattung zu leisten, aber auch Kritik zu üben und Stellung zu beziehen, während sie es als ihre Aufgabe sehen, Demokratie, Grundfreiheiten und Menschenrechte zu verteidigen (vgl. Die Presse 2016: o.S.). Der ehemalige Chef-Redakteur der *Presse*, Michael Fleischhacker, legte besonderen Wert auf das Feuilleton, welches als ‚intellektuelles Diskussionsforum‘ fungiert. Fleischhacker betrachtet Online und Print als Komplementärmedien, durch die sich Print immer mehr zum Erklärmedium entwickelt, während man sich durch das Online-Produkt schnell Informationen beschafft (vgl. Die Presse o.J.: 1-5). Diese Entwicklung findet sich auch in der Blattlinie des Mediums wieder.

Der Standard

Der Standard sieht sich in seiner Blattlinie als liberales Medium, vertritt Demokratie, Gleichberechtigung und Toleranz, verweist auf seine Gründlichkeit in der Berichterstattung und auf seine fundierte Kommentierung (vgl. Der Standard 2014: o.S.). „Er trennt zwischen Bericht und Kommentar, gewichtet die Ereignisse und lässt seinen Lesern den nötigen Spielraum für die eigene Meinung. So fördert er, was zugleich sein Ziel ist: eine mündige Leserschaft.“ (ebd.: o.S.) Im Gegensatz zur *Presse* ist der 1988 gegründete *Standard* um einiges jünger. 1995 wagt er *Standard* als erste deutschsprachige Tageszeitung den Sprung und geht online. Der Online-Bereich ist eines der Kernkompetenzen vom *Standard* und wird laufend weiterentwickelt. 2013 entschließt man sich eine neue Organisationform zu installieren und die bisher getrennten, aber spiegelgleichen Organisationsbereiche Online und Print in redaktioneller Hinsicht, sowie in Anzeigen und Marketing zu vereinen um inhaltlich die Kräfte zu bündeln (vgl. Der Standard 2015: 1-21).

The Daily Telegraph

The Daily Telegraph wurde zum ersten Mal 1855 publiziert. Die Zeitung unterstützt die Conservative Party und ist somit konservativ, also rechts der Mitte, ausgerichtet (vgl. BBC News 2004: o.S.). Laut einer Studie ist auch seine LeserInnenschaft eher konservativ eingestellt (vgl. Ipsos MORI 2010: o.S.). *The Daily Telegraph* bietet wenig Informationen über die Werte des eigenen Unternehmens und führt nur die journalistischen Werte zur Einhaltung der Qualität in seinem Leitbild an: Genauigkeit, Fairness und furchtlose

Berichterstattung. Auch ist ihnen ihre Unabhängigkeit und ihr Innovationswille sowie ihre Integrität wichtig (vgl. The Telegraph 2015: o.S.).

The Independent

Der *Independent* wurde 1986 mit dem Ziel gegründet, der LeserInnenschaft eine objektive Zeitung, ohne eine starke politische Einstellung anzubieten. Lob bekam sie vor allem für die Offenlegung der Quellen und ihre Ehrlichkeit preiszugeben, wenn sie Berichte von anderen Nachrichten übernommen haben (vgl. Britannica 2016: o.S.). Der *Independent* sieht sich als unabhängige Zeitung mit hohem journalistischen Standard und Integrität an (The Independent 2017: o.S.). Vor der Wahl im Jahre 2010 sprach sich der *Independent* für die Liberal Democrats aus (vgl. The Independent 2010: o.S.). Ihre Leserschaft wählt größtenteils die Liberal Democrats sowie die Labour (vgl. Ipsos MORI 2010: o.S.).

Vergleichbarkeit der Untersuchungsgegenstände

Die Vergleichbarkeit stellt in der komparativen Forschung eine Schwierigkeit dar, da auch der kulturelle und politische Kontext die Untersuchungseinheit auf eine gewisse Weise prägt (vgl. Esser 2016: 115). Dieses Problem war mir bewusst, deshalb galt bei der Auswahl der Zeitungen ein besonderer Fokus auf deren Vergleichbarkeit, indem ich ihre politische Ausrichtung und ihre Bedeutung in der Medienlandschaft verglichen habe.

Der *Standard* verfügte 2015 eine Reichweite von 5,4% und die *Presse* von 4% (vgl. VÖZ o.J.: o.S.). Sie sind somit die auflagenstärksten Qualitätszeitungen in Österreich. Während die *Presse* konservativ/rechts liberal ausgerichtet ist, ist die politische Richtung des *Standards* links-liberal. Das Pendant zur *Presse* stellt in Großbritannien die konservative Zeitung *The Daily Telegraph* dar, während sich *The Independent* als links-liberale Zeitung mit dem *Standard* vergleichen lässt. Der *Independent* hat einen Marktanteil von 0,5%, während *The Daily Telegraph* 2,2% für sich verzeichnen kann (vgl. NRS 2015: 1). Für den *Independent* habe ich mich trotz des geringeren Marktanteils entschieden, da er als traditionelle Zeitung mehr geeignet war als andere, die verfügbar waren. Die Marktführer der linksliberalen Zeitungen, wie *The Guardian* waren nicht zugänglich. Alle Zeitungen konnten in der Lexis-Nexis-Datenbank abgerufen werden und waren somit vergleichbar.

Während sich bei den österreichischen Zeitungen das Leitbild auf der Titelseite befindet, ist das beim *Independent* und *Daily Telegraph* nicht üblich. Auffallend ist auch, dass die österreichischen Zeitungen ihre politische Ausrichtung in ihrem Leitbild wiedergeben.

In demokratischen Gesellschaften besitzen JournalistInnen ein Selbstverständnis über ihre Arbeit. Dieses ist in England im *Editor's Code of Practice* von der *Independent Press Standards Organisation* und in Österreich im *Ehrenkodex für die österreichische Presse* vom *Österreichischen Presserat* geregelt. Genauigkeit in Recherche und der Wiedergabe von Informationen ist in beiden Schriften ein wichtiger Bestandteil der Pressearbeit, wie auch die Unterscheidung von Kommentaren, Fakten und Vermutungen. In Österreich wird speziell noch auf die Pressefreiheit hingewiesen, während in Großbritannien diese nicht explizit erwähnt, sondern nur die Meinungsfreiheit genannt wurde (vgl. IPSO 2017: o.S.; Österreichischer Presserat 2013: 1f.). Diese Richtlinie impliziert ebenso Objektivität und Raum für unterschiedliche Perspektiven (vgl. Rechmann 2007: 45).

7.4. Operationalisierung

Erhebungszeitraum und Stichprobe

Grundlage der Untersuchung bildeten die Artikel der jeweiligen Qualitätszeitung. Alle Artikel der vier genannten Tageszeitungen waren über die Datenbank *Lexis-Nexis* zugänglich. Ich habe mich in der vorliegenden Untersuchung für eine Vollerhebung zum Zeitpunkt der russischen Intervention entschieden, da diese ein Wendepunkt im Syrien-Konflikt darstellt. Das erste militärische Eingreifen von Russland in Syrien fand am 30.09.2015 statt, welches das erste Mal am 01.10.2015 seinen Weg in die Berichterstattung fand. Der Untersuchungszeitraum betrifft acht Wochen. Hier habe ich vier Wochen vor und vier Wochen nach der russischen Intervention die Berichterstattung beleuchtet. Somit wurden die Artikel im Zeitraum vom 03.09.2015 – 28.10.2015 analysiert.

In den Datenbanken wurde je nach Sprache nach den Schlagwörtern *Syrien* oder *syria* gesucht. Aussortiert wurden alle Artikel, die nichts mit dem Syrien-Konflikt zu tun hatten, also zum Beispiel nur an der Grenze zu Syrien stattfanden und nicht mit dem Konflikt in Verbindung standen, Ankündigungen, wie zum Beispiel die Switch List, Watch List, Digital Choice, Birthdays etc. Magazin-Beilagen wurden ebenfalls nicht in die Untersuchung aufgenommen. Weiters wurden Online-Artikel, Duplikate und Sonntagsausgaben aussortiert. Bei manchen Zeitungen wurden auch ältere Versionen eines Artikels hochgeladen, die sich allerdings nicht inhaltlicher Natur, sondern nur aufgrund von Formatierung, Fehlern oder Satzstellung unterschieden. Hier verwendete ich jeweils die aktuellste Version. Der *Daily Telegraph* bietet eine schottische Ausgabe seiner Zeitung an. Aufgrund der besseren Vergleichbarkeit habe ich mich für die nationale Version

entschieden. Artikel unter dreißig Wörtern wurden von der Untersuchung ausgenommen. Mit diesem Ausschlussverfahren hatte ich schlussendlich 1038 Artikel für die Erhebung (*Der Standard*: 268; *Die Presse*: 285; *The Daily Telegraph*: 241; *The Independent*: 244).

Die Daten wurden in die Statistik-Software SPSS eingetragen und mithilfe dessen wurden Häufigkeiten, Kreuztabellen, Korrelationen und Mittelwerte ausgewertet. Eine vorgefertigte SPSS-Datei zum Codebuch konnte ich von Grimm (2015) übernehmen und für meine Arbeit adaptieren. Anschließend wurden die Ergebnisse in Excel in Tabellen gegeben, die sich an der Vorlage von Jürgen Grimm orientierten. Bis auf die Mittelwerte wurden alle Ergebnisse in Zustimmungsprozenten angegeben. In den meisten Fällen wurde die Signifikanz mithilfe des *Chi²-Tests* ermittelt. Hatte ein Fall einen Wert unter fünf, wurde der *Exakte Test nach Fisher* angewandt. Bei Mittelwertbestimmungen wurde ein *T-Test* verwendet. Statistisch signifikant ist das Ergebnis unter fünf Prozent. Die Tests wurden teilweise mit SPSS ermittelt, oder wenn nötig mit Hilfe eines Online-Rechners berechnet. Dieser Rechner wurde allerdings vor der Berechnung mit den Ergebnissen aus SPSS abgeglichen, um im Vorhinein sicher zu gehen, dass die Daten korrekt sind.

In der Tabellengestaltung wurden schlussendlich beim Zeitungsvergleich mit ein paar Ausnahmen nur signifikante Unterschiede dargestellt, da die anderen sich aufgrund ihrer fehlenden Signifikanz wenig voneinander unterscheiden und interessante nicht-signifikante Ergebnisse, schlussendlich im Ländervergleich ersichtlich sind. Hinsichtlich der russischen Intervention bin ich nur auf die für die Untersuchung sinnvollen Kategorien eingegangen.

7.5. Kategoriensystem

Das in dieser Untersuchung als Grundlage verwendete Kategoriensystem stammt von Jürgen Grimm (2015), der es in seinem Forschungsseminar im Jahr 2015 gemeinsam mit seinen StudentInnen für die Ukraine-Krise und den Syrien-Konflikt erstellt hat. Mit seiner Erlaubnis durfte ich dieses dankenswerterweise verwenden und für meine Studie adaptieren. Die Erklärungen für die einzelnen Kategorien wurden ebenfalls von ihm übernommen. Ich werde auf die einzelnen Kategorien hier kurz eingehen, die gesamten Variablen sind im Codebuch im Anhang zu finden. Wurden einzelne Variablen verändert, wird dies in den einzelnen Kategorien angemerkt.

Kategorien auf Artikelebene

Die Grundlage für diesen Abschnitt des Kategoriensystems bilden die erhobenen Artikel.

Formale Kriterien

Hier wird die untersuchte *Zeitung* und das *Datum*, sowie der *Titel*, die *Berichtsform* und der *Umfang* des Artikels erfasst.

Themen

Die Themen werden auf zwei unterschiedliche Weisen ermittelt. Zuerst wird analysiert, welche *politischen Handlungsfelder* im Artikel vorkommen. Beispiele sind hier Außenpolitik, Innere Sicherheit oder Finanzpolitik. Das ursprüngliche Kategoriensystem wurde um das Politikfeld Integration erweitert. Weiters werden die *Kommunikationsthemen* erfasst. Das sind alle Themen die im Artikel kommuniziert werden, also was der Inhalt des Artikels ist und reichen von Themen die direkt mit dem Konflikt im Zusammenhang stehen, wie Kampfhandlungen oder syrischer Präsident bis hin zu Themen, welche die Auswirkungen des Konflikts thematisieren. Beispiel hierfür ist die Flüchtlingskrise. Es werden nicht mehr als dreißig Kommunikationsthemen erfasst. Nicht ukraine-relevante Themen wie Korruption etc. wurden übernommen, ansonsten wurden die Kommunikationsthemen zur Syrien-Krise in Anlehnung an Grimms Vorlage adaptiert.

AkteurInnen

Hier werden alle im Artikel erwähnten politischen und nicht-politischen AkteurInnen erfasst. Das können Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen sein. Diese werden nach ihrer regionalen Herkunft unterschieden. Auch der/die JournalistIn selbst kann codiert werden, wenn dieser/diese durch eine Meinung, welche nicht einem/einer anderen AkteurIn zugeordnet werden kann, aus dem Artikel hervortritt oder aber durch Selbstthematisierung selbst in Erscheinung tritt. Auch hier wurde das ursprüngliche Kategoriensystem für die Syrienkrise in Anlehnung an Grimms Vorlage angepasst.

Nachrichtenfaktoren

Im Theorieteil wurden Nachrichtenfaktoren schon genauer erläutert. Wie dort auch erklärt wurde, treten Nachrichtenfaktoren in Untersuchungen unterschiedlich in Erscheinung. In der vorliegenden Arbeit werden die Zeitungen nach den Nachrichtenfaktoren *Etablierung*, *Dauer*, *Betroffenheit*, *politische Elite-Personen* sowie *nicht-politische Elite-Personen*, *Nähe*, *Überraschung*, *Struktur* bzw. *Komplexität*, *gewaltsame* sowie *nicht-gewaltsame*

Konflikte, Schaden, Status der Ereignisnation, Erfolg, Personalisierung, Ethnozentrismus und Misserfolg untersucht. Diese sind ideal für den Ländervergleich und den Konflikt und wurden unverändert übernommen.

Tendenz

Durch diese Variablen wird erfasst, ob eine Berichterstattung eine bestimmte positive oder negative Tendenz in Bezug auf einen Sachverhalt aufweist. Dabei wird auch unterschieden, ob eine Tendenz besteht, wie stark positiv oder negativ diese in Erscheinung tritt oder ob sie ambivalent ist. Die Tendenz bezieht sich jeweils auf *Österreich bzw. die österreichische Regierung, Großbritannien bzw. die britische Regierung, syrische Regierung, die syrische Opposition bzw. Regimegegner, die syrische Demokratiebewegung, die Regierung arabischer Staaten im Gesamten, Russland bzw. die russische Regierung, den IS bzw. den Terrorismus, den Islam, die Flüchtlinge, die EU und die USA*. Im Forschungsseminar wurde die Tendenz für den Syrien-Konflikt ebenfalls erfasst und somit durch die Tendenz des Ukraine-Konflikts in dieser Arbeit damit ersetzt.

Journalistischer Präsentationsstil

Durch den journalistischen Präsentationsstil möchte ich erfahren, wie der/die JournalistIn den Bericht präsentiert. Dazu werden die Komplexität, der Informationsgehalt und die Verständlichkeit analysiert. Die *Komplexität* wird durch die Verknüpfung und Differenzierung, sowie der Anzahl von Gegebenheiten ermittelt, der *Informationsgehalt* bezieht sich auf die Menge von Einzelinformationen, die Überraschung, wie auch deren Redundanz. Die *Verständlichkeit* konzentriert sich auf die Lesbarkeit, Klarheit und Plausibilität der Schlussfolgerungen.

Emotionaler Gehalt

Der emotionale Gehalt wird inhaltlich oder formal erfasst. Inhaltlich werden emotionale AkteurInnen, welche in der Berichterstattung vorkommen, ermittelt sowie die emotionale Schilderung der Situation. Formal bedeutet, dass Sachverhalte durch eine Situations- oder Emotionsbeschreibung versehen werden, Spekulationen über Zukünftiges passieren oder der/die JournalistIn sich selbst thematisiert. Analysiert wird die emotionale *Darstellung von Gefahr, Kampf, Naturkatastrophe, Opfer, Erfolg, emotionalisierte Menschen, Kinder, Dramatisierung, Selbstthematization, Antizipation bzw. Suspense*.

Qualität der Konfliktperspektive

Bei der Erhebung der Qualität der Konfliktperspektive lehnt sich Grimm an Lederach (2014) an. Die Konfliktperspektive erfolgt in eine Aufteilung einer Konfliktperspektive des Kampfes und einer problemorientierten Perspektive, die eine Konfliktransformation ermöglicht. In der Kampfperspektive fokussiert sich die Berichterstattung auf den *Konfliktverlauf*, *ergreift Partei* und übt eine ‚*Horse-Racing*‘-Berichterstattung aus. Bei der Konfliktransformation hingegen wird die *Ursache des Konfliktes* beachtet, die *Perspektive zwischen den involvierten AkteurInnen* begutachtet und über *komplexe Handlungsoptionen zur Lösung* eines Konfliktes berichtet. Es wird nicht nur erfasst, ob diese stattfinden, sondern auch wie stark diese auftauchen.

Kategorien auf Positionsebene

Für diesen Abschnitt des Kategoriensystems werden die politischen Meinungspositionen als Grundlage herangezogen. Meinungspositionen sind die von den AkteurInnen oder JournalistInnen getätigten Aussagen, die den Sachverhalt werten oder ihn beschreiben.

Formale und beschreibende Variablen

Erfasst werden wiederum die formalen Kriterien wie die *Anzahl*, *Nummer* und der *Inhalt der Position*. Weiters wird ermittelt innerhalb welchem *politischen Handlungsfeld* und in welchem *Kommunikationsthema* die Meinung getätigt wurde, wer der/die *KommunikatorIn* und wer der/die *AdressatIn der Position* ist und *auf welcher politischen Ebene* sie getätigt wurde. Die Variablen sind die gleichen, wie in den Kategorien zuvor. Lediglich die Kategorien *KommunikatorIn* und *AdressatIn einer Position* wurden zur besseren Übersichtlichkeit bei der Auswertung in länderübergreifende Variablen umcodiert.

Journalistische Diskursqualität

Meinungspositionen können eine Situationsbeschreibung enthalten, die sich möglicherweise auch durch eine Kausalattribution und/oder einer Bewertung zusammensetzt, und das Problem definieren, Handlungsvorschläge und dadurch Lösungen anbieten. Oftmals bestehen Meinungspositionen allerdings nur aus dem nötigsten, also einer Situationsbeschreibung mit einer Bewertung.

Um eine journalistische Diskursqualität bestimmen zu können, wird in der vorliegenden Untersuchung das *Begründungsniveau*, die *Lösungsorientierung* und das *Respektmaß* in

deren Stärke ermittelt. Weiters wird erfasst, ob eine Zweifelsbekundung an der *Verständlichkeit*, *Wahrheit*, *Wahrhaftigkeit* und/oder an der *Richtigkeit* getätigt wurde.

Anschluss an politische Diskurse

In dieser Kategorie wird erfasst, welche langfristigen Diskurse durch die Meinungsposition entstehen bzw. gestützt werden können. Analysiert werden *historische Konfliktdiskurse*, also Diskurse, die schon länger bestehen oder in der Vergangenheit liegen, Diskursthemen, die sich um *längerfristige politische Diskurse* kümmern, und *aktuelle Diskurse*. Auch hier wurden die einzelnen Variablen an den Syrien-Konflikt adaptiert und nur einzelne, nicht Ukraine-spezifische übernommen.

Meta-Frames

Zum Schluss wird die Meinungsposition noch hinsichtlich eines Meta-Frames untersucht. Dieser gliedert sich auf die Themen Konflikt, Wirtschaftlichkeit, Fortschritt, Moral bzw. Ethik oder Recht und Personalisierung. Der *Konflikt* wird dann codiert, wenn ein Interessenskonflikt zwischen verschiedenen sozialen Gruppen besteht, bei der *Wirtschaftlichkeit* geht es um eine wirtschaftliche Perspektive und der *Fortschritt* thematisiert neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Der Meta-Frame *Moral, Ethik und Recht* bezieht sich auf ebendiese Fragen und bei der *Personalisierung* wird nach dem episodischen Frame nach Iyengar (1991) die Meinung aus einer eigenen betroffenen Perspektive dargestellt.

8. ERGEBNISSE

Am Anfang der Untersuchung möchte ich einen kurzen Überblick über die wichtigsten Themen geben. Weitere Ergebnisse werden meistens nach demselben Schema dargestellt. Zuerst werde ich auf die signifikanten Ergebnisse beim Zeitungsvergleich der einzelnen Länder eingehen. Erst dann wird der Ländervergleich hinsichtlich seinen signifikanten Unterschieden und seinen Häufigkeiten genauer betrachtet. Die russische Intervention fand genau in der Mitte des Untersuchungszeitraumes statt (zwischen 4. und 5. Woche). Es werden jene Kategorien behandelt, die für den Zeitverlauf interessant erscheinen, also ob sich vor allem der Diskurs nach der Intervention verändert. Eine Interpretation meinerseits erfolgt schon in den einzelnen Teilergebnissen. Zum Schluss werde ich aufgrund meiner gesammelten Ergebnisse auf die Hypothesen eingehen. Korrelationen werden aufgrund des Platzmangels nicht in Tabellenform dargestellt, sondern in der Fußnote vermerkt. Signifikante Ergebnisse werden wie folgend gekennzeichnet: **p<0,05, ***p<0,01.

8.1. Konfliktverlauf

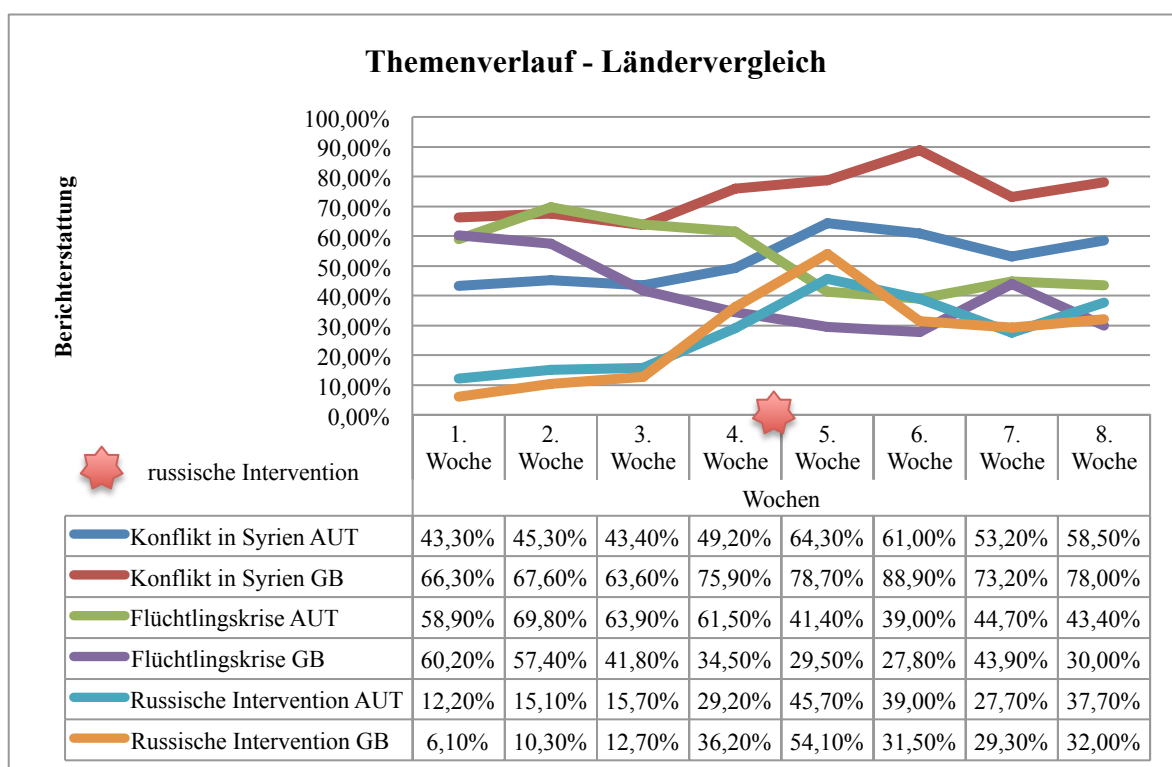


Abb. 1: Themenverlauf - Ländervergleich

Zu Beginn möchte ich den Verlauf der Thematik des *Syrien-Konflikts*, der *Flüchtlingskrise* und der *russischen Intervention* über die acht Wochen der Untersuchung genauer betrachten. Die russische Intervention erfolgt zwischen der vierten und fünften Untersuchungswoche. Verfolgt man den *Verlauf des syrischen Konflikts* in Österreich,

kann man sehen, dass vor der russischen Intervention die Berichterstattung darüber relativ gleich bleibend rund 45% ausmacht. In der Woche vor dem Ereignis gibt es einen leichten Anstieg, welcher zum Zeitpunkt der Intervention mit rund 64% seinen Höhepunkt erreicht und nachher wieder abflacht, aber trotzdem stärker in der Berichterstattung vorkommt, als vor dem Konflikt. *Großbritannien* thematisiert den *syrischen Krieg* vor der russischen Intervention mit rund 64% bis 68% um einiges stärker als *Österreich*. Auch hier steigt die Häufigkeit der Berichterstattung über den Konflikt bereits in der Woche vor dem Ereignis auf rund 76% stark an. In der sechsten Untersuchungswoche, also der Woche nach der Intervention, erreicht sie mit rund 89% ihren Höhepunkt und ist danach mit über 70% aller Fälle weithin stärker als zu Beginn der Untersuchung. Die *russische Intervention* ist vor den ersten russischen Luftangriffen bereits ein Thema. Ab der dritten Untersuchungswoche steigt bei beiden die Berichterstattung darüber an und erreicht in der fünften Woche ihren Höhepunkt mit rund 46% in *Österreich* und 54% in *Großbritannien*, flacht allerdings bei beiden gleich wieder ab. Sie ist die Wochen danach trotzdem um einiges stärker als vor der Einmischung. *Großbritannien* berichtet mit rund 6% in der ersten Woche um die Hälfte weniger über die Intervention als *Österreich*. Trotzdem ist die Berichterstattung in der Woche vor und nach dem Ereignis um 7% und 8% stärker als in *Österreich*.

Setzt man das Ergebnis des Syrien-Konflikts mit dem der russischen Intervention in Beziehung, kann man erkennen, dass sich die Intervention bereits eine Woche vor den ersten russischen Angriffen erahnen ließ, weshalb die Berichterstattung bereits eine Woche zuvor zunahm. Die Intervention selbst hat den Syrien-Konflikt stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Diskussionen entstanden über die Vor- und Nachteile der Einmischung von Russland. Andere Staaten befanden sich plötzlich in Zugzwang darauf reagieren zu müssen und sich eine Meinung über die Handhabe mit Assad zu bilden bzw. die vorhandenen Meinungen über ihn zu überdenken, da Russland durch seine Unterstützung des syrischen Regimes das ganze Geflecht veränderte.

Während sich in *Österreich* die Linie der *russischen Intervention* proportional mit der Linie des *Syrien-Konflikts* verändert, steigt in *Großbritannien* die Berichterstattung über den Krieg zwar gemeinsam mit der Berichterstattung über die Einmischung, allerdings verändert sich der Zusammenhang nach dem Ereignis durch Russland. Die *britischen Zeitungen* verlieren schnell das starke Interesse an der russischen Intervention, die Berichterstattung über den Syrien-Konflikt kommt aber trotzdem häufiger in den Zeitungen vor. Der Krieg erreichte ein neues Interesse in der Öffentlichkeit.

Während sich die *Flüchtlingskrise* in *Österreich* in den ersten vier Wochen der Untersuchung zwischen 59% und 70% befindet, sinkt die Berichterstattung durch die Intervention drastisch um rund 20% auf knapp 41% und bleibt bis zum Ende der Untersuchung um rund 40%. *Großbritannien* hingegen befindet sich mit *Österreich* zu Beginn der Untersuchungseinheit auf gleicher Höhe und sinkt jedoch bereits ab der dritten Woche konstant bis zur fünften bzw. sechsten Woche auf die Hälfte. In der siebten Woche gibt es nochmal einen Ausreißer auf rund 43%, was daran liegen könnte, dass zu der Zeit Deutschland in Verhandlungen mit der Türkei über die Flüchtlingskrise war.

8.2. Ergebnisse auf Artikelebene

8.2.1. Formale Gestaltung

Artikellanzahl

Hinsichtlich der *Artikellanzahl pro Ausgabe* gibt es zwischen den *österreichischen*, sowie zwischen den *britischen Zeitungen* keinen signifikanten Unterschied zu verzeichnen.

Artikellanzahl pro Ausgabe - Ländervergleich

Artikelanzahl pro Ausgabe N=1038	Länder		T-Test
	AUT	GB	
Mittelwert	4,27	3,55	***
N	553	485	
Standardabweichung	3,325	2,168	
Maximum	24	11	
p<0,05, *p<0,01			

Abb. 2: Artikellanzahl pro Ausgabe - Ländervergleich

Lediglich der Unterschied zwischen den Ländern ist signifikant. Der Mittelwert der *österreichischen Artikel* befindet sich bei 4,27 Artikel pro Ausgabe, während *Großbritannien* mit 3,55 Artikel pro Ausgabe ein bisschen weniger über den Syrien-Konflikt berichtet. Die Standardabweichung liegt im Vergleich in *Österreich* höher.

Umfang

Was den Umfang der einzelnen Artikel betrifft, kann man zwischen den *österreichischen Zeitungen* keinen signifikanten Unterschied erkennen. In *Großbritannien* hingegen schon. Dort sind die Artikel im *Independent* mit rund 707 Wörtern deutlich länger als die Berichterstattung im *Daily Telegraph* mit rund 561 Wörtern.

Umfang des Artikels - Großbritannien

Wörteranzahl N=485	Zeitungen GB		T-Test
	TDT	TI	
Mittelwert	561,4	707,05	***
N	241	244	
Standardabweichung	316,03	352,444	
Minimum	49	34	
Maximum	1974	2062	
p<0,05, *p<0,01			

Abb. 3: Umfang des Artikels - Großbritannien

Einen signifikanten Unterschied kann man beim Umfang auch zwischen den Ländern entdecken. *Österreich* hat hinsichtlich seines Mittelwertes mit rund 542 Wörtern einen kleineren Umfang als *Großbritannien* mit rund 635 Wörtern. Diesen signifikanten Unterschied kann man allerdings auf die langen Artikel des *Independent* zurückführen.

Umfang des Artikels - Ländervergleich

Wörteranzahl N=1038	Länder		T-Test
	AUT	GB	
Mittelwert	542,31	634,67	***
N	553	485	
Standardabweichung	335,105	342,351	
Minimum	35	34	
Maximum	3023	2062	
p<0,05, *p<0,01			

Abb. 4: Umfang des Artikels - Ländervergleich

Berichtsform

In der *österreichischen Berichtserstattung* gibt es bezüglich der Berichtsform nur bei den *Kurzmeldungen* einen signifikanten Unterschied. Mit 17,5% benützt die *Presse* mehr als das Doppelte an Kurzmeldungen zum Syrien-Konflikt.

Berichtsform - Österreich

Ja-% N=553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Kurzmeldung	17,5%	6,7%	***
Bericht	51,2%	52,6%	
Reportage	6,0%	8,6%	
Interview	5,3%	8,2%	
Kommentar	18,9%	21,6%	
Sonstige Berichtsform	1,1%	2,2%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 5: Berichtsform - Österreich

Auch in Großbritannien gibt es bei den *Kurzmeldungen* einen signifikanten Unterschied. Der *Daily Telegraph* benützt diese Form mit 8,7% mehr als doppelt so häufig.

Berichtsform - Großbritannien

Ja-% N=485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Kurzmeldung	8,7%	3,7%	**
Bericht	62,7%	62,3%	
Reportage	3,3%	6,6%	
Interview	0,4%	0,8%	
Kommentar	24,9%	25,8%	
Sonstige Berichtsform	0,0%	0,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 6: Berichtsform - Großbritannien

Während beide Länder im Ländervergleich mit großem Abstand den *Bericht* als die häufigste Form wählen, benützt *Großbritannien* diesen mit 62,5% öfters als *Österreich* mit rund 52%. Allerdings muss man zu bedenken geben, dass britische Tageszeitungen kaum Interviews in unserer bekannten Frage-Antwort-Form führen, sondern sie diese in die übliche Berichterstattung einfließen lassen und die beiden Formen miteinander vermischen. Ein Interview in der britischen Zeitung konnte also nur dann codiert werden, wenn dieses als solches explizit ausgewiesen wurde. Somit kann ich diese Form in *Großbritannien* nur zu 0,6% identifizieren, während in *Österreich* rund 7% an Interviews geführt werden. Interviews, die in *Großbritannien* nicht ausgewiesen werden, finden sich dort in der Berichterstattung wieder. Der *Kommentar* wird von beiden Ländern am zweithäufigsten eingesetzt, aber auch hier gibt es einen signifikanten Unterschied. Er kommt in *Großbritannien* mit rund 25% häufiger als in *Österreich* mit rund 20% vor.

Berichtsform - Ländervergleich

Ja-% N=1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Kurzmeldung	12,3%	6,2%	***
Bericht	51,9%	62,5%	***
Reportage	7,2%	4,9%	***
Interview	6,7%	0,6%	
Kommentar	20,3%	25,4%	
Sonstige Berichtsform	1,6%	0,4%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 7: Berichtsform - Ländervergleich

Der *Kommentar* kann als eine Form der Diskursteilhabe betrachtet werden. Deshalb ist es wichtig, hier noch ein bisschen genauer hinzusehen. Es gibt hinsichtlich der Themenauswahl einen signifikanten Unterschied. Während man sich in *Österreich* im Kommentar mehr mit der *Flüchtlingskrise* auseinandersetzt, steht in *Großbritannien* durch diese Form der *Syrien-Konflikt* eindeutig im Fokus der Diskussionsteilhabe.

Kommentar - Ländervergleich

Ja-% N=235	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Syrien-Konflikt	53,6%	84,6%	***
Flüchtlingskrise	67,0%	43,9%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 8: Kommentar - Ländervergleich

8.2.2. Themen in der Berichterstattung

Politisches Handlungsfeld

Politische Handlungsfelder - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Innere Sicherheit	31,2%	40,3%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von signifikanten Ergebnissen.			

Abb. 9: Politische Handlungsfelder - Österreich

Der einzige signifikante Unterschied zwischen den österreichischen Zeitungen bezüglich der politischen Handlungsfelder betrifft die *Innere Sicherheit*. Diese findet sich in der *Presse* mit 31% und beim *Standard* mit rund 40% wieder. Wie später noch zu sehen ist, berichtet der *Standard* signifikant häufiger über die *Flucht* als die *Presse*. Durch diesen Zusammenhang kann der Unterschied mit der *Inneren Sicherheit* erklärt werden¹.

Politische Handlungsfelder - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Außenpolitik	51,0%	52,5%	***
Verteidigungspolitik	60,6%	46,3%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von den jeweils stärksten Ergebnissen.			

Abb. 10: Politische Handlungsfelder - Großbritannien

Die *Verteidigungspolitik* macht in den britischen Zeitungen den einzigen signifikanten Unterschied aus. Sie spielt beim *Daily Telegraph* mit rund 61% die wichtigste Rolle, während beim *Independent* die *Verteidigungspolitik* mit rund 46% nach der *Außenpolitik* erst das zweitwichtigste Handlungsfeld darstellt. Dies könnte daran liegen, dass beim *Daily Telegraph* der Tenor zur Intervention etwas eindringlicher ist. Er steht hinter den Aussagen von Cameron und unterstützt diesen in seinen Forderungen nach einer britischen Intervention, während der *Independent* durch seine liberale Einstellung positiv auf Corbyn

¹ Standard: Flucht in Inneren Sicherheit 39,8%***

und die Labour-Partei eingestellt ist. Corbyn ist ein Pazifist und verweigert jede Art von kriegesischer Gewalt. Somit steht die Verteidigung weniger im Zentrum.

Politische Handlungsfelder - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Politisches System	12,7%	17,9%	**
Innere Sicherheit	35,6%	37,7%	
Rechtspolitik	10,7%	7,0%	**
Außenpolitik	55,5%	51,8%	
Europäische Integration	22,8%	18,4%	***
Verteidigungspolitik	36,7%	53,4%	
Finanzpolitik	15,0%	16,1%	***
Wirtschaftspolitik	6,3%	7,2%	
Bildungspolitik	5,4%	3,3%	***
Arbeits-/Beschäftigungspolitik	8,1%	4,1%	
Soziale Sicherheit	10,5%	5,8%	***
Wahlen	8,3%	10,5%	
Integration	11,8%	2,5%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von Ergebnissen über 5%.			

Abb. 11: Politische Handlungsfelder - Ländervergleich

Im Ländervergleich unterscheiden sich *Österreich* und *Großbritannien* in ihren politischen Handlungsfeldern sehr voneinander. Beide beschäftigen sich in ihrer Berichterstattung über den Syrien-Konflikt und seine Auswirkungen in knapp über der Hälfte der Artikel mit der *Außenpolitik*. Der Konflikt findet somit nicht mehr nur im Nahen Osten statt sondern ist durch die vielen internationalen AkteurInnen in der Außenpolitik angekommen. Durch die Flüchtlingskrise müssen sich betroffene Länder mit den Ausläufern der Syrien-Krise in ihren eigenen Ländern beschäftigen. Dies kann man auch daran erkennen, dass die *Innere Sicherheit* mit rund 36% und rund 38% ein Thema ist. Die Länder konzentrieren sich auf ihre innere Ordnung, die durch die Flüchtlingskrise in Gefahr geraten ist. Die *Finanzpolitik* hat in beiden Ländern mit rund 15% einen ähnlichen Stellenwert. Hinsichtlich der *europäischen Integration* gibt es keinen signifikanten Unterschied, allerdings ist das Thema mit einer Häufigkeit von knapp 23% und rund 18% ebenso wichtig. Ohne eine gegenseitige europäische Unterstützung ist die Flüchtlingskrise kaum zu meistern. Sie bringt jedoch einige EU-Länder durch die von der EU geforderten Quoten in Bedrängnis.

Einen Unterschied gibt es auch hinsichtlich der *Verteidigungspolitik*, mit der sich *Österreich* mit rund 37% und *Großbritannien* mit rund 53% beschäftigt. Ein wichtiges Thema ist zu dieser Zeit in *Großbritannien* die Entscheidung in Syrien zu intervenieren.

Österreich befasst sich um rund 13% weniger mit dem *politischen System* als *Großbritannien* mit rund 18%. Auch der *innerparteiliche und politische Wettbewerb* ist in der *britischen Berichterstattung* signifikant stärker und wird durch diesen Unterschied beeinflusst². In *Großbritannien* gibt es eine innerparteiliche Wahl innerhalb der Labour-Partei, um einen neue/eine neue ParteiführerIn zu wählen, wodurch die Veränderung des politischen Systems einen zentralen Stellenwert in der Kommunikation einnimmt.

Die Unterschiede von *Österreich* und *Großbritannien* bezüglich der *Arbeits- und Beschäftigungspolitik* mit rund 8% und 4% Prozent, der *Sozialen Sicherheit* mit 10,5% und rund 6% Prozent sowie der *Integration* mit rund 12% und 2,5% korrelieren signifikant mit der Flüchtlingskrise³. Dieses Thema besitzt in der Kategorie Kommunikationsthema einen ähnlichen signifikanten Unterschied zwischen den Ländern. Da *Österreich*, *Deutschland* sowie andere Länder auf der Flüchtlingsroute von der Krise direkt betroffen sind, werden mit diesem Thema zusammenhängende Politikfelder mehr thematisiert, während *Großbritannien* erst noch im Prozess der Überlegung ist, ob und wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen sollen. Aufgrund dessen ist *Österreich* gezwungen in den Handlungsfeldern *Bildung*, *Sozialer Sicherheit* und *Integration* auf die Krise zu reagieren.

Kommunikationsthemen

Im *Standard* wird *Assad* mit rund 25% mehr thematisiert als in der *Presse* mit rund 18%. Dieses Ergebnis ist zwar nicht signifikant, die häufigere Nennung erklärt allerdings ein bisschen, dass über die *Opfer von Assad* mit 8,2% im *Standard* signifikant mehr berichtet wird. Dieses Thema korreliert⁴ beim *Standard* auch mit den *Menschenrechtsverletzungen*, über welche die Zeitung mit rund 13% ebenfalls häufiger berichtet, als die *Presse* mit knapp 7%. Der *Standard* schreibt also mehr über die Menschenrechtsverletzungen, die unter anderem durch Assad begangen worden sind. Diese hängen⁵ beim *Standard* aber nicht nur mit den Opfern von Assad, sondern auch mit dem IS und den Rebellengruppen zusammen. Der *Standard* berichtet auch in rund einem Viertel aller Fälle über das Thema *Flucht*, während die *Presse* dieses nur mit 17,5% nennt. Durch das Thematisieren der Flucht wird die Flüchtlingskrise greifbarer und durch die Berichterstattung über Menschenrechte und die Opfer Assads wird durch die Zeitung möglicherweise mehr auf den Grund für die Flüchtlingskrise hingewiesen um ein Verständnis zu erzielen.

² GB: politischer Wettbewerb in politischem System 22,9%***

³ AUT: Flüchtlingskrise in Arbeitspolitik 95,6%***, Flüchtlingskrise in Soziale Sicherheit 89,7%***, Flüchtlingskrise in Integration 84,6%***

⁴ Standard: Menschenrechtsverletzungen in Assad-Opfer 36,4%***

⁵ Standard: IS in Menschenrechtsw. 45,7%*** und syrische Rebellentruppen in Menschenrechtsw. 20%*

Kommunikationsthemen - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Menschenrechtsverletzung	6,7%	13,1%	**
Syrischer Präsident	18,2%	24,3%	
Flucht	17,5%	25,4%	**
Frankreich-Intervention	2,8%	6,3%	**
Opfer des Assad-Regimes	2,8%	8,2%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellungen von signifikanten Ergebnissen über 5%. Ausnahme: Syrischer Präsident			

Abb. 12: Kommunikationsthemen – Österreich

Sieht man sich die Korrelation der Flüchtlingskrise mit dem Syrien-Konflikt an, so ist im *Standard* die Flüchtlingskrise zu 40% und bei der *Presse* zu 34,5% im Syrien-Konflikt enthalten.⁶ In Österreich ist die Krise in einem Drittel aller Fälle mit dem Syrien-Konflikt verbunden. Der Unterschied zwischen *Presse* und *Standard* ist hingegen nicht signifikant.

Kommunikationsthemen - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Konflikt Naher Osten allgemein	14,1%	29,1%	***
Kriegshandlungen	26,1%	18,4%	**
Syrische Opposition	5,8%	11,9%	**
Flüchtlingskrise	38,6%	46,7%	***
Medien-Intervention	0,0%	4,5%	***
Türkei-PKK	1,7%	6,1%	**
Ukraine-Konflikt	3,3%	7,8%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von signifikanten Ergebnissen über 5%. Ausnahme: Medien-Intervention			

Abb. 13: Kommunikationsthemen - Großbritannien

In den britischen Medien möchte ich trotz den geringen Prozentwerten den Unterschied hinsichtlich der *Medienintervention* explizit hervorheben, da der *Independent* eine Petition initiiert hat, um die Regierung wegen der Flüchtlingskrise unter Druck zu setzen und damit diese Flüchtlinge zu unterstützen. Diese Form einer medialen Einmischung kommt in keiner anderen Zeitung vor. Der *Independent* nimmt hier nicht die Rolle eines objektiven Berichterstatters ein, sondern sieht sich in der Pflicht seinen Einfluss auszunutzen.

Der *Konflikt im Nahen Osten* wird ebenfalls mit einem signifikanten Unterschied thematisiert. Der *Independent* berichtet mit rund 29% fast doppelt so häufig über die

⁶ Standard: Flüchtlingskrise in Syrien-Konflikt 40%***
Presse: Flüchtlingskrise in Syrien-Konflikt 34,5%***

Konflikte um die Syrien-Krise herum. Unter anderem thematisiert er auch den Konflikt zwischen der *PKK und der Türkei* um rund 4% häufiger. Durch seine Initiative hinsichtlich der Flüchtlingskrise berichtet er somit auch über die Gründe, welche die Menschen dazu bewegen nach Europa zu kommen. Die Lage vor Ort wird immer schwieriger. Menschen flüchten in Syrien nicht nur vor dem IS, die Türkei wird immer instabiler und um Syrien herum ist die Lage sehr angespannt. Auch den Ukraine-Konflikt thematisiert der *Independent* um knapp 5% mehr. Dass die Themen zusammen mit dem Syrienkonflikt hier häufiger auftreten, könnte auch auf die längere Artikellänge zurückzuführen sein⁷, die fast 200 Wörter mehr beträgt. Diese erlaubt dem *Independent* stärker auf Nebenschauplätze einzugehen und Verknüpfungen zu bilden.

Auch über die *syrische Opposition* schreibt der *Independent* mit knapp 12% um die Hälfte mehr als der *Daily Telegraph*. Wie bereits erwähnt, sympathisiert er durch seine links-liberale Einstellung mit der Sichtweise der Labour-Partei. Labour glaubt an eine diplomatische Lösung im Syrien-Konflikt und stellt sich gegen einen Krieg. Indem der *Independent* möglicherweise die Gegner von Assad als Opposition anstatt als Rebellen bezeichnet, impliziert er, dass es moderate Gruppen gibt, mit denen eine diplomatische Lösung gefunden werden kann. Der *Daily Telegraph* berichtet hingegen um 6% stärker über *Kriegshandlungen*. Er steht, wie bereits erläutert, der Conservative-Partei näher, die sich im Gegensatz zu Labour mehr mit der Verteidigungspolitik beschäftigt.

In Großbritannien ist die Flüchtlingskrise mit dem Syrien-Konflikt im *Daily Telegraph* zu rund 32% und im *Independent* zu rund 37% vorhanden⁸. Auch hier gibt es zwischen den beiden Zeitungen keinen signifikanten Unterschied.

Österreich und *Großbritannien* enthalten beide zu ähnlichen Anteilen die Flüchtlingskrise im Syrien-Konflikt. Wenn man dies aber anderst betrachtet, also wie oft der Syrien-Konflikt in der Flüchtlingskrise vorkommt, unterscheidet sich das Ergebnis sehr signifikant. In *Österreich* wird der Konflikt in Syrien mit 34,8% deutlich seltener als in *Großbritannien* mit 59,4% genannt.⁹ Für *Österreich* ist die Flüchtlingskrise ein eigenes Problem, welches in den meisten Fällen abgetrennt von der Ursache betrachtet wird,

⁷ Independent: NO-Konflikt vorhanden 806,06, nicht vorhanden 666,42*; Türkei-PKK 817***; Ukraine-Konflikt 782,53*

⁸ Daily Telegraph: Flüchtlingskrise in Syrien-Konflikt 31,8%***
Independent: Flüchtlingskrise in Syrien-Konflikt 37,4%***

⁹ AUT: Syrien-Konflikt in Flüchtlingskrise 34,8%***
GB: Syrien-Konflikt in Flüchtlingskrise 59,4%***

während *Großbritannien* eine stärkere Verbindung zu dem Auslöser aufbaut. Somit könnte man sagen, dass *Großbritannien* vor Ort ansetzen würde, während *Österreich* reagiert.

Zur besseren Übersicht habe ich beim Ländervergleich die Kommunikationsthemen auf die wichtigsten reduziert und sie in drei Abschnitte geteilt.

Kommunikationsthemen Konflikt - Ländervergleich			
Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Konflikt in Syrien/Syrien-Krieg	51,2%	73,2%	***
Konflikt Naher Osten allgemein	17,0%	21,6%	
Gewalt	12,3%	13,2%	
Friede	6,1%	8,5%	***
Waffen	10,8%	18,1%	
Menschenrechtsverletzung	9,8%	11,1%	
Terrorismus/Extremismus	18,8%	27,0%	***
Kriegshandlungen	20,1%	22,3%	
Friedensverhandlungen	10,7%	8,0%	
Flucht	21,3%	22,7%	***
Flüchtlingskrise	54,6%	42,7%	
Schlepper	4,9%	7,2%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von Ergebnissen über 5% zum Thema Konflikt.			

Abb. 14: Kommunikationsthemen Konflikt - Ländervergleich

Während *Großbritannien* seinen Fokus in rund 73% aller Fälle auf den *Syrien-Konflikt* selbst legt und die *Flüchtlingskrise* mit rund 43% deutlich weniger thematisiert wird, gleicht *Österreich* seine Berichterstattung mit rund 51% über den *Konflikt* und rund 55% über die *Flüchtlingskrise* aus. Grund dafür dürfte die direkte Betroffenheit von *Österreich* durch die Flüchtlingskrise sein. Sie müssen sich zum einen mit der Gegebenheit beschäftigen, aber auch immer den Blick auf die Entwicklungen der Ursache werfen. *Großbritannien* hingegen ist von der Flüchtlingskrise weniger betroffen, hat sich aber durch seine militärische Stärke, der Nähe zur USA, der Mitgliedschaft in der Nato und durch sein Selbstverständnis als ehemalige Großmacht für das Geschehen im Nahen Osten zu interessieren und möglicherweise durch das Sykes-Picot-Abkommen zum Teil auch zu verantworten. Die überproportionale Berichterstattung von *Großbritannien* über den Konflikt selbst, erklärt auch den signifikanten Unterschied hinsichtlich der *Waffen*, über die *Großbritannien* mit rund 18% signifikant häufiger berichtet als *Österreich* mit rund 11%. Den Unterschied macht besonders das Thema britische Intervention¹⁰ aus. Die britische Regierung startete einen Drohnenangriff auf Terroristen in Syrien und tötete

¹⁰ AUT –britische Intervention in Waffen 3,3% (nicht signifikant)
GB - britische Intervention in Waffen 38,6%***

dabei britische Staatsbürger, die sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben. Weiters wird in der Politik über die Abschaffung des eigenen Atomwaffensystems diskutiert. Der Drohnenangriff erklärt auch den signifikanten Unterschied von *Österreich* mit rund 19% und *Großbritannien* mit 27% beim Thema *Terrorismus und Extremismus*. *Großbritannien* beteiligt sich seit 9/11 gemeinsam mit den USA im Kampf gegen den Terror. Dieser legitimierte das Eingreifen nach dem Terroranschlag im Irak und den neulichen Drohnenangriff. Beides steht jedoch hinsichtlich ihrer Legitimation im Diskurs.

Kommunikationsthemen AkteurInnen - Ländervergleich			
Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Syrischer Präsident	21,2%	23,1%	***
Russischer Präsident	8,7%	9,9%	
Syrische Opposition	4,0%	8,9%	
Syrische Rebellengruppen	10,5%	17,3%	
IS	27,3%	46,8%	
Opfer des Assad-Regimes	5,4%	7,4%	***
USA-Intervention	20,4%	20,4%	
Russland-Intervention	26,0%	24,5%	
britische Intervention	1,6%	24,9%	
EU-Intervention	10,5%	5,8%	
EU (Allgemein)	13,7%	11,3%	**
EU/UNO-Sanktionen	2,9%	5,4%	
Nato	2,2%	5,4%	**
UNO	11,0%	7,2%	
Verhältnis zwischen Russland und Syrien	10,7%	9,3%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von Ergebnissen über 5% zum Thema AkteurInnen.			

Abb. 15: Kommunikationsthemen AkteurInnen - Ländervergleich

Der Kampf gegen den Terror erklärt ebenfalls den signifikanten Unterschied beim Thema *IS*. Während *Österreich* mit rund 27% über ihn berichtet, thematisiert *Großbritannien* die Terrorgruppe mit knapp 47%, also sogar häufiger als die Flüchtlingskrise. Zum Vergleich: *Österreich* und *Großbritannien* berichten mit rund 21% und 23% über den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Während *Österreich* somit beide „Probleme nahezu zu gleichen Teilen thematisiert, stellt *Großbritannien* das Thema *IS* in den Vordergrund.

Österreich schenkt der *Intervention von Russland* mit 26% am meisten Beachtung. Während über die *US-Intervention* allerdings mit rund 20,5% ebenfalls häufig berichtet wird, sind Berichte über die *französische, britische und türkische Intervention* eher nebensächlich. *Großbritannien* berichtet über die eigene *britische Intervention* mit fast 25% allerdings fast gleich häufig wie über die *russische Intervention*. Auch die

amerikanische Intervention findet sich mit rund 20,5%, wie in Österreich, häufig in der Berichterstattung wieder. Die *türkische* und *französische Intervention* erhalten allerdings ebenso wenig Beachtung. Russland veränderte durch seine Einmischung den Konflikt stark, da sich die Kräfte der involvierten AkteurInnen verschoben haben. Während Russland auf der Seite von Assad steht, unterstützt die USA moderate Rebellen, die jedoch gleichzeitig Feinde von Assad sind. Ein Stellvertreterkrieg wird befürchtet. Aufgrund des Einflusses der USA und Russlands, also der Möglichkeit die Richtung des Konflikts zu verändern, erhalten sie als wichtige Akteure Beachtung in der Berichterstattung. *Großbritannien* möchte sich ebenfalls als starker Akteur beweisen. Deshalb sieht es Großbritannien als nötig an, über eine weitere Intervention im Nahen Osten zu diskutieren.

Einen weiteren signifikanten Unterschied gibt es bezüglich der *EU-Intervention*. *Österreich* berichtet darüber mit 10,5% häufiger als *Großbritannien* mit rund 6%. In der EU-Intervention geht es vor allem um Unterstützung in Flüchtlingsangelegenheiten. Aufgrund der Flüchtlingsthematik ist es für das betroffene Österreich bedeutender über Hilfestellungen durch die EU zu berichten. *Großbritannien* nennt mit rund 5,5% die EU- und UNO-Sanktionen signifikant häufiger als *Österreich* mit rund 3%. Während durch die Ukraine-Krise Russland unter Sanktionen zu leiden hat, sehen sich auch Großbritannien und andere Osteuropäische Staaten durch EU-Sanktionen bedroht, da diese sich weigern die EU hinsichtlich der Flüchtlingskrise zu unterstützen.

Die unterschiedliche Gewichtung von Krieg und Flüchtlingskrise zeigt sich in der Berichterstattung über Bündnisse. *Österreich* berichtet über die *UNO* mit 11% und über die *Nato* mit rund 2%. *England* berichtet mehr über die *Nato* mit 5,4% und mit rund 7% weniger über die *UNO*. Das mag daran liegen, dass *Großbritannien* im Gegensatz zu *Österreich* Mitglied der *Nato* ist. Die *UNO* hingegen ist wichtig bei der Lösung der Flüchtlingskrise.

Während *Österreich* über die *Opposition* mit 4% und über die *Rebellen* mit 10,5% berichtet, schreibt *Großbritannien* mit rund 9% und 17% über beide signifikant mehr. Dies liegt daran, dass in England mehr über den Konflikt berichtet wird. Hinsichtlich der *Opposition* war der *Independent* für das signifikante Ergebnis entscheidend.

Großbritannien thematisiert mit knapp 11% häufiger den *innerparteilichen* bzw. *politischen Wettbewerb* als *Österreich* mit 7%. Diesen Unterschied kann man vor allem durch die Neuwahl der Parteispitze in der Labour-Partei erklären. Corbyn, der die Wahl gewann, wurde durch seinen pazifistischen Zugang und anderen kontroversen Einstellungen ein interessanter Bestandteil im Diskurs über die Verteidigungspolitik.

Kommunikationsthemen Sonstiges - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
innerparteilicher/politischer Wettbewerb	6,9%	10,9%	**
Islam	9,0%	8,0%	
Ukraine-Konflikt	3,1%	5,6%	**
Geschichte/Hintergründe	14,8%	18,4%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von Ergebnissen über 5% zum Thema Sonstiges.			

Abb. 16: Kommunikationsthemen Sonstiges - Ländervergleich

8.2.3. AkteurInnen

Hinsichtlich österreichischer AkteurInnen gibt es nur bei der *österreichischen Regierung* einen signifikanten Unterschied. Während die Regierung in der *Presse* in 4,2% aller Fälle enthalten ist, schreibt der *Standard* mit 9% über sie. Die österreichische Regierung tritt vor allem wegen der Flüchtlingskrise in Erscheinung¹¹. Über *Politiker aus anderen europäischen Staaten* berichtet der *Standard* mit rund 23% stärker als die *Presse* mit 15%. Hier gibt es einen positiven Zusammenhang mit dem Kommunikationsthema Flucht¹², über die der *Standard* auch signifikant mehr berichtet. Da beim Thema Flucht sehr viele Staaten betroffen sind, nennt der *Standard* sie häufiger. Vor allem Ungarn stand aufgrund seines Umgangs mit Flüchtlingen oft beim Thema Flucht im Fokus. Aber auch Länder wie Mazedonien, Serbien oder nordeuropäische Staaten kamen häufiger vor.

AkteurInnen - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Österreichische Regierung	4,2%	9,0%	**
Syrien (allgemein)	3,5%	8,6%	**
Sonstige russische PolitikerInnen	2,8%	6,3%	**
Andere EU PolitikerInnen/AkteurInnen	15,1%	23,1%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung von signifikanten Ergebnissen über 5%.			

Abb. 17: AkteurInnen - Österreich

Die *Presse* berichtet über *sonstige russische PolitikerInnen* um rund 3% weniger als der *Standard*. Zwar gibt es keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich der russischen Intervention, aber der *Standard* hat darüber um fast 4% öfters berichtet als die *Presse*, weshalb sich der Unterschied auf die häufige Nennung beim Thema beziehen kann.

¹¹ Presse: Flüchtlingskrise in österreichischen Regierung 100%***

Standard: Flüchtlingskrise in österreichischen Regierung 95,8% ***

¹² Standard: Flucht in europäische PolitikerInnen 38,7% ***

In *Großbritannien* kommt der Verteidigungsminister *Michael Fallon* im *Daily Telegraph* mit 5,4% öfter in der Berichterstattung vor als der *Independent* mit 1,6%. Auch die *britische Armee* wird im *Daily Telegraph* mit rund 13% und die *DschihadistInnen* mit rund 20% fast doppelt so häufig erwähnt. Der *Daily Telegraph* fokussiert sich auf den Krieg, was man auch an der Erwähnung der AkteurInnen erkennen kann. Der Wunsch nach einer Intervention, wie sie Cameron hegt, wird durch die häufige Nennung von Dschihadisten für den Kampf gegen den Terror unterstrichen.

AkteurInnen - Großbritannien			
Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Michael Fallon	5,4%	1,6%	**
Liberal Democrats	0,0%	3,7%	***
Britische Soldaten/Militär	13,3%	7,4%	**
Akteure der YPG	0,4%	6,6%	***
Syrische Flüchtlinge	27,4%	40,2%	***
Israel	1,2%	5,3%	**
Türkei gesamt	10,4%	17,6%	**
PKK	1,2%	7,0%	***
Türkische politische AkteurInnen	5,0%	9,8%	**
DschihadistInnen	19,9%	10,7%	***
Sonstige AkteurInnen anderer Regionen	5,0%	11,5%	***
Allgemeine Flüchtlinge	23,7%	32,0%	**
JournalistIn	28,2%	45,1%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%; Ausnahme: Lib. Democrats.			

Abb. 18: AkteurInnen - Großbritannien

Auch wenn es keinen signifikanten Unterschied bei der Flüchtlingskrise gibt, berichtet der *Independent* mit 8% deutlich mehr darüber als der *Daily Telegraph*. Daher stammt auch der signifikante Unterschied bei der Nennung von *syrischen und allgemeinen Flüchtlingen*. Der *Daily Telegraph* nennt mit 27% syrische und mit knapp 24% allgemeine Flüchtlinge. Der *Independent* hingegen berichtet mit rund 40% über syrische und mit 32% über allgemeine Flüchtlinge. Dies unterstreicht die Initiative zur Unterstützung von Flüchtlingen, welche der *Independent* forciert.

Nur der *Independent* berichtet mit rund 4% über die *Liberal Democrats*. Es ist deshalb interessant, weil die Zeitung 2010 eine Wahlempfehlung für diese Partei abgegeben hat (vgl. The Independent 2010: o.S.). Dies zeigt, dass britische Zeitungen ihnen sympathischen Parteien Platz in der Berichterstattung einräumen.

Die *JournalistInnen* des *Independent* bringen sich mit rund 45% weitaus häufiger selbst in der Berichterstattung ein als beim *Daily Telegraph* mit rund 28%. Beim *Independent* ist

der/die JournalistIn in den Themen Syrien-Konflikt in der Hälfte aller Artikel, Nahen Osten zu fast 60%, Frieden zu rund drei Viertel und beim Thema IS zu rund 55% signifikant enthalten, hingegen nicht in den Themen Flüchtlingskrise und Flucht. Beim *Daily Telegraph* ist der/die JournalistIn in den Themen EU in mehr als der Hälfte aller Artikel, der britischen Intervention und der Flüchtlingskrise zu rund 40% enthalten. Beim Syrien-Konflikt, Terrorismus oder IS gibt es kein signifikantes Ergebnis.¹³ Die Ergebnisse sind leider aufgrund der fehlenden Signifikanz nicht vergleichbar. Der *Independent* zeigt durch seine Initiative in der Flüchtlingskrise, dass er keine Scheu davor hegt, sich selbst in den Diskurs einzubringen.

Weitere signifikante Unterschiede finden sich in der Nennung türkischer AkteurInnen. Der *Independent* berichtet über die *Türkei* mit fast 18% zu rund 10%, über die *PKK* mit 7% zu rund 1% und über *sonstige politische AkteurInnen* mit knapp 10% zu 5% häufiger als der *Daily Telegraph*. Auch die *YPG*, die Schwesternorganisation der *PKK*, wird beim *Independent* mit 7% zu 0,4% mehr genannt. Der *Independent* hat mehr den türkisch-kurdischen Konflikt im Blick, welcher erneut Flüchtlingswellen auslösen könnte.

Nachdem der *Independent* signifikant mehr über den Konflikt im Nahen Osten im Bezug auf Syrien berichtet, ist es auch nicht verwunderlich, dass *Israel* mit rund 5% in dieser Zeitung häufiger vorkommt, als im *Daily Telegraph* mit rund 1%.

Nationale AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Nationale Regierung	6,5%	23,3%	***
Kanzler	6,3%	30,1%	***
Außenminister	7,4%	3,9%	**
Verteidigungsminister	1,1%	3,5%	***
Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen	3,8%	10,3%	***
ExpertInnen für Syrien-Konflikt und Flüchtlingskrise	6,1%	6,0%	
nicht-politische AkteurInnen	13,7%	18,1%	
SoldatInnen/Militär	2,4%	10,3%	***
Bevölkerung	5,4%	6,2%	
Land Allgemein	13,4%	34,4%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			
Darstellung von Ergebnissen nationaler AkteurInnen über 5%; Ausnahme: Verteidigungsminister			

Abb. 19: Nationale AkteurInnen - Ländervergleich

¹³ Daily Telegraph: JournalistIn in Flüchtlingskrise 37,6%*, JournalistIn in EU 51,7%***, JournalistIn in britische Intervention 39,4%*, JournalistIn in Syrien-Konflikt 29,5%, JournalistIn in Terrorismus 24,3%, JournalistIn in IS 26,4%;
Independent: JournalistIn in Syrien-Konflikt 50%***, JournalistIn in Konflikt im NO 59,2%***, JournalistIn in Friede 73,7%***, JournalistIn in IS 54,7%***, JournalistIn in Flucht 40,3%, JournalistIn in Flüchtlingskrise 42,1%, JournalistIn in britische Intervention 50,9%, JournalistIn in Terror 49,1%, EU 12,7%

Da die erwähnten AkteurInnen stark mit den Themen in Verbindung stehen, sind einige Unterschiede nicht verwunderlich und können auf die Themenauswahl zurückzuführen sein. In *Großbritannien* werden die meisten nationalen AkteurInnen signifikant häufiger genannt. So kommt die *Regierung* in *Großbritannien* mit rund 23% zu 6,5%, der *Kanzler* mit rund 30% zu rund 6% und das *eigene Land* mit knapp 34,5% zu rund 13,5% häufiger vor. Das Land war während der Berichterstattung sehr mit der eigenen Verhaltensweise, insbesondere mit der Verteidigungspolitik, beschäftigt. Zwar wird der *Verteidigungsminister* nur mit 3,5% zu rund einem Prozent signifikant häufiger erwähnt, allerdings steht in der britischen Berichterstattung vor allem der Kanzler Cameron im Mittelpunkt, der zur gleichen Zeit sich auch mit dem möglichen Ausstieg aus der EU und der Wahl seines oppositionellen Gegenspielers Corbyn auseinandersetzen musste. Cameron wird gemeinsam mit dem Land *Großbritannien* am weitaus häufigsten innerhalb der nationalen AkteurInnen genannt. Das Land ist sehr mit seiner eigenen Rolle als ehemalige hegemoniale Macht beschäftigt und fokussiert sich somit auf sich selbst. Das kann man in der Diskussion hinsichtlich der britischen Intervention und des Brexits erkennen. Auch *Kulturschaffende, Wissenschaftler und Sportler* werden in *Großbritannien* mit rund 10% zu 4% öfter erwähnt als in *Österreich*. Sie korrelieren¹⁴ besonders mit der Flüchtlingskrise. Da sich *Großbritannien* bei der Flüchtlingsaufnahme ziert, sehen sich prominente UnterstützerInnen in der Pflicht, der Regierung ins Gewissen zu reden. Die britische Intervention erklärt den signifikanten Unterschied hinsichtlich des *Militärs*.

Syrische AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Zeitungen Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Syrisches Regime	12,8%	14,4%	***
Baschar al-Assad	24,1%	24,9%	
Syrische Opposition	7,8%	8,7%	
Syrische Rebellen	11,4%	13,0%	
Sonst. syrische politische Organisation	2,0%	5,4%	
Syrische Kurden	4,3%	8,2%	
Syrische Flüchtlinge	45,0%	33,8%	
Syrische Armee/Truppen	9,4%	8,9%	
Syrien (allgemein)	6,0%	3,7%	
Sonstige Flüchtlinge	37,4%	27,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung svrischer AkteurInnen über 5%.			

Abb. 20: Syrische AkteurInnen - Ländervergleich

Österreich nennt nationale AkteurInnen weitaus seltener. Lediglich der *Außenminister* wird mit rund 7,5% zu knapp 4% häufiger erwähnt. Dieser kann während des

¹⁴ GB: Flüchtlingskrise in Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen 64%***

Untersuchungszeitraumes *Österreich* aufgrund seines neutralen Status als idealen Ort für Friedensverhandlungen inszenieren und das Land in eine Vermittlerrolle im Syrien-Konflikt positionieren. Der Außenminister korreliert¹⁵ stark mit dem Thema Friedensverhandlungen, welche durch die USA vorangetrieben werden.

Bei den syrischen AkteurInnen gibt es kaum signifikante Unterschiede. Kämpfende AkteurInnen wurden von beiden Ländern meistens ähnlich erwähnt. Einzig die Nennung von *syrischen Kurden* unterscheidet sich, indem *Großbritannien* mit rund 8% fast doppelt so oft über sie berichtet. Das könnte mit dem Türkei-PKK-Konflikt zusammenhängen, über welches *Großbritannien* ebenfalls öfters berichtet. Auch die häufige Nennung von *syrischen* und *sonstigen Flüchtlingen* in *Österreich* hängt mit der stärkeren Berichterstattung über die Flüchtlingskrise in den österreichischen Medien zusammen.

Russische AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Wladimir Putin	12,7%	19,2%	***
Sergei Lawrow	6,3%	2,1%	***
Sonstige russische PolitikerInnen	4,5%	8,5%	**
Russische SoldatInnen/Militär	7,4%	10,7%	
Russland (allgemein)	25,7%	21,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung russischer AkteurInnen über 5%.			

Abb. 21: Russische AkteurInnen - Ländervergleich

Hinsichtlich russischer AkteurInnen werden *Putin* mit rund 19% zu knapp 13% und *sonstige PolitikerInnen* mit 8,5% zu 4,5% in den *britischen Medien* häufiger genannt, während der Außenminister *Sergei Lawrow* in *Österreich* mit rund 6% zu rund 2% öfter vorkommt. Da sich *Großbritannien* mehr mit dem Konflikt und den Kriegshandlungen beschäftigt, wird das Land auch Russland als Akteur häufiger thematisieren. *Putin* ist hinsichtlich der russischen Intervention der direkte Ansprechpartner.

Von den Ländern im Nahen und Mittleren Osten sind die am häufigsten genannten Akteure die *Türkei*, gefolgt von *Iran*, *Saudi-Arabien* und *Irak*. Die *Türkei* wird mit rund 20% zu 14% signifikant häufiger in *Österreich* genannt als in *Großbritannien*. Auch *Erdogan* wird mit 8,5% um etwa 3% in der *österreichischen Berichterstattung* öfter erwähnt. Die *Türkei* gilt für die von der Flüchtlingskrise betroffenen Länder als wichtiger Schlüssel-Akteur, da das Land die Menge an Flüchtenden durch Grenzkontrollen kontrollieren könnte. Zudem

¹⁵ AUT: Friedensverhandlungen in Außenminister Kurz 39%***

schwappet der syrische Konflikt allmählich in die Türkei über und lässt den alten Konflikt zwischen der Türkei und der PKK wieder aufflammen, wodurch eine weitere Flüchtlingswelle droht. Der *Iran* ist wichtig für Assad und steht auch durch das Atom-Abkommen immer wieder in den Nachrichten. *Saudi Arabien* gilt ebenfalls als wichtiger Akteur, der sich allerdings im Gegensatz zum Iran gegen Assad stellt.

Sonstige nicht-westliche AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Türkei gesamt	20,4%	14,0%	***
Recep Tayyip Erdogan	8,5%	5,4%	**
Türkische politische AkteurInnen	6,7%	7,4%	
Iran	12,3%	14,4%	
Irak	6,9%	8,5%	
Saudi-Arabien	10,5%	9,1%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung aller sonstigen nicht-westlichen AkteurInnen über 5%.			

Abb. 22: Sonstige nicht-westliche AkteurInnen - Ländervergleich

Der *IS* steht zwar in beiden Ländern als terroristische Vereinigung im Fokus, wird in *Großbritannien* jedoch mit rund 6% Unterschied um einiges häufiger genannt. Auch die *DschihadistInnen* werden in *England* mit rund 15% fast doppelt so oft erwähnt. Das deckt sich mit dem Unterschied beim Thema IS, gegen die das Land intervenieren möchte.

Terroristische und religiöse AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
IS	31,6%	48,7%	***
Al-Qaida	3,3%	5,6%	***
Al-Nusra Front	4,9%	6,0%	
DschihadistInnen	6,7%	15,3%	
Hisbollah	4,5%	6,4%	
MuslimInnen/Muslimbrüder	3,4%	5,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung terroristischer und religiöser AkteurInnen über 5%.			

Abb. 23: Terroristische und religiöse AkteurInnen - Ländervergleich

Betrachtet man die westlichen und internationalen AkteurInnen gibt es kaum signifikante Unterschiede. Der *Westen* wird in *Großbritannien* mit rund 17% häufiger erwähnt als in *Österreich* mit knapp 10%. Auch weitere *amerikanische Akteure* kommen in *England* mit fast 18% zu 8% öfter in den Nachrichten vor. Dies mag an der Orientierung der einstigen Großmacht an die westliche Richtungsweisung sowie am Bündnis mit Amerika liegen. Die *EU* hingegen wird in *Österreich* mit fast 30% zu 23% häufiger genannt. *Österreich* ist in Sachen Flüchtlingsfragen von der Unterstützung der EU abhängig.

Westliche und internationale AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Westen	9,8%	16,7%	***
USA	23,7%	28,0%	
Barack Obama	8,9%	8,9%	
Deutschland	18,4%	17,9%	
Angela Merkel	12,7%	13,0%	
Frankreich	10,1%	11,5%	***
Andere Europäische Staaten	19,2%	16,5%	
Andere EU PolitikerInnen/AkteurInnen	19,0%	19,2%	
Andere USA PolitikerInnen	8,0%	17,7%	
Sonstige AkteurInnen anderer Regionen	5,2%	8,2%	
EU	29,8%	22,9%	**
EU-Organisationen	13,2%	11,3%	
Nato PolitikerInnen	3,6%	6,0%	
UNO-PolitikerInnen	17,7%	14,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung westliche und internationale AkteurInnen über 6%.			

Abb. 24: Westliche und internationale AkteurInnen - Ländervergleich

Es werden besonders ausländische Medien erwähnt. *Großbritannien* bezieht sich mit fast 9% zu rund 5% mehr auf nationale Medien und eben auch mit 8% zu fast 2% auf die BBC. Auch hier erkennt man wieder, dass sich *Großbritannien* mehr als *Österreich* auf eigene AkteurInnen und Themen stützt. Einen Unterschied gibt es auch hinsichtlich russischer Medien, die in der britischen Berichterstattung mit rund 5% häufiger vorkommen als in Österreich mit rund 1,5%. Syrische und arabische Medien kommen hingegen kaum vor.

Medien-AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
BBC	1,6%	8,0%	***
Nationale Medien	5,2%	8,9%	**
Russische Medien	1,4%	4,7%	***
Sonstige ausländische Medien	19,7%	15,5%	
JournalistIn	32,2%	36,7%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung Medien-AkteurInnen über 4%.			

Abb. 25: Medien-AkteurInnen - Ländervergleich

8.2.4. Nachrichtenfaktoren

Bei den Nachrichtenfaktoren gibt es in Österreich bei der *Etablierung* einen signifikanten Unterschied. Im *Standard* findet man den Faktor mit 23% fast doppelt so stark vor wie in der *Presse*. Dieser Faktor hängt¹⁶ in der links-liberalen Zeitung mit der Flüchtlingskrise zusammen. Der *Standard* schafft die Krise deutlich häufiger als ein Thema darzustellen,

¹⁶ Standard: Etablierung in Flüchtlingskrise 27,7%*; Flüchtlingskrise in Etablierung 67,2%*

welches an Ereignisse anknüpft und in der Bevölkerung im Gespräch ist. Auch der Faktor *Personalisierung* kommt mit rund 25% mehr als doppelt so oft vor. Die *Personalisierung* korreliert beim *Standard*¹⁷ mit der *Betroffenheit* und findet sich in 46% aller Fälle in der Berichterstattung über *Flucht* wieder. So versucht er möglicherweise einen stärkeren Bezug der RezipientInnen zu dem Thema *Flüchtlingskrise* aufzubauen und einigen Flüchtlingen ein Gesicht zu geben. Die *Personalisierung* korreliert¹⁸ auch stark mit der Emotionalisierung von Menschen. In dem Nachrichtenfaktor werden gerne Kinder emotional dargestellt und die Nachricht dramatisiert. Grund dafür könnte sein, dass der *Standard* durch seine links-liberale Einstellung mehr den gesellschaftlichen Aspekt hervorheben möchte. Den Faktor *Überraschung* findet sich in der *Presse* mit fast 15% zu 9% häufiger vor. Dieser Nachrichtenfaktor¹⁹ ist zu rund einem Viertel aller Fälle im Faktor *Erfolg* und zu einem Drittel im Faktor *Betroffenheit* enthalten und findet sich in fast 28% aller Nachrichten über *Kriegshandlungen* wieder.

Nachrichtenfaktoren - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Etablierung	12,3%	22,8%	***
Überraschung	14,7%	9,0%	**
Personalisierung	11,9%	25,4%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Unterschiede.			

Abb. 26: Nachrichtenfaktoren - Österreich

Großbritannien unterscheidet sich bei den Nachrichtenfaktoren *Dauer*, *Schaden* und *Personalisierung*, welche jeweils im *Independent* stärker auftreten. Die *Dauer* findet man beim *Daily Telegraph* in rund 18% und beim *Independent* in rund 31% aller Fälle. Dieser Nachrichtenfaktor enthält²⁰ im *Independent* zu vier Fünftel den Faktor *gewaltsamer Konflikt* und zu zwei Fünftel den Faktor *Komplexität*. Er taucht auch häufig in den Themen *Konflikt in Syrien* und dem *Nahen Osten*, *Friede* und *Waffenruhe* auf. Da der *Independent* politisch gesehen auf Seiten des pazifistischen Corbyn steht, kann diese Korrelation von Themen und Nachrichtenfaktoren vermuten lassen, dass die Zeitung auf die Dauer des Konfliktes anspielt, um mehr auf die verzweifelte Lage hinzuweisen, die durch bisherige Intervention nicht gelöst werden konnte.

¹⁷ Standard: Betroffenheit in Personalisierung 55,9%*, Personalisierung in Flucht 45,6%***

¹⁸ Standard: Emotionalisierung von Menschen in Personalisierung 63,2%***, Emotionalisierung von Kinder in Personalisierung 26,5%***, Dramatisierung in Personalisierung 33,8%*

¹⁹ Presse: Erfolg in Überraschung: 23,8%***, Betroffenheit in Überraschung 33,3%*, Überraschung in Kriegshandlungen 27,8%***;

²⁰ Independent: gewaltsamer Konflikt in Dauer 82,9%***, Komplexität in Dauer 44,7%***, Dauer in Syrien-Konflikt 35,7%***, Dauer in Konflikt im Nahen Osten 43,7%***, Dauer in Frieden 52,6%*, Dauer in Waffenruhe 66,7%*, Dauer in Kriegshandlungen 44,4%*

Nachrichtenfaktoren - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Dauer	18,3%	31,1%	***
Schaden	27,4%	36,9%	**
Personalisierung	13,3%	27,5%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 27: Nachrichtenfaktoren - Großbritannien

Ein weiterer Unterschied stellt der Nachrichtenfaktor *Schaden* dar. Die Berichterstattung des *Independent* beinhaltet mit rund 37% um 10% signifikant häufiger diesen Faktor. Dieser korreliert²¹ in der konservativen Zeitung stark mit den Faktoren *Betroffenheit* und *gewaltsamer Konflikt*. Der *Independent* berichtet also zwar weniger über Kriegshandlungen, aber mehr über den Schaden, der dadurch entsteht, weshalb der Krieg selber wahrscheinlich negativer dargestellt wird, als beim *Daily Telegraph*.

Den dritten Unterschied stellt die *Personalisierung* dar. Auch hier berichtet der *Independent* mit 27,5% mehr als doppelt so viel. Dieser Nachrichtenfaktor kommt im *Independent* in fast 40% aller Fälle über Flucht vor²², ist aber in kriegsrelevanten Themen wie der russischen Intervention oder Assad seltener²³. Der *Independent* personalisiert somit die Menschen im Krieg weniger, während er beim Thema Flucht eher eine Verbindung zu den handelnden AkteurInnen, sei es Flüchtlinge oder PolitikerInnen, herstellt.

Beim Ländervergleich findet man hier häufiger signifikante Unterschiede, als dies innerhalb eines Landes der Fall ist. Der stärkste Nachrichtenfaktor ist der *gewaltsame Konflikt*, was bei diesem Thema nicht weiter verwunderlich ist. *Großbritannien* berichtet mit rund 72% weit mehr über den *gewaltsamen Konflikt* als *Österreich* mit knapp 54%. Dieses Ergebnis verhält sich proportional mit dem Kommunikationsthema *Syrien-Konflikt*. Weitere starke Nachrichtenfaktoren sind die *Betroffenheit*, in der sich *Großbritannien* und *Österreich* mit rund 58% zu rund 46% und *politische Elite-Personen* mit rund 59% zu rund 43% unterscheiden. Die *Betroffenheit* findet sich²⁴ in der britischen Berichterstattung in rund 44% aller Fälle im *Schaden* und besonders stark in den Kommunikationsthemen *Gewalt*, *Flucht* und *Flüchtlingskrise* wieder. Menschen waren vor allem von der Flucht und durch die Flüchtlingskrise betroffen. Allerdings werden die Flüchtlinge in diesen Beiträgen, wie wir später sehen werden, eher positiv wahrgenommen. Somit kann man

²¹ Daily Telegraph: Betroffenheit in Schaden 75,8%***, gewaltsamer Konflikt in Schaden 89,4%***

²² Independent: Personalisierung in Flucht 38,7%*

²³ Independent: Personalisierung in russische Intervention 9,6%***, syrischer Präsident -17,2%*

²⁴ GB: Schaden in Betroffenheit 43,8%***, Betroffenheit in in Gewalt 84,4%***, Betroffenheit in Flucht 87,3%*** Betroffenheit in Flüchtlingskrise 69,1%***

eine übermäßig negative Betroffenheit der BürgerInnen durch die Flüchtlingskrise eher ausschließen. Viele Flüchtlinge verlieren auf der Flucht ihr Leben, was Flüchtlinge und die Bevölkerung betroffen macht. Camerons Plan ist es, Flüchtlinge, die über die übliche Route kommen, abzulehnen und welche direkt von den Flüchtlingslagern vor Ort aufzunehmen. Seine Begründung ist, dass er nicht möchte, dass noch mehr Menschen auf diesem Weg sterben. Die Betroffenheit stützt ihn in seinem Vorhaben. Den Unterschied des Faktors *Elite-Personen* lässt sich durch die häufige Nennung von Cameron und der Konzentration auf politische Handlungen in der eigenen Nation erklären.

Nachrichtenfaktoren - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Etablierung	17,4%	13,6%	***
Dauer	20,4%	24,7%	
Betroffenheit	45,8%	58,4%	
Elite-Person, Politik	42,9%	58,6%	
Elite-Person, nicht politisch	2,0%	5,4%	
Nähe	41,4%	41,6%	***
Überraschung	11,9%	11,5%	
Struktur, Komplexität	21,7%	31,1%	
Konflikt 1, nicht gewaltsam	32,0%	46,0%	
Konflikt 2, Gewalt, Kriminalität	53,9%	71,5%	
Schaden	18,4%	32,2%	**
Status der Ereignisnation	25,0%	32,2%	
Erfolg	11,9%	9,3%	
Personalisierung	18,4%	20,4%	
Ethnozentrismus	2,5%	4,1%	
Misserfolg	13,4%	14,4%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung aller Nachrichtenfaktoren.			

Abb. 28: Nachrichtenfaktoren - Ländervergleich

Nicht politische Elite-Personen kommen in beiden Ländern selten vor, in *Großbritannien* mit rund 5% allerdings mehr als in *Österreich* mit 2%. Die Zeitungen in *England* brauchen möglicherweise MeinungsführerInnen um ihre Meinungen zu legitimieren.

Der Nachrichtenfaktor des *nicht gewaltsamen Konfliktes* kommt ebenfalls häufig in der Berichterstattung vor. In *Großbritannien* ist der Faktor mit 46% stärker als in *Österreich* mit 32%. In der *britischen Berichterstattung* befindet sich der Nachrichtenfaktor²⁵ zu 60-70% in den Themen *innerparteilicher und politischer Wettbewerb*, *Flucht* sowie *Flüchtlingskrise* und *EU*. In *Österreich* schaut es ähnlich aus, allerdings korreliert der

²⁵ GB: nicht gewaltsame Konflikte in innerparteilichem und politischem Wettbewerb 73,6***, der Flucht 60,9%***, nicht gewaltsame Konflikte in Flüchtlingskrise 61,8%*** nicht gewaltsame Konflikte in EU 72,7%***

Faktor²⁶ nicht mit dem Thema Flucht und der Nachrichtenfaktor kommt auch nicht so häufig vor wie in *England*. In *Großbritannien* herrscht auf politischer Ebene ein Konflikt, ob man Flüchtlinge, die sich auf der Flucht befinden, in Großbritannien aufnehmen soll oder nicht. In *Österreich* als Transitland stellt sich hingegen diese Frage nicht, da sie keine andere Wahl haben als zu reagieren, während *Großbritannien* eine privilegierte Position einnehmen kann. Der Faktor *nicht-gewaltsamer Konflikt* kommt auch deshalb so häufig vor, weil es auf europäischer Ebene und auch innerpolitisch unterschiedliche Meinungen gibt, wie mit der Flüchtlingskrise umzugehen ist. Durch die Wahl von Corbyn als Labour-Chef kommt auch der politische Wettbewerb in *Großbritannien* wieder ins Spiel.

Der Nachrichtenfaktor *Struktur und Komplexität* lässt sich in *Großbritannien* mit rund 31% zu 21% stärker erheben. In beiden Ländern korreliert²⁷ der Faktor vor allem mit den Themen *Konflikt in Syrien* und dem *Nahen Osten*, wobei er in *Großbritannien* im *Nahost-Konflikt* stärker vorhanden ist. Die Konflikte sind sehr verworren, indem sich etliche AkteurInnen mit unterschiedlichen Interessen beteiligen. *Großbritannien* berichtet hier allgemein stärker über den syrischen Konflikt, weshalb auch mehr aufklärende Hintergrundinformationen nicht überraschen. Dasselbe betrifft den Faktor *Schaden*, der ebenfalls in *Großbritannien* mit rund 32% stärker auftaucht als in *Österreich* mit 18%.

Der Nachrichtenfaktor *Status der Ereignisnation* betrifft *Großbritannien* mit rund 32% stärker als *Österreich* mit rund 25%. Welche Nationen mit dem Faktor genannt werden ist ebenfalls sehr unterschiedlich. Während in *Großbritannien*²⁸ der Status der Ereignisnation in rund 42% aller Fälle beim eigenen Land vorkommt, gibt es in *Österreich*²⁹ zur eigenen Nation keinen signifikanten Zusammenhang. Die *USA* wurde bei diesem Nachrichtenfaktor immer codiert. In *Österreich*³⁰ und *Großbritannien*³¹ findet sich *Russland* und *Putin* ebenfalls stark unter diesem Faktor wieder. Für *Österreich* ist Russland wirtschaftlich sehr wichtig und sie pflegen eine gute Beziehung zu dem Land. Der Status der eigenen Nation ist für *Großbritannien* wichtig, weil das Land auch die eigene britische Intervention und sich selbst als bedeutsam für den Verlauf der Krise ansieht.

²⁶ AUT: nicht gewaltsame Konflikte in innerparteilichem und politischem Wettbewerb 60,5%***, nicht gewaltsame Konflikte in Flucht 31,4%, nicht gewaltsame Konflikte in Flüchtlingskrise 42,7%***, Flüchtlingskrise in nicht gewaltsame Konflikte 72,9%; nicht gewaltsame Konflikte in EU 56,5%***

²⁷ AUT: Struktur & Komplexität in Syrien-Konfl. 25,8%*, Struktur & Komplexität in NO-Konfl. 36,2%***
GB: Struktur & Komplexität in Syrien-Konflikt 35,5%***, Struktur & Komplexität in NO-Konfl. 53,3%***

²⁸ GB: Status der Ereignisnation in Großbritannien 41,9%***,

²⁹ AUT: Status der Ereignisnation in Österreich 28,4% (nicht signifikant)

³⁰ AUT: Status der Ereignisnation in Russland 43%*** Status der Ereignisnation in Putin 48,6%***

³¹ GB: Status der Ereignisnation in Russland 41,9%* Status der Ereignisnation in Putin 46,2%***

8.2.5. Tendenz

Die Tendenz wurde immer mit dem gesamten Artikel in Beziehung gesetzt, da ich dadurch eine bessere Übersicht erhalte und sie somit besser vergleichen kann.

In Österreich kann man keinen signifikanten Unterschied in der Tendenz zu Österreich, Großbritannien, Assad, Russland, dem Islam, den Flüchtlinge und der USA erkennen.

Tendenz syrische Opposition - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
keine Tendenz	94,4%	92,2%	**
stark kritische Tendenz	1,8%	0,0%	
mäßig kritische Tendenz	1,1%	2,6%	
ambivalente Tendenz	2,1%	1,5%	
schwach freundliche Tendenz	0,7%	3,4%	
stark freundliche Tendenz	0,0%	0,4%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0.05, ***p<0.01			

Abb. 29: Tendenz syrische Opposition - Österreich

Über *die syrische Opposition* wird beim *Standard* mit insgesamt fast 4% freundlicher berichtet als bei der *Presse*. Die *Presse* nimmt eine ambivalente oder negative Haltung ein.

In der *Presse* taucht der *IS* als Kommunikationsthema in 30% aller Fälle auf. Eine Tendenz besteht in der gesamten Berichterstattung in 22,5%. Beim *Standard* wird über den *IS* mit rund 24 % berichtet, während bei der *Presse* eine Tendenz mit rund 15% besteht. Über den Islamischen Staat wird allerdings eher negativ berichtet, wobei die Töne der *Presse* eher mäßig als stark sind. Beim *Standard* ist der Unterschied nicht so groß.

Tendenz IS/Terror - Österreich

Tendenz IS/ Terror Österreich			
Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
keine Tendenz	77,5%	85,1%	**
stark kritische Tendenz	8,4%	6,0%	**
mäßig kritische Tendenz	14,0%	7,8%	
ambivalente Tendenz	0,0%	0,4%	
schwach freundliche Tendenz	0,0%	0,4%	
stark freundliche Tendenz	0,0%	0,4%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0.05, ***p<0.01			

Abb. 30: Tendenz/IS - Österreich

Über die *EU* als Kommunikationsthema wird in beiden Zeitungen mit rund 14% gleich stark berichtet. Auch die Tendenz ist mit rund 12% und 13% ähnlich hoch. Es schwingt also fast immer beim Kommunikationsthema *EU* eine Tendenz mit. Während beide eher

negativ über die EU berichten, ist die Tendenz beim *Standard* mit rund 3% der EU gegenüber signifikant freundlicher als in der *Presse*. Die links-liberale Zeitung bewertet die Handlungen von der EU hinsichtlich der Flüchtlingskrise positiver.

Tendenz EU - Österreich

Ja-% N= 553	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
keine Tendenz	88,4%	87,3%	**
stark kritische Tendenz	1,4%	2,6%	
mäßig kritische Tendenz	8,8%	5,2%	
ambivalente Tendenz	0,7%	1,5%	
schwach freundliche Tendenz	0,7%	3,4%	
stark freundliche Tendenz	0,0%	0,0%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 31: Tendenz EU - Österreich

In *Großbritannien* gibt es keinen signifikanten Unterschied in der Tendenz bei Österreich, Assad, der Demokratiebewegung, der Regierung arabischer Staaten, Russland, dem Terror, dem Islam und der EU. Die USA weist signifikant auf, dass es allgemein eine Tendenz gibt. Sie lässt aber keine Schlüsse darüber ziehen, inwiefern sie sich unterscheiden.

Tendenz Großbritannien - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
keine Tendenz	81,3%	77,9%	*** ** ***
stark kritische Tendenz	0,0%	6,1%	
mäßig kritische Tendenz	6,2%	2,7%	
ambivalente Tendenz	3,7%	2,5%	
schwach freundliche Tendenz	7,5%	0,4%	
stark freundliche Tendenz	1,2%	0,4%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 32: Tendenz Großbritannien - Großbritannien

In *Großbritannien* gibt es hinsichtlich der Betrachtung des eigenen Landes einige signifikante Unterschiede. Während der *Daily Telegraph* über *Großbritannien* positiver berichtet, besonders im schwach freundlichen Segment mit 7,5% zu 0,4%, schreibt der *Independent* über sein eigenes Land mit 6,1% stark kritisch. Der *Daily Telegraph* lässt sich hingegen nie stark kritisch aus, ist allerdings bei der mäßig kritischen Tendenz mit rund 6% signifikant stärker als der *Independent* mit knapp 3%. Im *Independent* wird *Großbritannien* oft dafür kritisiert, dass das Land nicht mehr Flüchtlinge aufnimmt. Die Konservativen hingegen sehen *Großbritannien* immer noch als wichtig und stark in der Weltgesellschaft an, weshalb sie auf eine Intervention drängen und für eine Beibehaltung des Atomraketensterns Trident sind, welche wiederum Corbyn abschaffen möchte.

Tendenz Syrische Opposition - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
keine Tendenz	90,9%	84,4%	**
stark kritische Tendenz	1,2%	2,5%	
mäßig kritische Tendenz	4,1%	0,8%	
ambivalente Tendenz	2,5%	4,5%	***
schwach freundliche Tendenz	0,8%	5,3%	
stark freundliche Tendenz	0,4%	2,5%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 33: Tendenz Syrische Opposition - Großbritannien

Auch hinsichtlich der *syrischen Opposition* gibt es signifikante Unterschiede. Während der *Daily Telegraph* wie die *Presse* zu einer negativen Tendenz ihnen gegenüber tendiert, sieht der *Independent* sie ähnlich wie der *Standard* eher positiv. Durch die Ablehnung einer britischen Intervention durch die Labour-Partei ist möglicherweise die Hoffnung da, eine gute Opposition in Syrien zu haben, durch welche eine diplomatische Lösung durchgerungen werden kann. Dazu muss es aber eine Alternative zu Assad geben.

Tendenz Flüchtlinge - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
keine Tendenz	77,2%	63,5%	***
stark kritische Tendenz	0,8%	0,0%	**
mäßig kritische Tendenz	9,5%	4,1%	
ambivalente Tendenz	6,6%	7,4%	
schwach freundliche Tendenz	3,7%	16,0%	***
stark freundliche Tendenz	2,1%	9,0%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 34: Tendenz Flüchtlinge - Großbritannien

Einen starken Unterschied gibt es hinsichtlich der *Flüchtlinge*. Hier besteht beim *Daily Telegraph* nur zu 22% eine Tendenz, während der *Independent* mit 36,5% häufiger eine Tendenz *Flüchtlingen* gegenüber aufweist. Zur Erinnerung: Die Flüchtlingskrise wurde zu 39% und 47% in den britischen Zeitungen thematisiert. Der *Independent* weist also innerhalb des Themas rund um ein Viertel eine stärkere Tendenz auf als der *Daily Telegraph*. Diese ist bei der links-liberalen Zeitung auch signifikant freundlicher, während die konservative Zeitung kritischer berichtet. Beide weisen kaum eine stark kritische Tendenz gegenüber Flüchtlingen auf und versuchen möglicherweise dadurch eine gefährlich kritische Haltung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen nicht zu fördern. Durch die Flüchtlings-Initiative des *Independent* versucht dieser hingegen sogar eine positive Stimmung in den Diskurs einzubringen.

Tendenz nationales Land - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	87,7%	79,6%	***
stark kritische Tendenz	1,6%	3,1%	
mäßig kritische Tendenz	5,1%	9,5%	
ambivalente Tendenz	0,7%	3,1%	
schwach freundliche Tendenz	4,5%	3,9%	
stark freundliche Tendenz	0,4%	0,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 35: Tendenz nationales Land - Ländervergleich

Vergleicht man *Österreich* und *Großbritannien* miteinander gibt es einen Unterschied, wie sie jeweils ihr eigenes Land betrachten. *Großbritannien* steht sich signifikant stärker neutral oder mäßig kritisch gegenüber als *Österreich*. Der Unterschied hängt vor allem vom *Independent* ab, der sein eigenes Land aufgrund des Umgangs mit der Flüchtlingskrise negativ sieht. *Großbritannien* bewertet mit 20% sein Land stärker als *Österreich* mit rund 12%. Es reflektiert sich mehr und versucht sich ins Weltgeschehen einzuordnen. Durch den Verlust seiner Macht und dem damals drohenden Brexit, müssen sie sich von anderen abgrenzen, um zu sehen wo sie stehen.

Tendenz Assad - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	keine Tendenz	84,6%	79,9%	**
	stark kritische Tendenz	4,9%	3,9%	
	mäßig kritische Tendenz	7,1%	13,5%	
	ambivalente Tendenz	2,5%	2,2%	
	schwach freundliche Tendenz	0,9%	0,4%	
	stark freundliche Tendenz	0,0%	0,0%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 36: Tendenz Assad – Zeitvergleich

Beim Ländervergleich gibt es keinen signifikanten in der Tendenz zu *Assad*. Die Berichterstattung über ihn fällt in *Österreich* sowie in *Großbritannien* ähnlich negativ aus. Betrachtet man den Zeitraum vor und nach der russischen Intervention, gibt es einen leichten signifikanten Unterschied in *Österreich*, indem häufiger eine Tendenz in der Berichterstattung erkennbar ist und dadurch die mäßig kritische Tendenz von rund 7% auf 13,5% steigt. Die Richtung verändert sich also nicht wirklich drastisch. Durch die russische Intervention kommen die Länder in Bedrängnis, sich für oder gegen Assad auszusprechen. Da dieses Thema stärker wird, melden sich auch mehr Assad-KritikerInnen in der Berichterstattung in *Großbritannien* zu Wort.

Tendenz syrische Opposition - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	93,3%	87,6%	***
stark kritische Tendenz	0,9%	1,9%	
mäßig kritische Tendenz	1,8%	2,5%	
ambivalente Tendenz	1,8%	3,5%	
schwach freundliche Tendenz	2,0%	3,1%	
stark freundliche Tendenz	0,2%	1,4%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 37: Tendenz syrische Opposition - Ländervergleich

Was die *syrische Opposition* betrifft, kann man in *Großbritannien* um rund 5% häufiger eine Tendenz erkennen. Sie ist in der britischen Berichterstattung auch ein bisschen freundlicher, fällt aber in beiden Ländern gleichmäßig negativ wie positiv auf.

Tendenz Syrische Opposition - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	keine Tendenz	95,7%	90,0%	*** **
	stark kritische Tendenz	0,9%	0,9%	
	mäßig kritische Tendenz	1,2%	2,6%	
	ambivalente Tendenz	0,6%	3,5%	
	schwach freundliche Tendenz	1,5%	2,6%	
	stark freundliche Tendenz	0,0%	0,4%	
GB	keine Tendenz	91,0%	83,0%	*** **
	stark kritische Tendenz	0,4%	3,9%	
	mäßig kritische Tendenz	1,1%	4,4%	
	ambivalente Tendenz	3,2%	3,9%	
	schwach freundliche Tendenz	2,2%	4,4%	
	stark freundliche Tendenz	2,2%	0,5%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 38: Tendenz syrische Opposition - Zeitvergleich

Die Tendenz zur *syrischen Opposition* verändert sich durch die russische Intervention. Da der Konflikt in der Berichterstattung danach stärker thematisiert wird, kommt in *Österreich* häufiger eine Tendenz vor, die aber relativ gleichmäßig positiv wie negativ ausfällt. Die ambivalente Tendenz steigt mit 3% am meisten an. Auch in *Großbritannien* verändert sich die Tendenz, jedoch mehr ins Negative. Vor allem die stark kritische Tendenz verändert sich von fast nichts auf rund 4% und die mäßig kritische Tendenz steigt von 1,1% auf 4,4% an. Die Meinung über die syrische Opposition und Assad gefährdet die Beziehung zwischen Russland und den USA. Während die USA moderate Rebellen unterstützt, kämpft Russland inoffiziell mit Assad gegen diese. Nachdem Russland als Akteur häufiger in *Großbritannien* auftritt, findet sich nach der Intervention auch deren negative Einstellung zur Opposition stärker in den Nachrichten wieder.

Tendenz Russland - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	keine Tendenz	91,4%	75,5%	***
	stark kritische Tendenz	0,6%	6,1%	***
	mäßig kritische Tendenz	4,9%	14,0%	***
	ambivalente Tendenz	0,9%	1,3%	
	schwach freundliche Tendenz	2,2%	2,2%	
	stark freundliche Tendenz	0,0%	0,9%	
GB	keine Tendenz	92,5%	71,8%	***
	stark kritische Tendenz	1,8%	9,7%	***
	mäßig kritische Tendenz	3,9%	15,0%	***
	ambivalente Tendenz	0,0%	1,5%	
	schwach freundliche Tendenz	1,4%	1,5%	
	stark freundliche Tendenz	0,4%	0,5%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 39: Tendenz Russland - Zeitvergleich

Es gibt zwischen den Ländern keinen signifikanten Unterschied in der Tendenz zu *Russland*. Sie fällt allerdings in *Österreich*, wie auch *Großbritannien*, stärker negativ aus. Grund dafür kann sein, dass Russland den Konflikt vor Ort verkompliziert, eine neue Flüchtlingswelle gefährdet und eine Lösung ohne Assad unwahrscheinlich macht.

Nach der russischen Intervention wird die Tendenz zu Russland in *Österreich* negativer. Die stark kritische Tendenz steigt von fast nichts auf rund 6% und die mäßig kritische Tendenz verdreifacht sich nahezu. Das gleiche kann man in *Großbritannien* erkennen, wo sich die stark kritische Tendenz vervierfacht und die mäßig kritische Tendenz sich von 4% wieder mehr als verdreifacht. Durch die Intervention steigt die Sorge, dass sich die Lage zunehmend verschlechtert, in Syrien, aber auch hinsichtlich der Flüchtlingskrise.

Tendenz IS/Terror - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	81,2%	64,7%	***
stark kritische Tendenz	7,2%	16,5%	***
mäßig kritische Tendenz	11,0%	18,6%	***
ambivalente Tendenz	0,2%	0,0%	
schwach freundliche Tendenz	0,2%	0,2%	
stark freundliche Tendenz	0,2%	0,0%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 40: Tendenz IS/Terror - Ländervergleich

Die Tendenz zum *IS* und dem *Terror* ist mit rund 35% zu 19% in *Großbritannien* am stärksten. Nicht überraschend ist, dass sie in beiden Ländern negativ ausfällt. Diese starke tendenzielle negative Zuschreibung könnte den Kampf gegen den Terror und somit ihre

Intervention legitimieren, indem in der Bevölkerung eine Angst und Wut hervorgerufen wird. Während es in Österreich kaum einen Unterschied zwischen der negativen Tendenz von Assad und dem IS gibt, also beide eher als Ursache der Krise bzw. auch der Flüchtlingskrise dargestellt werden und man sich um beide Themen kümmern muss, ist der IS in Großbritannien viel stärker negativ im Vordergrund und lässt somit erahnen, dass dieser den stärkeren Feind ausmacht, welcher zuerst bekämpft werden muss.

Tendenz IS/Terror - Zeitvergleich

Ja-%		Wochen		Chi ²
N= 1038		vor der Intervention	nach der Intervention	
GB	keine Tendenz	68,1%	60,2%	**
	stark kritische Tendenz	16,5%	16,5%	
	mäßig kritische Tendenz	15,4%	22,8%	
	ambivalente Tendenz	0,0%	0,0%	
	schwach freundliche Tendenz	0,0%	0,5%	
	stark freundliche Tendenz	0,0%	0,0%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 41: Tendenz IS/Terror - Zeitvergleich

Die russische Intervention hat die Tendenz zum *IS* und zum *Terror* in *Österreich* über die Zeit nicht verändert. Nur in *Großbritannien* steigt sie mäßig kritisch von rund 15% auf fast 23% an. Die Abstimmung im Parlament über eine russische Intervention rückt immer näher und *Großbritannien* möchte sich vermutlich nach der Intervention von Russland ebenfalls positionieren. Dazu braucht es einen Feind, der bekämpft werden muss.

Tendenz Flüchtlinge - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	71,1%	70,3%	
stark kritische Tendenz	1,6%	0,4%	
mäßig kritische Tendenz	7,4%	6,8%	
ambivalente Tendenz	6,9%	7,0%	
schwach freundliche Tendenz	9,2%	9,0%	
stark freundliche Tendenz	3,8%	5,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 42: Tendenz Flüchtlinge - Ländervergleich

Bei der Tendenz zu den *Flüchtlings* gibt es keine signifikanten Unterschiede. Mit rund 29% und rund 30% weisen beide eine hohe tendenzielle Zuweisung auf. Die Verteilung ist auf die positive, ambivalente und negative Tendenz relativ ausgeglichen. So werden alle Bedenken, aber auch Hoffnungen vermittelt und die gespaltene Gesellschaft relativ gut auch in der Berichterstattung abgebildet.

Tendenz EU - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	87,9%	90,9%	
stark kritische Tendenz	2,0%	0,8%	
mäßig kritische Tendenz	7,1%	5,4%	
ambivalente Tendenz	1,1%	2,1%	
schwach freundliche Tendenz	2,0%	0,8%	
stark freundliche Tendenz	0,0%	0,0%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 43: Tendenz EU - Ländervergleich

Es gibt zwischen den Ländern keine unterschiedliche Tendenz zur *EU*. Sie wird von beiden Ländern allerdings eher schwach-kritisch beurteilt, da sich wahrscheinlich viele EU-Länder von der EU im Stich gelassen fühlen oder in Entscheidungen gedrängt werden.

Tendenz USA - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
keine Tendenz	92,8%	87,8%	***
stark kritische Tendenz	0,7%	2,3%	
mäßig kritische Tendenz	4,0%	8,0%	
ambivalente Tendenz	1,1%	0,2%	
schwach freundliche Tendenz	1,3%	1,0%	
stark freundliche Tendenz	0,2%	0,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 44: Tendenz USA - Ländervergleich

Amerika wird von beiden Ländern ebenfalls etwas kritischer betrachtet. Die *britische Berichterstattung* enthält mit rund 12% signifikant häufiger eine Tendenz als *Österreich* mit knapp 7%. Allerdings kommt die USA in *Großbritannien* nicht gut weg. Hier wird mit 8% doppelt so mäßig kritisch berichtet, wie in *Österreich*. Dies könnte daran liegen, dass *Großbritannien* überlegt zu intervenieren. Die USA hat sich allerdings bislang militärisch sehr aus dem *Syrien-Konflikt* zurückgehalten, wodurch ein Vakuum entstand, welches *Russland* nun ausfüllt. Durch dieses Vakuum kommen andere Länder in Zugzwang.

Tendenz USA - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
GB	keine Tendenz	89,6%	85,4%	**
	stark kritische Tendenz	0,7%	4,4%	
	mäßig kritische Tendenz	7,5%	8,7%	
	ambivalente Tendenz	0,0%	0,5%	
	schwach freundliche Tendenz	1,4%	0,5%	
	stark freundliche Tendenz	0,7%	0,5%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0.05, ***p<0.01				

Abb. 45: Tendenz USA - Zeitvergleich

In *Österreich* hat sich die *Tendenz zur USA* nicht signifikant verändert. *Großbritannien* veränderte sich in seiner Tendenz von rund 1% auf 4% stärker kritisch, da die USA wie bereits erläutert ein Vakuum hinterlassen hat und unentschlossen wirkte. Russland hat durch sein forsches Vorpreschen die Lage in Syrien erheblich verändert.

8.2.6. Journalistischer Präsentationsstil

Die österreichischen Zeitungen unterscheiden sich stark durch ihren journalistischen Präsentationsstil. Der *Standard* gestaltet im Schnitt seine Berichterstattung komplexer als die *Presse*. Während bei der *Presse* rund 45% der Artikel eine geringe Komplexität aufweisen, gibt der *Standard* die Artikel mit rund 52% in einer mittleren Komplexität wieder. Es werden in diesen Artikeln also mehr Sachverhalte angesprochen und diese differenzierter dargestellt. Die *Presse* besitzt mit rund 48% allerdings einen sehr hohen Informationsgehalt, während hier der *Standard* im mittleren Informationsgehalt mit 60% relativ stark ist. Möglicherweise geht bei der *Presse* die Komplexität aufgrund des hohen Informationsgehalts verloren und beim *Standard* umgekehrt. Dieser legt mehr Wert darauf den Sachverhalt differenzierter darzustellen und dafür weniger Informationen aufgrund des Platzes darzulegen. Beide Zeitungen schreiben ihre Artikel verständlich, wobei die *Presse* hier mit rund 48% zu knapp 33% verständlicher schreibt. Allerdings sind die Artikel des *Standards* mit rund 60% auf dem mittleren Segment in ihrer Verständlichkeit ebenfalls gut. Ein hoher Informationsgehalt lässt den Artikel möglicherweise verständlicher werden.

Journalistischer Präsentationsstil - Österreich

Ja-% N= 553		Zeitungen Österreich		Chi ²
		DP	DST	
Komplexität	geringe Komplexität	44,6%	26,1%	***
	mittlere Komplexität	38,9%	52,2%	***
	hohe Komplexität	16,5%	21,6%	
Informationsgehalt	geringer Infogehalt	19,3%	11,6%	**
	mittlerer Infogehalt	32,3%	50,7%	***
	hoher Infogehalt	48,4%	37,7%	**
Verständlichkeit	geringe Verständlichkeit	11,20%	6,70%	
	mittlere Verständlichkeit	40,70%	60,40%	***
	hohe Verständlichkeit	48,10%	32,80%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 46: Journalistischer Präsentationsstil - Österreich

In den britischen Zeitungen gibt es hingegen keinen signifikanten Unterschied, deshalb wird das Land nicht näher beleuchtet. Die Länder unterscheiden sich hingegen schon. Die Artikel weisen in *Österreich* mit rund 45% und rund 43% relativ ausgewogen eine mittlere und hohe Komplexität aus. Die Zeitungen in *Großbritannien* sind häufiger wenig komplex.

Innerhalb Großbritanniens unterscheiden sich die Zeitungen um einiges stärker in ihrer politischen Nähe, bzw. berichten aufgrund dessen sehr unterschiedlich. Wie wir später sehen werden, gibt es zwar mehr Meinungspositionen, allerdings werden diese weniger differenzierter dargestellt. Dadurch sinkt auch die Komplexität. Obwohl in *Großbritannien* die Artikel einen größeren Umfang haben, unterscheiden sie sich in ihrem Informationsgehalt nicht signifikant. Das ist auch deshalb, weil *Großbritannien* sehr oft die Informationen im Artikel wiederholt oder unterschiedliche Personen, ähnliche Aussagen tätigen lässt. Beide Länder geben eher mehr Informationen preis als weniger.

Journalistischer Präsentationsstil - Ländervergleich

Ja-% N= 1038		Länder		Chi ²
		AUT	GB	
Komplexität	geringe Komplexität	35,6%	42,3%	**
	mittlere Komplexität	45,4%	37,7%	**
	hohe Komplexität	19,0%	20,0%	
Informationsgehalt	geringer Infogehalt	15,6%	17,7%	
	mittlerer Infogehalt	41,2%	43,7%	
	hoher Infogehalt	43,2%	38,6%	
Verständlichkeit	geringe Verständlichkeit	9,0%	5,4%	**
	mittlere Verständlichkeit	50,3%	39,2%	***
	hohe Verständlichkeit	40,7%	55,5%	***

Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01

Abb. 47: Journalistischer Präsentationsstil - Ländervergleich

In ihrer Verständlichkeit unterscheiden sich die beiden Länder hingegen eher. Zwar sind die Artikel größtenteils verständlich, in der österreichischen Berichterstattung sind sie mit rund 50% eher mittel-verständlich, während die Artikel in *Großbritannien* mit 55,5% eher eine hohe Verständlichkeit aufweisen. Die britischen Nachrichten sind leichter lesbar, enthalten vermutlich durch ihre ständigen Wiederholungen der Argumentationen eine klare Verständlichkeit und sind in ihren Schlussfolgerungen plausibel, vermutlich auch deshalb, weil sie durch ihre Artikel eine bestimmte politische Richtung unterstreichen wollen. Die Verständlichkeit wird vielleicht aufgrund der Komplexität Abschlüsse machen müssen.

8.2.7. Emotionaler Gehalt

Während die *österreichischen Nachrichten* keinen signifikanten Unterschied in ihrem emotionalen Gehalt aufweisen, kann man in *Großbritannien* drei Unterschiede festmachen. Das Thema *Kampf* wurde beim *Independent* mit knapp 12% emotionaler aufgeladen als beim *Daily Telegraph* mit fast 5,5%. Der Nachrichtenfaktor *Schaden* taucht hier in beiden Zeitungen oft mit der emotionalen Darstellung von *Kampf* auf. Während die Emotionen beim *Daily Telegraph* mehr mit der *Opposition* zusammenhängen und der *IS* in der

Emotionalisierung Kampf sogar zu rund 85% vorkommt, korreliert er beim *Independent* mit den *syrischen Rebellengruppen*.³² Durch die politische Einstellung des *Daily Telegraph* und der Konservativen zur britischen Intervention ist es dem Thema natürlich dienlich, so wenige Emotionen wie möglich zum Thema Kampf aufflammen zu lassen. Nüchtern betrachtet lässt sich eine Intervention viel leichter legitimieren, als wenn Menschen zum Kampf selber einen emotionalen Bezug haben, da dann ein Krieg plötzlich auch ein Gesicht bekommt. Den Kampf gegen den IS hingegen emotional aufzuladen und die Opposition mit Schaden in Verbindung zu bringen ist wiederum der Sache hilfreich.

Emotionaler Gehalt - Großbritannien

Ja-% N= 485	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Kampf	5,4%	11,9%	**
Menschen	32,8%	49,6%	***
Kinder	14,1%	21,7%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 48: Emotionaler Gehalt - Großbritannien

Emotionalisierte *Menschen* finden sich sogar mit fast 50% in der Berichterstattung des *Independent* wieder. Auch hier dienen die Emotionen dazu, die Flüchtlings-Kampagne der links-liberalen Zeitung zu stützen und Emotionen bei den RezipientInnen zu wecken. Der *Daily Telegraph* emotionalisiert *Menschen* hingegen nur mit knapp 33%. Auch *Kinder* werden mit rund 14% signifikant seltener emotional dargestellt als im *Independent* mit 22%. Emotionalisierte *Kinder* und *Menschen* korrelieren³³ vor allem beim *Independent* stark mit dem Nachrichtenfaktor *Betroffenheit* und *Kinder* speziell mit dem Faktor *Schaden*. Auch gibt es eine Korrelation des Faktors *Personalisierung* mit *Menschen* und *Kindern*. Speziell findet man diese emotionale Darstellung in beiden Ländern in den Nachrichten über die *Flucht* wieder. Ein großes Thema, welches sicherlich den emotionalen Gehalt in der Berichterstattung von *Kindern* beeinflusst hat, ist das Flüchtlingskind Aylan Kurdi, welches tot am Strand gefunden wurde und durch die Tragik

³² Independent: NF Schaden in Emotionalisierung Kampf 65,5%***, Emotionalisierung Kampf in IS 15,4% (nicht signifikant), IS in Emotionalisierung Kampf 62,1% (nicht signifikant), Emotionalisierung Kampf in Rebellengruppen 30,2%***, Emotionalisierung Kampf in Opposition 13,8% (nicht signifikant)
Daily Telegraph: NF Schaden in Emotionalisierung Kampf 69,2%***, Emotionalisierung Kampf in IS 10%***, IS in Emotionalisierung Kampf 84,6%***, Emotionalisierung Kampf in Rebellengruppen 12,2%*, Emotionalisierung Kampf in Opposition 21,4%***

³³ Independent: Betroffenheit in Kinder 92,5%***, Betroffenheit in Menschen 81%***; Schaden in Kinder 62,3%***; Personalisierung in Kindern 41,5%***; Personalisierung in Menschen 40,5%***; Menschen in Flucht 80,6%***; Kinder in Flucht 54,8%***; Menschen in Flüchtlingskrise 54,4% (nicht signifikant)
The Daily Telegraph: Betroffenheit in Kinder 88,2%***, Betroffenheit in Menschen 74,7%***; Schaden in Kinder 44,1%*; Personalisierung in Kinder 29,4%***; Menschen in Flucht 68,8%***; Kindern in Flucht 45,8%***; Menschen und Flüchtlingskrise 49,5%***;

gerade in der *britischen Presse* sehr oft als Symbol für die Flüchtlingskrise verwendet wird. Tendenziell sind die Ergebnisse beim *Daily Telegraph* niedriger.

Emotionaler Gehalt - Ländervergleich

Ja-% N= 1038	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Gefahr	10,7%	20,2%	***
Kampf	2,0%	8,7%	***
Naturkatastrophe	0,2%	0,8%	
Opfer	7,8%	14,6%	***
Erfolg	3,4%	5,2%	
Menschen	26,6%	41,2%	***
Kinder	9,9%	17,9%	***
Dramatisierung	24,2%	35,1%	***
Selbstthematisierung	3,6%	7,6%	***
Antizipation/Suspense	5,2%	2,9%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 49: Emotionaler Gehalt - Ländervergleich

Beim Ländervergleich gibt es fast überall signifikante Unterschiede. Lediglich die Themen *Naturkatastrophe*, *Erfolg* und *Antizipation* sind ähnlich und auch im Allgemeinen wenig emotionalisiert. Ansonsten ist der emotionale Gehalt bei den britischen Zeitungen signifikant stärker, d.h. dass die Zeitungen in *Großbritannien* deutlich mehr ihre Berichterstattung emotionalisieren, als es in *Österreich* der Fall ist. In beiden Ländern wird der emotionale Gehalt³⁴ von *Menschen* und *Dramatisierung* tendenziell stärker durch die Flüchtlingskrise, als durch den Syrien-Konflikt, bestimmt.

8.2.8. Qualität der Konfliktperspektive

Die folgende Auswertung zur Konfliktperspektive wurden nur anhand von Fällen ermittelt, in denen der *Syrien-Konflikt* oder *Nahost-Konflikt* vorkommt (n=Syrien-Konflikt und/oder Konflikt im Nahen Osten), da die Kategorie keinen Bezug zur Flüchtlingskrise hat.

Qualität der Konfliktperspektive - Österreich

Ja-% N= 292		Zeitungen Österreich		Chi ²
		DP	DST	
Berichterstattung	nicht gegeben	73,2%	53,2%	***
zu komplexen	schwach ausgeprägt	16,3%	27,3%	**
Handlungsoptionen	stark ausgeprägt	10,5%	19,4%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 50: Qualität der Konfliktperspektive - Österreich

³⁴ GB: Menschen in Flüchtlingskrise 52,2%***, Menschen in Syrien-Konflikt 38,6% (nicht signifikant); Dramatisierung in Flüchtlingskrise 43%*** Dramatisierung in Syrien-Konflikt 33,5% (nicht signifikant); AUT: Menschen in Flüchtlingskrise 33,8%*** Menschen in Syrien-Konflikt 18%***; Dramatisierung in Flüchtlingskrise 29,5%*** Dramatisierung in Syrien-Konflikt 20,8% (nicht signifikant);

Zwischen den *österreichischen Zeitungen* sieht die Konfliktperspektive ähnlich aus. Sie unterscheidet sich nur signifikant in ihrer Berichterstattung zu *komplexen Handlungsoptionen*. Handlungsoptionen sind im *Standard* mit rund 47% signifikant häufiger gegeben als in der *Presse* mit rund 27%. Dabei sind sie allerdings bei beiden schwächer ausgeprägt. In den Zeitungen sind die Lösungsmöglichkeiten eher schwach als stark enthalten. Der *Standard* konzentriert sich besonders auf Menschenrechte, die Opfer Assads und die Flucht. Dies sind alles Themen die das Grauen des Krieges darstellen. Dadurch steigt möglicherweise der Lösungsdruck in dieser Zeitung.

Qualität der Konfliktperspektive - Großbritannien

Ja-% N= 365		Zeitungen GB		Chi ²
		TDT	TI	
Konzentration auf den Konfliktverlauf	nicht gegeben	48,6%	60,1%	**
	schwach ausgeprägt	22,0%	13,8%	**
	stark ausgeprägt	29,4%	26,1%	
Horse-Racing- Berichterstattung	nicht gegeben	93,2%	91,0%	
	schwach ausgeprägt	5,6%	3,7%	
	stark ausgeprägt	1,1%	5,3%	
Perspektivwechsel zwischen den Konfliktparteien	nicht gegeben	76,8%	81,4%	
	schwach ausgeprägt	12,4%	5,3%	
	stark ausgeprägt	10,7%	13,3%	
Berichterstattung zu komplexen Handlungsoptionen	nicht gegeben	74,0%	83,0%	
	schwach ausgeprägt	15,8%	12,2%	
	stark ausgeprägt	10,2%	4,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Variablen.				

Abb. 51: Qualität der Konfliktperspektive - Großbritannien

In *Großbritannien* gibt es hingegen wieder einige signifikante Unterschiede. Der *Daily Telegraph* konzentriert sich mit rund 51% mehr auf den *Konfliktverlauf* als der *Independent* mit rund 40%. Während es in der starken Ausprägung keinen nennenswerten Unterschied gibt, hebt sich der *Daily Telegraph* vor allem hinsichtlich seiner schwachen Ausprägung mit 22% vom Ergebnis des *Independent*, mit rund 14%, ab. Gleichzeitig berichtet er aber auch mit 26% mehr über komplexe Handlungsoptionen als der *Daily Telegraph* mit 17%. Möglicherweise ist die Berichterstattung des *Daily Telegraph* aufgrund seiner positiven Einstellung zu militärischen Aktionen detaillierter. Die britische Intervention, die von den Konservativen forciert wird, stellt auch in der Berichterstattung des *Daily Telegraph* als eine wichtige Lösungsoption dar.

Eine *Horse-Racing-Berichterstattung* kommt nicht oft vor, es gibt allerdings mit rund 5% zu rund 1% beim *Independent* einen signifikanten Unterschied in der starken Ausprägung.

Der *Independent* hat in rund 19% aller Fälle einen *Perspektivenwechsel*, der häufig stark ausgeprägt ist. Beim *Daily Telegraph* wird zu 23% die Perspektive gewechselt. Durch den starken Fokus auf den Konflikt und dem Wunsch nach einer Intervention, muss sich die Zeitung stärker die Handlungen und Perspektiven anderer im Blick behalten.

Konfliktperspektive AkteurIn - Großbritannien

Ja-% N= 365	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Opposition "FSA"	6,8%	2,1%	**
Kurden	1,1%	6,4%	***
USA und Koalition	59,9%	42,6%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 52: Konfliktperspektive AkteurInnen - Großbritannien

Während es in *Österreich* keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich der *Konfliktperspektive der AkteurInnen* gibt, unterscheiden sich die Zeitungen in *Großbritannien* erneut. Der *Daily Telegraph* berichtet bei nahezu allen AkteurInnen häufiger in ihrer Perspektive, signifikant vor allem bei der *Opposition* mit knapp 7% zu 2% und der *USA* mit fast 60% zu rund 43%. Da der *Independent* zum Beispiel beim Kampf auf mehr Emotionen setzt und diese den RezipientInnen emotionaler vermittelt, wird möglicherweise weniger auf Details und die Vorgänge des Krieges eingegangen. Die einzige Perspektive, die der *Independent* mit 6,4% häufiger einnimmt, als der *Daily Telegraph* mit 1,1%, sind die *Kurden*. Da sich der *Independent* allerdings auch öfter mit dem Konflikt zwischen der PKK und den Türkei beschäftigt, ist dies nicht verwunderlich.

Beim Ländervergleich fällt auf, dass sich *Österreich* mit 54,5% signifikant häufiger auf den *Konfliktverlauf* konzentriert als *Großbritannien* mit 45,5%. Bei beiden ist die Konzentration darauf eher stark ausgeprägt, es findet aber selten eine *Horse-Racing-Berichterstattung* statt. Die *Konfliktursache* ist ebenfalls in beiden Ländern mit 22,3% und 25,8% ungefähr gleichstark ausgeprägt, wie auch der *Perspektivenwechsel zwischen den Konfliktparteien* mit 25% und rund 21%. Bei der *Berichterstattung zu komplexen Handlungsoptionen* gibt es hingegen einen signifikanten Unterschied, indem *Österreich* mit 36,3% deutlich mehr darüber berichtet als *Großbritannien* mit 21,4%. Während *Großbritannien* die grundlegende Frage nach einer britischen Intervention diskutiert, beschäftigt sich *Österreich* vielleicht aufgrund der Flüchtlingskrise mit dem Konflikt in seiner Komplexität. Mehr Bombenangriffe in Syrien würden auch mehr Flüchtlinge bedeuten. Das Land ist deswegen in einer Zwickmühle und benötigt langfristige komplexe Lösungen. Um diese zu erhalten, muss aber auch der Konflikt in seiner Komplexität

wiedergegeben werden. *Österreich* als neutrales Land möchte als Dreh- und Angelpunkt für Friedensgespräche an einer Lösung mitwirken. Die Handlungsoptionen selber sind in beiden Ländern eher schwächer als stärker ausgeprägt. Lösungsvorschläge sind meistens wage oder oberflächlich, da der Konflikt in sich so verworren ist, dass eine Lösung noch in weiter ferne liegt. Vor allem durch die russische Intervention wurde sie verkompliziert und rückte noch weiter weg. Über die Konfliktursache wird zwar von beiden Ländern gleichstark berichtet, allerdings wird mit rund einem Viertel eher selten auf die Gründe des Konflikts eingegangen. Wie bei den Lösungen gilt auch hier: Es spielen so viele Faktoren mit ein, dass diese nicht einfach nur gestreift werden können.

Qualität der Konfliktperspektive - Ländervergleich

Ja-% N= 657		Länder		Chi ²
		AUT	GB	
Konzentration auf den Konfliktverlauf	nicht gegeben	45,5%	54,5%	**
	schwach ausgeprägt	19,2%	17,8%	**
	stark ausgeprägt	35,3%	27,7%	
Horse-Racing- Berichterstattung	nicht gegeben	95,2%	92,1%	
	schwach ausgeprägt	2,7%	4,7%	
	stark ausgeprägt	2,1%	3,3%	
Analyse der Konfliktursache	nicht gegeben	77,7%	74,2%	
	schwach ausgeprägt	12,0%	14,2%	
	stark ausgeprägt	10,3%	11,5%	
Perspektivwechsel zwischen den Konfliktparteien	nicht gegeben	75,0%	79,2%	
	schwach ausgeprägt	12,0%	8,8%	
	stark ausgeprägt	13,0%	12,1%	
Berichterstattung zu komplexen Handlungsoptionen	nicht gegeben	63,7%	78,6%	***
	schwach ausgeprägt	21,6%	14,0%	**
	stark ausgeprägt	14,7%	7,4%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 53: Qualität der Konfliktperspektive - Ländervergleich

Hinsichtlich der *Konfliktperspektive der AkteurInnen* gibt *Österreich* deren Sichtweise tendenziell häufiger wieder. Die Perspektive der *USA* wird in beiden Ländern mit rund 47% und 51% mit Abstand am Häufigsten eingenommen. Auch die Perspektive der *russischen Regierung* wird mit 32,5% und 23% öfter genannt als andere. *Österreich* legt die Sichtweise von Russland weitaus häufiger dar als *Großbritannien*, obwohl es bei der Thematisierung der russischen Intervention keinen nennenshaften Unterschied gibt und russische AkteurInnen in *Großbritannien* sogar häufiger in den Nachrichten vorkommen. Dies könnte an den besseren wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu *Österreich* liegen. Russland gefährdet diese, deshalb ist es wichtig seine nächsten Schritte zu beobachten. Dasselbe gilt für die *Türkei*, deren Perspektive *Österreich* mit rund 16% zu 7% mehr als doppelt so oft wiedergibt. Die Türkei ist ein wichtiger Partner in Sachen

Flüchtlingskrise, wodurch dessen Meinung auch für die Transitländer des Flüchtlingsstroms bedeutend ist. *Österreich* als neutrales Land besitzt auch gute Beziehungen zu anderen Staaten im arabischen Raum, wie zum Beispiel Iran und Saudi Arabien.

Konfliktperspektive AkteurInnen - Ländervergleich

Ja-% N= 657	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
syrische Regierung	7,9%	5,5%	
Opposition "FSA"	6,5%	4,4%	
IS "Islamischer Staat"	6,2%	4,9%	
Kurden	2,4%	3,8%	
USA und Koalition	46,9%	51,0%	***
türkische Regierung	16,1%	7,1%	
russische Regierung	32,5%	23,0%	
Sonst. kämpfende Opposition	21,6%	13,2%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 54: Konfliktperspektive AkteurInnen - Ländervergleich

Interessant ist auch, dass die Perspektiven von syrischen AkteurInnen vergleichsweise selten dargestellt werden, obwohl diese als AkteurInnen in der Berichterstattung häufig auftreten. Der Syrien-Konflikt als Stellvertreterkrieg ist somit stärker in der Zeitung vorhanden, als der Bürgerkrieg vor Ort. Dieses Ergebnis stützt die Theorie, die besagt, dass Konflikte uns erst dann interessieren, wenn sie zu unserem Land einen Bezug haben.

Wie aber verändert sich die Perspektive durch die russische Intervention? Bei beiden steigt die *Konzentration auf den Konfliktverlauf* nach der Einmischung stark an. In *Österreich* wächst sie von rund 24% auf 43% und ist gerade bei der starken Ausprägung um 10% stärker als vor der Intervention. In *Großbritannien* verändert sich die Konzentration auf den Konfliktverlauf von 30,5% auf rund 44%. Auch hier wächst sie in der starken Ausprägung besonders, von rund 18% auf 28%.

Konzentration auf den Konfliktverlauf - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	nicht gegeben	75,60%	58,10%	***
	schwach ausgeprägt	8,30%	15,30%	**
	stark ausgeprägt	16,00%	26,60%	***
GB	nicht gegeben	69,50%	56,30%	***
	schwach ausgeprägt	12,90%	15,50%	
	stark ausgeprägt	17,60%	28,20%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 55: Konzentration auf den Konfliktverlauf - Zeitvergleich

Perspektivenwechsel zwischen Konfliktparteien - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	nicht gegeben	89,50%	79,90%	***
	schwach ausgeprägt	5,90%	9,60%	
	stark ausgeprägt	4,60%	10,50%	***
GB	nicht gegeben	87,10%	80,10%	**
	schwach ausgeprägt	6,80%	6,80%	
	stark ausgeprägt	6,10%	13,10%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 56: Perspektivenwechsel zwischen Konfliktparteien - Zeitvergleich

Die *Horse-Racing-Berichterstattung*, die *Analyse der Konfliktursache* und die *komplexen Handlungsoptionen* zeigen keine signifikanten Unterschiede auf. Allerdings hat sich der *Perspektivenwechsel* zwischen den Konfliktparteien geändert, indem in *Österreich* nun die *Berichterstattung* um fast 10% mehr gegeben und um rund 5% stärker ausgeprägt ist. In *Großbritannien* sieht es ähnlich aus. Hier hat sich die starke Ausprägung des *Perspektivenwechsels* von rund 6% auf 13% geändert, indem dieser danach auch stärker gegeben ist.

Übernahme der Perspektive der syrischen Regierung - Zeitvergleich

Ja-% N= 1038		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	USA und Koalition	23,10%	31,40%	**
	türkische Regierung	6,50%	14,80%	***
	russische Regierung	13,90%	24,00%	***
GB	Opposition "FSA"	1,40%	5,80%	***
	türkische Regierung	2,50%	9,20%	***
	russische Regierung	13,30%	22,80%	***
	Sonst. kämpfende Opposition	7,50%	13,10%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.				

Abb. 57: Übernahme der Perspektive der syrischen Regierung - Zeitvergleich

Zwar wird die Perspektive von syrischen AkteurInnen nach der Intervention nicht signifikant stärker, dafür aber die der internationalen AkteurInnen. In *Österreich* stieg die Übernahme der Perspektive der *USA* von rund 23% auf rund 31%, die *türkische Regierung* von 6,5% auf fast 15% und die *russische Regierung* von rund 14% auf 24% deutlich an. In *Großbritannien* wird durch die russische Intervention bei der *türkischen Regierung* von 2,5% auf rund 9% und bei der *russischen Regierung* von rund 13% auf rund 23% ein Anstieg verzeichnet. In *Großbritannien* verändert sich zwar die Perspektive der *USA* nicht signifikant, dafür aber die der *sonstigen kämpfenden Oppositionen* von 7,5% auf 13% und von der *Opposition FSA* von 1,4% auf rund 6%. Der Unterschied bei der türkischen Regierung besteht auch deshalb, weil in dieser Zeit sich die Lage in der Türkei durch

Terroranschläge, sowie Spannungen mit Russland und den Kurden, verschlechtert hat. *Österreich* blickt stärker auf die USA, die nun zum Handeln gezwungen ist, während *Großbritannien* die Perspektive der Opposition und anderen kämpfenden Oppositionen beobachtet. Dies liegt daran, dass sich die Oppositionen vor russischen Angriffen fürchten müssen, da Russland nicht nur den IS, sondern auch seine Gegner angreift.

8.3. Ergebnisse der Diskursqualität in Meinungspositionen

8.3.1. Allgemeine Ergebnisse

Anzahl der Positionen im Artikel

Um die Diskursqualität erfahren zu können, wurden innerhalb des Artikels Meinungen erfasst. Zwischen den *österreichischen Zeitungen* kann in der Meinungsanzahl pro Artikel kein signifikanter Unterschied erkannt werden. In *Großbritannien* hingegen schon. Während der Mittelwert des *Independent* 6,12 Meinungspositionen pro Artikel mit einer Standardabweichung von 3,744 ausmacht, erreicht der *Daily Telegraph* in seinem Mittelwert nur 4,29 mit einer Standardabweichung von 3,027. Die größere Anzahl an Meinungspositionen lässt auch den signifikanten Unterschied im Wortumfang erklären, durch den die Artikel des *Independent* länger sind.

Anzahl der Positionen im Artikel - Großbritannien

Anzahl der Positionen im Artikel: Großstrichen			
N=485	Zeitungen GB		T-Test
	TDT	TI	
Mittelwert	4,29	6,12	***
Standardabweichung	3,027	3,722	
Maximum	20	19	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 58: Anzahl der Positionen im Artikel – Großbritannien

In den Ländern befinden sich ebenfalls unterschiedlich viele Meinungspositionen in den Nachrichten. *Österreich* unterscheidet sich mit einem Mittelwert von 3,53 Positionen und einer Standardabweichung von 2,646, erheblich von den britischen Zeitungen mit einem Mittelwert von 5,21 und einer größeren Standardabweichung von 3,512.

Anzahl der Positionen im Artikel - Ländervergleich

Anzahl der Positionen im kleineren Länder-Vergleich			
N=1038	Länder		T-Test
	AUT	GB	
Mittelwert	3,54	5,21	***
Standardabweichung	2,646	3,512	
Maximum	14	20	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 59: Anzahl der Positionen im Artikel - Ländervergleich

Politikfeld der Position

Politikfeld der Position – Österreich

Ja-% N= 1908	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Europäische Integration	12,8%	9,3%	**
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	0,9%	2,3%	**
Soziale Sicherheit	0,8%	2,9%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 60: Politikfeld der Position - Österreich

Wenn man die Meinungspositionen und die darin erwähnten Politikfelder betrachtet, unterscheiden sich die österreichischen Zeitungen nur gering voneinander. Der *Standard* berichtet mit 2,3% stärker über die *Arbeits- und Beschäftigungspolitik* und mit 2,9% über die *Soziale Sicherheit*. Diese beziehen sich vordergründig auf die Flüchtlingskrise. Vor allem hinsichtlich der Arbeits- und Beschäftigungspolitik wird beim *Standard* ein stärkerer Diskurs geführt. Die *Presse* hingegen berichtet mehr über die *Europäische Integration*.

Politikfeld der Position - Großbritannien

Ja-% N= 2341	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Politisches System	6,2%	8,4%	**
Innere Sicherheit	12,8%	16,4%	**
Verteidigungspolitik	32,5%	26,9%	***
Wirtschaftspolitik	2,2%	0,7%	***
Integration	0,2%	1,6%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 61: Politikfeld der Position - Großbritannien

In *Großbritannien* gibt es hingegen mehrere signifikante Unterschiede. Nicht überraschend ist die Ungleichheit in der *Verteidigungspolitik* mit 32,5% beim *Daily Telegraph* und 26,9% beim *Independent*, da die konservative Zeitung sich durch seine politische Einstellung mehr mit der Verteidigungspolitik beschäftigt, wie man auch anfangs am signifikanten Unterschied beim politischen Handlungsfeld erkennen konnte. Der *Independent*, der sich intensiver mit Flüchtlingen beschäftigt, berichtet mit 1,6% fast alleine über *Integration* und mit rund 16% um 3% mehr über die *Innere Sicherheit* als der *Daily Telegraph*. Auch die Wahl von Corbyn, welcher durch seine politische Einstellung im *Independent* gerne gesehen wurde, lässt den signifikanten Unterschied hinsichtlich des politischen Systems erklären, da der *innerparteiliche oder politische Wettbewerb* zu 41,2% darin vorkommt, während sich der *Daily Telegraph* nur mit rund 17,6% innerhalb dieses politischen Handlungsfeldes mit diesem Kommunikationsthema beschäftigt. Das

Handlungsfeld *Wirtschaftspolitik* teilt sich auf unterschiedliche Themen auf. Da durch die konservative Einstellung die Wirtschaft einen wichtigen Stellenwert hat, wird im *Daily Telegraph* mit 2,2% zu 0,7% signifikant stärker darauf geachtet.

Im Politikfeld der Position gehe ich nur auf die signifikanten Unterschiede über fünf Prozent ein, da die Ergebnisse darunter aufgrund ihres geringen Vorkommens in einem Diskurs nicht relevant erscheinen.

Politikfeld der Position - Ländervergleich

Ja-% N= 4249	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Politisches System	3,9%	7,5%	***
Innere Sicherheit	14,3%	14,9%	
Außenpolitik	31,7%	25,7%	***
Europäische Integration	11,2%	10,6%	
Verteidigungspolitik	20,2%	29,2%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung aller Ergebnisse über 5%.			

Abb. 62: Politikfeld der Position - Ländervergleich

Wie bereits erwähnt, kann man den Unterschied in der Berichterstattung über das *politische System* zwischen *Österreich* und *Großbritannien* mit knapp 4% zu 7,5% auf die Diskussion über den neuen Parteichef Corbyn zurückführen, auf den alle mögliche Fragen, z.B. wohin sich *Großbritannien* als Nation bewegen soll, zukommen. Die *Innere Sicherheit* beschäftigt beide mit rund 14% und knapp 15% fast zu gleichen Teilen. Die *Außenpolitik* ist im Diskurs in *Österreich* mit rund 32% stärker als in *Großbritannien* mit rund 26%, dafür wird in *England* mit rund 29% stärker über die *Verteidigungspolitik* diskutiert, als in *Österreich* mit rund 20%. Für das neutrale Land *Österreich* ist die Außenpolitik das zentrale Mittel um sich im Weltgeschehen zu positionieren, während Großbritannien seine Kräfte durch die Verteidigungspolitik demonstrieren möchte. So steht in den jeweiligen Ländern genau diese Form von Politik im Mittelpunkt.

Kommunikationsthema der Position

In Österreich gibt es kaum nennenswerte Unterschiede hinsichtlich der Kommunikationsthemen im Diskurs. Den stärksten signifikanten Unterschied gibt es beim *Syrien-Konflikt*. Die Meinungen im *Standard* adressieren mit rund 12% signifikant häufiger den *Konflikt* selbst, während die *Presse* mit rund 6% auf detailliertere Themen wie zum Beispiel den *IS* mit 3,5% zu 0,8% eingeht. Dieser Unterschied, wie auch der bei der *USA-Intervention* verläuft proportional zum Kommunikationsthema im Artikel. Der *IS* spielt im Diskurs in

Österreich allgemein eine kleinere Rolle, da sie vermutlich mit der humanitären Krise beschäftigt sind und eine Angst in der Bevölkerung vermeiden möchten.

Kommunikationsthema der Position - Österreich

Ja-% N= 1939	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Konflikt in Syrien/Syrienkrieg	5,6%	12,1%	***
IS	3,5%	0,8%	***
USA-Intervention	1,6%	3,3%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 3%.			

Abb. 63: Kommunikationsthema der Position - Österreich

In *Großbritannien* gibt es einige signifikante Unterschiede. Allerdings spielen sich die Meisten in den kleineren Prozentsätzen ab. Deshalb wird auf sie nur eingegangen, wenn diese für die Arbeit interessant erscheinen, da sie sich mit dem Kommunikationsthema auf Artikel-Ebene proportional verhalten. Das häufigste Thema, in dem es einen signifikanten Unterschied gibt, ist die *Flüchtlingskrise*. Im *Independent* herrscht darüber mit rund 30% ein stärkerer Diskurs mit mehr Meinungspositionen als im *Daily Telegraph* mit nur einem Viertel aller Fälle. Auch das Thema Flucht ist im *Independent* um 2% stärker. Dieses Verhältnis spiegelt sich in den Ergebnissen der Kommunikationsthemen auf Artikelebene wider. Der *Daily Telegraph* hat mehr Positionen über die *russische* und *britische Intervention*, wodurch sich der Diskurs immer wieder auf den Konflikt konzentriert.

Kommunikationsthema der Position - Großbritannien

Ja-% N= 2521	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
innerparteilicher/politischer Wettbewerb	2,8%	6,7%	***
Flucht	2,8%	5,1%	***
Flüchtlingskrise	25,3%	30,2%	***
Russland-Intervention	11,0%	8,0%	**
britische Intervention	8,0%	5,9%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%.			

Abb. 64: Kommunikationsthema der Position - Großbritannien

Beim Ländervergleich kann man etliche signifikante Unterschiede erkennen. Ich gehe hier deshalb zwar detaillierter als im Zeitungsvergleich auf die einzelnen Ergebnisse ein, werde aber solche unter 2% aufgrund deren geringen Relevanz nicht beachten.

Den größten Unterschied gibt es hinsichtlich der *Flüchtlingskrise*. Österreich berichtet mit rund 43% um einiges mehr darüber als *Großbritannien* mit rund 28%. Hier kann man erkennen, dass sich die Flüchtlingskrise in Österreich durch die eigene starke Betroffenheit

im Diskurs widerspiegelt. Ein weiteres wichtiges Thema, über das es einige Meinungspositionen gegeben hat, ist die *Russland-Intervention*. *Großbritannien* enthält mit rund 9% signifikant häufiger Positionen über sie, als *Österreich* mit knapp 7%. *Großbritannien* fühlte sich womöglich durch die russische Intervention auch für seine eigenen verteidigungspolitischen Entscheidungen angespornt. Über die *britische Intervention* wird fast nur in *Großbritannien* diskutiert. Dort gehört sie mit knapp 7% ebenso zu einem der wichtigeren Themen. Die stärkere Diskussion über den *IS* in *Großbritannien* mit rund 4,5%, schafft, gemeinsam mit einer stärkeren Thematisierung über den Terrorismus mit rund 4%, eine Legitimation über eine britische Intervention nachzudenken. In *Österreich* ist hingegen *Assad* mit 8% stärker im medialen Diskurs als in *Großbritannien* mit fast 4%. Für *Österreich* ist Assad eine Schlüsselrolle in der Flüchtlingskrise, da eine schnelle Lösung den Flüchtlingsstrom stoppen könnte. Das zeigt sich auch dadurch, dass *Österreich* mit rund 9% signifikant häufiger über den allgemeinen *Syrien-Konflikt* spricht, als *Großbritannien* mit rund 4%. Das Land ist mehr auf den syrischen Konflikt im Allgemeinen fokussiert.

Kommunikationsthema der Position - Ländervergleich			
Ja-% N= 4460	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Konflikt in Syrien/Syrienkrieg	8,7%	4,2%	***
Konflikt Naher Osten allgemein	4,0%	2,3%	***
innerparteilicher/politischer Wettbewerb	2,4%	5,1%	***
Waffen	0,2%	2,1%	***
Terrorismus/Extremismus	2,0%	4,3%	***
Syrischer Präsident	8,0%	3,9%	***
Flucht	2,3%	4,2%	***
Flüchtlingskrise	43,4%	28,2%	***
IS	2,2%	3,5%	**
EU (Allgemein)	2,3%	2,5%	
USA-Intervention	2,4%	1,1%	***
Russland-Intervention	6,9%	9,2%	***
britische Intervention	0,3%	6,8%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung Ergebnisse über 2%.			

Abb. 65: Kommunikationsthema der Position - Ländervergleich

In *Österreich* wird durch die russische Intervention die *Flüchtlingskrise* stark verdrängt, während die Themen *EU*, *EU-Intervention*, *Terrorismus*, *amerikanische* und *russische Intervention* in der Meinungsposition stärker werden. Die Positionen richten sich also nach dem Krieg aus. Eine Lösung der Flüchtlingskrise wird an die EU-Ebene übergeben, da diese, durch eine durch die Intervention ausgelöste mögliche neue Flüchtlingswelle, in Zugzwang kommen vor Ort Flüchtlinge mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Auch in

Großbritannien gehen die Positionen über die *Flucht* und die *Flüchtlingskrise* zurück und werden durch kriegsrelevante Themen wie *Waffen*, *Terrorismus*, die *Russland-Intervention* und der *Konflikt im Nahen Osten*, der durch die Fokussierung auf den *Syrien-Konflikt* ebenfalls wieder näher betrachtet wird, abgelöst. Interessant ist, dass durch die russische Einmischung auch die Diskussion über eine britische Intervention aus den Nachrichten verdrängt wird. Dies liegt daran, dass zu Beginn der Untersuchung ein Drohnenangriff in Syrien an britische Staatsbürger bzw. IS-Anhänger durchgeführt worden ist, wodurch besonders zu Beginn eine Debatte entstand, ob dies richtig ist und ob man weiter intervenieren sollte. Aber auch die Positionen über *Assad* gingen zurück. Möglicherweise deshalb, weil, wie später erläutert wird, auch der Lösungsvorschlag in *Großbritannien* weniger wurde und das Land sich mehr um den Verlauf und um komplexe Handlungsoptionen kümmerte, als darum eine Lösung für das Problem mit Assad zu finden.

Kommunikationsthema der Position - Zeitvergleich

Ja-% N= 4494		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	Terrorismus	1,10%	3,10%	***
	Flüchtlingskrise	53,90%	28,90%	***
	EU-allgemein	0,70%	4,50%	***
	EU-Intervention	0,60%	2,10%	***
	USA-Intervention	0,70%	4,70%	***
	Russland-Intervention	3,00%	12,20%	***
GB	Konflikt Naher Osten allgemein	1,60%	3,20%	***
	Waffen	1,10%	3,70%	***
	Terrorismus	2,70%	6,60%	***
	syrischer Präsident	4,70%	2,70%	**
	Flucht	5,50%	2,20%	***
	Flüchtlingskrise	36,60%	16,10%	***
	Russland-Intervention	3,10%	18,00%	***
	Geschichte/Hintergründe	0,40%	2,10%	***
	britische Intervention	8,80%	3,90%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 2%.				

Abb. 66: Kommunikationsthema der Position - Zeitvergleich

KommunikatorInnen

Der/die KommunikatorIn ist jene Person, welche die Meinung kundtut. Aufgrund der besseren Betrachtbarkeit der Ergebnisse habe ich die AkteurInnen in länderspezifische und organisationsspezifische Gruppen zusammengefasst, da sich die AkteurInnen auf viele Meinungspositionen aufgeteilt haben. Die Unterschiede der *türkischen* und *europäischen* AkteurInnen verhalten sich proportional zu der Häufigkeit in der sich die AkteurInnen in den Artikeln wiederfinden. Die *Presse* lässt allerdings *EU-* und *UNO-AkteurInnen* mit

rund 7% zu 4,5% und knapp 4% zu rund 2% häufiger ihre Position vertreten als der *Standard*, obwohl diese sogar seltener in der Berichterstattung vorkommen. Wie bereits erläutert, findet sich die EU auch bei den Kommunikationsthemen in den Positionen in der *Presse* deutlicher öfter wieder, während die *österreichischen AkteurInnen* auf Artikelebene im *Standard* stärker sind. Die *Presse* orientiert sich im Diskurs vermutlich beim Flüchtlingsthema stärker auf die internationale Ebene und versucht dort Verantwortliche zu finden, während der *Standard* sich stärker auf die nationale Ebene stützt.

KommunikatorIn der Position - Österreich

Ja-% N= 1924	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
türkische AkteurInnen	4,9%	6,4%	**
europäische Staaten/AkteurInnen	9,6%	13,7%	***
EU-AkteurInnen	7,1%	4,5%	**
UNO	3,6%	1,7%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter AkteurInnen.			

Abb. 67: KommunikatorIn der Position - Österreich

In England finden sich im *Daily Telegraph* politische AkteurInnen aus Großbritannien mit rund 25% signifikant häufiger mit ihrer Meinung wieder als im *Independent* mit rund 19,5%. Weiters befinden sich auch russische und amerikanische AkteurInnen mit jeweils rund 7% zu knapp 5% signifikant häufiger im *Daily Telegraph*. Diese Unterschiede können zum Teil auf die Themengebiete, in denen die AkteurInnen vorkommen, zurückzuführen sein. Bei den US-AkteurInnen sieht es jedoch anders aus. Diese kommen nicht häufiger in der Berichterstattung vor und auch beim Kommunikationsthema *USA-Intervention* gibt es keinen signifikanten Unterschied. Allerdings sind sie seit jeher ein wichtiger Verbündeter für Großbritannien. Besonders ihre gegenseitige Unterstützung bei Interventionen in der Vergangenheit verbindet diese im Thema Verteidigung. Wenn eine britische Intervention durchgeführt werden soll, dann ist es auch wichtig die Schritte weiterer Involvierter zu beobachten und ihre Positionen zu kennen.

KommunikatorIn der Position - Großbritannien

Ja-% N= 2491	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Großbritannien: politische AkteurInnen	25,1%	19,5%	***
Russische AkteurInnen	7,3%	4,8%	***
amerikanische AkteurInnen	7,2%	5,0%	**
AkteurInnen anderer Regionen	0,4%	2,4%	***
Sonstige internationale AkteurInnen	3,3%	1,1%	***
JournalistInnen	14,8%	22,9%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 68: KommunikatorIn der Position – Großbritannien

Das signifikante Ergebnis der JournalistInnen kann man wieder auf die häufigere Nennung der AkteurInnen auf der Artikelebene zurückführen. Es gibt innerhalb der Themen, in denen sich die AkteurInnen zu Wort melden, keine nennenswerten Unterschiede.

KommunikatorIn der Position - Ländervergleich

Ja-% N= 4415	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Länder: politische AkteurInnen	12,9%	21,8%	***
Länder: Sonstige AkteurInnen	6,9%	8,0%	
Syrische AkteurInnen	3,4%	3,0%	
Russische AkteurInnen	6,6%	5,6%	
türkische AkteurInnen	5,6%	3,9%	**
Staaten Naher und Mittlerer Osten	5,1%	2,3%	***
amerikanische AkteurInnen	5,8%	5,8%	
deutsche AkteurInnen	5,2%	5,1%	***
europäische Staaten/AkteurInnen	11,5%	7,6%	
Medien-AkteurInnen	2,8%	2,3%	
EU-AkteurInnen	5,8%	4,3%	**
Uno	2,8%	1,3%	***
Sonstige Internationale AkteurInnen	2,6%	1,9%	
Flüchtlinge	2,0%	3,3%	**
JournalistInnen	16,7%	19,6%	**

Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01

Abb. 69: KommunikatorIn der Position - Ländervergleich

Beim Ländervergleich gibt es wieder einige signifikante Unterschiede. Am häufigsten tauchen bei beiden Ländern die *eigenen politischen AkteurInnen* und die *JournalistInnen* in der Berichterstattung auf. Ebenfalls oft kommen *europäische AkteurInnen* vor, die aber eher bei Flüchtlingsthemen in der Berichterstattung zu Wort kommen.

Die signifikanten Unterschiede bei den *politischen AkteurInnen der jeweiligen Länder*, der *türkischen AkteurInnen*, *europäischen Staaten*, *EU-AkteurInnen*, *Uno*, *Flüchtlingen* und den *JournalistInnen* verhalten sich proportional zu den AkteurInnen auf Artikelebene. Einzig die *AkteurInnen der Staaten vom Nahen und mittleren Osten* sind nicht davon abhängig. Innerhalb dieser kommt in Österreich mit jeweils rund einem Prozent *Saudi Arabien* und *Iran*³⁵ häufiger vor. Wie bereits bei den amerikanischen AkteurInnen erklärt, berichtet der *Daily Telegraph* öfter über Verteidigungspolitik. Durch das Interesse einer russischen Intervention ist es wichtig, die anderen AkteurInnen und deren Meinungen im Blick zu haben. Auffällig ist jedoch, dass Meinungen involvierter Staaten häufiger vorkommen, als die involvierten AkteurInnen in Syrien. Nicht einmal Assad, der zwar ein zentrales Thema des Diskurses ist, wird mit seiner Meinung im Diskurs vertreten.

³⁵ AUT: Saudi Arabien 1,2% Iran 0,9%; GB: Saudi Arabien 0,4%; Iran 0,5%

AdressatInnen

Der/die AdressatIn der Meinungsposition ist der/die EmpfängerIn der Position. Viele der Positionen wurden ohne einen/eine AdressatIn getätigt. In *Österreich* haben 59,7% aller Meinungspositionen einen/eine AdressatIn. In *Großbritannien* sind es mit 71,1% deutlich mehr. Die restlichen Meinungen sind Statements zu Positionen, die an eine undefinierte Öffentlichkeit gerichtet sind.

In *Österreich* werden im *Standard* die Positionen mit 13,5% deutlich mehr an *nationale AkteurInnen* adressiert als in der *Presse* mit 7%. Das häufigste Thema einer Position, welches an *österreichische PolitikerInnen* adressiert wurde, ist die Flüchtlingskrise.³⁶ Sie sind verantwortlich, dass die Krise in geordneten Bahnen abläuft. Während die KommunikatorInnen im *Standard* ihre Position besonders zur Flüchtlingskrise an nationale politische AkteurInnen richten, wenden sich KommunikatorInnen in der *Presse* mit rund 23% mehr den *EU-AkteurInnen* zu. Es könnte sein, dass die KommunikatorInnen in der *Presse* die EU als eine wichtige handelnde Akteurin in der Krise sehen. Auch Flüchtlinge selbst werden mit 6% mehr adressiert als in der *Presse*.

AdressatIn der Position - Österreich

Ja-% N= 1149	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Österreich: politische AkteurInnen	7,0%	13,5%	***
Russische AkteurInnen	9,4%	14,0%	**
EU-AkteurInnen	23,2%	16,0%	***
Flüchtlinge	6,2%	1,5%	***
JournalistIn	1,20%	2,80%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 70: AdressatIn der Position - Österreich

Im *Standard* hingegen sind die *russischen AkteurInnen* mit 14% signifikant häufiger AdressatInnen einer Position als in der *Presse* mit rund 9%. Während es zwar keinen signifikanten Unterschied im Thema *russische Intervention* gibt, richtet man sich im *Standard* häufiger direkt an Russland um diese darauf anzusprechen. In der *Presse* wird öfter nur das Thema diskutiert, ohne sich an den Auslöser zu wenden.

In *Großbritannien* gibt es nur signifikante Unterschiede bei AkteurInnen, welche einen geringen Prozentsatz aufweisen und sich nicht stark voneinander unterscheiden. Da die Ergebnisse kaum auf eine Erkenntnis schließen lassen, werden sie hier nicht besprochen.

³⁶ Presse: Flüchtlingskrise in AdressatIn: 65,2%***; Standard: Flüchtlingskrise in AdressatIn: 76,8%***

AdressatIn der Position - Ländervergleich

Ja-% N= 2877	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Länder: politische AkteurInnen	9,9%	26,1%	***
Länder: Sonstige AkteurInnen	3,9%	8,4%	***
Syrische AkteurInnen	5,4%	3,3%	***
Russische AkteurInnen	11,3%	10,4%	
türkische AkteurInnen	5,1%	4,5%	
Staaten Naher und Mittlerer Osten	5,4%	2,7%	***
amerikanische AkteurInnen	8,1%	5,1%	***
deutsche AkteurInnen	5,0%	3,6%	
europäische Staaten/AkteurInnen	7,3%	5,4%	**
Westen/sonstige westliche AkteurInnen	1,6%	2,4%	
Medien-AkteurInnen	2,9%	2,2%	
EU-AkteurInnen	20,3%	14,3%	***
Uno	3,6%	1,8%	***
Flüchtlinge	4,3%	4,5%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 71: AdressatIn der Position - Ländervergleich

Die Länder unterscheiden sich hingegen sehr. Auch als AdressatInnen kommen mit rund 26% zu rund 10% die *politischen* und mit rund 8% zu fast 4% die *sonstigen nationalen AkteurInnen* deutlich häufiger vor. *Großbritannien* richtet sich auf nationaler Ebene im Diskurs mehr nach innen als nach außen. *Österreich* richtet sich hingegen signifikant häufiger an ausländische AkteurInnen. Mit 5,4% zu rund 3% werden in *Österreich Staaten des Mittleren und Nahen Ostens* und *syrische AkteurInnen* mit 5,4% zu 3,3% adressiert. Mit rund 8% zu 5% wird mit den *USA* häufiger ein Diskurs geführt und auch die *UNO* wird mit rund 4% zu knapp 2% häufiger adressiert. Hinsichtlich der Flüchtlingskrise sind *europäische AkteurInnen* mit rund 7% zu rund 5% und *EU-AkteurInnen* mit rund 20% zu rund 14% öfter EmpfängerInnen der Nachricht.

In *Österreich* werden am weitaus häufigsten *EU-AkteurInnen* mit Positionen adressiert. Weitere wichtige AkteurInnen im Diskurs sind russische, amerikanische sowie nationale politische AkteurInnen und europäische Staaten. In *Großbritannien* sind die wichtigsten AkteurInnen die eigenen politischen AkteurInnen, EU-AkteurInnen, russische und nationale sonstige AkteurInnen.

Dominierende Politikebene der Position

Mit dieser Variable wird untersucht, auf welcher Ebene sich die Position befindet. Den einzigen signifikanten Unterschied, den man in *Österreich* bei der dominierenden Politikebene erkennen kann ist auf der *regionalen Ebene*. Diese betrifft vor allem die Flüchtlingsthematik, sowie den politischen Wettbewerb, wie zum Beispiel die Wien-Wahl.

Der *Standard* berichtet mit 4% signifikant häufiger auf dieser Ebene als die Presse mit 1,2% und geht im Rahmen des Syrien-Konflikts somit auf regionale Themen eher ein und zeigt die Auswirkungen bis auf die unterste Ebene des Landes.

Dominierende Politikebene der Position - Österreich

Ja-% N= 1904	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Regional	1,2%	4,0%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse.			

Abb. 72: Dominierende Politikebene der Position - Österreich

Die Positionen finden sich in *Großbritannien* beim *Independent* mit rund 51% häufiger auf *nationaler Ebene* wieder als beim *Independent* mit rund 43%. Neben der Wahl von Corbyn, die zwischen nationalen AkteurInnen einen Diskurs auslöste, findet auch die Flüchtlingskrise mit 54,3% beim *Independent* auf der *nationalen Ebene* statt und mit 30% auf der *EU-Ebene*³⁷. Hier zeigt sich die Priorisierung der Zeitungen, auf welcher Ebene die Flüchtlingskrise gelöst werden muss. Beim Konflikt in Syrien kommt es darauf an, welches Kommunikationsthema man betrachtet. Der Diskurs über die *britische Intervention* findet hauptsächlich auf *nationaler Ebene* statt.³⁸ Beim *Daily Telegraph* findet sich das Thema *Syrien-Konflikt* mit rund 12,2% auf *nationaler Ebene* und mit rund 75,5% auf *globaler Ebene* wieder. Der *Independent* sucht beim Flüchtlingsproblem auf nationaler Ebene Verantwortung, während dies beim *Daily Telegraph* nicht so klar erscheint. Gleichzeitig ist der Konflikt beim *Daily Telegraph* ein globales Problem, was wiederum der *Independent* nicht so sieht. Der *Daily Telegraph* sieht die globalen AkteurInnen in der Verantwortung den Konflikt zu beeinflussen, *Großbritannien* mit einbegriffen.

Dominierende Politikebene der Position - Großbritannien

Ja-% N= 2337	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Regional	0,3%	0,3%	***
National	42,8%	50,8%	
Bi-National	6,9%	8,4%	
EU	16,5%	12,1%	***
Global/International	33,5%	28,4%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 73: Dominierende Politikebene der Position - Großbritannien

³⁷ Independent: Flüchtlingskrise in dominierender Politikebene = signifikantes Ergebnis***

Daily Telegraph: Flüchtlingskrise in nationale Ebene 34,8%, Fl.-Krise in EU-Ebene 39,7% (nicht signifikant)

³⁸ Independent: britische Intervention in nationale Ebene 87,4%***; Syrien-Konflikt in Politikebene***

Daily Telgraph: britische Intervention in nationale Ebene 89%***; Syrien-Konflikt in nationale Ebene 36,2% und auf globaler Ebene 55,3%***

Die Erklärung hinsichtlich der Flüchtlingskrise beschreibt auch, wieso die *EU-Ebene* mit rund 4% stärker bei den Positionen im *Daily Telegraph* vertreten ist, wie im *Independent*. Die *globale Ebene* kommt mit 33,5% zu 28,5% im *Daily Telegraph* häufiger vor. Das Thema *russische Intervention* findet sich mit rund drei Viertel aller Fälle auch öfter beim *Daily Telegraph* auf *globaler Ebene* als beim *Independent* mit rund 57%. Der Diskurs über den *syrischen Präsidenten* befindet sich ebenfalls bei der konservativen Zeitung stärker auf *globaler Ebene* als beim *Independent*³⁹. Da sich der *Daily Telegraph* weniger auf die Flüchtlingskrise konzentriert, orientiert er sich stärker auf globale Meinungen.

Dominierende Politikebene der Position - Ländervergleich

Ja-% N= 4241	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Regional	2,5%	0,3%	***
National	27,3%	47,5%	***
Bi-National	8,6%	7,8%	
EU	17,6%	13,9%	***
Global/International	44,1%	30,5%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 74: Dominierende Politikebene der Position - Ländervergleich

Betrachtet man die dominierende Politikebene der Position im Ländervergleich, so zeigen sich einige signifikante Unterschiede. Während es in *Großbritannien* kaum Meinungen auf *regionaler Ebene* gibt, kommen diese in *Österreich* mit 2,5% etwas häufiger vor. Auch auf *EU-Ebene* enthält die *österreichische Berichterstattung* mit fast 3,5% und auf *globaler Ebene* mit sogar 13% Unterschied mehr Positionen. Letzteres kommt in *Österreich* mit rund 44% am Häufigsten vor, gefolgt von der *nationalen Ebene* mit 27%. In *Großbritannien* hingegen finden sich die Meinungspositionen mit 47,5% am stärksten auf der *nationalen Ebene* statt, gefolgt von der *globalen Ebene* mit 30,5%. Die signifikant größeren Unterschiede zu Gunsten von *Österreich* kann man zum einen auf die Flüchtlingskrise zurückführen, da sich die direkte Betroffenheit auf regionaler Ebene abspielt und sie auf die Unterstützung der EU-Ebene angewiesen sind. Das stärkere Ergebnis auf globaler Ebene kann zeigen, dass *Österreich* in außenpolitischen Fragen sehr stark auf globale Player angewiesen ist, während *Großbritannien* sich beim Syrienkrieg auf die eigene nationale Rolle im globalen Gefüge fokussiert.

³⁹ Daily Telegraph: Globales Thema in russische Intervention (Meinungsposition) 74,6***; Globales Thema in Assad (Meinungsposition) 97,9%***
Independent: Globales Thema in russische Intervention (Meinungsposition) 57,1%***; Globales Thema in Assad (Meinungsposition) 72%***

8.3.2. Journalistische Diskursqualität

Journalistische Diskursqualität - Österreich

Ja-% N= 1958		Zeitungen Österreich		Chi ²
		DP	DST	
Begründungsniveau	keine Begründung	25,2%	24,6%	***
	pauschale Begründung	8,7%	13,3%	
	einfache Begründung	26,5%	22,9%	
	spezifische Begründung	39,7%	39,3%	
Lösungsniveau	kein Lösungsvorschlag	50,8%	49,8%	**
	vager Lösungsvorschlag	20,6%	17,2%	
	konkreter Lösungsvorschlag	28,6%	33,0%	
Respektmaß	explizit Respektlos	8,7%	5,3%	***
	impliziter Respekt	85,6%	87,8%	
	explizit respektvoll	5,8%	6,9%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 75: Journalistische Diskursqualität - Österreich

Die journalistische Diskursqualität erklärt, wie Meinungen zur Diskursqualität beitragen. In der *österreichischen Berichterstattung* gibt es keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich des *Begründungs-* und des *Lösungsniveaus* der Position. Allerdings unterscheiden sie sich in der Art der *Begründung*. Im *Standard* werden mit rund 13% zu rund 9% häufiger pauschale Begründungen in der Meinungsposition benützt. Dafür legt der *Standard* mit 33% zu rund 29% mehr konkrete Lösungsvorschläge dar. Die *Presse* bringt mit 9% häufiger explizit respektlose Meinungen, als der *Standard* mit rund 5%. Die Unterschiede sind zwar signifikant, allerdings nicht schwerwiegend, da bis auf diese drei Ausnahmen eine sehr ähnliche journalistische Diskursqualität besteht.

Journalistische Diskursqualität - Großbritannien

Ja-% N= 2536		Zeitungen GB		Chi ²
		TDT	TI	
Begründungsniveau	keine Begründung	21,1%	15,5%	***
	pauschale Begründung	12,7%	10,1%	**
	einfache Begründung	34,9%	38,3%	**
	spezifische Begründung	31,3%	36,1%	
Lösungsniveau	kein Lösungsvorschlag	55,3%	60,1%	**
	vager Lösungsvorschlag	20,6%	15,3%	***
	konkreter Lösungsvorschlag	24,1%	24,6%	
Respektmaß	explizit Respektlos	6,5%	4,6%	**
	impliziter Respekt	89,5%	89,5%	
	explizit respektvoll	4,1%	5,9%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 76: Journalistische Diskursqualität - Großbritannien

Bei den *britischen Zeitungen* schaut es hingegen schon ganz anders aus. Der *Daily Telegraph* verwendet mit rund 21% zu 15,5% keine *Begründungen*. Er ist aber in den

pauschalen Begründungen stärker, während der *Independent* signifikant häufiger *spezifische Begründungen* verwendet. Der *Daily Telegraph* bietet mit rund 45% signifikant mehr *Lösungsvorschläge* an als der *Independent* mit rund 40%. Beide besitzen zu gleichen Teilen *konkrete Lösungsvorschläge*, während aber der *Daily Telegraph* mit fast 21% zu rund 15% lieber mehr *vage Lösungsvorschläge* bringt. Die *vagen Lösungsvorschläge*⁴⁰ entstehen hauptsächlich dadurch, dass der *Daily Telegraph* innerhalb der Berichterstattung über den *Syrien-Konflikt* mit 21,1% mehr *vage Lösungsvorschläge* bringt, als der *Independent* mit 13,4%, während es bei der *Flüchtlingskrise* keinen signifikanten Unterschied gibt. Der *Daily Telegraph* versucht mehr *Lösungsvorschläge* zum *Syrien-Konflikt* darzulegen, auch wenn diese nur *vage* sind. Schaut man sich das *Respektmaß* an sind zwar beide mit fast 90% größtenteils *implizit respektvoll*, allerdings ist der *Daily Telegraph* leicht *respektloser* als der *Independent* mit 6,5% zu 4,6%. Die links-liberale Zeitung geht mit 4,1% zu 5,9% signifikant *respektvoller* in seiner Meinungsposition um. Der *Independent* hat in Summe ein höheres Begründungsniveau und ist ein bisschen respektvoller, als der *Daily Telegraph*, der wiederum mit seinen *vagen Lösungsvorschlägen* hinsichtlich des syrischen Konfliktes punkten kann.

Journalistische Diskursqualität - Ländervergleich

Ja-% N= 2536		Länder		Chi ²
		AUT	GB	
Begründungsniveau	keine Begründung	24,9%	17,8%	***
	pauschale Begründung	10,8%	11,2%	
	einfache Begründung	24,8%	36,9%	***
	spezifische Begründung	39,5%	34,1%	***
Lösungsniveau	kein Lösungsvorschlag	50,4%	58,1%	***
	vager Lösungsvorschlag	19,0%	17,5%	
	konkreter Lösungsvorschlag	30,6%	24,4%	***
Respektmaß	explizit Respektlos	7,1%	5,4%	**
	impliziter Respekt	86,6%	89,5%	***
	explizit respektvoll	6,3%	5,2%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 77: Journalistische Diskursqualität - Ländervergleich

Auch beim Ländervergleich gibt es einige signifikante Unterschiede. In Summe gibt *Österreich* in drei Viertel aller Fälle eine *Begründung* an, während *Großbritannien* nur in knapp einem Fünftel nichts angibt. Während *Österreich* mit rund 40% zu rund 35% mehr *spezifische Begründungen* für die Meinungspositionen bietet, enthält die Berichterstattung von *Großbritannien* mit knapp 37% zu rund 25% häufiger *einfache Begründungen*.

⁴⁰ vage Lösungsvorschläge in Syrien-Konflikt: Daily Telegraph 21,1% und Independent 13,4 ***
vage Lösungsvorschläge in Flüchtlingskrise: Daily Telegraph 19,5% und Independent 17,9% (nicht signifikant)

Pauschale Begründungen benutzen beide mit rund 11% nahezu gleichwenig. *Österreich* gibt also seltener Begründungen an, dafür aber spezifischere. Die *österreichische Berichterstattung* enthält in fast der Hälfte aller Fälle mehr *Lösungsvorschläge* als *Großbritannien* mit rund 42%. Ebenso sind diese mit fast 31% zu rund 25% konkreter. Das *Respektmaß* unterscheidet sich zwar signifikant, aber der Unterschied ist nicht so groß. Die *österreichischen Nachrichten* sind in seinen Meinungspositionen mit rund 7% zu 5% ein wenig *respektloser*. So besitzt *Österreich* durch seine konkreten Lösungsvorschläge sowie seine spezifischen Begründungen ein bisschen ein höheres Maß an journalistischer Diskursqualität, kann sich jedoch verbessern.

Man kann auch keinen bemerkenswerten Unterschied bei den *Begründungen* zwischen dem *Syrien-Konflikt* und der *Flüchtlingskrise* finden. Hinsichtlich des *Lösungsniveaus* gibt es in *Österreich* keinen signifikanten Unterschied. *Großbritannien* hat jedoch um fast 8% mehr *Lösungsvorschläge* in der *Flüchtlingskrise* als im *Syrien-Konflikt*, die sich ebenfalls um 6% konkreter gestalten.⁴¹ Cameron pocht darauf nur die Flüchtlinge vor Ort zu nehmen, da diese sich nicht auf den Weg machen und hofft, dass die EU es ihm gleich tut.

Journalistische Diskursqualität: Begründung - Zeitvergleich

Ja-% N= 1958		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	keine Begründung	25,10%	24,60%	***
	pauschale Begründung	13,70%	7,00%	
	einfache Begründung	24,10%	25,70%	**
	spezifische Begründung	37,10%	42,70%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 78: Journalistische Diskursqualität: Begründung - Zeitvergleich

Inwiefern hat sich die Diskursqualität durch die russische Intervention verändert? Während es beim *Begründungsniveau* in *Großbritannien* keinen signifikanten Unterschied gibt, verändert sich die Berichterstattung in *Österreich* dahingehend sehr wohl, indem sie statt *pauschale* mehr *spezifische Begründungen* bieten. In den ersten vier Wochen kommen *pauschale Begründungen* in rund 14% der Fälle, *spezifische Begründungen* in rund 37% der Fälle vor. Die *pauschalen Begründungen* sinken auf 7% während die *spezifischen Begründungen* auf 43% ansteigen. Der Unterschied findet vor allem durch die *Flüchtlingskrise*⁴² statt, dort sinkt die *pauschale Begründung* um die Hälfte von rund 14%

⁴¹ GB – Lösungsvorschlag in Syrien-Konflikt 40% und Flüchtlingskrise 47,1%***

GB - konkreter Lösungsvorschlag in Syrien-Konflikt 23,4% und Flüchtlingskrise 29,4%***

⁴² AUT -pauschale Begründung in Flüchtlingskrise: vor Int. 14,2% und nach Int. 6,7%.***

AUT - Spezifische Begründung in Flüchtlingskrise: vor Int. 38% und nach Int. 45,3%*

auf 7%, während die *spezifische Begründung* von 38% auf 45,3% steigt. Die russische Intervention verkompliziert nicht nur den Syrien-Konflikt vor Ort, sondern auch die Flüchtlingskrise. Möglicherweise wird ein stärkerer Bezug zu den Folgen der Intervention und der Krise gezogen, von der besonders *Österreich* betroffen ist. Diese müssen sich auf eine mögliche neue Flüchtlingswelle vorbereiten.

Journalistische Diskursqualität: Lösungsvorschlag - Zeitvergleich

Ja-%		Wochen		Chi ²
N= 2536		vor der Intervention	nach der Intervention	
GB	kein Lösungsvorschlag	52,10%	66,70%	***
	vager Lösungsvorschlag	20,30%	13,40%	***
	konkreter Lösungsvorschlag	27,50%	20,00%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 79: Journalistische Diskursqualität: Lösungsvorschlag - Zeitvergleich

In *Österreich* verändert sich durch die Intervention in Bezug auf den Lösungsvorschlag kaum etwas, während die Vorschläge in *Großbritannien* geringer werden. Gibt es in den ersten vier Wochen in 48% der Fälle eine *Lösung*, sind es danach nur mehr rund 33%. Diese gehen auf Kosten von *vagen* und *konkreten Lösungsvorschlägen*, die bei beiden um rund 7% weniger häufig in der Berichterstattung vorkommen. Dies betrifft sowohl den *Konflikt in Syrien*⁴³, als auch die *Flüchtlingskrise*⁴⁴. Es mag möglicherweise daran liegen, dass die russische Intervention die involvierten Länder in ihren Handlungsoptionen eingeschränkt und den Westen in eine Ecke drängt. Die militärisch involvierten Länder haben nicht mehr die Möglichkeit die Situation vor Ort zu bestimmen, also zu agieren, sondern können nur noch auf die Gegebenheiten reagieren.

Journalistische Diskursqualität: Respektmaß - Zeitvergleich

Ja-%		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
N= 2536				
GB	explizit Respektlos	5,20%	5,50%	***
	impliziter Respekt	88,60%	90,70%	
	explizit respektvoll	6,20%	3,70%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01				

Abb. 80: Journalistische Diskursqualität: Respektmaß - Zeitvergleich

⁴³ GB - Lösungsvorschlag in Syrien-Konflikt: 46,2% vor der Intervention und 32,7% nach der Interv.***
 GB - vager Lösungsvorschlag Syrien-Konflikt: 19,1% vor der Intervention zu 13,6% nach der Interv.***
 GB - konkreter Lösungsvorschlag in Syrien-Konflikt: 27,1% vor der Interv. zu 19,1% nach der Interv.***

⁴⁴ GB - Lösungsvorschlag in Flüchtlingskrise: 51,2% vor der Intervention und 40,1% nach der Interv.***
 GB - vager Lösungsvorschlag in Flüchtlingskrise: 20% vor der Intervention und 14,9% nach der Interv.*
 GB - konkreter Lösungsvorschlag in Flüchtlingskrise: 31,2% vor der Interv. und 25,2% nach der Interv.*

Auch das *Respektmaß* verändert sich nur in *Großbritannien*, wenn auch nicht so drastisch wie die anderen Variablen der journalistischen Diskursqualität. *Explizit respektvolle* Meinungspositionen werden weniger und sinken von rund 6% auf knapp 4%.

Zweifelsbekundung

Zweifelsbekundung - Österreich

Ja-% N= 1958	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Verständlichkeit	8,2%	5,1%	***
Wahrheit	6,7%	6,9%	
Wahrhaftigkeit	11,2%	10,2%	
Richtigkeit	25,7%	23,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 81: Zweifelsbekundung - Österreich

Die Zweifelsbekundungen beschreiben, ob in der Meinungsposition ein Zweifel im Diskurs besteht. Zwischen den österreichischen Zeitungen gibt es nur hinsichtlich der *Zweifelsbekundung Verständlichkeit* einen signifikanten Unterschied, indem in der *Presse* dieser mit rund 8% häufiger kommuniziert wurde als im *Standard* mit rund 5%. In rund 49,4% der Fälle betrifft diese Zweifelsbekundung in der *Presse* die *EU-Flüchtlingskrise*, während diese beim *Standard* sogar rund 69,6% ausmachen⁴⁵. Den Unterschied beim *Zweifel an der Verständlichkeit* macht in der *Presse* vor allem die russische Intervention und der politische Wettbewerb aus.⁴⁶ Die AkteurInnen verstehen möglicherweise die Auswirkungen der russischen Intervention nicht.

Zweifelsbekundung - Großbritannien

Ja-% N= 2536	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Verständlichkeit	12,1%	18,6%	***
Wahrheit	8,8%	7,3%	
Wahrhaftigkeit	14,5%	8,9%	***
Richtigkeit	34,7%	31,8%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 82: Zweifelsbekundung - Großbritannien

Im *Independent* kommt die *Zweifelsbekundung Verständlichkeit* mit fast 19% aller Fälle signifikant häufiger vor als im *Daily Telegraph* mit rund 12%. In der konservativen Zeitung⁴⁷ besteht die Zweifelsbekundung mit rund 30,4% aus der Flüchtlingskrise, 8%

⁴⁵ AUT: Flüchtlingskrise in Zweifelsbekundung Verständlichkeit *

⁴⁶ Presse: russischen Intervention in Zweifel an Verständlichkeit an 7,1%***, politischer Wettbewerb in Zweifel an Verständlichkeit 4,7%***

⁴⁷Daily Telegraph: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Verständlichkeit ***

dem innerparteilichen oder politischen Wettbewerb, 8% der Flucht und 8,8% aus der britischen Intervention. Die Zweifelsbekundung beim *Independent*⁴⁸ besteht hauptsächlich zu rund 33% aus der Flüchtlingskrise und rund 8% aus der britischen Intervention, während sich der Rest relativ gleichmäßig verteilt. Im *Independent* tauchen Zweifelsbekundungen somit häufiger in unterschiedlichen Themen auf.

Einen weiteren signifikanten Unterschied gibt es hinsichtlich der *Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit* mit 14,5% beim *Daily Telegraph* und rund 9% beim *Independent*. Die *Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit* besteht beim *Daily Telegraph*⁴⁹ vordergründig zu knapp 22,7% aus der *Flüchtlingskrise*, 10,7% der *britischen* und 9,3% der *russischen Intervention* und zu jeweils 6,7% aus *Terrorismus* und *innerparteilichem/politischem Wettbewerb*. Während im *Independent* eher die Verständlichkeit im Diskurs angezweifelt wird, impliziert der Zweifel an Wahrhaftigkeit, dass der Sachverhalt nicht nur nicht verstanden wird, sondern die andere Person einem Irrtum aufgesessen ist.

Beim Vergleich zwischen den Ländern unterscheiden sich *Österreich* mit rund 7% und *Großbritannien* mit rund 16% im Zweifel an der *Verständlichkeit* stark voneinander. Der Zweifel besteht in *Österreich*⁵⁰ besonders aufgrund der *Flüchtlingskrise* mit 56,5% und dem *Nahost-Konflikt* mit 6,1%. In *Großbritannien*⁵¹ setzt sich die Zweifelsbekundung vor allem aus der *britischen Intervention* mit 8,4%, der *russischen Intervention* mit 5%, der *EU-Flüchtlingskrise* mit 31,9% und der *Flucht* mit 6,2% zusammen.

Zweifelsbekundung - Ländervergleich

Ja-% N= 4494	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Verständlichkeit	6,7%	16,0%	***
Wahrheit	6,8%	7,9%	
Wahrhaftigkeit	10,7%	11,2%	
Richtigkeit	24,7%	33,0%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 83: Zweifelsbekundung - Ländervergleich

In beiden Ländern gibt es im Diskurs am meisten Zweifel an der *Richtigkeit*. *Großbritannien* macht mit 33% häufiger eine Zweifelsbekundung als *Österreich* mit fast 25%. In *Österreich*⁵² besteht am meisten Zweifel an der Richtigkeit von *Baschar al-Assad* mit rund 9%, der *Flüchtlingskrise* mit rund 44% und der *Russland-Intervention* mit 7,5%

⁴⁸ Independent: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Verständlichkeit ***

⁴⁹ Daily Telegraph: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit***

⁵⁰ AUT: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Verständlichkeit*

⁵¹ GB: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Verständlichkeit ***

⁵² AUT: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Richtigkeit***

und mit 7,7% am *Syrien-Krieg*. In *Großbritannien*⁵³ teilt sich der Zweifel mit 5,4% auf den *innerparteilichen und politischen Wettbewerb*, mit 29,7% auf die *Flüchtlingskrise*, mit 9,3% auf die *russische* und mit 9,5% auf die *britische Intervention* auf. *Österreich* beschäftigt sich durch den Syrien-Konflikt und Baschar al-Assad damit, wie man den Konflikt mit ihm lösen kann, also ob Assad bleiben soll oder nicht und mit der Frage, was die Russland-Intervention für negative Auswirkungen auf die Krise hat. *Großbritannien* hingegen kritisiert besonders die innerpolitischen Entscheidungen, wie z.B. Corbyn als neuen Labour-Chef und kritisiert die britische Intervention als mögliche Lösung für den Konflikt, wie auch die russische Einmischung.

Wenn man sich aber auch die *Zweifelsbekundung an der Wahrheit* ansieht, spielen in *Österreich*⁵⁴ vor allem die Themen *Flüchtlingskrise* mit 34,6% und *russische Intervention* mit 18% eine große Rolle, wie auch der *Konflikt im Nahen Osten* mit 6,8% und der *Terrorismus* mit 6%. Auch in *Großbritannien*⁵⁵ sind hier die Themen *Terrorismus* mit 6,5%, die *Flüchtlingskrise* mit 12,5%, die *Russland-Intervention* mit 25,5% und die *britische Intervention* mit 7% wichtig.

Bei der *Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit* kommt in *Österreich*⁵⁶ vor allem der *Syrien-Konflikt* mit 8,2%, der *Konflikt im Nahen Osten* mit 5,3%, der *syrische Präsidenten* mit 5,8%, die *Flüchtlingskrise* mit 39,6% und die *russischen Intervention* mit 7,2% vor. In *Großbritannien*⁵⁷ setzt sich diese *Zweifelsbekundung* durch den *innerpolitischen Wettbewerb* mit 6,8%, den *Terrorismus* mit 5,3%, die *Flüchtlingskrise* mit 28,5%, die *russische* mit 7,8% und die *britische Intervention* mit rund 8,5% zusammen.

8.3.3. Einbettung in politische Diskurse

Im Folgenden werde ich nur Ergebnisse über fünf Prozent in die Auswertung aufnehmen, da solche darunter in einem Diskurs untergehen würden.

Politische Diskurse in der Gesellschaft können durch die Medien unterstützt und gesteuert werden. Die Flüchtlingskrise feuert eine starke Diskussion über *Nächstenliebe und Solidarität* an. In rund 19% aller Fälle in der *Presse* wurde ein Grundstein für einen solchen Diskurs gelegt, während dieser beim *Standard* rund 13% ausmacht. Die Flüchtlingskrise sorgt dafür, dass eine Diskussion in der Bevölkerung sowie in der Politik

⁵³ GB: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Richtigkeit***

⁵⁴ AUT: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Wahrheit***

⁵⁵ GB: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Wahrheit***

⁵⁶ AUT: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit*

⁵⁷ GB: Kommunikationsthema der Position in Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit***

entsteht. Sie beschäftigen sich damit, ob die Innere Sicherheit wichtiger ist, oder man aus menschenrechtlichen Gründen den Flüchtlingen helfen muss. Dieser Diskurs ist nicht nur national sondern auch in der EU ein Thema. Der *Standard* führt hierzu eine emotionalere Berichterstattung. Die Debatte über Flüchtlinge wird möglicherweise in der *Presse* nüchterner geführt.

Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Österreich

Ja-% N= 1958	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Nächstenliebe und Solidarität	18,6%	12,7%	***
religiöse Konflikte	6,9%	4,6%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%.			

Abb. 84: Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Österreich

Die Debatte über das *Streben nach einer Demokratiegesellschaft* wird ebenfalls besonders durch die *Presse* angefacht. Mit rund 14% bereitet sie fast doppelt so stark eine Grundlage für eine Diskussion vor. Sie entsteht in der *Presse*⁵⁸ durch *Assad*, den *syrischen Konflikt* und durch die *Friedensverhandlungen*. Beim *Standard*⁵⁹ wird der Diskurs ebenfalls durch diese drei Variablen bestimmt. *Assad*⁶⁰ kommt innerhalb des Themas *Streben nach einer Demokratiegesellschaft* in der *Presse* mit 56,8% signifikant häufiger vor als im *Standard* mit 23,2%. Es wird dadurch ein Debatte unterstützt, ob *Assad* Teil einer Lösung für Syrien sein kann und ob eine demokratische Ordnung in Syrien überhaupt möglich ist.

Einbettung in politische Diskurse: längerfristige Diskurse - Österreich

Ja-% N= 1958	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Streben nach Demokratiegesellschaft	14,2%	6,9%	***
Europäische Union	27,2%	21,4%	***
Migration in Europa	16,1%	12,1%	**
USA	8,3%	12,0%	***
Russland	15,3%	19,0%	**
Geopolitik/Imperialismus	4,1%	8,1%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%.			

Abb. 85: Einbettung in politische Diskurse: längerfristige Diskurse - Österreich

Die Flüchtlingskrise löst einen unterschiedlich starken Diskurs in den Zeitungen aus. In der *Presse* wird mit rund 27% zu 21% eher über die *Europäische Union* und mit rund 16% zu

⁵⁸Presse: Meinungspositionen in Streben nach einer Demokratiegesellschaft***: Syrischn-Konflikt kommt zu 13,5% vor, Friedensverhandlungen zu 10,1%, Assad zu 28,4% vor

⁵⁹ Standard: Meinungspositionen in Streben nach einer Demokratiegesellschaft ***: Syrien-Konflikt kommt zu 33,3% vor, Friedensverhandlungen zu 12,7% und Assad zu 30%

⁶⁰ Standard: Streben nach einer Demokratiegesellschaft in Assad***

rund 12% über die *Migration* diskutiert. Einen Diskurs über Migration⁶¹ entsteht in der *Presse* in 31,3% aller Meinungspositionen über die Flüchtlingskrise und in 24% beim *Standard*. Durch die *Presse* entsteht somit auch eine größere Debatte darüber, wie sich die EU im Zuge der Flüchtlingskrise entwickelt und löst möglicherweise ein stärkeres Bewusstsein in der Bevölkerung aus, dass die Flüchtlinge nicht nur Übergangsweise in Europa bleiben werden. Der *Standard* hingegen ist bei der Thematik *USA* mit 12% zu rund 8% und bei *Russland* mit 19% zu 15% stärker. Zwar ist der Unterschied im selben Kommunikationsthema auf Artikelebene nicht signifikant, allerdings wird in dieser Untersuchung im *Standard* stärker darüber berichtet, wodurch sich dieser Unterschied auf die Häufigkeit des Kommunikationsthemas in den Artikeln bezieht. Der Diskurs über *Russland* wird beim *Standard*⁶² besonders durch die Themen *Syrien-Konflikt*, *syrischer Präsident* und die *russische* und *amerikanische Intervention* angefeuert. Die *USA-Intervention*⁶³ findet sich häufiger beim *Standard* wieder und stellt zu *Russland* mit 56,7% zu 23,5% einen stärkeren Bezug her als in der *Presse*. So sieht der *Standard* auch *Russland* stärker als zentrale Schlüsselrolle im *Syrien-Konflikt* und rückt die Beziehung von *Russland* und den *USA* stärker in den Mittelpunkt. Dies zeigt sich auch im signifikanten Unterschied zum Thema *Geopolitik und Imperialismus*, welcher im *Standard* mit rund 8% häufiger vorkommt als in der *Presse* mit rund 4%. Dass sich diese beiden Länder so stark in den *Syrien-Konflikt* einmischen, lässt auch über ihre geopolitischen Ansprüche rätseln.

Durch den *Standard* kann auch ein stärkerer Diskurs über eine mögliche *Terrorgefahr* mit einem Unterschied von 3% entstehen. Da *Russland* im Kampf gegen den Terror involviert ist, entwickelt sich deshalb vielleicht ein größeres Bewusstsein darüber, ob eine *Terrorgefahr* hierzulande und in der Umgebung passieren kann.

Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse - Österreich			
Ja-% N= 1958	Zeitungen Österreich		Chi ²
	DP	DST	
Terrorgefahr	3,7%	7,4%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%.			

Abb. 86: Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse - Österreich

In *Großbritannien* gibt es hinsichtlich des Diskursthemas *Nächstenliebe und Solidarität* einen signifikanten Unterschied. Durch die stärkere Thematisierung der Flüchtlingskrise und die Initiative des *Independent* kann hier ein stärkerer Diskurs entstehen.

⁶¹ Migration in Flüchtlingskrise*

⁶² Presse: Meinungspositionen in *Russland*: *Syrien-Konflikt* 21,7%; *syrischer Präsident* 18,9%, *Russland-Intervention* 27,4%, *USA-Intervention* 9,7%

⁶³ *USA-Intervention* in *Russland**

Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Großbritannien

Ja-% N= 2536	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Nächstenliebe und Solidarität	16,3%	21,1%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%			

Abb. 87: Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Großbritannien

In *Großbritannien* beeinflusst der *Independent* mit 11% eine stärkere Debatte über *Migration im Inland* als der *Daily Telegraph* mit rund 8%. Das Thema *Innere Sicherheit* findet hingegen durch die konservative Zeitung mit rund 11% zu 6% mehr Einklang in einen möglichen Diskurs. Während die Debatte im *Independent* mehr in Richtung Migration und dadurch Integration geht, behandelt das Thema *Innere Sicherheit* die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Ersteres kann positiv konnotiert sein, zweiteres schafft in einem Diskurs über Flüchtlinge möglicherweise mehr Angst.

Einbettung in politische Diskurse: längerfristige Diskurse - Großbritannien

Ja-% N= 2536	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Wirtschaft und Ökonomie	7,4%	3,0%	***
Migration im Inland	8,1%	11,0%	**
Innere Sicherheit	11,4%	6,3%	***
Migration in Europa	17,6%	11,8%	***
Äußere Sicherheit/Verteidigung	39,6%	33,4%	***
Geopolitik/Imperialismus	5,6%	2,3%	***
Trident	2,8%	0,6%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 88: Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse - Großbritannien

Der *Daily Telegraph* legt hingegen als konservative Zeitung wiederum mehr Wert auf die Wirtschaft und möglicherweise auf die ökonomischen Auswirkungen der Flüchtlingskrise und des Konfliktes selbst. Zum Beispiel gab es einige Artikel über die Veränderung des Ölpreises. Dies können wir auch unter den aktuellen Diskursthemen sehen, in denen das Thema *Rohstoffe* nur im *Daily Telegraph* vorkommt.

Während der *Independent* der *Migration im Inland* und *in Europa* ausgeglichen Beachtung schenkt, fokussiert der *Daily Telegraph* auf die Migrationsbewegungen in ganz Europa. Die Konservativen können so auf die Zustände in den anderen Ländern verweisen und sich als besseres Beispiel darstellen. Gleichzeitig eröffnet dies auch ein Diskurs, ob man sich solidarisch zeigen oder sich abschotten sollte. Diskurse hinsichtlich der *Verteidigungspolitik* finden sich eher beim *Daily Telegraph*, bei dem in rund 40% aller Fälle diese Debatte entsteht. Beim *Independent* sind es nur rund 35%.

Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse - Großbritannien

Ja-% N= 2536	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Flüchtlingskrise	35,8%	41,7%	***
Ukraine-Konflikt	1,3%	4,6%	***
Demokratie und Menschenrechtsverletzungen	5,2%	7,8%	**
Rohstoffe	2,4%	0,0%	***
Türkei	1,2%	2,5%	**
Türkei-PKK	0,9%	3,7%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse			

Abb. 89: Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse - Großbritannien

Durch den *Independent* werden hingegen mit rund 42% eher Diskurse über die Flüchtlingskrise geführt, während der *Daily Telegraph* mit knapp 36% hier schwächer ist. Indem *Russland* beim *Independent* häufiger eine Diskursgrundlage bildet, ist der *Ukraine-Konflikt* um rund 4% ebenfalls häufiger im Gespräch. Auch Diskussionen rund um die *Türkei* und den *Konflikt mit der PKK* werden signifikant häufiger im *Independent* geführt. Der Konflikt beeinflusst ebenso direkt die Flüchtlingskrise.

Beim Ländervergleich gibt es einige Unterschiede, deshalb möchte ich vordergründig nur auf diejenigen eingehen, welche den öffentlichen Diskurs stark beeinflussen. Mit rund 19% stützt *Großbritannien* um rund 3% häufiger Debatten über *Nächstenliebe und Solidarität*. Während *Österreich* hier bereits handelt, ist *Großbritannien* durch seine geologische Lage in der Bedrängnis, sich dafür zu entscheiden, ob sie sich nicht nur den Flüchtlingen, sondern auch anderen EU-Mitgliedsstaaten gegenüber solidarisch zeigen sollen.

Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Ländervergleich

Ja-% N= 4494	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Neutralitätsverpflichtung	1,0%	0,0%	**
Kolonialisierung/British Empire	0,2%	0,6%	
Nächstenliebe und Solidarität	15,8%	19,2%	***
Kultur und Tradition	3,5%	2,1%	***
Golf-Kriege	1,7%	3,5%	***
Geschichte Syriens	2,2%	1,0%	***
religiöse Konflikte	5,8%	4,6%	
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 90: Einbettung in politische Diskurse: Geschichte - Ländervergleich

In *Großbritannien* wird der Diskurs mit rund 18% zu 11% über den *IS* und andere *Islamistische Gruppen* stärkerer angefeuert. In der *österreichischen Debatte* geht es mit rund 18% zu 13% vordergründig um den Konflikt mit der *syrischen Regierung*, also den Umgang mit *Assad* und mit rund 11% auch stärker um das *Streben nach einer*

Demokratiegesellschaft, während es dieses Thema in *Großbritannien* nur in 8% der Fälle in den politischen Diskurs schafft. *England* führt, wie sein amerikanischer Partner, einen Kampf gegen den Terror, während es in *Österreich* mehr um eine langfristige Lösung in Syrien geht. Denn die österreichische Politik ist von jeder Veränderung in Syrien direkt betroffen und muss sich mit den Auswirkungen des Krieges stärker herumschlagen. Somit berichtet *Österreich* auch signifikant häufiger über die *Migration im Inland* und die *Innere Sicherheit*, welche jeweils mit rund 12,5% den Diskurs beeinflussen.

Die *EU* findet in der *österreichischen Berichterstattung* mit rund einem Viertel aller Fälle den Weg in den öffentlich politischen Diskurs. In *Großbritannien* sind es nur rund 17%. Während man sich in *England* auch mit der Entscheidung über einen möglichen Brexit auseinandersetzt, spielt die *EU* eine wichtige Rolle in der Flüchtlingskrise. Diese droht die Europäische Union schwer zu beschädigen, was für *Österreich* ein größeres Thema ist, als für ein Land, welches denkt auf die EU verzichten zu können.

Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse - Ländervergleich

Vorhanden-% N= 4494	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Wirtschaft und Ökonomie	4,7%	4,8%	
IS und Islamisten	10,9%	18,7%	***
Streben nach Demokratiegesellschaft	10,8%	7,9%	***
Nationalismus	2,5%	3,2%	
Migration	12,5%	9,8%	***
Konflikt syrische Regierung	18,2%	13,1%	***
Innere Sicherheit	12,3%	8,4%	***
Corbyn	0,0%	4,7%	***
Europäische Union	24,5%	17,2%	***
Migration	14,2%	14,2%	
Nato	0,8%	1,2%	
USA	10,0%	7,3%	***
Russland	17,1%	16,4%	
Äußere Sicherheit/Verteidigung	20,1%	35,9%	***
Bedrohung	9,9%	11,8%	**
Geopolitik/Imperialismus	6,0%	3,6%	
Bündnisse	23,6%	9,6%	***
britische Intervention	0,5%	7,5%	***
Merkel	2,2%	1,8%	
Türkei-Flüchtlinge	3,6%	1,7%	***
Ungarn-Flüchtlinge	2,8%	1,4%	**
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 91: Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse – Ländervergleich

Großbritannien unterstützt den Diskurs hinsichtlich der *Verteidigungspolitik* mit fast 36% zu rund 20%. In 7,5% aller erhobenen Fälle wird dort auch die *britische Intervention* auf

ihre Sinnhaftigkeit abgewogen. Interessant ist hingegen, dass die *USA* in *Österreich* mit 10% zu rund 7% stärker den politischen Diskurs beeinflusst. Ebenso werden *Bündnisse* mit knapp 24% zu rund 10% stärker thematisiert. Während der Auswertung der Artikel hatte ich das Öfteren das Gefühl, dass *Großbritannien* sich hier beweisen will und die Intervention nicht aus dem Grund möchte einer gemeinsamen Allianz angehören zu wollen, sondern damit sie eigene Stärke zeigen kann. Das heißt, sie will sich durch eine Intervention wieder in das globale Geschehen einbringen. Bündnisse einzugehen sind dabei nebensächlich, da sie zeigen wollen, dass sie nicht von anderen abhängig sind. *Österreich* hingegen kann sich aufgrund seiner Neutralität nicht in die Verteidigungspolitik einbringen. Um in Syrien Ergebnisse zu erlangen ist *Österreich* somit von den *Big Playern* der Welt abhängig, denn diese führen nicht nur die Kämpfe durch, sondern sitzen ebenso am Verhandlungstisch. *Österreich* hat nur die Chance sich diplomatisch einzubringen, indem es, wie in diesem Fall, den neutralen Boden für Friedensgespräche anbietet und gute Beziehungen nicht nur zur *USA*, sondern auch zu anderen arabischen Staaten führt.

Durch die Betroffenheit von *Österreich* bestimmt die *Flüchtlingskrise* in 54% aller Fälle den politischen Diskurs. Die Republik interessiert sich auch signifikant stärker dafür, wie der Umgang anderer Staaten mit den Flüchtlingen ist, allen voran die Türkei und Ungarn, welche auf der Route nach Deutschland und Österreich liegen und somit die flüchtenden Menschen regulieren. In *Großbritannien* dominiert die *Flüchtlingskrise* mit rund 39% gemeinsam mit der *Verteidigungspolitik* den Diskurs.

Zwei weitere Themen die ebenfalls den Weg in die Öffentlichkeit finden sind die *Terrorgefahr*, die mit rund 9% in *Großbritannien* und rund 5% in *Österreich* den Diskurs bestimmt, und die *Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen*, die in *Österreich* mit rund 10% signifikant stärker sind als in *Großbritannien* mit 7%. Das Thema Menschenrechtsverletzungen wird in *Österreich* ⁶⁴ zu einem Viertel durch die *Flüchtlingskrise*, zu einem Fünftel durch *Assad* und zu 14% durch den *IS* bestimmt. In *Großbritannien* ⁶⁵ wird der Diskurs über *Menschenrechtsverletzungen* zu rund 13% von der *Flüchtlingskrise*, 10% durch *Assad* und nur rund 4% durch den *IS* geformt. Die Flüchtlingskrise fließt aufgrund der vielen Missstände, denen sich die Flüchtlinge auf der Flucht stellen müssen in das Thema ein. Die Terrorgefahr beeinflusst in *Großbritannien* in den öffentlichen Diskurs um fast 4% stärker. Das Land möchte zum Beispiel den Drohnenangriff auf britische Staatsbürger in Syrien und die britische Intervention

⁶⁴ AUT: Position in Menschenrechtsverletzungen: 24,7% Flüchtlingskrise, 18,8% Assad, 14% IS;***

⁶⁵ GB: Meinungsposition in Menschenrechtsverletzungen: 12,9% Flüchtlingskrise, 10% Assad, 4,1% IS;***

allgemein durch eine Terrorgefahr legitimieren lassen. Interessant ist allerdings, dass der IS den Diskurs über Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen in *Großbritannien* nicht so sehr verändert und die Terrorgruppe allgemein kein großes Thema ist. Auch hier vermute ich, dass für *Großbritannien* der Kampf gegen den Terror, welcher uns im eigenen Land bedroht, wichtiger ist als der Versuch eine Demokratie als langfristige Lösung anzuzielen. Dadurch werden Missstände auch weniger thematisiert.

Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse - Ländervergleich

Vorhanden-% N= 4494	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Flüchtlingskrise	54,0%	39,3%	***
Terrorgefahr	5,4%	9,1%	***
Ukraine-Konflikt	1,5%	3,2%	***
Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen	9,6%	6,7%	***
Quote	3,5%	3,3%	
Türkei-PKK	1,8%	2,6%	

Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01

Abb. 92: Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse- Ländervergleich

Zum Schluss möchte ich noch beleuchten, wie sich die Einbettung in die politischen Diskurse in den Themen *Verteidigung* und *Flüchtlingskrise*, sowie *IS* und *Assad* entwickelt, da der Verlauf besonders interessant ist.

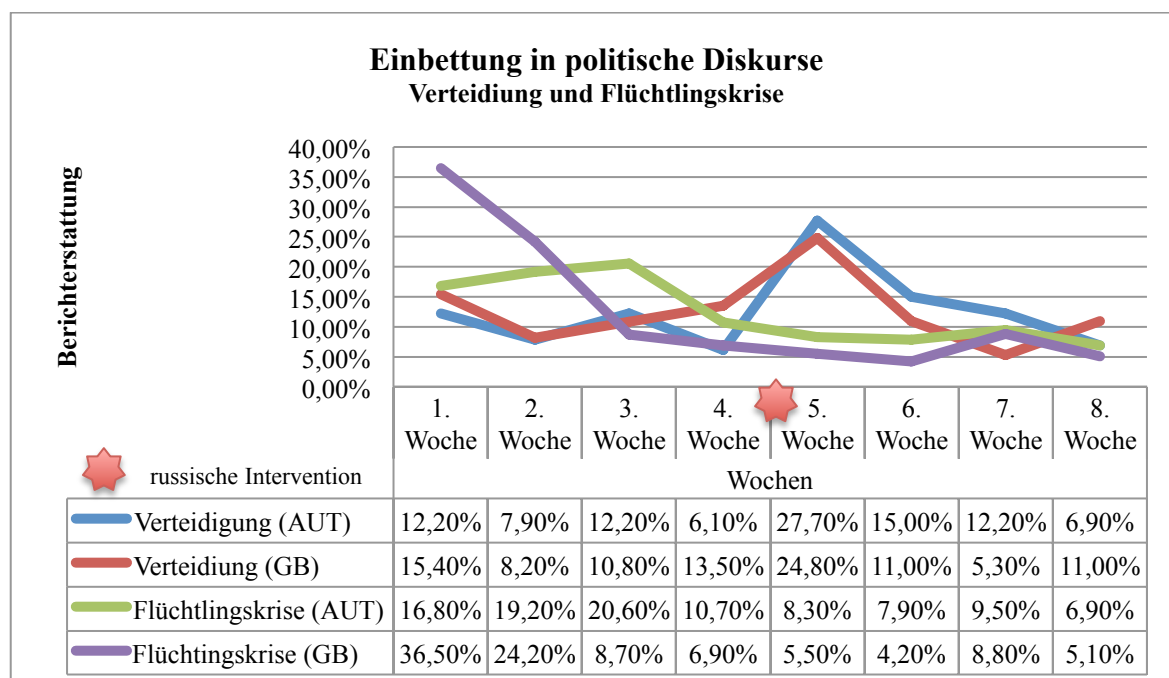


Abb. 93: Einbettung in politische Diskurse: Verteidigung und Flüchtlingskrise

Zu Beginn ist besonders in *Großbritannien* das Thema *Flüchtlingskrise* im Diskurs. Das kann daran liegen, dass der *Independent* gleich zu Beginn seine Kampagne für Flüchtlinge gestartet hat. In beiden Ländern erlebt die politische Einbettung einen Einbruch. Die

Debatte über die *Verteidigungspolitik* bekommt besonders in der fünften Woche während der russischen Intervention einen starken Anstieg, flacht danach allerdings wieder stark ab, während die Flüchtlingskrise ab der vierten Woche relativ gleichbleibend sich unter 10% befindet. Die Aufmerksamkeit über bestimmte Themen sinkt schnell wenn sich keine Neuigkeiten mehr ergeben. Das sieht man auch daran, dass das Thema nach der Intervention bereits in der siebten Woche wieder fast gleich häufig Eingang in den Diskurs bekommt, wie zu Beginn der Untersuchung. Die Flüchtlingskrise ist nach der Intervention nicht mehr stärker geworden, da möglicherweise das Interesse in der Bevölkerung abgeflacht ist und sich keine neuen Ereignisse zugetragen haben.

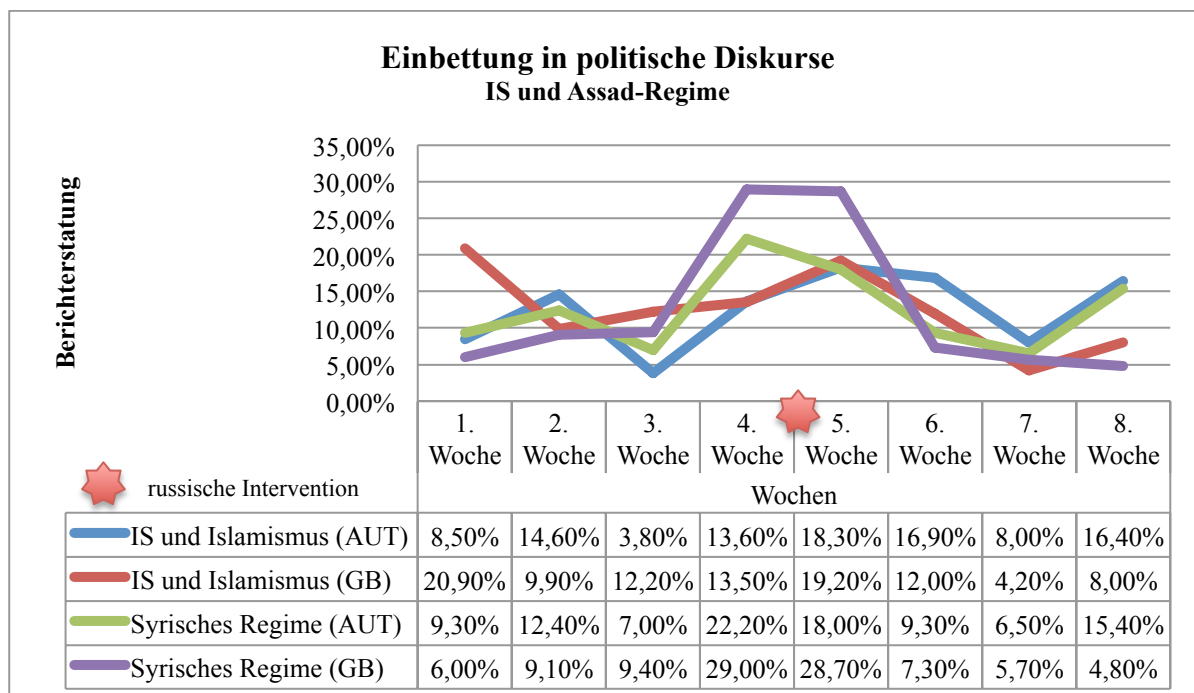


Abb. 94: Einbettung in politische Diskurse – IS und Assad-Regime

Während in *Großbritannien* in der ersten Woche der *Kampf gegen den IS* und die Islamisten stark in den Diskurs einfließt, sinkt der Einfluss in der zweiten Woche wieder und steigt bis zur russischen Intervention stetig an, während er danach wieder sinkt. In *Österreich* findet er sich in der dritten Woche kaum in der Debatte wieder, allerdings bewegt sich die Kurve ähnlich zu *Großbritannien*, berichtet am Schluss jedoch ein bisschen stärker über den IS. Der hohe Einstieg des Themas in *Großbritannien* liegt daran, dass zu dieser Zeit gerade ein Drohnenangriff gegen einen britischen IS-Kämpfer ausgeführt und heftig diskutiert wird. Die Einbettung von *Assad* in den Diskurs ist über die Zeit relativ gleichbleibend. Zur russischen Intervention erlebt der Kampf gegen *Assad* einen starken Anstieg, der zwei Wochen anhält und sich dann wieder auf die Ebene zuvor einpendelt. *Assad* ist in dieser Zeit besonders stark im Diskurs von *Großbritannien*.

Einbettung in politische Diskurse - Zeitvergleich

Ja-% N= 4494		Wochen		Chi ²
		vor der Intervention	nach der Intervention	
AUT	Flüchtlingskrise	63,9%	40,9%	***
	Migration im Inland	14,5%	10,0%	***
	Migration in Europa	18,2%	8,9%	***
	Nächstenliebe und Solidarität	19,4%	11,1%	***
	Innere Sicherheit	15,7%	7,8%	***
	Wirtschaft und Ökonomie	3,7%	6,0%	**
	IS und Islamisten	7,7%	15,0%	***
	Konflikt syrische Regierung (mit Opposition)	16,2%	20,7%	**
	USA	8,4%	12,1%	***
	Russland	10,0%	26,4%	***
	Äußere Sicherheit/Verteidigung	13,6%	28,8%	***
	Geopolitik/Imperialismus	4,4%	8,1%	***
	Bündnisse	17,7%	31,5%	***
GB	Flüchtlingskrise	51,1%	22,5%	***
	Migration im Inland	13,3%	4,9%	***
	Migration in Europa	18,3%	8,2%	***
	Nächstenliebe und Solidarität	27,7%	7,1%	***
	Innere Sicherheit	7,1%	10,3%	***
	Wirtschaft und Ökonomie	3,6%	6,5%	***
	Europäische Union	21,6%	11,1%	***
	Streben nach Demokratiegesellschaft	10,1%	4,7%	***
	Konflikt syrische Regierung (mit Opposition)	11,9%	14,7%	**
	Russland	9,7%	25,9%	***
	Äußere Sicherheit/Verteidigung	29,3%	45,3%	***
	Bedrohung	10,2%	14,0%	***
	Geopolitik/Imperialismus	2,7%	5,0%	***
	Bündnisse	7,9%	12,0%	***

Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01

Abb. 95: Einbettung in politische Diskurse - Zeitvergleich

Es gibt einige weitere Themen die an den politischen Diskurs anschließen und sich durch die russische Intervention signifikant verändern. Zusammen mit der *Flüchtlingskrise*, die sich um über 20% in beiden Ländern aus dem *öffentlichen Diskurs* zurückzieht, sinkt auch die Debatte über *Nächstenliebe und Solidarität* in *Österreich* um rund 8% und in *Großbritannien* sogar um fast 21%. Dieses Thema schwächt somit größtenteils durch die geringere Berichterstattung über die Flüchtlingskrise ab. Somit kann man sagen, dass etwas, das uns mehr betrifft, auch mehr unser moralisches Gewissen weckt, während der Krieg selbst seltener Solidarität fordert. Durch die russische Intervention sinken auch die Themen *Migration im eigenen Land* und *Migration europaweit* in *Großbritannien* um 8% und 10% und in *Österreich* um 5% und 9%. In *England* sinkt der Diskurs über die *EU* um 10%. Dies ist wahrscheinlich der Fall, weil das Interesse an der Flüchtlingskrise ebenfalls stärker abflacht als in *Österreich*. Während sich das Thema *Innere Sicherheit* in *Österreich*

um die Hälfte aus dem öffentlichen Diskurs zurückzieht, verzeichnet hier *Großbritannien* einen Anstieg um 3%. Auch Anschläge in der Türkei steigern die Besorgnis der eigenen Inneren Sicherheit. Dazu kommt, dass die außenpolitische Bedrohung in *Großbritannien* signifikant um rund 4% ansteigt. Diskussionen über die *Wirtschaft* wird auch bei beiden stärker, von rund 4% auf 6% bzw. 6,5%. Der Konflikt hat die Rohstoffpreise bereits beeinflusst, was sich in beiden Ländern in der Berichterstattung wiederfindet.

Besonders außenpolitische Themen erhalten in der Diskussion nach der russischen Intervention einen Aufschwung. In beiden Ländern steigt die politische Einbettung des Diskurses über *Russland* mit je 16% und über die *Verteidigung* mit je 15% stark an.

Größtenteils kann man sagen, dass flüchtlingsrelevante Debatten durch die russische Intervention schwächer werden, während kriegsrelevante Diskurse, die einen direkten Bezug zum Syrien-Konflikt haben, stärker werden. Die Einbettung des Diskurses über die *USA* wird im Gegensatz zu *Großbritannien* in *Österreich* ebenfalls mit rund 4% Unterschied häufiger geführt. Die USA treibt auch die Friedensverhandlungen in Wien an, die aufgrund des Ortes ein besonderer Stellenwert haben.

Durch die Intervention steigt der Diskurs über *Geopolitik und Imperialismus* in beiden Ländern um fast die Hälfte. Die Einmischung lässt auch darüber spekulieren, was die Hintergründe von Russland sind, wodurch in beiden Ländern die Einschätzung herrscht, dass Russland Einfluss durch Assad im arabischen Raum erreichen und wieder stark ins Weltgeschehen eintreten möchte. Auch die Einbettung des Themas *Bündnisse* in den Diskurs steigt in *Großbritannien* mit rund 4% und in *Österreich* sogar mit rund 14% an. Russland und die USA möchten Allianzen bilden, die jeweils ihre Lösungen unterstützen. Auch über eine Allianz zwischen Russland und den USA wird diskutiert, allerdings steht die unterschiedliche Auffassung über die Zukunft von Assad zwischen ihnen.

8.3.4. Frame

Mit dieser Kategorie wird bestimmt, in welchem Frame sich die Meinungsposition befindet. Zur Auswahl stehen Konflikt, Wirtschaftlichkeit, Fortschritt, Moral/Ethik/Recht und Personalisierung.

In *Österreich* gibt es zwar einen signifikanten Unterschied hinsichtlich des *Fortschritts*, dieser ist mit 0,1% in der *Presse* und 2% allerdings kaum erwähnenswert. Auch in *Großbritannien* taucht dieser Frame fast gar nicht auf. Wissenschaftlicher Fortschritt hat in beiden Ländern somit keinen Stellenwert in der Berichterstattung.

Framing - Großbritannien

Ja-% N= 2536	Zeitungen GB		Chi ²
	TDT	TI	
Wirtschaftlichkeit	9,9%	2,3%	***
Moral/Ethik/Recht	35,8%	41,5%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01 Darstellung signifikanter Ergebnisse über 5%			

Abb. 96: Framing - Großbritannien

Die *Wirtschaftlichkeit* als Meta-Frame der Meinungsposition findet sich beim *Daily Telegraph* mit fast 10% deutlich häufiger als beim *Independent* mit rund 2%. Dies könnte daran liegen, dass der *Daily Telegraph* durch seine konservative Einstellung deutlich affiner zu wirtschaftlichen Themen ist als der *Independent*. Der signifikante Unterschied bei der *Moral/Ethik/Recht*, in der sich der *Independent* mit 41,5% vom *Daily Telegraph* mit rund 36% unterscheidet, kann auf die Flüchtlingskrise zurückgeführt werden, durch die sie an das Gewissen der Politik und die RezipientInnen in dieser Thematik appelliert.

Framing - Ländervergleich

Ja-% N= 4494	Länder		Chi ²
	AUT	GB	
Konflikt	78,7%	88,8%	***
Wirtschaftlichkeit	4,5%	5,4%	
Fortschritt	1,0%	0,2%	***
Moral/Ethik/Recht	29,2%	39,2%	***
Personalisierung	5,3%	10,3%	***
Skala: 0=nicht vorhanden, 1=vorhanden, **p<0,05, ***p<0,01			

Abb. 97: Framing - Ländervergleich

Beim Ländervergleich gibt es bis auf die *Wirtschaftlichkeit* in allen Bereichen signifikante Unterschiede. Der *Konflikt* ist der zentrale Frame in der Diskussion. *Großbritannien* nützt mit knapp 89% um 10% stärker diesen Frame als *Österreich*. *England* fokussiert mehr auf den Konflikt, indem sie sich auf der einen Seite in den Syrien-Konflikt einmischen, auf der anderen Seite bei der Flüchtlingskrise aufgrund des Drucks der EU und der Bevölkerung im Dilemma sind Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl sie dies eher ablehnen.

Den Unterschied hinsichtlich *Moral/Ethik/Recht* mag auf den ersten Anblick überraschen, nachdem *Großbritannien* hier mit rund 39% deutlich häufiger diesen Frame benutzt als *Österreich* mit rund 29%. Dies kann daran liegen, dass er nicht nur die Flüchtlingskrise, sondern auch die Diskussion über die britische Einmischung und andere Interventionen definiert. Die Moral verlangt von den Großmächten einzugreifen oder sich an der Friedenslösung zu beteiligen, aber auch sich der moralischen Verantwortung in der Flüchtlingskrise zu stellen.

Der *Personalisierungs*-Frame ist ebenfalls in der Berichterstattung von *Großbritannien* mit rund 10% stärker vorhanden als in *Österreich* mit rund 5%. *Großbritannien* lässt somit die Berichterstattung eher auf einer persönlichen Ebene geschehen und schafft dadurch möglicherweise mehr emotionales Verständnis im Diskurs, sei es für die Flüchtlingskrise oder in der Verteidigungspolitik.

8.4. Zusammenfassung und Hypothesenüberprüfung

In den vergangenen Kapiteln wurden die Ergebnisse detailliert dargestellt. Hier möchte ich nun einen kurzen Überblick geben und die Hypothesen anhand der ausgewerteten Ergebnisse und Interpretationen überprüfen.

H1: Die britische und österreichische Berichterstattung über den Syrien-Konflikt unterscheidet sich innerhalb eines Landes hinsichtlich ihrer Themen, Tendenz und Qualität nur gering voneinander.

Die österreichischen Zeitungen sind sich in ihren Themen sehr ähnlich und haben kaum gravierende Unterschiede. Die Berichterstattung zum Thema Syrien teilt sich in beiden Zeitungen gleichmäßig auf den Konflikt und die Flüchtlingskrise als dessen Auswirkung auf. Der *Standard* hat einzig eine etwas stärkere Tendenz zu gesellschaftlichen Aspekten, wie Menschenrechte, Opfer Assads, Flucht, aber auch Innere Sicherheit. Dies kann man auch an den Meinungspositionen erkennen, in welchen der *Standard* über Arbeitspolitik und soziale Sicherheit häufiger einen Diskurs führt. Die *Presse* berichtet etwas stärker über den IS, welchen er auch kritischer beurteilt. Er thematisiert die europäische Integration häufiger, wobei in der *Presse* die EU schlechter bewertet wird. Die rechts-liberale Zeitung fokussiert sich auch hinsichtlich der AkteurInnen etwas stärker auf die EU-Ebene, während der *Standard* eher den einzelnen involvierten EU-Ländern und der Türkei Platz einräumt. Diese Ergebnisse haben allerdings in beiden Zeitungen eher mit der Flüchtlingskrise zu tun. Bei den Nachrichtenfaktoren setzt der *Standard* mehr auf Etablierung und Personalisierung, die den Nachrichtenwert der Flüchtlingsthematik bestimmen. Beide sind in ihrem emotionalen Gehalt etwa gleich. Der *Standard* berichtet ein bisschen freundlicher über die Opposition und die EU. Diese beiden Akteure sind für eine Lösung im Syrien-Konflikt bzw. in der Flüchtlingskrise nötig. In der links-liberalen Zeitung werden häufiger konkrete Handlungs- bzw. Lösungsoptionen dargelegt und auch in den Lösungsvorschlägen ist der *Standard* stärker. Er berichtet komplexer und hat insgesamt einen stärkeren Informationsgehalt, während die *Presse* weniger komplex berichtet.

Allerdings unterscheiden sich die Zeitungen in ihrer Diskursqualität nur minimal. Die Begründungsqualität ist fast gleich stark, nur dass der *Standard* ein bisschen häufiger pauschale Begründungen beinhaltet als die *Presse*, dafür aber ein bisschen konkretere Lösungsvorschläge bringt, während die *Presse* leicht respektloser agiert. Die rechtsliberale Zeitung zweifelt stärker an der Verständlichkeit. In der *Presse* werden die Themen Nächstenliebe und Solidarität, das Streben nach Demokratie, die EU und die Migration in Europa stärker als beim *Standard* in den Diskurs eingebettet, während bei diesem die USA, Russland, die Geo-Politik und die Terrorgefahr häufiger den Diskurs füttert.

Der *Standard* ist somit etwas stärker auf eine flüchtlingsrelevante Berichterstattung ausgerichtet, führt jedoch häufiger als die *Presse* einen Diskurs über kriegsrelevanten Themen. Durch die stärkere Tendenz nach einer Lösungssuche ist es für die Zeitung wichtiger das Geschehen vor Ort in den Diskurs einfließen zu lassen.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass es keine groben Unterschiede in ihrer Tendenz, den Themen und der Qualität gibt.

Dem *Independent* als gesellschaftsliberale Zeitung ist das Flüchtlingsthema ein besonderes Anliegen. Die Nachrichtenfaktoren Dauer, Schaden und Personalisierung lassen die Tragweite des Syrien-Konflikts erahnen und durch die emotionale Darstellung von Menschen und Kindern und die freundliche Tendenz Flüchtlingen gegenüber, wächst eine Nähe des Rezipienten/der Rezipientin zu den Beteiligten. Großbritannien wird aufgrund seiner Flüchtlingspolitik eher negativ dargestellt. Auch die Meinungspositionen, in denen man sich eher mit flüchtlingsrelevanten Themen befasst, beeinflussen den Diskurs, nicht zuletzt durch die JournalistInnen selbst, die oft selbst ihre Einstellung in die Berichterstattung einfließen lassen. Hinsichtlich kriegsrelevanten Themen beschäftigt sich der *Independent* stärker mit der Außenpolitik als mit der Verteidigungspolitik und befasst sich auch mehr mit anderen Konflikten, wie dem Nahost-Konflikt, dem Ukraine-Konflikt und der Krise zwischen der Türkei und den Kurden. Der *Independent* ist der Labour-Partei tendenziell näher als der Conservative-Partei. Die Labour-Partei vertritt durch ihren neuen Parteichef eine pazifistische Einstellung. Auch in der Zeitung weisen die Nachrichtenfaktoren Dauer und Schaden, sowie die emotionale Darstellung von Kampfhandlungen darauf hin, dass der Krieg bald beendet werden sollte. Hierzu gibt er auch die Perspektive beteiligter AkteurInnen öfter wieder als der *Daily Telegraph*, konzentriert sich allerdings nicht so sehr auf den Konfliktverlauf und auch nicht auf mögliche Handlungsoptionen.

Der *Daily Telegraph* konzentriert sich um einiges stärker auf die Verteidigungspolitik und kriegsrelevante Themen, wodurch er auch eine stärkere Berichterstattung über den Konfliktverlauf und einen stärkeren Perspektivenwechsel hat, aber auch mehr über komplexe Lösungsmöglichkeiten berichtet. Er schreibt über den Syrien-Konflikt fast besser und detaillierter, während der *Independent* eher allgemein berichtet. Besonders in den Meinungspositionen taucht die russische und britische Intervention häufiger auf. Die konservative Zeitung ist auch ein starker Verfechter der britischen Intervention und sieht hier eine Lösung im Konflikt. Die hegemoniale Sichtweise ist noch stark in der Einstellung der konservativen Zeitung verankert, indem er eher ein Verfechter der britischen Intervention als Lösung für die Krise ist und auch eine stärkere freundliche Tendenz Großbritanniens gegenüber hat. Dass er eher auf verteidigungspolitische Mittel zurückgreifen möchte um den Krieg zu beenden, zeigt auch, dass er die Opposition eher negativ sieht und wahrscheinlich auch keine Hoffnung hat, dass diese für eine diplomatische Lösung zur Verfügung steht. Trotzdem gibt sie der Perspektive der Opposition mehr Raum in der Berichterstattung. Auch die Sichtweise von Amerika wird signifikant häufiger wiedergegeben, da Großbritannien seinen langjährigen Partner im Kampf gegen den Terror im Auge behalten muss. Im Gegensatz zum *Independent* sieht der *Daily Telegraph* Flüchtlinge auch kritischer.

Die Diskursqualität ist im *Independent* eher besser, indem in seiner Berichterstattung die Meinungspositionen mehr und auch spezifischer begründet werden und auch stärker deren Verständlichkeit angezweifelt wird. Die Begründungen des *Daily Telegraphs* sind eher pauschal, allerdings wird bei ihm die Wahrhaftigkeit eher angezweifelt, was zwar die Diskursqualität nicht mindert, allerdings stärkere Zweifel an der Offenheit am Diskurspartner entstehen lässt, da er impliziert, dass dieser sich vor der Wahrheit verschließt. Auffallend ist, dass sich die Zeitungen im journalistischen Präsentationsstil nicht signifikant voneinander unterscheiden.

Die unterschiedliche Berichterstattung schlägt sich auch in der Einbettung politischer Diskurse nieder. Während der *Independent* zum einen eher flüchtlingsrelevante Diskurse führt, wie Solidarität, Migration, Flüchtlingskrise, tauchen auch andere Konflikte im Diskurs auf, wie die Ukraine-Krise und der Türkei-PKK-Konflikt. Letzterer ist für die Flüchtlingskrise wiederum relevant. Der *Daily Telegraph* facht hingegen eher Diskurse über die Verteidigungspolitik, Wirtschaft und Geopolitik an, aber auch über Migration in Europa und Innere Sicherheit, was wahrscheinlich eher negativ behaftet ist. Der signifikante Unterschied des Meta-Frames spiegelt genau die politische Einstellung der

Zeitungen wider: Während beim *Independent* die Moral, die Ethik und das Recht stärker ist, ist bei der wirtschaftsliberalen Zeitung die Wirtschaftlichkeit stärker vorhanden.

Man erkennt zwischen den britischen Zeitungen einen viel stärkeren politischen Unterschied als zwischen den österreichischen. Die Setzung der Themen hat besonders in Großbritannien mit der politischen Einstellung des Blattes zu tun. Während die österreichischen Zeitungen diese in ihrer Blattlinie kommunizieren, gehen die britischen nicht so offen damit um, leben es aber stärker in ihrer Berichterstattung. Während der *Daily Telegraph* ein ähnliches Interesse an einer britischen Intervention besitzt wie die Conservative-Partei, steht der *Independent* der pazifistischen Meinung von Corbyn weniger kritisch gegenüber wie der *Daily Telegraph*. Sie wird durch seine radikale Art allerdings auch im *Independent* diskutiert und löst innerpolitische und parteiliche Konflikte aus. Die positive Meinung gegenüber Flüchtlingen, die sich auch durch die mediale Initiative des *Independent* zeigt, kann man stark in den Nachrichten erkennen.

Würde man nur sich nur die Berichterstattung in Österreich ansehen, könnte man sagen, dass innerhalb eines Landes die politische Einstellung nicht so sehr auf die Zeitung abfärbt, als dass sie sich stark unterscheiden würden. Hat man allerdings so eine Medienlandschaft wie in Großbritannien, in denen die Zeitungen offen ihre politische Einstellung widerspiegeln, muss man zum Schluss kommen, dass die Hypothese zu verwerfen ist. So kann man nicht generell sagen, dass alle Länder aufgrund ihrer kulturellen Einstellung ähnlich berichten. Man muss also davon ausgehen, dass dies von Land zu Land unterschiedlich ist.

H2: Die britische und österreichische Berichterstattung über den Syrien-Konflikt unterscheidet sich in Bezug auf Themen, Tendenz und Qualität stark voneinander.

Österreich unterscheidet sich von *Großbritannien* durch flüchtlingsrelevante Themen, wie z.B. Arbeitspolitik, Sozialpolitik und Integration sowie durch die Flüchtlingskrise. Das Verhältnis von der Flüchtlingskrise und dem Syrien-Konflikt ist in *Österreich* relativ ausgewogen. *Großbritannien* fokussiert sich hingegen häufiger auf die kriegsrelevanten Themen wie z.B. Syrien-Konflikt, Terror und britische Intervention. Auch in den Meinungspositionen finden sich durch die Themen Waffen, Terrorismus, IS, russische und britische Intervention eher solche Inhalte wieder. Aber auch die Themen Flucht und

innerparteilicher bzw. politischer Wettbewerb sowie politisches System kommen häufiger vor. Nachdem Cameron eine restriktive Flüchtlingspolitik und eine britische Intervention forciert und Corbyn in beiden Themen eine gegensätzliche Meinung einnimmt, haben beide politischen Lager und auch die Zeitungen, welche sie vertreten, eine andere Vorstellung davon, wie das politische System auszusehen hätte und welche Einstellung das Drama einer Flucht auslöst. *Österreich* betrachtet diese Debatten etwas nüchterner, was auch den signifikanten Unterschied durch die Nachrichtenfaktoren, den emotionalen Gehalt, die Tendenzen und auch durch die Meta-Frames beweisen. In der britischen Berichterstattung finden sich fast alle Nachrichtenfaktoren signifikant häufiger wieder. Auch der emotionale Gehalt ist nahezu in allen Variablen stärker, die Meta-Frames sind öfter vorhanden und auch die Tendenzen lassen sich dort häufiger erkennen. So ist die Tendenz der Opposition gegenüber freundlicher und zum IS und der USA kritischer. Die britischen Zeitungen lassen den IS stärker als Feind darstellen und kritisieren die USA auch dahingehend, dass diese ein Vakuum durch ihre fehlende Verteidigungspolitik hinterlassen hat. Dies ruft *Großbritannien* selbst auf den Plan und lässt eine Debatte darüber entstehen, ob *England* in Syrien intervenieren soll. *Großbritannien* sieht sein eigenes Land tendenziell freundlicher und gibt den eigenen politischen AkteurInnen und JournalistInnen auch mehr Raum in der Diskussion als es *Österreich* macht. *England* führt eine Debatte auch stärker im eigenen Land mit eigenen AkteurInnen, als sich nach außen zu orientieren. Dies sieht man auch daran, dass sich seine Positionen häufiger auf nationaler Ebene befinden. Das Land möchte sich hingegen in der Außenpolitik durch seine verteidigungspolitischen Maßnahmen und auch durch seine restriktive Flüchtlingspolitik machtvoll und stark positionieren.

Österreich hingegen kann sich durch seine neutrale Einstellung und seine geopolitische Größe nicht wirklich stark in den Syrien-Konflikt einbringen, weshalb die Republik im Gegensatz zu *Großbritannien* stärker nach außen gerichtet ist. Dies macht sich in den Kommunikationsthemen der Meinungspositionen und durch die AkteurInnen bemerkbar, da diese in ihrer Kommunikation über die Außenpolitik stärker sind. Da *Österreich* von der Flüchtlingskrise direkt betroffen ist, wird in den österreichischen Meinungspositionen stärker über die Krise gesprochen. Es werden aber auch mehr die verursachenden Faktoren thematisiert, wodurch es zum Syrien-Konflikt, Nahost-Konflikt und zum syrischen Präsidenten häufiger Positionen gibt. Dass Assad in *Österreich* ein stärkeres Thema in den Meinungen ist, zeigt, dass der syrische Präsident im österreichischen Diskurs wichtiger für die Lösung im Syrien-Konflikts gesehen wird. KommunikatorInnen und AdressatInnen

sind stärker AkteurInnen aus europäischen Staaten, EU- und UNO-AkteurInnen, sowie türkische AkteurInnen. Diese betreffen vor allem die Flüchtlingskrise. Aber auch AkteurInnen aus dem Nahen und Mittleren Osten kommen häufiger in *Österreich* zu Wort. Grund dafür könnten die guten wirtschaftlichen Beziehungen zum arabischen Raum sein, durch die sich *Österreich* einen Einfluss verschafft, der ansonsten durch die Neutralität eingeschränkt wird. Gerichtet werden die Positionen ebenfalls auch eher an ausländische AkteurInnen.

Die Nachrichten sind in *Großbritannien* leichter verständlich, während sie in *Österreich* komplexer sind. Einfache und emotional dargestellte Frames können leichter aufgenommen und verarbeitet werden. Dies wirkt sich auf die Urteilsbildung der RezipientInnen aus, indem ihre Einstellungen, aufgrund der Wirkung von Emotionen auf Kognitionen, verändert werden können (vgl. Kühne 2014: 305). Durch die häufigere Verwendung von Nachrichtenfaktoren ist ihnen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung sicher. Denn der Nachrichtenwert wird durch die häufige Verwendung von vielen Nachrichtenfaktoren beeinflusst (vgl. Weischenberg 2001: 26).

Zwar ist die Begründung in *Österreich* spezifischer, allerdings bietet *Großbritannien* mehr an und ist auch ein bisschen respektvoller. Die Monarchie hegt in den Meinungspositionen stärkere Zweifel an der Verständlichkeit und Richtigkeit. Obwohl *Großbritannien* zwar häufiger über den Konfliktverlauf berichtet, ist die Konzentration auf den Konfliktverlauf in *Österreich* stärker gegeben. Die Republik gibt auch häufiger die Perspektive beteiligter AkteurInnen, wie der türkischen und russischen Regierung, sowie der kämpfenden Oppositionen, wieder.

Österreich bietet mehr und konkretere Lösungsvorschläge an und berichtet stärker über komplexe Handlungsoptionen. Das Land sieht sich in der Vermittlerrolle und agiert hier auch dementsprechend in der Berichterstattung.

Die Einbettung in politische Diskurse findet in *Österreich* signifikant stärker bei flüchtlingsrelevanten Themen statt, wie beim Thema Migration oder der Europäischen Union, Innere Sicherheit aber auch bei kriegsrelevanten Themen, die auf eine diplomatische Lösung des Syrien-Konflikts hinzielen, wie zum Beispiel, was mit Assad unternommen werden muss, wie nach Demokratie gestrebt werden kann oder was für eine Rolle die USA hat, die wichtig für die Friedensverhandlungen ist, sowie einen Diskurs über Bündnisse. Der Diskurs in *Großbritannien* besteht im Gegensatz zu *Österreich* stärker aus kriegsrelevanten Themen wie dem IS bzw. den Krieg gegen den Terror, Verteidigung, Bedrohung und nicht zuletzt der britischen Intervention.

Man kann also sagen, dass die Qualität der Konfliktperspektive, aber auch die allgemeine Qualität der Berichterstattung in *Österreich* trotz der geringeren Thematisierung des Syrien-Konflikts höher ist. Auch die Diskursqualität ist in der Republik ein wenig höher, obwohl *Großbritannien* durch seine vielen Meinungspositionen in den Artikeln einen stärkeren Diskurs anregt. In der Monarchie wird von beiden Zeitungen stärker versucht auf den Diskurs Einfluss zu nehmen. Der *Independent* baut mithilfe der Bevölkerung und der Opposition einen Druck auf die britische Regierung wegen der Flüchtlingskrise auf, auf welche Cameron kurze Zeit später durch eine Lockerung in der Flüchtlingsthematik reagiert. Um diese Thematik zu beeinflussen, wurde in *Großbritannien* nicht selten auch das ertrunkene Flüchtlingskind Aylan herangezogen, um durch eine emotionale Darstellung eine Empörung in der Bevölkerung zu erreichen. Gleichzeitig wird im *Daily Telegraph* versucht, eine positive Stimmung in der Öffentlichkeit für die britische Intervention zu erreichen, um die Handlungen legitimieren zu können.

In *Österreich* hingegen erhält man eher das Gefühl, dass die Berichterstattung nüchterner ausfällt und die Zeitungen nicht um die Zustimmung der Bevölkerung buhlen möchten.

Die Berichterstattung zwischen den Ländern unterscheidet sich somit in seinen Themen, seiner Tendenz und der Qualität. Die Hypothese kann verifiziert werden.

H3: Durch die russische Intervention verändert sich die Berichterstattung in beiden Ländern hinsichtlich ihrer Themen, Tendenz und Qualität stark.

Beim Themenverlauf löst die russische Intervention die Flüchtlingskrise ab. Die Berichterstattung über die Einmischung hält sich nur rund um den Zeitpunkt des Ereignisses und flacht bald wieder ab.

Konflikte sind in den Medien dann interessant, wenn sie gerade eskalieren. Passiert nach dem Eintritt des Eskalationsbeginns jedoch nichts Neues, flacht auch hier das Interesse wieder ab (vgl. Zillich et al. 2011: 261ff.). Man hat allerdings schon im Vorfeld erkennen können, dass sich die Lage zuspitzt.

Die Berichterstattung über den Krieg wird hingegen durch die russische Intervention stärker und dominiert auch die vier Wochen nach der Intervention die Nachrichten. Der Frame verändert sich also von einer aktuellen Flüchtlingskrise hin zum Syrien-Konflikt, da das Ereignis für Europa gerade auch wegen der Krise brisant geworden ist. Auch die Meinungspositionen betreffen immer mehr kriegsrelevante Themen. Der Diskurs ändert sich auch in beiden Ländern von der Flüchtlingskrise hin zur Verteidigung, wobei letzteres

wie die russische Intervention besonders zum Ereigniszeitpunkt hoch ist. Interessant ist also, dass sich das Thema Syrien-Konflikt zwar halten kann, der Diskurs nach der Intervention allerdings sich nicht mehr nur auf die Verteidigung fokussiert, sondern auch Platz für andere kriegsrelevante Themen schafft. Durch die Intervention gerät auch das Thema Assad für kurze Zeit stark in den Vordergrund, während der IS zwar nicht so stark, aber immer wieder regelmäßig sich als Thema im Diskurs wiederfindet. Man sieht hier, dass sich die Länder durch die russische Intervention plötzlich mit Assad beschäftigen müssen, während er trotz seiner Kriegsverbrechen ansonsten nicht als dringliches Thema angesehen wird. Der IS hingegen taucht immer wieder im Diskurs auf und beschäftigt die Öffentlichkeit auf längere Zeit, gilt also in den Köpfen der Bevölkerung möglicherweise seit langer Zeit als Feind, der beobachtet werden muss, während Assad nur punktuell unsere Aufmerksamkeit erhält. Allgemein verändert sich der Diskurs also auch auf kriegsrelevante Themen und lässt flüchtlingsrelevante Themen aus der Berichterstattung zurückgehen. Während Österreich zuerst mit sich selbst und der Lösung für die Flüchtlingskrise beschäftigt war, richtet sich das Land nun nach außen und beobachtet den Konflikt. In *Großbritannien* sieht dies ähnlich aus, allerdings haben sie im Vorfeld bereits mit dem Streben nach Demokratie und den syrischen Problemen, aufgrund ihrer Überlegungen in Syrien zu intervenieren, einen Diskurs geschaffen. Der Fokus beider Länder richtet sich nach der Einmischung stärker auf Russland und externe AkteurInnen und geopolitische Hintergründe, wie auch Bündnisse.

In *Österreich* wird die Tendenz Assad und Russland gegenüber kritischer und die der Opposition gegenüber stärker ambivalent. In *Großbritannien* hingegen wird die Tendenz der Opposition, Russland, dem IS und der USA gegenüber kritischer. Also zum einen berichtet *England* den Feinden gegenüber negativer, aber zum anderen jenen AkteurInnen, die das Ziel haben den Krieg durch ein Involvement zu beenden. Großbritannien hat möglicherweise das Gefühl, die Sache nun selbst in die Hand nehmen zu müssen.

Durch die russische Intervention wird in beiden Ländern die Konzentration auf den Konfliktverlauf stärker und der Perspektivenwechsel wird in beiden Ländern stärker ausgeprägt. Die russische Intervention hat allerdings auf die Berichterstattung über komplexe Lösungsmöglichkeiten keinen Einfluss. In *Österreich* wird eine stärkere Perspektive von den USA, Russland und der Türkei eingenommen, in *Großbritannien* finden die Opposition, die Türkei, Russland und sonstige Oppositionelle häufiger deren Sichtweise dargestellt. Die Thematisierung der Konflikursache bleibt gleichbleibend. Das

Begründungsniveau wird in *Österreich* spezifischer, während das Lösungsniveau und das Respektmaß in Großbritannien sinken.

Eine Konflikttransformation, wie durch Lederach (2014) angeregt, findet also sowohl in *Österreich*, wie auch in *Großbritannien* nicht statt. Ganz im Gegenteil sogar: Beide Länder konzentrieren sich durch die Intervention stärker auf den Konfliktverlauf, während in *Großbritannien* sogar das Lösungsniveau sinkt. Die russische Intervention drängt die handelnden AkteurInnen in eine Ecke und lässt sie ahnungslos zurück. Da die Intervention den Krieg wieder in den Mittelpunkt stellt, wäre es die ideale Chance einen Diskurs über Lösungsmöglichkeiten aufzunehmen, bevor das Interesse der Bevölkerung am Konflikt wieder sinkt. Die Politik ist dem öffentlichen Diskurs hier sogar um einiges voraus, indem die AkteurInnen dadurch gezwungen waren, Verhandlungen über die weitere Vorgehensweise aufzunehmen. Jedoch waren nur am Konflikt beteiligte internationale AkteurInnen bei den Verhandlungen dabei, ohne VertreterInnen des Bürgerkrieges ebenfalls an den Verhandlungstisch zu bitten.

Man kann also sagen, dass sich die Themen in der Berichterstattung stark verschieben. Die Tendenz hingegen verändert sich zwar, aber nur soweit, dass bereits bestehende Tendenzen noch stärker ausgeprägt sind, also z.B. dass die bereits negative Tendenz zu Russland durch die Intervention nur noch kritischer wird. Die Qualität des Diskurses ändert sich ebenfalls nicht stark. Somit kann die Hypothese nur teilweise verifiziert werden.

9. FAZIT

*„Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.“
- Carl Sandburg*

Konflikte wird es in unserer Menschheitsgeschichte immer wieder geben. Wo zwei unterschiedliche Einstellungen aufeinander treffen kommt es zu Reibungen. Aber ein Krieg kann nur entstehen, wenn es genug BefürworterInnen gibt, wenn also die Politik legitimiert ist, sich am Krieg zu beteiligen. Die Medien und die Bevölkerung können hier deeskalierend wirken, sind aber auch oft die Katalysatoren für eine kriegserische Stimmung.

Großbritannien hat am stärksten gezeigt, dass es im Land und auch in den Medien zwei Pole gibt, die sich für oder gegen eine kriegserische Beteiligung bzw. einen Krieg gegen den Terror und für oder gegen eine Flüchtlingsaufnahme, aussprechen. Die Grenzen sind zwar nicht immer klar gezogen, jedoch macht sich eine Tendenz bemerkbar. In diesem Land besteht also ein starker Diskurs über konfliktträchtige Angelegenheiten. Allerdings leidet dieser in der Qualität der Berichterstattung und des Diskurses, da die Nachrichten oft durch Emotionen aufgeladen werden und die Einstellung des Mediums propagieren. Der/die LeserIn kann sich je nach Einstellung eine Zeitung kaufen und die eigene Meinung dadurch bestätigen lassen. Es entstehen Teil-Öffentlichkeiten, die sich jeweils in einer eigenen politischen Blase befinden. Die Qualität der Berichterstattung und des Diskurses leiden darunter. Das Bewusstsein über die fehlende Objektivität in den Medien war nach dem Irak-Krieg bereits da. Die Medien haben zu dieser Zeit die Meinung der Politik unkritisch übernommen und für eine britische und amerikanische Intervention propagiert, die unter falschen Behauptungen durchgeführt wurde. Die Medien hätten kritischer vorgehen müssen. Die Fehler wurden damals registriert und trotzdem wurde wenig daraus gelernt. Auch jetzt berichten zumindest die britischen Medien einseitig. Sie befinden sich oft näher an der subjektiven Wahrheit der politischen Einstellung und nehmen ihren kulturellen Kontext in die Berichterstattung auf. Nach diesem heiklen Diskurs über die Objektivität im Irak-Krieg müsste man eigentlich meinen, dass die JournalistInnen nun ganz besonders auf eine ausgewogene Berichterstattung achten.

Ein öffentlicher Diskurs in den Medien über die Schwierigkeiten des Journalismus in Kriegen und Krisen ist essentiell um die Qualität der Berichterstattung zu erhalten. Um die Glaubwürdigkeit des Journalismus zu wahren muss sich und der Öffentlichkeit eingestanden werden, dass Wirklichkeit nie im vollen Ausmaß abgebildet werden kann

(vgl. Löffelholz 2004: 36). Jedoch reicht es nicht aus einen öffentlichen Diskurs darüber zu führen. Dies haben wir bereits am Beispiel des Irak-Krieges gesehen. Die Berichterstattung muss sich ändern und Platz für eine Meinungsvielfalt schaffen, um eine wirkliche und objektive Qualität im Diskurs erreichen zu können.

In *Österreich* hingegen wird neutraler berichtet. Die Republik und ihre AkteurInnen wirken im Gegensatz zu *Großbritannien* objektiver, aber auch ein bisschen lethargisch. Die unaufgeregte Berichterstattung spiegelt die neutrale Einstellung des Landes wider. Eine solche Einstellung, wie sie *Österreich* besitzt, verhindert gleichzeitig, dass BürgerInnen die Öffentlichkeit nutzen um Druck auf die Regierung aufzubauen, damit diese handelt.

Meistens wird erst dann über einen Konflikt berichtet, wenn dieser eskaliert. In dieser Eskalationsphase erhalten Konflikte in den Medien die größte Aufmerksamkeit. Seltener kommt die Präventions- sowie die Auflösungsphase in der Berichterstattung vor, während die Versöhnungsphase kaum Beachtung findet (vgl. Zillich et. al 2011: 263). Wie schnell Themen und die dazugehörigen Diskurse sich durch ein neues Ereignis ablösen lassen, haben wir in der Flüchtlingskrise und dem Syrienkonflikt gesehen. Auch die russische Intervention ist nur in der Zeit der Eskalationsphase für zwei bis drei Wochen wichtig gewesen, bis sie nicht mehr so interessant erschien. Es wäre wesentlich hier andere Phasen zu berücksichtigen. Hätte der Konflikt in der Phase vor der Eskalation vor ein paar Jahren bereits die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erlangt, hatte man früher reagieren können. Damals wäre Russland sogar bereit gewesen auf den Westen zuzugehen und Assad fallen zu lassen. Da der Konflikt für den Westen damals ohne die Flüchtlingskrise nicht von Bedeutung war, hat man jedoch nicht auf ihn reagiert. Über die Zeit haben einige außenstehende AkteurInnen im Syrien-Krieg ihre Chance gesehen, ihre eigene Agenda auf diesem Schlachtfeld auszuführen. Die Verwandlung des Bürgerkrieges zum Stellvertreterkrieg verkomplizierte den Konflikt. Das Zitat von Sandburg, „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin.“ zeigt, dass ein Krieg nur durch die vielen AkteurInnen am Leben erhalten wird. Aber was wäre, wenn diese AkteurInnen zwar zum Krieg ‚hingehen‘, jedoch ohne Waffen, sondern nur mit dem Willen diesen zu lösen, ausgelöst durch den deeskalierenden Druck durch die Bevölkerung und die Medien, der wiederum durch die Transformation der Kommunikation in den Medien entstanden ist. Denn Kommunikation ist die Grundlage von allem Handeln.

Der/die JournalistIn handelt aufgrund von Nachrichtenfaktoren und schafft einen Frame, der für die Bevölkerung interessant erscheint und oftmals auch von der Sensationslust der Öffentlichkeit getrieben wird. Dadurch wird in den Nachrichten eine Welt voller Krieg und Krisen abgebildet. Der Mensch blickt in die Zeitung hinein, wird lethargisch und hoffnungslos, denn er kann nichts ändern.

Doch was ist, wenn positive und lösungsorientierte Nachrichten ihren Weg in die Berichterstattung finden würden? Diese Nachrichten bieten Hoffnung eine Veränderung herbeiführen zu können. Wenn die Perspektive geändert wird und plötzlich Unglücke und Tragik eine Chance darstellen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen, schöpft auch der Mensch Hoffnung die aussichtslose Lage verändern zu können.

Eine Transformation der Berichterstattung über den Konflikt wäre wünschenswert. Es sollten mehr Medien einen positiven und lösungsorientierten Diskurs unterstützen, die vielleicht nicht nur das Denken und Handeln eines einzelnen Menschen beeinflussen, sondern durch den öffentlichen Diskurs sogar den Krieg verändern könnten.

10. QUELLENVERZEICHNIS

Ahmadov, Ibrahim (2009): Staatspolitische Souveränität und innere Sicherheit im Zeitalter globaler Medien. In: Jäger, Thomas/Viehrig Henrike (Hg.): Sicherheit und Medien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141 – 159.

Altmeppen, Klaus-Dieter/Löffelholz, Martin (1998): Zwischen Verlautbarungsorgan und ‚vierter Gewalt‘. Strukturen, Abhängigkeiten und Perspektiven des politischen Journalismus. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 97 – 123. (=Schriftreihe Bundeszentrale für politische Bildung; 352)

Altmeppen, Klaus-Dieter (2004a): Entscheidungen und Koordinationen. Theorien zur Analyse von Basiskategorien journalistischen Handelns. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 419 – 433.

Altmeppen, Klaus-Dieter (2004b): Funktionale Autonomie und organisationale Abhängigkeit. Theorien zur Analyse der Beziehungen von Journalismus und Ökonomie. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 503 – 515.

Außenministerium (o.J.): Bilaterale Beziehungen. Online unter: <https://www.bmeia.gv.at/botschaft/damaskus/bilaterale-beziehungen.html> (21.02.2017).

BBC News (2004): The UK's ‚other paper of record‘. Online unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/3409185.stm (1.9.2016).

BBC News (2016): Russia-UK relations: May and Putin pledge to improve ties. Online unter: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-37029507> (21.02.2017).

Becker, Jörg (2002): Medien im Krieg. In: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 13 – 26. (= Schriftreihe der AFK, XXIX)

Becker, Jörg (2016): Medien im Krieg – Krieg in den Medien. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Becker, Petra (2015): Syrien – Ein Sunna-Schia-Konflikt? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 8. Jg., H. 4, S. 483-493.

Bilke, Nadine (2008): Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konflikt sensitiven Journalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bilke, Nadine (2010): Kriegsberichterstattung. In: Brosda, Carsten/Schicha, Christian (Hg.): Handbuch Medienethik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 442 – 453.

Britannica (2016): The Independent. Online unter: <https://www.britannica.com/topic/The-Independent-British-newspaper> (20.02.2017).

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischen Zwang. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Bücher, Karl (1926): Der Krieg und die Presse. In: Bücher, Karl (Hrsg.): Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen: Laupp.

Burkart, Roland (1993): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit – Ein Transformationsversuch der Theorie des kommunikativen Handelns. In: Bentele, Günter/Rühl, Manfred (Hrsg.): Theorien öffentlicher Kommunikation. München: Verlag Ölschläger, S. 118 – 227. (=Schriftreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft; 19)

Burkart, Roland (2002): Was ist Kommunikation? Was sind Medien? In: Neverla, Irene/Grittmann, Elke/Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft, S. 52 – 72.

Cieschinger, Almut/Niesen, Claudia/Salloum, Raniah (2016): Die Fakten zum Krieg in Syrien. In: Spiegel Online vom 10.08.2016. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krieg-in-syrien-alle-wichtigen-fakten-erklart-endlich-verstaendlich-a-1057039.html#sponfakt=1> (20.02.2017).

Cottle, Simon (2006): Mediatized Conflict. Maidenhead/New York: Open University Press.

Cottle, Simon (2009): Global Crisis Reporting: Journalism in the Global Age. Maidenhead/New York: Open University Press.

Der Standard (2014): Blattlinie. Online unter: <http://derstandard.at/2000008949975/Blattlinie-standard> (19.6.2016).

Der Standard (2015): Die Chronologie des STANDARD und derStandard.at. Online unter: http://derstandard.at/2000012204759/Die-Chronologie-des-STANDARD?_slide=1 (19.6.2016), S. 1 – 21.

Die Presse (2016): Offenlegung für ‚Die Presse‘. Offenlegung laut § 25 Mediengesetz 7. Jänner 2016. Online unter: <http://diepresse.com/unternehmen/767364/Offenlegung-fur-Die-Presse> (19.6.2016).

Die Presse (o.J.): Die Geschichte der ‚Presse‘. Online unter: <http://diepresse.com/unternehmen/geschichte/index.do> (19.6.2016), S. 1 - 5.

Dominikowski, Thomas (2004): Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59 – 80.

dpa/Focus (2013): Hintergrund: Die Haltung der großen Mächte im Syrienkonflikt. In: Focus Online vom 27.08.2013. Online unter: http://www.focus.de/tagesthema/konflikte-hintergrund-die-haltung-der-grossen-maechte-im-syrienkonflikt_aid_1082394.html (21.02.2017).

Eilders, Christiane (1997): Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Eilders, Christiane (2016): Journalismus und Nachrichtenwert. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hrsg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 431 – 442.

Eisenegger, Mark (2008): Zur Logik medialer Seismographie: Der Nachrichtenwertansatz auf dem Prüfstand. In: Bondfadelli, Heinz/Imhof, Kurt/Blum, Roger/Jarren, Otfried (Hg.): Seismographische Funktionen von Öffentlichkeit im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 146-269.

Ehrhart, Hans-Georg (2014): Die EU in Somalia, Syrien und Mali. Krisenmanager im Einsatz. In: Frank, Johann/Matyas, Walter (Hg.): Strategie und Sicherheit 2014. Europas Sicherheitsagentur im Wandel. Wien: Böhlau Verlag, S. 707 – 715.

El- Nawawy, Mohammed/Iskandar, Adel (2002): The Minotaur of '*Contextual Objectivity*': War coverage and the pursuit of accuracy with appeal. Online unter: <http://tbsjournal.arabmediasociety.com/Archives/Fall02/Iskandar.html> (15.6.2016).

Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: Journal of Communication, 43 Jg. H. 4, S. 51 – 58.

Erbring, Lutz (1989): Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation. Journalistische Berufsnormen und politische Kultur. In: Kaase, Max/Schulz, Winfried: Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301 – 313. (=Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30)

Esser, Frank (2016): Journalismustheorien und komparative Forschung. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hrsg.): Handbuch Journalismustheorien. Wiesbaden: Springer VS, S. 111 – 130.

Fröhlich, Romy/Scherer, Helmut/Scheufele, Bertram (2007): Kriegsberichterstattung in deutschen Qualitätszeitungen. Eine inhaltsanalytische Langzeitstudie zu Framingprozessen. In: Publizistik, 52. Jg., H. 1, S. 11 – 32.

Früh, Werner (2011): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 7., überarb. Aufl. Konstanz/München: UVK Verlag.

Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe (1965): The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. In: Journal of Peace Research, 2. Jg., H. 1, S. 64 – 69.

Galtung, Johan (1984): Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Galtung, Johan (2007): Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Münster: agenda Verlag.

Gantzel, Klaus Jürgen (1998): Krieg. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. 5. Aufl. München: R. Piper GmbH & Co. KG, S. 372 – 374.

Gehlen, Martin (2016): Der Vertrackteste Konflikt der Moderne. In: Zeit online vom 13.09.2016. Online unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/syrien-buergerkrieg-konflikt-gruppen> (19.2.2017).

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit: Fragestellungen und Ansätze. WZB Discussion Paper, Nr. FS III 90-101. Online unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/49817/1/117947946.pdf> (12.12.2016).

Gerhards, Jürgen (2002): Öffentlichkeit. In: Neverla, Irene/Grittmann, Elke/Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft, S. 128 – 136.

Goffman, Erving (1993): Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Gov.uk (o.J.): UK and Syria. Our mission. Online unter: <https://www.gov.uk/government/world/syria> (21.02.2017).

- Gressler, Gustav C. (2010): Russland und die Türkei als Herausforderung für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. In: Frank, Johann/Pucher, Johann (Hg.): Strategie und Sicherheit 2010. Das strategische Profil der Europäischen Union. Wien: Böhlau Verlag, S. 131 – 152.
- Grimm, Jürgen (2015): Kategoriensystem: Krisenberichterstattung zum Thema Ukraine-Krise und Syrien-Bürgerkrieg im Rahmen des Forschungsseminars Kriegs- und Krisenkommunikation WS 2015/16. Universität Wien: 30.11.2015.
- Guggenberger, Bernd (1998): Demokratie/Demokratietheorie. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. 5. Aufl. München: R. Piper GmbH & Co. KG, S. 80 – 90.
- Hafez, Kai (2000): The West and the Islam in the Mass Media. Cornerstones for a new International Culture of Communication in the 21st century. ZEI Discussion Papers: 2000, C 61. Bonn. Online unter: https://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/dp_c61_hafez.pdf (13.6.2016)
- Habermas, Jürgen (1985): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. 3. durchgesehene Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1997): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hanitzsch, Thomas (2009): Zur Wahrnehmung von Einflüssen im Journalismus. Komparative Befunde aus 17 Ländern. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 57. Jg., H. 2, S. 153 – 173.
- Hartwig, Stefan (1999): Konflikt und Kommunikation. Berichterstattung, Medienarbeit und Propaganda in internationalen Konflikten vom Krimkrieg bis zum Kosovo. Münster: LIT. (=Schriftreihe Publizistik; 4)
- Henn, Philipp/von Vincke, Frederike/Dohle, Marco/Schnippenkoetter, Shoshana (2014): Journalismus, der es keinem recht macht? Eine empirische Untersuchung zu Ursachen und Konsequenzen des Hostile-Media-Effekts. In: Loosen, Wiebke/Dohle, Marco (Hg.): Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 213-228.
- Hermann, Rainer (2016): Wurzel des Nahostkonflikts. In: Frankfurter Allgemeine Online vom 15.05.2016. Online unter: http://www.faz.net/aktuell/politik/der-erste-weltkrieg/100-jahre-sykes-picot-abkommen-wurzel-des-nahostkonflikts-14232164.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (25.02.2017).
- Hofmann, Thorsten/Braun, Stefan (2008): Die Rolle der Kommunikation im interdisziplinären Krisenmanagement. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-146.
- Horten, Gerd (2011): The Mediatization of War: A Comparison of the American and German Media Coverage of the Vietnam and Iraq Wars. In: American Journalism. 28. Jg., H. 4, S. 29-53.
- Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (2002): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- IPSO (2017): Editor's Code of Practice. Online unter: <https://www.ipso.co.uk/editors-code-of-practice/> (04.02.2017).

- Ipsos MORI (2010): Voting by Newspaper Readership 1992-2010. Online unter: <https://www.ipsos-mori.com/researchpublications/researcharchive/2476/Voting-by-Newspaper-Readership-19922010.aspx> (24.02.2017).
- Iyengar, Shanto (1991): Is anyone responsible? How television frames political issues. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Iyengar, Shanto/Kinder, Donald R. (1987): News that Matters. Television and American Opinion. Chicago u.a.: University of Chicago Press.
- Jaeger, Susanne (2002): Mediale Wahrnehmungsfiler: Nationalität, Ethnie. In: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 194 – 204. (= Schriftreihe der AFK, XXIX)
- Jammal, Elias (2004): Krieg oder Dialog der Kulturen? In: Grimm, Petra/Capurro, Rafael (Hrsg.): Krieg und Medien. Verantwortung zwischen apokalyptischen Bildern und paradiesischen Quellen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 17 – 42. (= Schriftreihe Medienethik, 4)
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2011): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 3., überarb. u. aktual. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Joseph, Theresa (2014): Mediating War and Peace: Mass Media and International Conflict. In: India Quarterly, 70. Jg., H. 3, S. 225 – 240.
- Kamber, Esther/Schranz, Mario (2002): Von der Herstellung zur Darstellung demokratischer Öffentlichkeit? Die Politikvermittlung der Massenmedien unter den Bedingungen eines ausdifferenzierten Mediensystems. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 347 – 363.
- Kaschner, Holger (2008): Neues Risiko Terrorismus. Entgrenzung, Umgangsmöglichkeiten, Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kellner, Douglas (1995): Media Culture: Cultural Studies, Identity and Politics Between the Modern and Postmodern. London: Routledge.
- Klaus, Elisabeth/Goldbeck, Kerstin/Kassel, Susanne (2002): Fremd- und Selbstbilder in der Berichterstattung der deutschen Medien während des Kosovokrieges – am Beispiel des *Spiegel*. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (2002): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 285 – 305.
- Kleinsteuber, Hans J. (1998): Öffentliche Meinung. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. 5. Aufl. München: R. Piper GmbH & Co. KG, S. 467 – 469.
- Kramp, Leif/Weichert, Stephan (2014): Covering the World in Despair: A Survey of German Crisis Reporters. In: Journal of War & Culture Studies, 7. Jg., H. 1, S. 18 – 35.
- Kremp, Herbert (2000): The Great Game. Der alte Kampf Russlands und Großbritanniens um die Vorherrschaft in Asien. In: Welt vom 19.07.2000. Online unter: <https://www.welt.de/print-welt/article523893/The-Great-Game.html> (21.02.2017).
- Kühne, Rinaldo (2014): Emotionale Wirkungen von Kommunikatoren- und Journalisten-Frames. In: Loosen, Wiebke/Dohle, Marco (Hg.): Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 301-316.
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth (2009): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht. 2., akt. Aufl. Heidelberg: Carl-Auer Verlag.

- Lange, Katharina (2013): Syrien: Ein historischer Überblick. Online unter: <https://www.bpb.de/apuz/155119/syrien-ein-historischer-ueberblick?p=all> (21.02.2017).
- Lederach, John Paul (1995): *Preparing for Peace. Conflict Transformation Across Cultures*. New York: Syracuse University Press.
- Lederach, John Paul (2014): *The Little Book of Conflict Transformation. Clear Articulation of the guiding principles by a pioneer in the field*. New York: Goodbooks.
- Lippmann, Walter (1990): *Die öffentliche Meinung*. Reprint des Publizistik-Klassikers. Bochum: Brockmeyer.
- Löffelholz, Martin (2005): Kriegsberichterstattung. In: Weischenberg, Siegfried/Kleinstenberger, Hans J./Pörksen, Bernhard (Hg.): *Handbuch Journalismus und Medien*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 181-185.
- Löffelholz, Martin (2004): Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13 – 55.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. 2., erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lünenborg, Margreth (2016): Journalismus als kultureller Diskurs. In: Löffelholz, Martin/Rothenberger, Liane (Hrsg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 325 – 338.
- Meier, Klaus (2013): *Journalistik*. 3., überarb. Aufl. Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Merten, Klaus (1977): *Kommunikation. Eine Begriffs- und Prozeßanalyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merten, Klaus (2008): Krise und Krisenkommunikation: Von der Ausnahme zur Regel?. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.): *Krisenmanagement in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-97.
- Metzger, Nils (2012): Wie Assad sich an der Macht hält. In: *Zeit online* vom 21.09.2012. Online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-09/assad-syrien-baath-partei> (19.02.2017).
- Meusel, Julia (2014): Die Beziehung zwischen Journalisten und ihrem Publikum. Kritische Betrachtung und alternative theoretische Fundierung. In: Loosen, Wiebke/Dohle, Marco (Hg.): *Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 53-69.
- Müller-Schinwald, Markus (2012): Österreichs Sicherheitspolitik aus Sicht Russlands. Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Partner. In: Frank, Johann/Pucher, Johann (Hg.): *Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik*. Wien: Böhlau Verlag, S. 779 – 784.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7 – 41. (=Schriftreihe Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34)

- Neidhardt, Friedhelm (2010): Funktionen politischer Öffentlichkeit. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 23 Jg., H. 3, S. 26 – 34.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1996): Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale. 4. erw. Aufl. Berlin/Frankfurt: Verlag Ullstein GmbH.
- Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (2008): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Potenziale und Perspektiven der Krisenkommunikation. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hrsg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-18.
- Nothelle, Claudia (2008): Krisenkommunikation ganz praktisch – Wie Journalisten mit Krisen umgehen. In: Nolting, Tobias/Thießen, Ansgar (Hg.): Krisenmanagement in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 226-232.
- NRS (2015): NRS Readership Estimates - Newspapers and Supplements. Online unter: http://www.nrs.co.uk/downloads/pdf/download.php?filename=newspapers_201512.pdf (1.9.2016).
- Österreichische Presserat (2013): Grundsätze für die publizistische Arbeit. Ehrenkodex für die österreichische Presse. Online unter: http://www.presserat.at/rte/upload/pdfs/grundsaeetze_fuer_die_publizistische_arbeit_ehrenkodex_fuer_die_oesterreichische_presse_idf_vom_02.12.2013.pdf (18.6.2016).
- Östgaard, Einar (1965): Factors Influencing the Flow of News. In: Journal of Peace Research, 2. Jg., H.1., 39 – 63.
- Parliament.uk (2015): Russia and relations with the UK : Key issues for the 2015 Parliament. Online unter: <https://www.parliament.uk/business/publications/research/key-issues-parliament-2015/foreign-affairs/russia/> (24.02.2017).
- Parlamentskorrespondenz (2011): Russisch-Österreichische Beziehungen tief und gefestigt. Online unter: (https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0277/index.shtml) (29.7.2016).
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42 – 76. (=Schriftreihe Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34)
- Peters, Bernhard (2002): Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 23 – 35.
- Raabe, Johannes (2004): Theoriebildung und empirische Analyse. Überlegungen zu einer hinreichend theorieoffenen, empirischen Journalismusforschung. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107 – 128.
- Rahr, Alexander (2008): Der Regierungswechsel in Russland und die Beziehungen zur EU. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 1. Jg., H. 1, S. 46 – 56.
- Rechmann, Annika (2007): Von Kriegsverächtern und Kriegsverfechtern. Die Berichterstattung über den Irak-Krieg 2003 in deutschen und amerikanischen Qualitätszeitungen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Rohde, Christoph (2009): Gezielte Krisenkommunikation im Spannungsfeld von medienökonomischen Zwängen und politischen Imperativen. In: Jäger, Thomas/Viehrig Henrike (Hg.): Sicherheit und Medien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161 – 182.

Scheufele, Bertram (2003): Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Scholl, Armin/Malik, Maja/Gehrau, Volker (2014): Journalistisches Publikumsbild und Publikumserwartungen. Eine Analyse des Zusammenhangs von journalistischen Erwartungen des Publikums an den Journalismus. In: Loosen, Wiebke/Dohle, Marco (Hg.): Journalismus und (sein) Publikum. Schnittstellen zwischen Journalismusforschung und Rezeptions- und Wirkungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 17-33.

Schrader, Gunther (2002): Zensur und Desinformation in Kriegen. In: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 45 – 54. (= Schriftreihe der AFK, XXIX)

Schulte-Holtey, Ernst (2002): Die Eigendynamik von ‚Medien-Maschinen‘ in Kriegszeiten. In: Albrecht, Ulrich/Becker, Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 173 – 181. (= Schriftreihe der AFK, XXIX)

Schulte von Drach, Markus C. (2016): Der syrische Bürgerkrieg im Überblick. In: Süddeutsche Zeitung vom 14.12.2016. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/chronologie-des-syrischen-buergerkriegs-so-kam-es-zur-fluechtlingskatastrophe-1.2652348> (19.02.2016).

Schulz, Winfried (2011): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schuster, Thomas (2004): Staat und Medien. Über die elektronische Konditionierung der Wirklichkeit. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Smith, Angela/Higgins, Michael (2012): Introduction: Reporting war – history, professionalism and technology. In: Journal of War & Culture Studies, 5. Jg., H. 2, S. 131 – 136.

Smouth, Alistair (2017): Factbox: 70 years of the 'special relationship' between the United States and Britain. In: Reuters vom 26.01.2017. Online unter: <http://www.reuters.com/article/us-usa-trump-may-factbox-idUSKBN1591SM?il=0> (21.02.2017).

Snow, David A./Rochford, E. Burke Jr./Worden, Steven K./Benford, Robert D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review, 51. Jg., H. 4, S. 464 – 481.

Soboczynski, Adam/Ulrich, Bernd (2014): Zufrieden, aber verdammt allein. In: Zeit online vom 11.12.2014. Online unter: <http://www.zeit.de/2014/49/hegemonialmacht-deutschland-europa-vormachtstellung> (21.02.2017).

SPÖ aktuell (2014): Russland-Politik: Österreich als Brückenbauer. Online unter: <https://aktuell.spoe.at/russland-politik-oesterreich-als-brueckenbauer-067657/> (29.7.2016).

Staab, Joachim Friedrich (2002): Entwicklungen der Nachrichtenwert-Theorie. Theoretische Konzepte und empirische Überprüfungen. In: Neverla, Irene/Grittmann, Elke/Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft, S. 608 – 618.

Staiger, Jan (2004): Selbstorganisation, Nicht-Linearität, Viabilität. Eine konstruktivistisch-sozialsystemische Perspektive auf Kriegsberichterstattung. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

The Independent (2010): Leading article: This historic opportunity must not be missed. Online unter: <http://www.independent.co.uk/voices/editorials/leading-article-this-historic-opportunity-must-not-be-missed-1962527.html> (21.02.2017).

The Independent (2017): Code of Conduct. Online unter: <http://www.independent.co.uk/service/code-of-conduct-a6184241.html> (21.02.2017).

The Telegraph (2015): Editorial and Commercial Guidelines. Online unter: <http://www.telegraph.co.uk/topics/about-us/11570701/Editorial-and-commercial-guidelines.html> (1.9.2016).

Tobler, Stefan (2002): Zur Emergenz transnationaler Öffentlichkeiten. Konfliktinduzierter Kampf um Definitionsmacht und transnationale Kommunikationsverdichtungen im Politikprozess ‚Internationale Steuerpolitik im EU- und OECD-Raum‘. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.): Integration und Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 260 – 284.

VÖZ (o.J.): Mediadata VÖZ-Titel. Auflagen und Reichweiten der Tageszeitungen 2015. Online unter: <http://www.voez.at/b866> (1.9.2016).

Weischenberg, Siegfried (1995): Journalistik. Medienkommunikation: Theorie und Praxis. Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Weischenberg, Siegfried (2001): Nachrichten-Journalismus. Anleitungen und Qualitäts-Standards für die Medienpraxis. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wiedemann, Charlotte (2016): Erbe der Friedensbewegung vernichtet. In: TAZ.de vom 02.10.2016. Online unter: <http://www.taz.de/!5339524/> (21.02.2017).

Wiegerling, Klaus (2004): Kriegsmedien und Medienkriege zum Verhältnis von Krieg und Medien. In: Grimm, Petra/Capurro, Rafael (Hrsg.): Krieg und Medien. Verantwortung zwischen apokalyptischen Bildern und paradiesischen Quellen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 43 – 56. (= Schriftreihe Medienethik, 4)

Wieland, Carsten (2013): Das politisch-ideologische System Syriens und dessen Zerfall. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/155126/das-politisch-ideologische-system-syriens-und-dessen-zerfall?p=all> (20.02.2017).

Wilke, Jürgen (1998): Politikvermittlung durch Printmedien. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 146 – 164. (=Schriftreihe Bundeszentrale für politische Bildung; 352)

Yarchi, Moran/Wolfsfeld, Gadi/Sheafer, Tamir/Shenhav, Shaul R (2013): Promoting stories about terrorism to the international news media: A study of public diplomacy. In: Media, War & Conflict, 6. Jg., H. 3, S. 263 – 278.

Zacharakis, Zacharias (2013): Verbündete und Gegner Syriens. In: Zeit Online vom 29.08.2013. Online unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-08/syrien-krise-verbuendete-feinde/komplettansicht> (20.02.2017).

Zillich, Arne F./Göbbel, Ronald/Stengel, Karin/Maier, Michaela/Ruhrmann, Georg (2011): Proactive crisis communication? News coverage of interational conflicts in German print and broadcasting media. In: Media, War & Conflict, 4. Jg., H. 3, S. 251 – 267.

11. ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1:	Themenverlauf – Ländervergleich	97
Abb. 2:	Artikellanzahl pro Ausgabe – Ländervergleich	99
Abb. 3:	Umfang des Artikels – Großbritannien	100
Abb. 4:	Umfang des Artikels – Ländervergleich	100
Abb. 5:	Berichtsform – Österreich	100
Abb. 6:	Berichtsform – Großbritannien	101
Abb. 7:	Berichtsform – Ländervergleich	101
Abb. 8:	Kommentar – Ländervergleich	102
Abb. 9:	Politische Handlungsfelder – Österreich	102
Abb. 10:	Politische Handlungsfelder - Großbritannien	102
Abb. 11:	Politische Handlungsfelder – Ländervergleich	103
Abb. 12:	Kommunikationsthemen – Österreich	105
Abb. 13:	Kommunikationsthemen – Großbritannien	105
Abb. 14:	Kommunikationsthemen Konflikt – Ländervergleich	107
Abb. 15:	Kommunikationsthemen AkteurInnen – Ländervergleich	108
Abb. 16:	Kommunikationsthemen Sonstiges – Ländervergleich	110
Abb. 17:	AkteurInnen – Österreich	110
Abb. 18:	AkteurInnen – Großbritannien	111
Abb. 19:	Nationale AkteurInnen – Ländervergleich	112
Abb. 20:	Syrische AkteurInnen – Ländervergleich	113
Abb. 21:	Russische AkteurInnen – Ländervergleich	114
Abb. 22:	Sonstige nicht-westliche AkteurInnen – Ländervergleich	115
Abb. 23:	Terroristische und religiöse AkteurInnen – Ländervergleich	115
Abb. 24:	Westliche und internationale AkteurInnen – Ländervergleich	116
Abb. 25:	Medien-AkteurInnen – Ländervergleich	116
Abb. 26:	Nachrichtenfaktoren – Österreich	117
Abb. 27:	Nachrichtenfaktoren – Großbritannien	118
Abb. 28:	Nachrichtenfaktoren – Ländervergleich	119
Abb. 29:	Tendenz syrische Opposition – Österreich	121
Abb. 30:	Tendenz IS/Terror – Österreich	121
Abb. 31:	Tendenz EU – Österreich	122
Abb. 32:	Tendenz Großbritannien – Großbritannien	122
Abb. 33:	Tendenz Syrische Opposition – Großbritannien	123
Abb. 34:	Tendenz Flüchtlinge – Großbritannien	123
Abb. 35:	Tendenz nationales Land – Ländervergleich	124
Abb. 36:	Tendenz Assad – Zeitvergleich	124
Abb. 37:	Tendenz syrische Opposition – Ländervergleich	125
Abb. 38:	Tendenz syrische Opposition – Zeitvergleich	125
Abb. 39:	Tendenz Russland – Zeitvergleich	126
Abb. 40:	Tendenz IS/Terror – Ländervergleich	126
Abb. 41:	Tendenz IS/Terror – Zeitvergleich	127
Abb. 42:	Tendenz Flüchtlinge – Ländervergleich	127
Abb. 43:	Tendenz EU – Ländervergleich	128
Abb. 44:	Tendenz USA – Ländervergleich	128
Abb. 45:	Tendenz USA – Zeitvergleich	128
Abb. 46:	Journalistischer Präsentationsstil – Österreich	129
Abb. 47:	Journalistischer Präsentationsstil – Ländervergleich	130
Abb. 48:	Emotionaler Gehalt – Großbritannien	131
Abb. 49:	Emotionaler Gehalt – Ländervergleich	132
Abb. 50:	Qualität der Konfliktperspektive – Österreich	132

Abb. 51:	Qualität der Konfliktperspektive – Großbritannien	133
Abb. 52:	Konfliktperspektive AkteurInnen – Großbritannien	134
Abb. 53:	Qualität der Konfliktperspektive – Ländervergleich	135
Abb. 54:	Konfliktperspektive AkteurInnen – Ländervergleich	136
Abb. 55:	Konzentration auf den Konfliktverlauf – Zeitvergleich	136
Abb. 56:	Perspektivenwechsel zwischen Konfliktparteien – Zeitvergleich	137
Abb. 57:	Übernahme der Perspektive der syrischen Regierung – Zeitvergleich ..	137
Abb. 58:	Anzahl der Positionen im Artikel – Großbritannien	138
Abb. 59:	Anzahl der Positionen im Artikel – Ländervergleich	138
Abb. 60:	Politikfeld der Position – Österreich	139
Abb. 61:	Politikfeld der Position – Großbritannien	139
Abb. 62:	Politikfeld der Position – Ländervergleich	140
Abb. 63:	Kommunikationsthema der Position – Österreich	141
Abb. 64:	Kommunikationsthema der Position – Großbritannien	141
Abb. 65:	Kommunikationsthema der Position – Ländervergleich	142
Abb. 66:	Kommunikationsthema der Position - Zeitvergleich	143
Abb. 67:	KommunikatorIn der Position – Österreich	144
Abb. 68:	KommunikatorIn der Position – Großbritannien	144
Abb. 69:	KommunikatorIn der Position – Ländervergleich	145
Abb. 70:	AdressatIn der Position – Österreich	146
Abb. 71:	AdressatIn der Position – Ländervergleich	147
Abb. 72:	Dominierende Politikebene der Position – Österreich	148
Abb. 73:	Dominierende Politikebene der Position – Großbritannien	148
Abb. 74:	Dominierende Politikebene der Position – Ländervergleich	149
Abb. 75:	Journalistische Diskursqualität – Österreich	150
Abb. 76:	Journalistische Diskursqualität – Großbritannien	150
Abb. 77:	Journalistische Diskursqualität – Ländervergleich	151
Abb. 78:	Journalistische Diskursqualität: Begründung – Zeitvergleich	152
Abb. 79:	Journalistische Diskursqualität: Lösungsvorschlag – Zeitvergleich	153
Abb. 80:	Journalistische Diskursqualität: Respektmaß – Zeitvergleich	153
Abb. 81:	Zweifelsbekundung – Österreich	154
Abb. 82:	Zweifelsbekundung – Großbritannien	154
Abb. 83:	Zweifelsbekundung – Ländervergleich	155
Abb. 84:	Einbettung in politische Diskurse: Geschichte – Österreich	157
Abb. 85:	Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse – Österreich	157
Abb. 86:	Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse – Österreich	158
Abb. 87:	Einbettung in politische Diskurse: Geschichte – Großbritannien	159
Abb. 88:	Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse – Großbr. ..	159
Abb. 89:	Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse – Großbritannien	160
Abb. 90:	Einbettung in politische Diskurse: Geschichte – Ländervergleich	160
Abb. 91:	Einbettung in politische Diskurse: Längerfristige Diskurse – Länderver.	161
Abb. 92:	Einbettung in politische Diskurse: Aktuelle Diskurse – Ländervergleich	163
Abb. 93:	Einbettung in politische Diskurse: Verteidigung und Flüchtlingskrise ..	163
Abb. 94:	Einbettung in politische Diskurse: IS und Assad-Regime	164
Abb. 95:	Einbettung in politische Diskurse – Zeitvergleich	165
Abb. 96:	Framing – Großbritannien	167
Abb. 97:	Framing – Ländervergleich	167

12. ANHANG

Codebuch

Krisenberichterstattung während des Syrien-Konflikts nach Jürgen Grimm (Grimm 2015)

Das Codebuch wurde in Anleitung von Jürgen Grimm von seinen StudentInnen in einem Forschungsseminar im Jahr 2015 für die Ukraine-Krise und den Syrien-Konflikt erstellt. Für die vorliegende Arbeit wurde das Codebuch gegendert und in den Kategorien *Zeitung*, *Politikfeld*, *Kommunikationsthemen*, *AkteurInnen*, *Beispiele der Meinungsposition*, *Politikfeld der Position*, *Kommunikationsthemen der Position*, *KommunikatorIn der Position*, *AdressatIn der Position* und *Anschluss an politische Diskurse* adaptiert. Die formale Gestaltung und nationale Identitätsangebote wurde nicht übernommen.

Einleitung: In der vorliegenden Untersuchung wird die Berichterstattung zum Syrien-Konflikt während der russischen Intervention im Zeitraum vom 3.9.2015 – 28.10.2015 in britischen und österreichischen Tageszeitungen untersucht. Die Begründungen wurden von Grimm (2015) übernommen.

Allgemeine Codieranweisungen:

- CA 1: Codiert werden Artikel, welche die Schlagwörter Syrien oder syria enthalten
- CA 2: Codiert werden nur Artikel die mehr als 30 Wörter umfassen.
- CA 3: Sonntagszeitungen der jeweiligen Tageszeitungen werden aufgrund der Vergleichbarkeit nicht codiert (betrifft ‚Die Sonntags-Presse‘ und ‚The Sunday Mirror‘).
- CA 4: Beilagen, Ankündigungen (TV, Theater, Geburtstage etc.) und regionale Ausgaben und Online-Artikel werden nicht codiert
- CA 5: Bei Duplikaten wird jeweils die neueste Version verwendet
- CA 6: Artikel müssen einen Bezug zum Krieg haben (direkt oder indirekt durch Ausläufer des Krieges wie Flüchtlingskrise). Artikel, deren Ereignis z.B. nur an der Grenze von Syrien stattgefunden hat werden nicht codiert.

A. Kategorien auf Artikel-Ebene

1) Formale Kriterien

a) ZEITUNG

Österreichische Tageszeitungen

- | | | | |
|---|----|---|--------------|
| 1 | DP | = | Die Presse |
| 2 | DS | = | Der Standard |

Britische Tageszeitungen

- | | | | |
|---|-----|---|---------------------|
| 3 | TDT | = | The Daily Telegraph |
| 4 | TI | = | The Independent |

b) DATUM (Erscheinungsdatum)

JJJJMMTT

Nicht im SPSS-Format eintragen, sondern als einfacher Zahlencode.

c) ARTNR = Artikel-Nummer 2-stellig; Nummer des Artikels in der Zeitung, der sich mit der Krise beschäftigt

- pro Tag und Ausgabe durchgezählt; Sample definierende Auflistung;
- Excel Liste

d) UEBDT = Überschrift des Artikels (in Deutsch)

UEBENG = Überschrift des Artikels (in Englisch)

- Alphanummerisch

e) BERFORM = Berichtsform

- | | |
|---|-----------------------|
| 1 | Kurzmeldung |
| 2 | Bericht |
| 3 | Reportage |
| 4 | Interview |
| 5 | Kommentar |
| 6 | Sonstige Berichtsform |

f) UMFANG = Umfang des Artikels (Anzahl der Wörter)

- Anzahl der Wörter codieren. Über Wortzählfunktion

2) Themen

0 nicht vorhanden

1 vorhanden

Themen werden zweifach erfasst:

a) Thematisierung politischer Handlungsfelder (=Politikfeld)

b) Thema, das im Artikel kommuniziert wird (=Kommunikationsthema)

a) Politikfeld

PF01Pol: **Politisches System** (0/1)

=umfasst Bezüge zu allen politischen Institutionen (staatliche und nicht-staatliche)

- PF02Oef: Öffentliche Verwaltung und staatliche Unternehmen (0/1)**
= Organisationseinheiten der öffentlichen Verwaltung (aus Österreich, Großbritannien und anderen Ländern)
- PF03InSi: Innere Sicherheit (0/1)**
= Handlungsbereich der inneren Sicherheit inner- und außerhalb der behandelten Länder, üblicherweise in Zuständigkeit der Exekutive
- PF04Fpol: Frauenpolitik (0/1)**
= Fördermaßnahmen speziell für Frauen im Sinne der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung
- PF05Rpol: Rechtspolitik (0/1)**
= Rechtspflege inner- und außerhalb Österreichs sowie Englands, umfasst die Organisation der Justiz sowie Personen der Justiz, Weiterentwicklung des Rechts durch Gesetze
- PF06Apol: Außenpolitik (0/1)**
= Außenbeziehungen
- PF07EuIn: Europäische Integration (0/1)**
= Zusammenarbeit innerhalb der EU und deren Probleme
- PF08Vpol: Verteidigungspolitik (0/1)**
= alle Maßnahmen zur Abwehr äußerer Bedrohung mithilfe militärischer Mittel
- PF09Fipo: Finanzpolitik (0/1)**
= Staatshaushalt und alle Maßnahmen zur Regelung des Banken- und Versicherungswesens
- PF10Wipo: Wirtschaftspolitik (0/1)**
= alle wirtschaftlichen Belange, die sich auf Binnenmärkte oder den Außenhandel beziehen in den Bereichen: Dienstleistungen, Energie, Bauwirtschaft, Tourismus etc.
- PF11LaFo: Land- und Forstwirtschaftspolitik (0/1)**
= ist Teil der Wirtschaftspolitik aber spezifischer Fokus auf Land- und Forstwirtschaftspolitik
- PF12VeTe: Verkehrs- und Technologiepolitik (0/1)**
= umfasst Infrastruktur-Maßnahmen, die sich auf Verkehr und/oder Kommunikation beziehen sowie alle Belange der Technik-Entwicklung
- PF13Upol: Umweltpolitik (0/1)**
= Probleme und Lösungsperspektiven der Umweltpolitik
- PF14Bpol: Bildungspolitik (0/1)**
= Belange von Schulwesen, Berufsausbildung

- PF15Unfo: Universitäts- und Forschungspolitik (0/1)**
= Belange von Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- PF16Kpol: Kulturpolitik (0/1)**
= Bereitstellung, Budgetierung, Organisation öffentlicher kultureller Einrichtungen und Medienorganisationen
- PF17ArBe: Arbeits- und Beschäftigungspolitik (0/1)**
= Belange des Arbeitsmarktes, der Arbeitslosigkeit, der Beschäftigung
- PF18SoSi: Soziale Sicherheit (0/1)**
= Probleme und Maßnahmen zur Verbesserung sozialer Sicherheit
- PF19Gpol: Gesundheitspolitik (0/1)**
= Probleme und Maßnahmen, Einrichtungen und Personal zur Verbesserung der Gesundheit
- PF20FaJu: Familien- und Jugendpolitik (0/1)**
= Probleme und Förderung von Familie und Jugend
- PF21Wahl: Wahlen (0/1)**
= Personen, Handlungen und Prozesse im Wahlkampf
- PF22Int: Integration (0/1)**
= alle Belange rund um die Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen
- PF29Sons: Sonstige Politikfelder**
PFsSons: Welches Sonstige Politikfeld? (in Worten)

b) Kommunikationsthemen:

Kommunikationsthemen geben an, worüber im Artikel geschrieben wird. Worum geht es bei der Mittelung? Werden als Dummy-Variablen codiert. Um die Redundanz zu vermeiden, werden jene Kommunikationsthemen ausgewiesen (=genannt), die nicht schon als Politikfeld erfasst wurden. Der Schrägstrich „/“ steht für einen „und/oder“ Sachverhalt. Die Klammern „()“ stehen für die Erläuterung des KT in der Variablenbeschriftung. Nicht mehr als 30 Kommunikationsthemen. Induktiv!

0 Merkmal = nicht vorhanden

1 Merkmal = vorhanden

- | | | |
|----------|---|---|
| KT01KoSy | = | Konflikt in Syrien/Syrienkrieg |
| KT02KoNO | = | Konflikt Naher Osten allgemein |
| KT03ArFr | = | Arabischer Frühling |
| KT04Gew | = | Gewalt |
| KT05Fr | = | Friede |
| KT06Kor | = | Korruption |
| KT07PoWe | = | Innerparteilicher/Politischer Wettbewerb/Parteienstreit |

KT08Dem	=	Demonstrationen/Proteste
KT09PrZe	=	Protestzerschlagung
KT10MaVe	=	Massenverhaftungen
KT11Wa	=	Waffen
KT12WaRu	=	Waffenruhe
KT13WaVe	=	Waffenvernichtung
KT14MeRe	=	Menschenrechtsverletzung
KT15Terr	=	Terrorismus (auch Extremismus)
KT16KrHa	=	Kriegshandlungen
KT17FrVe	=	Friedensverhandlungen
KT18Schl	=	Schlepper
KT19SyPr	=	Syrischer Präsident (Bashar Al-Assad)
KT20RuPr	=	Russischer Präsident (Putin)
KT21SyOp	=	Syrische Opposition
KT22Flu	=	Flucht (syrische Flüchtlinge)
KT23EUFl	=	EU-Flüchtlingskrise
KT24Reb	=	Syrische Rebellengruppen
KT25IS	=	IS (Islamischer Staat)
KT26EUIn	=	EU-Integration
KT27EUAl	=	EU (Allgemein/Sonstiges)
KT28EUSa	=	EU/Uno Sanktionen
KT29EU	=	EU-Intervention/-Einmischung/-Unterstützung
KT30Nato	=	NATO
KT31Uno	=	UNO
KT32Ref	=	Reformen (Staat/Gesellschaft)
KT33PrMe	=	Zensur/Presse- und Meinungsfreiheit
KT34Refl	=	Reflexion der Medien über Kriegsberichterstattung
KT35USA	=	USA-Intervention/-Einmischung/-Unterstützung
KT36Russ	=	Russland-Interventionen/-Einmischung/-Unterstützung
KT37Deut	=	Deutschland-Interventionen/-Einmischung/-Unterstützung
KT38Fran	=	Frankreich-Interventionen/-Einmischung/-Unterstützung
KT39Türk	=	Türkei-Interventionen/-Einmischung/-Unterstützung
KT40Med	=	Medien-Interventionen/-Einmischung/-Unterstützung
KT41OpIS	=	Opfer des IS
KT42OpAs	=	Opfer des Assad-Regimes
KT43SoOpNO	=	Sonstige Opfer des Konflikts im Nahen Osten
KT44RuSy	=	Verhältnis zwischen Russland und Syrien
KT45SyOe	=	Verhältnis zwischen Syrien und Österreich
KT46SyGB	=	Verhältnis zwischen Syrien und Großbritannien
KT47RuOe	=	Verhältnis zwischen Russland und Österreich
KT48RuGB	=	Verhältnis zwischen Russland und Großbritannien
KT49SyNO	=	Verhältnis zwischen Syrien und anderen Staaten des NO
KT50USASy	=	Ökonomisches-politisches Verhältnis zw. USA & Syrien
KT51Wirt	=	Wirtschaftskrise im Land (Steigende Preise, Währungskurs)
KT52Rel	=	Religion allgemein
KT53Isl	=	Islam
KT54Chris	=	Christentum
KT55ReMi	=	Religiöse Minderheiten
KT56Alaw	=	Alawiten
KT57AnSe	=	Antisemitismus
KT58Gaza	=	Gaza
KT59Gesch	=	Geschichte/Hintergründe

KT60brInt	=	britische Intervention
KT61Sons	=	Sonstige Kommunikationsthemen
KT62SoNe	=	Welche sonstigen Kommunikationsthemen? (in Worten)

3) AkteurInnen

0 = AkteurIn kommt im Artikel vor

1 = AkteurIn kommt im Artikel nicht vor

Erläuterung: Codiert werden Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen, die jeweils ihrer regionalen Herkunft zugeordnet und nach politischen versus nichtpolitischen Akteuren unterschieden werden. (Relevanzentscheidung)

a) Österreichische Akteure

A01Oe	Österreichische Regierung
A02Oe	Werner Fayman (Bundeskanzler)
A03Oe	Sebastian Kurz (Außenminister)
A04Oe	Johanna Mikl-Leitner (Innenministerin)
A05Oe	Gerald Klug (Verteidigungsminister)
A06Oe	Reinhold Mitterlehner
A07Oe	Heinz Christian Strache
A08Oe	SPÖ (Einzelvertreter oder Organisation)
A09Oe	FPÖ (Einzelvertreter oder Organisation)
A10Oe	Grüne (Einzelvertreter oder Organisation)
A11Oe	ÖVP (Einzelvertreter oder Organisation)
A12Oe	NEOS (Einzelvertreter oder Organisation)
A13Oe	Team Stronach (Einzelvertreter oder Organisation)
A14Oe	Sonst. österreich. politische AkteurInnen
A15Oe	Österreichische Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen
A16Oe	Österreichische ExpertInnen für Syrien-Konflikt und Flüchtlingskrise
A17Oe	Sonst. österreichische nicht-politischer AkteurInnen
A18Oe	Österreichische Polizei
A19Oe	Österreichische SoldatInnen/Militär
A20Oe	Österreichische Bevölkerung
A21Oe	Österreich Allgemein

b) Britische Akteure:

A30Eng	Britische Regierung
A31Eng	David Cameron (Premier Minister)
A32Eng	George Osborne (Erster Minister)
A33Eng	Queen Elisabeth II
A34Eng	Theresa May (Ministerin für Inneres)
A35Eng	Philip Hammond (Minister für auswärtige- und Commonwealth Angelegenheiten)
A36Eng	Michael Fallon (Minister für Verteidigung)

A37Eng	Conservative Party (Einzelvertreter oder Organisation)
A38Eng	Labour Party (Einzelvertreter oder Organisation)
A39Eng	Liberal Democrats (Einzelvertreter oder Organisation)
A40Eng	Democratic Unionist Party (Einzelvertreter oder Organisation)
A41Eng	Scottish National Party (Einzelvertreter oder Organisation)
A42Eng	Sonstige britische politische AkteurInnen
A43Eng	Sonstige Angehörige des Königshauses
A44Eng	Britische Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen
A45Eng	Britische ExpertInnen für Syrien-Konflikt und Flüchtlingskrise
A46Eng	Sonstige britische nicht-politische AkteurInnen
A47Eng	Britische Polizei
A48Eng	Britische SoldatInnen/Militär
A49Eng	Britische Bevölkerung
A50Eng	Großbritannien Allgemein

c) Syrische Akteure

A60Syr	Syrisches Regime/Regierung
A61Syr	Baschar al-Assad (Präsident)
A62Syr	Hafiz al-Assad (ehem. Präsident)
A63Syr	Walid al-Muallim (Außenminister)
A64Syr	Assad-AnhängerInnen
A65Syr	Syrische Opposition
A66Syr	AkteurInnen der YPG: kurdische Volksschutzeinheiten im Norden Syriens
A67Syr	AkteurInnen der Freien Syrischen Armee
A68Syr	Syrische Rebellen
A69Syr	Sonstige syrische politische Organisation / Gruppe / AkteurInnen
A70Syr	AkteurInnen der Sunniten/sunnitische Armee
A71Syr	AkteurInnen der Schiiten
A72Syr	AkteurInnen der Alawiten
A73Syr	syrische ChristInnen
A74Syr	syrische Drusen
A75Syr	AkteurInnen sonstig. religiöser Glaubensvertreter
A76Syr	Syrische KurdInnen
A77Syr	Syrische AraberInnen
A78Syr	Syrische Assyrem-AramäerInnen
A79Syr	Syrische TurkmenInnen
A80Syr	Syrische PalästinenserInnen
A81Syr	Syrische Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen
A82Syr	Syrische ExpertInnen für Syrien-Konflikt und Flüchtlingskrise
A83Syr	Syrische Flüchtlinge
A84Syr	Sonstige syrische nicht-politische AkteurInnen
A85Syr	Syrische Armee / Truppen
A86Syr	SyrerInnen
A87Syr	Syrien (allgemein)

d) Russische Akteure

A90Ru	Wladimir Putin (Präsident)
A91Ru	Dimitri Medwedew (Ministerpräsident)
A92Ru	Sergei Lawrow (Außenminister)
A93Ru	Sergei Schoigu (Verteidigungsminister)
A94Ru	Russische Oppositionelle
A95Ru	Sonstige russische PolitikerInnen oder Politikergruppen oder Organisationen
A96Ru	Russische Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen
A97Ru	Russische ExpertInnen für Syrien-Konflikt und Flüchtlingskrise
A98Ru	Sonstige Russische NichtpolitikerInnen/Gruppe/Organisation
A99Ru	Russische SoldatInnen/Militär
A100Ru	RussInnen
A101Ru	Russland (allgemein)

d) Akteure anderer Regionen:

Israel

A110Isr	Israel (gesamt)
A111Isr	Israelische Armee
A112Isr	Benjamin Netanjahu
A113Isr	Israelische politische Organisation / Gruppen / AkteurInnen
A114Isr	Israelische nicht-politische Organisation / Gruppen / AkteurInnen

Palästina

A115Pal	Palästina (gesamt)
A116Pal	Palästinensische Armee
A117Pal	Palästinensische politische AkteurInnen / Gruppen / Organisation
A118Pal	Palästinensische nicht-politische AkteurInnen / Gruppen / Organisation
A119NO	Politische AkteurInnen aus dem Nahen Osten
A120NO	nicht-politische AkteurInnen aus dem Nahen Osten

Türkei

A121Türk	Türkei (gesamt)
A122Türk	Recep Tayyip Erdogan
A123Türk	Amet Davutoglu
A124Türk	PKK: Die Arbeiterpartei Kurdistans
A125Türk	Türkische KurdInnen
A126Türk	Türkische politische AkteurInnen / Gruppen / Organisation

Iran

A127Iran	Iran Gesamt
A128Iran	Quds-Einheit
A129Iran	Iranische Revolutionsgarde
A130Iran	Hassan Rohani

Sonstiger Naher und Mittlerer Osten

A131SnO	Irak Gesamt
---------	-------------

A132SnO	Afghanistan
A133SnO	Ägypten
A134SnO	Jemen
A135SnO	Saudi-Arabien
A136SnO	Pakistan
A137SnO	Libyen
A138SnO	Libanon
A139SnO	Jordanien
A140SnO	Andere Arabische Staaten

Terroristen/Extremisten

A141Terr	IS
A142Terr	Al-Qaida
A143Terr	Hamas
A144Terr	Al-Nusra Front
A145Terr	SalafistInnen
A146Terr	DschihadistInnen
A147Terr	Hisbollah
A148Terr	Andere terroristische Gruppierungen

Religionen

A149Rel	ChristInnen
A150Rel	MuslimInnen / Muslimbrüder
A151Rel	Juden/Jüdinnen
A152Rel	Andere religiöse Gruppen / AkteurInnen / Organisationen

Westliche Akteure

A153We	Westen Gesamt
A154We	USA
A155We	Barack Obama
A156We	John Kerry
A157We	Hillary Clinton
A158We	Jefferey Payette (US-Botschafter)
A159We	Deutschland
A160We	Angela Merkel
A161We	Frank Steinmeier SPD
A162We	Frankreich
A163We	Francois Holland
A164We	Jean Claude Juncker
A165We	Andere europäische Staaten
A166We	Andere europäische PolitikerInnen / Gruppen / AkteurInnen
A167We	Andere USA PolitikerInnen / Gruppen / AkteurInnen
A168We	Westliche nicht-politische AkteurInnen /Gruppen / Organisationen
A169We	Westliche Bevölkerung
A170We	Sonstige Westliche AkteurInnen

Andere Regionen

A171aR	China
A172aR	Sonstige AkteurInnen anderer Regionen

e) Internationale Akteure:

A173Int	Lakhar Brahimi
A174Int	Staffan de Mistura
A175Int	Ban Ki Moon
A176Int	NATO-PolitikerInnen/Gruppe/Organisation
A177Int	OSZE-PolitikerInnen/Gruppe/Organisation
A178Int	UNO-PolitikerInnen/Gruppe/Organisation
A179Int	OPCW-PolitikerInnen/Gruppe/Organisation
A180Int	International Nicht-Regierungsorganisation
A181Int	DiplomatInnen
A182Int	Sonstige Internationale AkteurInnen

f) Medien:

A183Med	Syrische Medien
A184Med	Syrische PublizistInnen/JournalistInnen
A185Med	BBC
A186Med	SchriftstellerInnen
A187Med	Al Jazeera
A188Med	Reuters
A189Med	Österreichische Medien
A190Med	Britische Medien
A191Med	Russische Medien
A192Med	Sonstige ausländische Medien/JournalistInnen
A192MedSonst	Wer? Sonstige ausländische Medien/JournalistInnen
A193Fl	Sonstige/Allgemeine Flüchtlinge
A194EU	EU
A195EUOrg	EU-Organisationen
A200Jou	JournalistIn (VerfasserIn des Artikels)

Erläuterung:

Unter die Variable „JournalistIn“ fallen jene AkteurInnen, die als VerfasserIn/SchreiberIn des jeweiligen Untersuchungsartikels auftauchen. Für die Positionsebene heißt das, dass alle Sachverhalte/Inhalte im Untersuchungsartikel, die nicht anderen AkteurInnen zugeordnet/zugewiesen werden, als eigene Position des Akteurs/der Akteurin „JournalistIn“ zu codieren sind.

5) Nachrichtenfaktoren (Dummy Variable)

- 0 nicht vorhanden
- 1 vorhanden

Variablen:

- NF01 Nachrichtenfaktor 1: Etablierung
- NF02 Nachrichtenfaktor 2: Dauer
- NF03 Nachrichtenfaktor 3: Betroffenheit
- NF04 Nachrichtenfaktor 4: Elite-Person, Politik
- NF05 Nachrichtenfaktor 5: Elite-Person, nicht politisch, Sport, Kultur)
- NF06 Nachrichtenfaktor 6: Nähe (kulturell, wirtschaftlich, politisch)

- NF07 Nachrichtenfaktor 7: Überraschung
- NF08 Nachrichtenfaktor 8: Struktur, Komplexität
- NF09 Nachrichtenfaktor 9: Konflikt 1, nicht gewaltsam
- NF10 Nachrichtenfaktor 10: Konflikt 2, Gewalt, Kriminalität
- NF11 Nachrichtenfaktor 11: Schaden
- NF12 Nachrichtenfaktor 12: Status der Ereignisnation
- NF13 Nachrichtenfaktor 13: Erfolg
- NF14 Nachrichtenfaktor 14: Personalisierung
- NF15 Nachrichtenfaktor 15: Ethnozentrismus
- NF16 Nachrichtenfaktor 16: Misserfolg

→ Erläuterungen im Anhang

6) Tendenz

- 0 keine Tendenz
- 1 stark kritische Tendenz: 2 x explizit negativ und alles darüber hinaus
- 2 mäßig kritische Tendenz: 1 x explizit negativ oder 2 x negativ + 1 x positiv, implizite Indikatoren werden hierbei auch einbezogen!
- 3 ambivalente Tendenz: 1 x negativ + 1 x positiv
- 4 schwachfreundliche Tendenz: 1 x explizit positiv oder 2 x positiv + 1 x negativ, implizite Indikatoren werden hierbei auch einbezogen!
- 5 stark freundliche Tendenz: 2 x explizit positiv und alles darüber hinaus

TEGESAUT	Gesamttendenz in Bezug auf Österreich / Österreichische Regierung
TEGESBRIT	Gesamttendenz in Bezug auf Großbritannien / Britische Regierung
TEGESSYR	Gesamttendenz in Bezug auf syrische (Assad-)Regierung
TEGESSyrOPP	Gesamttendenz in Bezug auf syrische Opposition/Regimegegner
TEGESSyrDem	Gesamttendenz in Bezug auf Syrische Demokratiebewegung
TEGESAST	Gesamttendenz in Bezug auf Regierung arabische Staaten Gesamt
TEGESRUS	Gesamttendenz in Bezug auf Russland / russische Regierung
TEGESIS	Gesamttendenz in Bezug auf IS / Terrorismus
TEGESISL	Gesamttendenz in Bezug auf Islam
TEGESFLÜ	Gesamttendenz in Bezug auf Flüchtlinge
TEGESEU	Gesamttendenz in Bezug auf EU
TEGESUSA	Gesamttendenz in Bezug auf USA

Merksatz: Es gibt keine „objektive Tendenz“, sondern sie bezieht sich immer auf einen Sachverhalt (Referenzrahmen: Tendenz in Bezug auf was?). Daher muss das Bezugsobjekt der Tendenz immer mitgedacht werden.

7) Journalistischer Präsentationsstil

- Hier wird danach gefragt, wie präsentiert wird!

a) Komplexität:

Komplexität des journalistischen Präsentationsstiles bezieht sich auf die Anzahl, Differenzierung und Verknüpfung der dargestellten Sachverhalte.

Definition: Ein Sachverhalt ist ein im Text durch sprachliche Indikatoren repräsentiertes Faktum oder eine Relation in der Realität.

Hohe Komplexität bedeutet, dass der Text

- viele Sachverhalte anspricht
- viele inhaltlichen Differenzierungen enthält
- abgewogene Urteile (einerseits-andererseits) fällt und
- viele Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Inhaltsaspekten herstellt.

Gesucht wird daher nach Indikatoren für den Umfang, die Differenzierung und die Verknüpfung der Sachverhalte.

Geringe Komplexität bedeutet: es wird nur 1 Sachverhalt angesprochen und nicht weiter differenziert.

Mittlere Komplexität: 1 Sachverhalt differenziert dargestellt oder 2 -3 Sachverhalte (differenziert oder nicht differenziert, verknüpft oder nicht verknüpft)

Hohe Komplexität: vier oder mehr Sachverhalte (differenziert oder nicht differenziert, verknüpft oder nicht verknüpft)

Rating-Skalen (1-3)

- | | |
|---|----------------------|
| 1 | geringe Komplexität |
| 2 | mittlere Komplexität |
| 3 | hohe Komplexität |

b) Informationsgehalt:

Rating-Skalen (1-3)

- | | |
|---|------------------------------|
| 1 | geringer Informationsgehalt |
| 2 | mittlerer Informationsgehalt |
| 3 | hoher Informationsgehalt |

Indikatoren für Informationsgehalt:

- Viele Einzelinformationen
- Nicht redundant
- Überraschung

c) Verständlichkeit:

Rating-Skalen (1-3)

- 1 geringe Verständlichkeit
- 2 mittlere Verständlichkeit (mind. ein Indikator)
- 3 hohe Verständlichkeit (ab zwei Indikatoren)

Indikatoren für Verständlichkeit:

- Lesbarkeit (viele Fremdwörter etc.)
- Klarheit (klare Argumentation etc.)
- Plausibilität der Schlussfolgerung

Erläuterungen zu den Rating-Skalen des Präsentationsstils:

Faustregel: Code „2“ vergeben und dann abwägen, ob das Normalmaß unterschritten oder überschritten wird.

Regel: „hohe“ Ausprägung, wenn mind. zwei der Indikatoren zutreffen;
„mittlere“ Ausprägung, wenn mind. ein Indikator zutrifft;

8) Emotionaler Gehalt

0 = EMO-Dimension nicht vorhanden

1 = EMO-Dimension vorhanden

➤ Jeweils Dummy Variablen für jede Emotionsdimension

Grundlegende Typen Emotion:

- Inhaltlich (2 Varianten)
- formal

inhaltlich:

Es gibt zwei inhaltliche Emotionalisierungstechniken: a) Menschen, die selbst emotional sind – d.h. wenn Personen in einem emotionalen Zustand dargestellt werden: z.B. weinende Mütter; b) eine Situation wird geschildert, von der man annehmen kann, dass sie Menschen in einen emotionalen Zustand versetzt. z.B.: Leute, die im Bunker saßen, als die Bomben fielen.

Es wird eine Gefahrensituation geschildert, ohne dass Emotionen der Personen angesprochen sind. Die Situation wird geschildert und die Emotion Angst/Furcht hervorgerufen. Man fühlt sich nicht in die Person, sondern in eine Situation ein.

formal:

Formale Emotionalisierungstechniken schmücken die Situations- oder Emotionsbeschreibung zusätzlich aus. Dies trifft z.B. zu, wenn der Artikel dramatisierende Vokabeln enthält (müssen sich sprachlich ausdrücken): z.B. *furchtbarer Angriff*, *zu Tränen gerührt*, usw. Formale EMO-Strategien sind aber auch Spekulationen über die Zukunft: z.B. *Niemand weiß, was noch kommen wird...*; *Es muss befürchtet werden, dass ...*; *Für die Zukunft lässt sich nichts Gutes erwarten*. Oder die Ausführungen enthalten eine Selbstthematisierung des JournalistInnen: *Als ich am Ort des Geschehens ankam, traute ich meinen Augen nicht ...*

Variablen:

- Emotion1_inhaltlich: Gefahr
- Emotion2_inhaltlich: Kampf
- Emotion3_inhaltlich: Naturkatastrophe
- Emotion4_inhaltlich: Opfer
- Emotion5_inhaltlich: Erfolg
- Emotion6_inhaltlich: emotionalisierte Menschen
- Emotion7_inhaltlich: Kinder, Minderjährige, Babys, Kleinkinder
- Emotion8_formal/ indirekt: Dramatisierung
- Emotion9_formal/indirekt: Selbstthematisierung
- Emotion10_formal/ indirekt: Antizipation/ Suspense

Erläuterungen:

Kampf:

Zielt primär auf gewalttätige Aktionen ab. Bei nicht gewalttätigen müssen starke Indikatoren vorkommen. z.B. Es fand eine wilde Schreierei statt.

- Dramatisierung:** Ein Ereignis über das spektakulär berichtet wird. Es macht sich in der Regel eine sprachliche Übersteigerung bemerkbar. z.B. „Besonders schlimm“; „Schon wieder 5 Verletzte“ etc. Manchmal kann es auch durch die Gesamtdramaturgie des Nachrichtenbeitrags vorkommen.
- Selbstthematisierung:** Damit ist die Selbstthematisierung des Journalisten/der JournalistIn gemeint.
- Antizipation/Suspense:** Es wird eine Spannung aufgebaut im Hinblick darauf, dass etwas passiert. Es muss etwas Spekulatives kommen. Was könnte daraus folgen?

9) Qualität der Konfliktperspektive

Die Qualität der Konfliktperspektive wird in Bezug auf den gesamten Artikel erfasst.

1. Kampfperspektive (KP):

- Konzentration auf den Konfliktverlauf
- Parteilichkeit (Übernahme der Kampfperspektive eines Kombattanten)
- "Horse-Racing" Berichterstattung

2. Konflikttransformation (KT)

- Analyse der Konfliktursachen (=Problemzentriert)
- Perspektivwechsel zwischen den Konfliktparteien (Perspective-Sharing)
- Berichterstattung zu komplexen Handlungsoptionen und/oder Lösungsmöglichkeiten

Erläuterungen:

Grundsätzlich wird unterschieden zwischen **Konfliktperspektiven des Kampfes** (Orientierung auf Sieg vs. Niederlage) und einer **problemorientierten Perspektive**, die Konflikte in einen Ursachenzusammenhang stellt, die konflikterzeugenden Interessenskonstellationen in ihrer Genese betrachtet und im Hinblick auf Lösungsmöglichkeit analysiert. Im ersten Fall wird die Frage auf **Sieg oder Niederlage** fokussiert. Im journalistischen Bereich liegt dem häufig ein **Horse-Race-Blickwinkel** (wer wird gewinnen?) oder die Übernahme des Blickwinkels einer der **Kombattanten** zugrunde. Im zweiten Fall liegt eine **"Konflikttransformation"** vor, die über die Stadien der selbstkritischen Perspektivanalyse, den zeitweisen Perspektivwechsel bis hin zu einer Umdefinition des Konflikts in ein komplexes Problem reicht (vgl. Lederach 2014). Lederach betont den kognitiven "Switch" des Umstellens vom Kampf- zum Problem-Frame, das sehr viel mehr Lösungsoptionen eröffnet als dies bei einer Kampfperspektive der Fall ist. Es geht bei der Konflikttransformation nicht nur und nicht in erster Linie darum, die Notwendigkeit eines Friedensschlusses zu betonen, sondern darum die kognitiven Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Einigung zwischen Konfliktparteien möglich wird.

Vorgehensweise bei der Codierung

Jeder Text, der analysiert werden soll, wird darauf hin abgesucht, ob und in welchem Maße Indikatoren für Kampfperspektive und/oder Konflikttransformation vorliegen.

Codiert wird in der Regel auf einer dreistelligen Skala „nicht vorhanden“, „schwach ausgeprägt“ bis „stark ausgeprägt“. Die Codierung der Parteilichkeit (siehe unten) erfolgt auf einer binären Skala 0/1)

1. Kampfperspektive (KP):

KONPER01 Konzentration auf den Konfliktverlauf

- 0 überhaupt nicht gegeben
- 1 schwach ausgeprägt (wenn ein Perspektivwechsel)
- 2 stark ausgeprägt (wenn mind. zwei Perspektivwechsel)

Parteilichkeit (wird je als Dummy-Variable codiert):

- KONPER02** Übernahme der Perspektive syrischer Regierung bzw. Assad-Regime (Kombattant 1) (0/1)
- KONPER03** Übernahme der Perspektive der Opposition „Freie Syrische Armee“ (Kombattant 2) (0/1)
- KONPER04** Übernahme der Perspektive des IS „Islamischer Staat“ (Kombattant 3) (0/1)
- KONPER05** Übernahme der Perspektive der Kurden (Kombattant 4) (0/1)
- KONPER06** Übernahme der Perspektive der USA und Koalition (Kombattant 5) (0/1)
- KONPER07** Übernahme der Perspektive der türkischen Regierung (Kombattant 6) (0/1)
- KONPER08** Übernahme der Perspektive der russischen Regierung (Kombattant 7) (0/1)
- KONPER09** Übernahme der Perspektive der sonstigen kämpfenden Opposition (Kombattant 8) (0/1)

„Horse-Racing“-Berichterstattung (Code 0-2):

- KONPER10** „Horse-Racing“-Berichterstattung (=Wettkampfsituation)
- 0 nicht gegeben
 - 1 schwach ausgeprägt
 - 2 stark ausgeprägt
 - 3

2. Konflikttransformation (KT):

- KONPER11** Analyse der Konfliktursachen (=Problemzentrierung)
- 0 nicht gegeben
 - 1 schwach ausgeprägt
 - 2 stark ausgeprägt

- KONPER12** Perspektivwechsel zwischen den Konfliktparteien (=Perspective-Sharing) -> Assad-Regierung/Russland/Iran bzw. Westen/Saudi Arabien/Türkei/Opposition bzw. IS/radikale Rebellen
- 0 nicht gegeben
 - 1 schwach ausgeprägt
 - 2 stark ausgeprägt

- KONPER13** Berichterstattung zu komplexen Handlungsoptionen und/oder Lösungsmöglichkeiten (=Lösungsorientierung) (0/1)
- 0 nicht gegeben
 - 1 schwach ausgeprägt
 - 2 stark ausgeprägt

ANZPOS Anzahl der Positionen im Artikel (siehe Kategorien zur Positionsebene)
-> zweistellige Nummer, die nach der Ermittlung aller gefundenen Positionen angeführt wird.

B. Kategorien auf Positions-Ebene

Definition:

Eine „politische Meinungsposition“ ist eine beschreibende oder wertende **Aussage zu einem politischen Sachverhalt** (=politischer Standpunkt innerhalb eines thematisch gebundenen Meinungsspektrums), die eine Begründung bzw. eine Lösungsorientierung, eine Respektbekundung und eine Zweifelsäußerung beinhalten kann. Eine Position eröffnet implizit oder explizit eine Handlungsperspektive und kann mehr oder weniger differenziert dargestellt werden. Es kann sich auch um einen **kultur-, wirtschafts- und sozial-politischen Sachverhalt** handeln.

1. Bausteine einer Meinungsposition im Idealfall:

Eine Meinungsposition hat häufig die Form eines Arguments, das in idealtypischer Weise enthält:

- eine **Situationsbeschreibung**
- mit oder ohne **Kausalattribution** (wie ist es dazu gekommen?) bzw.
- mit oder ohne **Bewertung** (positiv vs. negativ),
- eine **Problemdefinition** (Bedrohung, Mangel, Notsituation, etc.), sowie
- **Handlungsoptionen** (Handlungsmittel und Handlungsmöglichkeiten), die in einen
- **Lösungsvorschlag** münden.

In einer Meinungsposition können alle Elemente (Situationsbeschreibung, Kausalattribution, Bewertung usw. zusammen vorkommen. Häufig die Meinungsposition aber nur elliptisch (=auslassend) formuliert, sodass im Extremfall nur eine Situationsbeschreibung oder eine Bewertung übrig bleiben.

2. Beispiele für Meinungspositionen:

Eine Position ist z.B.:

Die britische Außenpolitik ist aggressiv.

Die britische Regierung ist russlandkritisch.

→ Meinungsposition mit einer Bewertung

Die Situation in Syrien ist prekär, da die EU eine schnelle Lösung der Krise fordert. Nur mit Unterstützung des Westens kann Syrien diesen Konflikt lösen.

→ Eine Meinungsposition mit einer begründeten Situationsbeschreibung im Zentrum, die ein Problem benennt (schnelle Lösung gefordert). Die Hilfe des Westens ist dieser Problemdefinition untergeordnet und bildet daher keine eigene Meinungsposition.

Die Situation in Syrien ist prekär, da die EU eine schnelle Lösung der Krise fordert. Noch ist unklar, inwiefern Syrien auf eine Unterstützung des Westens hoffen kann.

→ Zwei Meinungspositionen: a) mit einer Situationsbeschreibung, die ein Problem benennt (schnelle Lösung gefordert). b) Handlungsbereitschaft der EU unklar. Die zweite Aussage ist eine selbständige Positionsbekundung, da sie nicht kausal mit der ersten verknüpft werden kann und einer eigenen Logik des Wissens/Nichtwissens folgt.

Die Situation in Syrien ist prekär, da die EU eine schnelle Lösung der Krise fordert. Daran ändert auch die zögerliche EU Politik nichts.

→ Eine Meinungsposition: a) mit einer Situationsbeschreibung, die ein Problem benennt (schnelle Lösung gefordert) und durch Zögerlichkeit der EU nicht verändert wird. Die

logische Verknüpfung mit dem „Daran ändert auch ... nicht“ lässt die Zuordnung zur Position klar erkennen.

Die Situation in Syrien ist prekär, da die EU eine schnelle Lösung der Krise fordert. Unterdessen versucht die EU mit ihren Finanz- und Flüchtlingsproblemen zurecht zu kommen. Die EU versucht zwar durch Diskurse an Lösungen zu arbeiten, hält sich jedoch bei konkreten Handlungen zurück.

→ Drei Meinungspositionen die sich auf die Lage/Handlungen dreier AkteurInnen beziehen: a) Syrien (begründete Situationsbeschreibung und Problemdefinition), b) EU Agenda anderswo, c) Ambivalenz der EU.

Wann sind Meinungspositionen begründet im Sinne des VOI?

Die Teile einer Position können sein:

- unverbunden (dann liegt keine Positionsbegründung vor)
- intern verbunden (die einzelnen Teile begründen sich untereinander)
- extern verbunden (die einzelnen Teile werden aus externen Sachverhalten begründet) -> Letzteres ist z.B. der Fall wenn es im Text formuliert wird: „Assad hat durch sein Handeln während des arabischen Frühlings sein Land destabilisiert“. Diese Situationsbeschreibung und Problemdefinition wird dann später im Artikel noch durch einen externen Sachverhalt begründet: „Assad hat schon seit längerem keine Kritik an seiner Politik geduldet und Aufstände zerschlagen.“

Jede Position definiert eine Zeile im SPSS-Datensatz. Die Codierungen aus der **Artikelbezogenen Analyse** werden bei jeder neuen Position kopiert vorangestellt. Dem folgen dann positionsbezogenen Variablen.

1) VARIABLEN auf Positionsebene

a) NRPOS Nummer der Position:

Codiert wird die Nr. der Position im Artikel beginnend mit 1.

b) POSINH Inhalt der Position (deutsch):

- kurze Umschreibung der Kernaussage der Position in Worten

c) POLFELD Politikfeld der Position:

Nummern der artikelbezogenen Kategorisierung von Politikfeldern auf einer Variablen werden zu Codes auf einer zusammenfassenden Variable, die der jeweiligen Position zugeordnet ist.

Beispiel: Aus der Variable PF01Pol: Politisches System (siehe oben) wird der Code

1=politisches System

analog folgen:

2=Öffentliche Verwaltung und staatliche Unternehmen

3=Innere Sicherheit

4=Frauenpolitik, usw. (siehe oben)

d) KOMTHEM Kommunikationsthema der Position

Nummern der artikelbezogenen Kategorisierung von Kommunikationsthemen auf einer Variablen werden zu Codes auf einer zusammenfassenden Variable, die der jeweiligen Position zugeordnet ist.

Beispiel:

1=Korruption

2=Kriminalität

3=Gewalt, usw. (siehe oben)

e) Kommunikator und Adressat der Position:

POKOM = KommunikatorIn der Position ist derjenige/diejenige AkteurIn, welche die Position vertritt;
Bsp.: „*Assad missachtet die Menschenrechte*“, behauptet die UNO.“
UNO ist POKOM

POAD = AdressatIn der Position ist derjenige/diejenige AkteurIn, an die Bekundung der Meinungsposition gerichtet ist.
Bsp.: „*Russland möchte durch die russische Intervention dem Westen zeigen, dass er immer noch eine starke Militärkraft ist.*“
Russland ist POKOM und der Westen POAD.

Codiert wird auf beiden Variablen nach der AkteurInnenliste oben.

Beispiel:

1=Faymann

2=Kurz

3=Johanna Mikl-Leitner ...

11=Assad

12=Putin, usw. (siehe oben, AkteurInnen bei der artikelbezogenen Analyse)

f) POLEBEN Dominierende Politikebene der Position (regional, national, EU, global)

Value	Label
0	nicht politisch
1	Regional
2	National
3	Bi-national
4	EU
5	Global/International
999	(nicht-politische Themen werden als 999 codiert!)

2) Journalistische Diskursqualität

Begründungsniveau wird definiert als Umfang von Begründungen innerhalb einer themengebundenen medialen Berichterstattung. Umso mehr journalistische Beiträge zu Themen wie Wirtschaft, Soziales und Außenpolitik begründete Positionsbekundungen beinhalten, desto höher ist das Begründungsniveau. *Begründungen* können alle Teiglieder von Positionsbekundungen betreffen z.B. die Situationsbeschreibung dann, wenn Ursachen der Situation genannt werden. Lösungen werden dadurch begründet, dass spezielle Gründe positiv angeführt oder alternative Lösungsansätze entkräftet werden. Bei der Mittelauswahl wird analog verfahren: positive spezielle Gründe sowie der Ausschluss alternativer Mittel gelten als Begründungsfaktum. Auch kann die Lösung selbst durch die Situationsbeschreibung bzw. die Problemdefinition begründet werden. In allen Fällen muss aber ein sprachlicher Indikator vorhanden sein, der das Begründungsfaktum zum Ausdruck bringt.

Lösungsorientierung bezeichnet die Verbindung der Positionsbekundung mit einem Problem und dessen Lösungsperspektive. Quantitativ bemisst sich die Lösungsorientierung am Ausmaß, in dem thematische Einlassungen der Journalisten mit Problemdefinitionen und Lösungsperspektiven versehen werden. Indem Journalisten lösungsorientiert berichten, tragen sie dazu bei, dass der Ideenwettbewerb über die rein machttaktische Ausrichtung hinaus sachbezogen dargestellt wird, und sich der Streit auf die denkbar beste Problemlösung fokussiert. Auch bei der Lösungsorientierung gehen wir davon aus, dass diese sich prinzipiell bei jeder themengebundenen Berichterstattung zeigen kann und der Verzicht auf Positionsbekundungen die diskursanwaltliche Funktion der Lösungsorientierung beschränkt.

Respektmaß und *Zweifel* betreffen formale Qualitäten des Diskurses unter dem Gesichtspunkt der Fortsetzung der politischen Debatte. Respekt sichert die Anschlussfähigkeit weiterer Kommunikation auf personalem Niveau. Der Zweifel treibt die Debatte in sachlicher Hinsicht voran.

Das Ausmaß der Respekt-Realisierung wird auf der Grundstufe journalistischer Qualität durch den Verzicht auf Respektlosigkeiten bestimmt; implizite und explizite Respektbekundungen stellen entsprechend höherstufige Ausprägungen auf dieser Qualitätsdimension dar. Explizite Respektlosigkeiten sind hingegen kein Qualitätsmerkmal journalistischen Handelns, sie repräsentieren die Nullstufe der Respekt-Skala. Das gilt allerdings nur für Positionen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums, das in der Wahlkampfberichterstattung im Vordergrund steht. Eine u.U. polemische Kritik an kriminellen Machenschaften oder eine Fundamentalkritik gewaltbefürwortender extremistischer Positionen gelten in der Demokratie nicht automatisch als Respektlosigkeit, sondern als kritikbegründender Zweifel. Für eine Respektqualität in der Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen genügt der Hinweis auf rechtstaatliche Verfahren und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes in der Bekämpfung derselben. Auf der Ebene der Darstellung von Politikerpositionen kann die evtl. gewaltbefürwortende Einlassung extremistischer Politiker als explizite Respektlosigkeit in Erscheinung treten. Da PolitikerInnen als KonkurrentInnen in der Arena-Situation auftreten, ist ein gewisses Maß an Respektlosigkeit zwischen den PolitikerInnen – sozusagen als ritueller Effekt des Diskussionsstils von PolitikerInnen zur Erreichung einer klaren Erkennbarkeit der eigenen Position und der Abstandskennzeichnung gegenüber dem politischen KonkurrentInnen – zu erwarten. Im Hinblick auf die Respektdimension journalistischer Qualität ist daher die Binnendifferenzierung des Respektmaßes im Rahmen der Darstellungsfunktion gegenüber PolitikerInnen und der eigenen Positionsbekundung der JournalistInnen von besonderem Interesse.

Zweifelartikulationen können sich auf die diskursethischen Kriterien der Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit beziehen. Als journalistische Qualitätsdimension markieren Zweifel die negative Seite des Begründungsniveaus. Aus diskursanwaltschaftlicher Sicht ist darin freilich keine Minderung der Diskursqualität zu sehen, sondern vielmehr ein wesentliches dynamisierendes Moment, das weitere Kommunikationen inklusive Begründungsbemühungen und Lösungsevaluationen auslöst. Das Ausmaß des dargestellten innerpolitischen Zweifels und der von den JournalistInnen selbst gehegten Zweifel geben an, in welchem Maße JournalistInnen durch Kritik den deliberativen Prozess der Positionsbekundung durch den Hinweis auf prekäre und weiter zu überlegende Aspekte rahmen und damit einen Anreiz zur Vertiefung der Diskursqualität schaffen.

DISQUA1 Begründungsniveau

- 0 keine Begründung
- 1 pauschale Begründung
- 2 einfache Begründung
- 3 spezifische Begründung

DISQUA2 Lösungsorientierung

- 0 kein Lösungsvorschlag
- 1 vager Lösungsvorschlag
- 2 konkreter Lösungsvorschlag

DISQUA3 Respektmaß

- 0 explizit respektlos
- 1 impliziter Respekt
- 2 explizit respektvoll

DISQUA4A Zweifelsbekundung Verständlichkeit

- 0 kein Zweifel an der Verständlichkeit
- 1 Zweifel an der Verständlichkeit

DISQUA4B Zweifelsbekundung Wahrheit

- 0 kein Zweifel an der Wahrheit
- 1 Zweifel an der Wahrheit

DISQUA4C Zweifelsbekundung Wahrhaftigkeit

- 0 kein Zweifel an der Wahrhaftigkeit
- 1 Zweifel an der Wahrhaftigkeit

DISQUA4D Zweifelsbekundung Richtigkeit

- 0 kein Zweifel an der Richtigkeit
- 1 Zweifel an der Richtigkeit

3) Anschluss an politische Diskurse (Diskurseinbettung)

Unterschieden werden **langfristige Diskurse** mit einer historischen, innenpolitischen oder außenpolitischen Ausrichtung und **aktuelle Konfliktdiskurse**.

Als Dummy-Variable codiert:

0 = nicht vorhanden
1 = vorhanden

Langfristiger Diskurs 1: Geschichte

DISK1	Neutralitätsverpflichtung (Österreich) (0/1)
DISK2	Kolonialisierung/British Empire (Großbritannien) (0/1)
DISK3	Monarchie (Großbritannien) (0/1)
DISK4	Kommunismus in Russland (0/1)
DISK5	Nächstenliebe und Solidarität (0/1)
DISK6	Nationalsozialismus als Vergangenheit (0/1)
DISK7	Kultur und Tradition (0/1)
DISK8	Geschichte Israel und Palästina (0/1)
DISK9	arabisch-israelischer Konflikt (0/1)
DISK10	Golf-Kriege (0/1)
DISK11	Arabischer Frühling (0/1)
DISK12	Geschichte Syriens (0/1)
DISK13	Gemeinsame Geschichte Tradition Syriens und Russlands (0/1)
DISK14	Gemeinsame Geschichte Tradition Syriens und USA (0/1)
DISK15	Gemeinsame Geschichte Tradition Syriens und arabische Welt (0/1)
DISK16	religiöse Verfolgung (0/1)
DISK17	Weltkriege (0/1)
DISK18GE	Sonstige Geschichte (0/1)
DISK19GE	Welcher? Genau bezeichnen. (Eigene alphanumerische Variable) (0/1)

Langfristiger Diskurs 2: Politik

DISK20	Wirtschaft und Ökonomie (0/1)
DISK21	IS und Islamisten (0/1)
DISK22	Streben nach Demokratiegesellschaft (0/1)
DISK23	Nationalismus (0/1)
DISK24	Migration Inland (0/1)
DISK25	Konflikt syrische Regierung (mit Opposition) (0/1)
DISK26	Innere Sicherheit (0/1)
DISK27IN	Sonstige Innenpolitik (0/1)
DISK28IN	Welcher? Genau bezeichnen. (Eigene alphanumerische Variable) (0/1)
DISK29	Europäische Union (0/1)
DISK30	Migration Europa (0/1)
DISK31	NATO (0/1)
DISK32	USA (0/1)
DISK33	Russland (0/1)
DISK34	Äußere Sicherheit/ Verteidigung (0/1)
DISK35	Bedrohung (0/1)
DISK36	Geopolitik/ Imperialismus (0/1)

DISK37 Bündnisse (0/1)
DISK38AU Sonstige Außenpolitik (0/1)
DISK39AU Welcher? Genau bezeichnen. (Eigene alphanumerische Variable) (0/1)

Aktueller Konfliktdiskurs

DISK40 Flüchtlingskrise (0/1)
DISK41 Terrorgefahr (0/1)
DISK42 Ukraine-Konflikt (0/1)
DISK43 Demokratie- und Menschenrechtsverletzungen (0/1)
DISK44AK Sonstiger aktueller Konfliktdiskurs (0/1)
DISK45AK Welcher? Genau bezeichnen. (Eigene alphanumerische Variable) (0/1)

4) Meta-Frames

- **Konflikt** (Das Thema ist Gegenstand von Interessenkonflikten zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppe)
- **Wirtschaftlichkeit** (Das Thema wird aus einer wirtschaftlichen Perspektive dargestellt.)
- **Fortschritt**(In der Darstellung des Themas spielt neues, wissenschaftliches Wissen eine zentrale Rolle.)
- **Moral/ Ethik/ Recht** (Das Thema wird vor dem Hintergrund von moralischen, ethischen und rechtlichen Fragen diskutiert.)
- **Personalisierung** (Das Thema wird aus einer personalisierten Perspektive der individuellen Betroffenheit dargestellt (episodischer Frame nach Iyengar (1991)))

0 = nicht vorhanden

1 = vorhanden

FRAME1 Konflikt

FRAME2 Wirtschaftlichkeit (0/1)

FRAME3 Fortschritt (0/1)

FRAME4 Moral/ Ethik/ Recht (0/1)

FRAME5 Personalisierung (0/1)

Codierregeln

nach Jürgen Grimm (Grimm 2015)

Nachrichtenfaktoren

NF Etablierung:

Etablierung gilt dann, wenn klar ist, dass der Journalist/die JournalistIn den Artikel geschrieben hat, weil das Thema gerade en vogue ist (zur Zeit ein etabliertes Thema). Indikatoren dafür:

- „Wie gestern schon berichtet ...“
- „Wie in einer anderen Zeitung auch berichtet wurde ...“
- „Wie in aller Munde ...“

Die Wichtigkeit des Themas muss angesprochen sein und es muss mehr als diesen einen Artikel geben. Anknüpfung an andere Berichte muss vorhanden sein. Artikel liegt in einer Kette der Nachrichtenvermittlung.

Wird im Artikel darauf verwiesen – z.B. wie schon früher berichtet etc. dann ist Etablierung vorhanden. Es muss explizit zu erkennen sein, nicht weil man selbst das Thema für etabliert hält.

NF Dauer:

Aussagen, die sich auf die Länge beziehen (sehr kurz oder sehr lang).

Beispiele:

- „Der Irak-Krieg wird vermutlich länger dauern als erwartet.“
- „Der Vormarsch dauert sehr lange.“
- „Überraschend kurz ...“
- „Es ging langsam voran...“

NF Betroffenheit:

Grundsätzliche Typen der Betroffenheit:

Fall 1: Vom Bombardement der AmerikanerInnen sind sehr viele irakischen ZivilistInnen betroffen. -> Vom Ereignis direkt betroffen

Fall 2: Die Kriegsführung der AmerikanerInnen wird dazu führen, dass der Ölpreis steigt und die Wirtschaft instabil wird. -> Betroffenheit zieht weite Kreise

Fall 3: Die Kriegsführung der AmerikanerInnen führt dazu, dass Arbeitsplätze in Österreich verloren gehen. Besondere Betroffenheit der eigenen LeserInnenschaft -> symbolische Betroffenheit

Fall 4: Es ist kaum zu ertragen, die weinenden Kinder zu sehen. Emotionale Betroffenheit muss sprachlich ausgedrückt sein.

Direkt (Bsp.: nach Bombenangriff – NF meist stark vorhanden) oder indirekt (Bsp.: militärische Fortschritte im Irak, aber in Europa Konflikte zu erwarten – NF meist eher schwach vorhanden).

NF Eliteperson in Politik: Alle Personen der Regierung, Opposition.

NF Sonstige Eliteperson: nicht politische Personen aus z.B. Sport, Kultur, Medien

NF Nähe:

kulturell, wirtschaftlich, politisch Nähe des Ereignisses muss sprachlich ausgedrückt sein. Relationsbestimmung.

z.B. „Dass die USA den Krieg begann, wird den Westen zerreißen“ = politische Nähe.

„Die enge wirtschaftliche Beziehung“ = politische Nähe.

„Wir ...“ Nicht alles was innenpolitisch ist, ist automatisch „Nähe“.

Es muss ein zusätzlicher Indikator für Nähe gegeben sein. Z.B. Die TürkInnen stehen uns näher als die IrakerInnen.

Bezugspunkt ist Österreich.

NF Überraschung:

Die Überraschung muss sprachlich ausgedrückt sein, nicht weil es z.B. für den/die CodiererIn überraschend ist.

Indikatoren:

- „Plötzlich ...“
- „Das hätten wir nicht gedacht ...“
- „Überraschend schnell ...“

NF Struktur, Komplexität:

Wenn Hintergründe erhellt werden, verknüpft mit anderen Ereignissen. Es geht um die Komplexität des Ereignisses.

a) Hintergrundanalyse, Hintergrundberichte

b) Einzelheiten, Details werden dargestellt, Differenzierung ist Berichtsanlass

Stark vorhanden, wenn z.B. steht „Es werden nun die Hintergründe beleuchtet“ oder „Da dies für Normalsterblich schwer zu verstehen ist ...“

NF Konflikt 1, nicht gewaltsam: z.B. eine friedliche Demonstration

Schwach vorhanden: Wenn im Artikel ein Konflikt angesprochen wird.

Stark vorhanden: Der Konflikt muss gesteigert sein oder es müssen explizite

Wortgefechte vorkommen.

Konflikt ist aber generell nur dann vorhanden, wenn sich der ganze Artikel primär um den Konflikt handelt.

NF Konflikt 2, Gewalt, Kriminalität:

Nur wenn ein Indikator für „gewaltsam“ da ist, nicht automatisch codieren, weil man meint, z.B. Krieg ist immer gewaltsam

z.B. Vorrücken der Armee (= gewaltsame Handlung)

Die alliierten Truppen sitzen im Wüstensand und vergnügen sich mit Basketball -> wäre nicht gewaltsam.

NF Schaden:

Wenn der Schaden entsprechend groß ist. Es muss sich sprachlich manifestieren.

„Es gab nur 2 Tote“ würde beispielsweise eine 1 bekommen für schwach vorhanden.

Muss explizit erkennbar sein. Diese Kategorie gilt vor allem für Unglücke und Katastrophen.

NF Status der Ereignisnation:

Wird eine Nation von den anderen abgehoben? Es muss ein Indikator da sein – nur die USA stellt hier eine Ausnahme dar. USA gilt als Supermacht und braucht daher keinen Indikator, bei den anderen Nationen braucht es eine zusätzliche sprachliche oder bildliche Qualifizierung.

Beispiele: China bzw. Russland wollen wieder zur Großmacht werden.

NF Erfolg: Besondere Erfolge (neue wiss. Erkenntnisse, neue Medikamente etc.)

NF Personalisierung:

Bedeutet nicht, dass eine Person vorkommt. Personalisierung ist dann gegeben, wenn man einen sachlichen Zusammenhang an einer Person festmacht, auf eine Person reduziert. Immer dann, wenn eine Person für etwas steht.

z.B. Michael Moore steht für das andere Amerika

Michael Moore ist hier Indikator für die Opposition, für das andere Amerika

An einer Person wird etwas symbolisch oder stellvertretend für die ganze Gruppe festgemacht.

Ethnozentrismus:

Artikel wurde deshalb geschrieben, weil er bestimmte Wertüberzeugung der eigenen Ethnie erfüllt. Klischees, Erwartungen -> Vorurteile, Werturteile des eigenen Landes. Ist sehr länderspezifisch, nur dann codieren, wenn es Ethnozentrismus des Landes, in der die Zeitung erscheint, betrifft!!

Die eigene Perspektive gilt als Maßstab, das Erscheinungsland stellt den Bezugspunkt dar. Die eigene Gruppe/Ethnie/Nation wird als Mittelpunkt deklariert. Als Indikatoren gelten Vergleich und Superlative – „Wir“ als Maßstab. Ein einfacher Vergleich zwischen der Sicht mehrerer Nationen genügt hier aber nicht. Das wäre im Gegenteil ein Indikator dafür, dass gerade kein Ethnozentrismus vorliegt.

Wenn explizit andere Ethnien abgewertet werden oder die eigene (Österreichische!) als überlegen positiv dargestellt wird in Relation zu anderen. Eine starke Wertung muss zum Ausdruck kommen. Kritik alleine gilt nicht, sie muss schematisch dargestellt werden.

NF Misserfolg:

Wenn Handlungen beschrieben werden, die nicht klappen (aus Sicht des Handlungsakteurs/-akteurin). (z.B.: schlechtes Abschneiden bei Umfragen)

Zur Person

Geburtsdaten	14. August 1988 in Feldkirch
Staatsbürgerschaft	Österreich
Kontakt	a0721402@unet.univie.ac.at

Studium

Seit Okt. 2011	Magisterstudium Publizistik und Kommunikationswissenschaft Universität Wien
Okt. 2007 – Aug. 2011	Bakkalaureatsstudium Kommunikationswissenschaft Universität Salzburg

Schule

2002 – 2007	Institut St. Josef – HLW Feldkirch Schwerpunkt Medieninformatik
1998 – 2002	Hauptschule Institut St. Josef in Feldkirch
1994 – 1998	Volksschule Monfort in Rankweil

Praktika und Berufserfahrung

Seit 2008 bis heute	Vorarlberg Online, Russmedia
Okt. 2015 – Okt. 2016	Stv. Bundesvorsitzende bei JUNOS – Junge Liberale NEOS
Okt. 2013 – Okt. 2015	Vorstandsmitglied bei JUNOS – Junge Liberale NEOS
Mai 2013 – Dez. 2016	NEOS – Das Neue Österreich Mobilisierungsleiterin
Aug. 2011 – Sept. 2011	Praktika bei Vorarlberg Online, Russmedia
Aug. 2009 – Sept. 2009	
Juli 2008 – Aug. 2008	

ABSTRACT

Der Konflikt in Syrien ist durch seine vielen AkteurInnen sehr verworren. Während die Politik kaum mehr weiter weiß und nach Lösungen sucht, wird auch in den Medien über Syrien und seine Ausläufer diskutiert. Die Flüchtlingskrise als ein Ableger des Syrien-Kriegs hält Europa schon längst in Atem und durch die russische Intervention droht die Lage weiter zu eskalieren. Diese Intervention lässt die Aufmerksamkeit der Weltgesellschaft innerhalb kürzester Zeit von der Flüchtlingskrise auf deren Ursache, den über Jahre andauernden Krieg lenken und bringt dadurch einige internationale AkteurInnen in Zugzwang. Die Medien fangen diese brisante Situation auf.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zum Diskurs über die Qualität in der Kriegs- und Krisenberichterstattung zu leisten. Eine Erkenntnis darüber ist deshalb so wichtig, weil Medien den öffentlichen Diskurs stark prägen und somit in die Entscheidungsfindung der Politik einwirken. Besonders Österreich als neutrale Republik und Großbritannien als ehemalige Hegemonialmacht stellen einen geeigneten Untersuchungsgegenstand dar. Es soll ermittelt werden, ob die Berichterstattung einen qualitätsvollen Diskurs ermöglicht und inwiefern der kulturelle Kontext auf die Berichterstattung der Medien einwirkt. Es stellt sich auch die Frage, in welcher Hinsicht ein prägendes Ereignis, wie in diesem Fall die russische Intervention, die Nachrichten verändert. Aus diesem Grund werden vier Zeitungen aus den Ländern Österreich und Großbritannien gegenüber gestellt und hinsichtlich deren Unterschiede zwischen den Zeitungen sowie zwischen den Ländern im Bezug auf deren Themen, Tendenz und Qualität mithilfe einer komparativen Inhaltsanalyse untersucht. Diese Untersuchung wird durch die Theorie über den Nachrichtenwert, den Framing-Ansatz, die Krisen- und Kriegsberichterstattung und durch die theoretische Einbettung der deliberativen Öffentlichkeit, der Konflikttransformation und der diskursiven Anschließbarkeit unterstützt. Der Syrien-Konflikt wird besonders innerhalb den britischen Zeitungen unterschiedlich dargestellt und auch die Länder weichen stark voneinander ab. Die russische Intervention stellt ein einschneidendes Ereignis dar, welches den Syrienkonflikt wieder zurück in die Berichterstattung und in den politischen Diskurs bringt.

ABSTRACT

The conflict in Syria is complex because of the multitude of stakeholders. While politics is stuck and searching for solutions, the media is discussing the war and its extensions as well. The refugee crisis, also related to Syria, keeps Europe breathless and the Russian Intervention threatens to escalate the situation in Syria on the ground. These intervention concentrate the attention of global politics and citizenship within a very short period away from the refugee crisis towards the root cause of the problem: the long-standing war in Syria. This circumstance is putting international players on the spot and the media is picking on this highly charged situation.

The aim of this paper is to make a contribution on the discourse about the coverage quality of conflict and war. Awareness is important because media is shaping the public discourse as well as the decision-making processes of politicians. Especially Austria as a neutral republic and Great Britain as a former hegemony are perfectly fitting objects for this research. The aim is to determine if the media coverage is achieving a discourse marked by quality and in what way the media coverage is influenced by the cultural context of the country. The question arised whether a formative occasion, like in this case of the Russian Intervention, is going to change the news. For this reason, four newspapers published in Austria and Great Britain have been analysed concerning their differences in their subjects, tendency and quality using a comparative content analysis. This analysis is supported by the theory of the Newsworthy, the Framing Approach, the Coverage of Crisis and Conflict as well as the Deliberative Public, the Conflict Transformation, and discursive Connectability. Especially within Great Britain the syria-conflict is pictured differently, but there are also significant differences between the two countries. The Russian intervention is an incisive event, which diverts the focus of media coverage back on the Syria conflict - as well as in the political discourse.